

Fabian Georgi, Stefanie Kron, Lisa Riedner (Hg.)

Konturen eines neuen Restriktionsregimes

movements.

Journal for Critical Migration and Border Regime Studies

Vol. 8, Issue 1/2025

Our journal is dedicated to the movements of migration as well as the attempts to control and govern them. *movements* aims at promoting interdisciplinary migration and border regime studies intervening into the knowledge field of migration in a self-reflexive fashion and critical of power relations. As a forum for critical social research, *movements* wishes to contribute to the development of an adequate understanding of the complex realities and power structures of migration and a substantiated critique of the current patterns of the government of migration. The content and strategic focus of the journal is closely related to that of the Network for Critical Migration and Border Regime Studies (kritnet). Its editorial work builds upon this relationship and the established structures of a collective knowledge production. *movements* features academic papers subjected to a collaborative peer review, but also early research reports, political, conceptual and methodological debates and interventions. The majority of its contributions are usually in German language. The journal is published on our open access website (CC BY-SA 4.0).

Unsere Zeitschrift widmet sich in zwei Ausgaben pro Jahr den Bewegungen der Migration sowie den Versuchen, diese zu kontrollieren und zu regulieren. *movements* verfolgt das Ziel, eine interdisziplinäre Migrations- und Grenzregimeforschung voranzutreiben, die selbstreflexiv und machtkritisch in das Wissensfeld der Migration interveniert. Im Sinne einer kritischen Gesellschaftsforschung will sie dazu beitragen, ein adäquates Verständnis der komplexen, machtförmigen Realitäten der Migration und eine fundierte Kritik an den gegenwärtigen Formen der Regierung von Migration zu entwickeln. Die redaktionelle Arbeit baut auf die seit Langem im *Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet)* etablierten Strukturen und Erfahrungen kollektiver Wissensproduktion auf. *movements* umfasst wissenschaftliche Aufsätze, die einem kollaborativen *double blind review* unterliegen, aber auch frühe Berichte und Aufsätze aus der Forschung sowie politische, analytische und konzeptionelle Interventionen. Die Beiträge sind überwiegend in deutscher Sprache. Die Zeitschrift erscheint auf unserer open access Webseite (CC BY-SA 4.0).

<https://movements-journal.org>

Vol. 8, Issue 1/2025

movements

Journal for Critical Migration and Border Regime Studies

Herausgeber_innen der Ausgabe

Fabian Georgi, Stefanie Kron, Lisa Riedner

Redaktion *movements*

Ilker Ataç, Fabian Georgi, Sabine Hess, Karl Heyer, Antonia Jordan, Leoni Keskinçilic, Stefanie Kron, Stefania Maffei, Marika Pierdicca, Philipp Ratfisch, Lisa Riedner, Helge Schwiertz, Eda Elif Tibet

Die Zeitschrift *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* erscheint zweimal jährlich.

© 2025 Fabian Georgi, Stefanie Kron, Lisa Riedner sowie die Autor_innen der jeweiligen Beiträge

movements erscheint unter der Lizenz Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0. Die Texte dürfen bei Namensnennung (Autor_innen, Herausgeber_innen) und Verwendung der gleichen Lizenz geteilt und bearbeitet werden und zwar für beliebige Zwecke, auch kommerziell. Weitere Informationen: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>.



Satz: Bernd Kasperek, Mathias Rodatz

ISSN 2509-8322 | ISBN 978-3-947870-11-0

Inhalt

Editorial: Abschotten, Wegsperren, Renationalisieren. Konturen eines neuen Restriktionsregimes <i>Fabian Georgi, Stefanie Kron, Lisa Riedner</i>	9
---	---

Artikel

Das Grenzregime als Laboratorium. Europäische Smart Borders und die Transnationalisierung repressiver Apparate <i>Jonathan Buchmann</i>	27
Die soft-autoritäre Transformation. Die Narrative der katholischen Kirche im Kontext des polnisch-belarussischen Grenzregimes <i>Anna Kasten</i>	49
Denials of Existence. Discursive Strategies Legitimising the ›Fiction of Non-Entry‹ <i>Hannah Sommer</i>	79
Logistics of Asylum. From the Malta Agreements to the New Migration Pact <i>Giuseppe Platania</i>	107

Forschungswerkstatt

Pockets of Togetherness – Tales Of Resistance. Stories of Resisting the Hostile Environment through Creativity, Togetherness and Care
Rebekka Hölzle 135

Waiting for the Lottery to Happen. Migration Dynamics in Mexico following the End of Title 42
Antonia Jordan 155

»Like lipstick on a gorilla«. Das Closed Controlled Access Centre auf Samos als Blaupause für zukünftige Asylgrenzverfahren
Julia Manek 171

Rezensionen

Die umkämpfte Bedeutung der Fluchtursachenbekämpfung. Fluchtursachenbekämpfung als Lösungsstrategie der Krise des Migrationsregimes 2015
Neva Löw 191

»73 war zu viel«. Zur zeitgenössischen und erinnerungspolitischen Bedeutung der ›wilden‹ Streiks
Tim Zumloh 195

Gespräche

Angriffe auf die Migrationsgesellschaft. Deniz Göktürk im Gespräch über Archive der Migration und Fallstricke deutscher Erinnerungskultur
Deniz Göktürk, Jasmin Degeling, Hilde W. Hoffmann 203

Border Internalization as a Gendered Process. A Conversation among Feminist Scholars
Mareike Gebhardt, Leslie Gross-Wyrtzen, Levke Harders, Elissa Helms, Sabine Hess 217

Autor_innen 235

Editorial: Abschotten, Wegsperren, Renationalisieren

Konturen eines neuen Restriktionsregimes

FABIAN GEORGI, STEFANIE KRON, LISA RIEDNER

Das Erscheinen der letzten Ausgabe von *movements* liegt mehr als anderthalb Jahre zurück. Wir haben diese ungewöhnlich lange Zeit genutzt, um unsere Arbeit und die Redaktion neu auszurichten. Einige geschätzte Kolleg:innen haben die Redaktion verlassen, zugleich haben wir sechs neue Redaktionsmitglieder gewonnen. Mit neuem Schwung nehmen wir uns viel vor: Seit Ende 2024 kooperiert *movements* mit der Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (SUB), welche uns in Zukunft logistisch und technisch in der Open-Access-Publizistik unterstützen wird. Ein Ergebnis dieser Kooperation wird eine neue Website sein, ein anderes sind neue Software-Lösungen für Redaktionsarbeit und Textproduktion.¹ Mehrere Ausgaben von *movements* sind in Vorbereitung: eine zur Seenotrettung im Mittelmeer, eine zu Migrationsregimen in Westafrika und eine zum Nexus zwischen Autoritarismus und Grenzpolitiken. Schließlich haben wir im März 2025 einen *movements*-Förderverein gegründet, um unsere Arbeit finanziell künftig besser abzusichern.

Damit ist auch ein Appell an unsere Leser:innen verbunden, unsere bisher auf reiner Ehrenamtlichkeit basierende wissenschaftlich-publizistische Arbeit durch Spenden und Fördermitgliedschaften solidarisch zu begleiten. In naher Zukunft werden wir Euch und Sie über die neuen Möglichkeiten informieren, *movements* zu unterstützen. Wir hoffen so auf mehr Kontinuität in der Publikation von Ergebnissen und Debatten kritischer Migrations- und Grenzregimeforschung. Gerade in der gegenwär-

¹ Für Leser:innen, die sich für technische Details interessieren: Die Einreichung von Texten sowie die neue Website werden künftig auf Basis der Plattform *Open Journal Systems* funktionieren. Die Textproduktion, also die Umwandlung von fertigen Manuskripten in publizierte Versionen in den Formaten HTML, PDF und weiteren (JATS-XML, EPUB u.a.), soll über *OS-APS*, eine Open-Source-Variante der Software *SciFlow*, realisiert werden.

tigen Zeit ist eine unabhängige und kritische wissenschaftlich-aktivistische Wissensproduktion zu Migration, Grenzen und Rassismus nötiger denn je.

Die letzte *movements*-Ausgabe 7 (2) erschien im Dezember 2023. Sie beschäftigt sich mit den Fluchtbewegungen aus der Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskriegs im Februar 2022 sowie mit deren Folgen (Kahveci/Karakayali/Kasperek 2023). Seither haben sich die gesellschaftlichen, geopolitischen, ökonomischen und ökologischen Krisen in Europa und global zugespitzt: Kriege im Globalen Süden und Globalen Osten (Ukraine, Gaza, Israel, Sudan); die Fragmentierung des ›westlichen Blocks‹ durch die aktuelle Trump-Regierung, auf die die EU mit radikalisierter Aufrüstung reagiert; der Rückbau von ambitionierten Klimapolitiken, während der Klimakollaps nicht mehr zu ignorieren ist; Stagnation und Turbulenzen in der kapitalistischen Weltwirtschaft; rasant ansteigende Lebenshaltungskosten; die eskalierende rassistische Gewalt in den Grenzregionen sowie im Inneren der westlichen Gesellschaften. Mut machen etwa die massenhaften Proteste von Migrant:innen, People of Color, Nachbarschaftsgruppen und Menschenrechtsaktivist:innen gegen die brutalen Razzien und Abschiebungen durch die US-amerikanische Migrationspolizei *ICE* in *Sanctuary Cities* wie Los Angeles, Boston und Chicago (vgl. Bardow 2025; tagesschau.de 2025). Welche neuen emanzipatorischen Kämpfe sich in dieser ›post-hegemonialen Welt‹ (vgl. Hardt/Mezzadra 2025) ergeben und welche Analysen für die neue Konjunktur greifen, sind Fragen, die auch uns beschäftigen.

In Verbindung mit diesen ungleichzeitigen, aber zusammenhängenden Prozessen erleben wir, wie sich der seit Jahrzehnten vollziehende autoritäre Umbau vormals liberaldemokratischer Staaten rasant beschleunigt. Die Vielfachkrise und die mit ihr verbundenen sozialen Konflikte und Kämpfe werden allzu oft autoritär bearbeitet (vgl. Demirović 2018; Georgi 2019; International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies 2022b: 14f.). Die Scheinlösungen konservativer, rechtslibertärer und faschistischer sozialer Kräfte erzielen Mobilisierungserfolge. Kräfte der ›linken Mitte‹ bzw. des progressiven Neoliberalismus rücken nach rechts. Immer mehr rechtsautoritäre Parteien gelangen an staatliche Macht. Hierzu gehören die Wahl des ›anarchokapitalistischen‹ Javier Milei zum argentinischen Präsidenten, die postfaschistische Regierung in Italien unter Giorgia Meloni, Wahlerfolge extrem rechter Parteien in den Niederlanden, Schweden oder Finnland mit anschließender Regierungsbeteiligung, die autoritären Formierungen in Ungarn, der Slowakei oder den USA sowie die Wahlerfolge der AfD in Deutschland, samt einer bröckelnden ›Brandmauer‹ und der Übernahme von AfD-Positionen durch die Parteien der ›Mitte‹. Auch Dänemark ›benötigt‹ keine extrem rechte Regierung. Dort erledigt die dänische Sozialdemokratie die rassistische Formierung, ähnlich wie es in Polen die neue Bürgerkoalition unter Donald Tusk vollzieht.

AUTORITÄRE POLITIK UND MIGRATIONSREGIME

Als Antriebskraft und Resultat dieser autoritären Verschiebungen haben Regierungen in Europa, Nord- und Südamerika wie auch anderswo in den vergangenen Jahren ihre Migrations- und Grenzpolitiken drastisch verschärft. Diese Parallelität sehen wir nicht als zufällig an. Sie ist kein Nebeneffekt oder ›Kollateralschaden‹ der krisenhaften Gesamtentwicklung. Stattdessen verstehen wir sie als konstitutives Element der rechtsautoritären Transformation (vgl. International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies 2022a; Georgi 2025: 45ff.; Hess 2025). Viele Texte der vorliegenden *movements*-Ausgabe beleuchten Facetten dieser Transformation.

Als die letzte Ausgabe von *movements* erschien, drehten sich Debatten in der Migrationsforschung noch um die Frage, ob die Reaktion der EU auf die Fluchtbewegungen aus der Ukraine als Zeichen einer rassistisch gespaltenen Offenheit der EU gegenüber Geflüchteten aus Europa interpretiert werden könne. So setzte der zuständige EU-Ministerrat im März 2022, als hunderttausende Geflüchtete aus der Ukraine in den Mitgliedsstaaten der EU Schutz suchten, erstmals die sogenannte Massenzustromrichtlinie in Kraft (vgl. Council of the European Union 2022). Sie erspart(e) schutzsuchenden ukrainischen Passinhaber:innen und Menschen, die in der Ukraine einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder einen Schutzstatus besaßen, langwierige und oft demütigende Asylverfahren und ermöglicht(e) ihnen zügigen und vergleichsweise unbürokratischen Zugang zu Bildung, Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Sozialleistungen und Arbeitsmarkt (vgl. Flüchtlingsrat Niedersachsen 2025). Während die einen die Inkraftsetzung der Massenzustromrichtlinie als Ausdruck einer neuen europäischen Willkommenskultur begrüßten (vgl. u.a. Bendel 2022), kritisierten andere eine rassistische Zweiteilung des Schutzregimes (vgl. Adam/Hess 2023; Karakayali/Kron 2023; Spijkerboer 2018). Geopolitisch nützliche und in rassistischer Logik ›akzeptierbare‹, da europäisch und ›weiß-christlich‹ lesbare Geflüchtete aus der Ukraine wurden Schutzsuchenden aus dem Globalen Süden (zu deren Situation vgl. Karakayali et al. 2022) vorgezogen, die nicht in das rassistische Muster Europas passen. Auf diese Weise wird das individuelle Grundrecht auf Asyl geschwächt (vgl. Kleist 2022).

Neben der aus kritischer Perspektive nur auf den ersten Blick überraschend offenen Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine setzte die Ampel-Regierung in Deutschland einige zumindest ambivalente Akzente in der Migrationspolitik (vgl. Riedner 2023). Mit dem seit November 2023 geltenden Fachkräfteeinwanderungsgesetz können passend ›qualifizierte‹ Arbeiter:innen aus Nicht-EU-Staaten über die sogenannte Chancenkarte zur Arbeitssuche nach Deutschland einreisen, auch wenn sie noch kein konkretes Job-Angebot haben (vgl. Bundesregierung 2025). Die im

Juni 2024 in Kraft getretene Reform des Staatsbürgerschaftsrechts erleichtert Einbürgerungsverfahren. Bei ›besonders guter Integration‹ können Menschen nun bereits nach drei Jahren eingebürgert werden (vgl. Bundesministerium des Inneren 2025a).

Abgesehen von diesen Initiativen, die parallel zu ihrer geopolitischen, rassistischen und ökonomistischen Filterfunktion Verbesserungen für zumindest einige Gruppen brachten, ist die asyl- und grenzpolitische Entwicklung in Deutschland spätestens seit dem Herbst 2023, als die damalige Innenministerin Nancy Faeser wieder Personenkontrollen an den bundesdeutschen Binnengrenzen einführte, ungebrochen negativ. Angetrieben von rassistischen Diskursen um die innere Sicherheit führte die Ampel-Regierung neben Grenzkontrollen u.a. das sogenannte Rückführungsverbesserungsgesetz ein, dessen Maßnahmen grundrechtliche Prinzipien offen missachten (vgl. Bundestag 2024; Pro Asyl 2024d). Vormalig von liberaldemokratischen Kräften anerkannte grundrechtliche und rechtsstaatliche Mindeststandards, wie sie etwa im Grundgesetz, der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention kodifiziert sind, werden spätestens mit der neuen Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD systematisch gebrochen und politisch offen attackiert. Hierzu gehört die rechtswidrige Praxis der Zurückweisungen von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen (vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte 2025a). Damit reiht sich die neue Bundesregierung in die Liste der EU-Mitgliedstaaten ein, die bereits seit längerer Zeit geltendes Recht offen beugen. Zu nennen ist in diesem Kontext die inzwischen normalisierte Praxis von Pushbacks an den Grenzen zwischen Polen und Belarus, zwischen Litauen und Belarus, zwischen Kroatien und Bosnien/Serbien sowie in der Ägäis (vgl. Pro Asyl 2024c). Die im Juni 2026 in Kraft tretenden GEAS-Reformen, welche absehbar zur Internierung von zehntausenden Menschen führen werden, werden viele dieser Rechtsbrüche legalisieren (vgl. Sommer/Kasperek 2025). Rufe, wie etwa der des CDU-Politikers Thorsten Frei, derzeit Bundesminister für besondere Aufgaben, nach einer Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl (vgl. Bauer 2023), stehen in dieser Linie. Auf einige dieser Prozesse gehen wir im Folgenden genauer ein.

GEAS-REFORMEN UND LOGISTIFIZIERUNG

Auf europäischer Ebene verdichteten sich im Laufe der Jahre 2022 und 2023, in Reaktion u.a. auf eine sich verschärfende soziale und politische Situation sowie die Mobilisierungserfolge rechter Kräfte, die politischen Versuche, die seit mehr als zehn Jahren anvisierte, aber fast vollständig blockierte Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu einem Abschluss zu bringen. Im Mittelpunkt der Kom-

promisslinie standen politische Projekte, die ein neues Niveau der Restriktion realisieren sollten. Im April 2024 verabschiedeten die EU-Mitgliedsstaaten schließlich eine komplexe Reform des GEAS, deren zentrales Element die massenhafte Internierung von Schutzsuchenden an den Außengrenzen darstellt (vgl. Pro Asyl 2024b).

Im Mittelpunkt der Reform steht ein neues ›Außengrenzenverfahren‹. Dieses soll für Schutzsuchende zur Anwendung kommen, die an den Außengrenzen der EU (etwa in Italien und Griechenland oder über Flughäfen) einreisen und aus Staaten kommen, deren Asyl-Anerkennungsquote bei 20 Prozent oder weniger liegt, oder die aus bzw. über sogenannte sichere Herkunfts- und Drittstaaten in die EU einreisen.² Sie sollen zukünftig einer ›Fiktion der Nicht-Einreise‹ unterliegen. Dies bedeutet, dass sie zwar physisch bereits in der EU sind, aber offiziell nicht als eingereist gelten. Während der Zeit ihres bis zu sechs Monate dauernden Außengrenzenverfahrens, in der ihr Asylantrag im Eilverfahren und ohne effektiven Rechtsschutz geprüft werden soll, müssen sie in speziellen Einrichtungen leben. Die Durchführung des Grenzverfahrens soll ausreichen, um das Verlassen dieser Einrichtungen zu verbieten. Dies soll mitunter sogar für Kinder gelten. Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl sehen darin zu Recht eine Form der »Inhaftierung« (Pro Asyl 2024a, 2024b). Die GEAS-Reform bedeutet eine weitere massive Aushöhlung des individuellen Rechts auf Asyl sowie eine weitere Aus- und Vorverlagerung von Grenzkontrollen in die EU-Mitgliedstaaten an den Außengrenzen. Ihre Umsetzbarkeit bleibt zweifelhaft. Den südlichen EU-Mitgliedsstaaten fehlen schlicht die Anreize, die Reform umzusetzen, solange es keinen Umverteilungsmechanismus innerhalb der EU gibt, der sie ausreichend materiell unterstützen würde (vgl. Bürger/Kasperek 2023; Sommer/Kasperek 2025). Eine weitere entscheidende Komponente der *Containment*-Politik der EU gegenüber Geflüchteten sind ›Deals‹ mit autoritär regierten Anrainerstaaten, darunter Tunesien und Ägypten (vgl. Deutschlandfunk 2024).

Außerdem vergrößern die neuen Gesetzgebungen die Zone der sozialen Verbannung, in der Menschen zwar aufenthaltsberechtigt, aber von existenzsichernden Leistungen ausgeschlossen sind (vgl. Riedner 2023; siehe auch in dieser Ausgabe den Beitrag von Rebekka Hölzle zum kreativen Widerstand gegen die britische Politik des *Hostile Environments*). Dieser radikalisierte Ausschluss von Sozialleistungen folgt einem bekannten Muster: Bereits seit 2006 schließt das zweite Sozialgesetzbuch (SGB II) in Deutschland Ausländer:innen, ›deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt‹, von Hartz IV bzw. Bürgergeld aus (vgl.

2 | Gegenwärtig wird diskutiert, auch an den deutschen EU-Binnengrenzen Lager einzurichten, in denen Asylsuchende untergebracht und bei Fluchtgefahr inhaftiert werden könnten (vgl. Riegert 2024).

Riedner 2017: 90). Dies betraf zunächst Unionsbürger:innen, Geflüchtete mit Aufenthaltsstatus in einem anderen EU-Land und ausländische Studierende im ersten Jahr nach Studienabschluss. Seit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz von 2023 erhalten auch Personen, die ein Aufenthaltsrecht allein zum Zwecke der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder einem Studienplatz haben oder im Besitz einer ›Chancenkarte‹ sind, kein Bürgergeld (vgl. Bundesministerium des Inneren 2022). Ein Jahr später schloss das im Oktober 2024 verabschiedete ›Sicherheitspaket‹ Geflüchtete auch von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) aus, wenn ein anderer EU-Mitgliedsstaat für sie als zuständig gilt, die Ausreise möglich ist und kein Härtefall vorliegt (vgl. Handel/Rödle 2024). Der sozialchauvinistische Hintergedanke ist auch hier die migrationsfeindliche und wissenschaftlich widerlegte Annahme, dass Migration durch sozialpolitische ›Pull-Faktoren‹ maßgeblich beeinflusst wird und der ethnisch homogen gedachten Gesellschaft schaden würde.

Die seit dem »lange[n] Sommer der Migration« 2015 (Hess et al. 2017) zu beobachtende Logistifizierung des Migrations- und Geflüchteten-Managements, in deren Zentrum der sogenannte Hotspot-Ansatz – de facto Internierungszentren für Schutzsuchende in Italien und Griechenland – stand, dient in diesem Kontext als Blaupause für die Außengrenz-Regelungen der GEAS-Reform. Mit Blick auf die nahende Umsetzung der Reform zeigen die Beiträge von Giuseppe Platania und Julia Manek in dieser Ausgabe anhand ethnografischer Forschung in Hotspot-Einrichtungen in Italien und Griechenland, wie durch intransparente Asylverfahren und *Relocation*-Maßnahmen Geflüchtete ›immobilisiert‹ und Menschenrechte von Schutzsuchenden in den Lagern systematisch verletzt werden. Umstritten ist, ob die GEAS-Reform eine ›europäische Lösung‹ anbietet, die Schutzsuchende bereits vor den Grenzen der EU aufhält und damit die interne Freizügigkeit des Schengenraumes erhalten kann, oder ob die Reform vor allem auch massive Verschärfungen nationaler Asylgesetzgebungen nach sich zieht (vgl. Pro Asyl 2024a, 2024b).

SCHWARZ-ROTE AfD-POLITIK

Richten wir den Blick von der EU-europäischen Ebene auf Deutschland, so zeigt sich, dass auch hier in den vergangenen Monaten nationale Grenzziehungen und die damit verbundenen chauvinistischen Diskurse in allen bürgerlichen Parteien deutlich verschärft worden sind. Vermeintliche oder tatsächliche, vormals liberaldemokratische Akteur:innen greifen die Rechte von Migrant:innen und Geflüchteten immer enthemmter an und schränken sie immer weiter ein. Dabei unterscheiden sich ihre Positionen kaum noch wahrnehmbar von jenen der AfD. Hierzu gehören die deutli-

che Ausweitung von Abschiebungen, sogar nach Afghanistan (vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte 2025b); die eingangs erwähnten EU- und bundesrechtswidrigen Kontrollen und Zurückweisungen an den bundesdeutschen EU-Binnengrenzen, bei denen Methoden des verbotenen *Racial Profiling* und der Pushbacks, die das individuelle Recht auf Einreise mit dem Ziel, einen Asylantrag zu stellen, weiter einschränken (vgl. Schoenes 2025); die Einführung der grundgesetzwidrigen Bezahlkarte für Geflüchtete in vielen Bundesländern und Kommunen (vgl. Wolf/Ghelli 2025); die Planungen für die systematische Inhaftierung ausreisepflichtiger Schutzsuchender, das sogenannte GEAS-Anpassungsgesetz (vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte 2025c); schließlich starke Kürzungen von Sozialleistungen für Asylsuchende sowie die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte (vgl. Bundesministerium des Inneren 2025b) und die Kriminalisierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die für die Rechte von Migrant:innen eintreten (vgl. Rat für Migration 2025).

Nachdem CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz bereits während des Wahlkampfes Ende Januar 2025 zwei Anträge zur Verschärfung bundesdeutscher Migrationspolitik explizit mit den Stimmen der AfD durchsetzen wollte und damit Breschen in die ›Brandmauer‹ schlug, protestierten mehrere Millionen Menschen mit einigen »der größten Demonstrationen, die es in Deutschland je gegeben hat« (Beucker 2024), gegen den Rechtsruck und teils auch explizit für eine pro-migrantische Politik und die Gesellschaft der Vielen. Trotzdem einigten sich CDU/CSU und SPD im Rahmen ihrer Sondierungsgespräche sogar auf eine Prüfung der Möglichkeiten, Bürger:innen mit doppelter Staatsbürgerschaft unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen (vgl. Teffera 2025). Zahllose zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Migrationsexpert:innen und Menschenrechtsorganisationen, haben diese Maßnahmen und Aktionen seither zu Recht als Frontalangriff auf die offene demokratische Migrationsgesellschaft und das universelle Recht auf Asyl bezeichnet (vgl. u.a. Transforming Solidarities 2023; Antifaschistische Plattform 2024; Humanistische Union et al. 2025; Solidarischer Migrationstreffen 2025).

TEXTE DER AUSGABE

Die vorliegende Ausgabe von *movements* ist das Ergebnis eines *Open Calls*. Obgleich sich seit der letzten Ausgabe die globalen und europäischen Debatten, Diskurse und Politiken zu Migration und Grenzen – wie skizziert – viel rasanter verändert haben, als wissenschaftliche Texte verfasst werden können, greifen die meisten Beiträ-

ge Facetten und Vorarbeiten der beschriebenen Restriktionstendenz der europäischen und amerikanischen Grenzregime auf: Vorverlagerung und Deterritorialisierung von Grenzen, Logistifizierung und Digitalisierung von *Border Management* sowie eine immer systematischere Kriminalisierung von Flucht. Mehrere Beiträge haben einen ethnografischen Zugang gewählt und fokussieren damit nicht nur das (Nicht-)Funktionieren des autoritären Umbaus von Migrations- und Grenzregimen auf der Mikroebene, sondern auch die Praktiken der von diesem Umbau betroffenen Menschen.

Die Ausgabe wird eröffnet von Jonathan Buchmanns Aufsatz *Das Grenzregime als Laboratorium. Europäische Smart Borders und die Transnationalisierung repressiver Apparate*. Die oben von uns skizzierte Verknüpfung zwischen repressiven Grenzpolitiken und einer autoritären Gesamtentwicklung wird von Buchmann empirisch wie theoretisch plausibilisiert. Er zeigt, dass die migrationspolitische Restriktivität nicht nur als Ausdruck der Gesamtrendenz interpretiert werden kann. Es ist zumindest teilweise umgekehrt. Die Überwachungs- und Kontrollprojekte einer europäischen *Smart-Borders*-Politik treiben die Gesamtentwicklung voran, dienen ihr als Experimentierfelder. Buchmann interpretiert die Dynamiken des europäischen Grenzregimes aus materialistisch-staatstheoretischer sowie postkolonialer Perspektive im Kontext einer andauernden Krise des europäischen Staatsprojekts als Laboratorium für ein digitalisiertes und rassifizierendes ›Sicherheitsregime‹ in Europa. Im Fokus seiner Untersuchung steht die Verknüpfung einer ganzen Reihe digitaler Informations- und Datenbanksysteme, zunächst im Feld der Migrationskontrolle, die als Kern einer neuen Art vernetzten Polizierens, des Überwachens und Kontrollierens, in Europa gelesen werden können.

Ausgangspunkt des Aufsatzes *Die soft-autoritäre Transformation: Die Narrative der katholischen Kirche im Kontext des polnisch-belarussischen Grenzregimes* von Anna Kasten ist die seit dem Sommer 2021 vollzogene Militarisierung des polnisch-belarussischen Grenzraumes, in welchem Pushbacks alltäglich und rechtsstaatliche Garantien auf ein Asylverfahren kaum noch gültig sind. Im Fokus von Kastens Analyse stehen widerstreitende Diskurse verschiedener Akteur:innen innerhalb der katholischen Kirche in Polen, die zu den wichtigsten Kräften in der polnischen Gesellschaft zählt. Kasten zeigt eindrucksvoll, wie sich gesellschaftliche Konflikte zum Umgang mit Geflüchteten und Migrationsbewegungen insgesamt innerhalb der Kirche auf spezifische Weise artikulieren. Auf Basis umfassender empirischer Quellen arbeitet Kasten vier widerstreitende Diskurse heraus: das Bedrohungsnarrativ, das Barmherzigkeitsnarrativ, das neo-koloniale Narrativ und das anti-hegemoniale Narrativ. Insgesamt, so das Fazit, erfüllen diese Narrative spezifische Funktionen in der ›soft-autoritären‹ Transformation der polnischen Gesellschaft.

Der Aufsatz von Hannah Sommer *Denials of Existence. Discursive Strategies. Legitimising the ›Fiction of Non-Entry‹* befasst sich mit einem weiteren Aspekt der gegenwärtigen Restriktionstendenz. Sommer konzentriert sich auf die im April 2024 final verabschiedete *Screening*-Verordnung der EU, einem zentralen Baustein der GEAS-Reformen. Die *Screening*-Verordnung etabliert das Außengrenzverfahren, in dem Asylsuchende zwar bereits EU-Territorium betreten haben, aber der oben skizzierten Rechtskonstruktion der ›Fiktion der Nicht-Einreise‹ unterliegen. Hierdurch wird u.a. ihre Inhaftierung begründet, in der im Rahmen eines auf EU-Territorium stattfindenden ›pre-entry screening‹ geprüft wird, ob für eine:n Antragsteller:in ein reguläres Asylverfahren oder direkt ein Abschiebeverfahren beginnen soll. In ihrem diskursanalytischen Text konzentriert sich Sommer auf die Begründungsmuster, mit denen diese Praxis im ursprünglichen Entwurf der Verordnung legitimiert wurden. Sie interpretiert die ›Fiktion der Nicht-Einreise‹ als Versuch, eine ›differenzielle juristische Inexistenz‹ (›differential legal inexistence‹) von Teilen der Bevölkerung durchzusetzen. Diese ›juristische Inexistenz‹ ist, so ihr Argument, wiederum als Ausdruck soziopolitischer Imaginationen zu begreifen, die auf die ›politische Inexistenz‹ bestimmter Bevölkerungsgruppen gebaut sind. Die Mitte 2026 in Kraft tretende *Screening*-Verordnung treibt somit diese ›Leugnungen der Existenz‹ (›denials of existence‹) bestimmter Gruppen voran, die als Grundlage ihrer gewaltsamen Ausgrenzung dienen.

Ähnlich wie Hannah Sommers Beitrag fokussiert auch der Aufsatz *Logistics of Asylum: From the Malta Agreements to the New Migration Pact* von Giuseppe Platania auf die Vorläufer bzw. Vorarbeiten für die im April 2024 vom Europäischen Parlament beschlossene GEAS-Reform. Platania konzentriert sich hierbei auf den 2018 bis 2019 in Italien angewandten ad-hoc-Umverteilungsmechanismus, den er als Pilotprojekt für zahlreiche Aspekte der Außengrenzverfahren der GEAS-Reform analysiert. Auf Basis empirischer Feldforschung zum Hotspot-Lager in Messina und dem ›Aufnahmezentrum‹ in Crotone rekonstruiert Platania die wachsende Logistifizierung der Aufnahme und Abschiebung von Geflüchteten, die Kontrolle und Effizienz in den Mittelpunkt stellen, nicht die Menschenrechte und ihre Schutzversprechen.

Die Sektion *Forschungswerkstatt* wird in der vorliegenden Ausgabe von Rebekka Hölze eröffnet. Im von ihr verfassten und zusammengestellten künstlerischen Beitrag *Pockets of Togetherness – Tales of Resistance. Stories of Resisting the Hostile Environment through Creativity, Togetherness and Care* geben die migrantischen Aktivist:innen Agnes, Amanda, Fahmida, Faiza, Fatima, Florence, Mary, Mavis, Olukemi und Rozaline mit kreativen Methoden Einblick in ihren Alltag. Sie zeigen, wie sie der in Großbritannien betriebenen Politik des *Hostile Environment* für Schutzsuchende und Migrant:innen trotzen, indem sie zusammenhalten und sich umeinander sorgen.

Diese Solidaritätspraktiken richten sich gegen die Versuche der britischen Regierung, geflüchteten Menschen das Leben unerträglich zu machen, indem sie ihre Zugänge zu sozialen Infrastrukturen systematisch einschränken. Der Beitrag berichtet von den künstlerischen Herangehensweisen eines Workshops in London 2023, den Rebekka Hölzle geleitet und mit liebevollen und detailreichen Fotografien dokumentiert hat.

In ihrem Beitrag *Waiting for the Lottery to Happen. Migration Dynamics in Mexico following the End of Title 42* berichtet Antonia Jordan von den Ergebnissen ihrer empirischen Forschung zum Grenzraum zwischen Mexiko und den USA. Auf Basis teilnehmender Beobachtung, digitaler Ethnografie und Interviews mit *people on the move* analysiert sie, wie die im Frühjahr 2023 erfolgte Einführung der Smartphone-App ›CBP One‹ durch die Behörde *U.S. Customs and Border Protection (CBP)* die Migrationsdynamiken im Grenzgebiet veränderte. Nach dem Ende der umstrittenen *Title 42*-Regelung aus der Corona-Zeit, welche Abschiebungen ohne Prüfung des Asylanspruchs durch vermeintlich epidemiologische Zwänge rechtfertigte, verpflichtete die bis zum Amtsantritt der zweiten Trump-Regierung verwendete *CPB One*-App Schutzsuchende auf der mexikanischen Seite der Grenze dazu, per App einen Termin für ihre Asylanörung zu vereinbaren. Die Vergabe der Termine erfolgt zu einem großen Teil zufällig, in einer Art Lotterie. Auch wenn die App in dieser Form heute nicht mehr aktiv ist (Stand Juni 2025), kann Jordan überzeugend zeigen, wie die App und ähnliche technische und digitale Instrumente für die Externalisierung von Migrations- und Grenzkontrollen genutzt werden.

Auf Jordans Text folgt der Forschungswerkstatt-Beitrag von Julia Manek »*Like lipstick on a gorilla*«. *Das Closed Controlled Access Centre (CCAC) auf Samos als Blaupause für zukünftige Asylgrenzverfahren*. Manek nähert sich mit Mitteln der kritischen Kartografie dem System der Hotspot-Lager. Korrespondierend zu Giuseppe Platanius Analyse des Hotspots in Messina konzentriert sich Julia Manek auf eine ähnliche Einrichtung auf der griechischen Insel Samos. Die Eröffnung des für 49 Millionen Euro gebauten Lagers im September 2021 ging mit dem Versprechen einher, unmenschliche und chaotische Zustände, wie sie etwa im berühmten Moria-Lager auf Lesbos geherrscht hatten, zu überwinden und zu ordnen. Entgegen diesem Versprechen kann Manek zeigen, dass auch das Samos-Lager seine Bewohner:innen unmenschlicher und erniedrigender Behandlung unterwarf. Statt der ›gewaltsamen Vernachlässigung‹ von Moria zeichnet sich der Samos-Hotspot, so Maneks Ergebnis, durch einen hochüberwachten Raum aus, der gleichsam als Waffe gegen die Bewohner:innen eingesetzt wird und so eine weitere ›*torturing environment*‹ hervorbringt.

Die vorliegende *movements*-Ausgabe enthält zwei Rezensionen zu Büchern aus der kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung. Neva Löw rezensiert die 2023 bei transcript erschienene Monografie *Fluchtursachenbekämpfung. Umkämpfte Migra-*

tionspolitik im Sommer der Migration 2015 von Judith Kopp. Im Mittelpunkt von Kopp's Studie stehen widerstreitende Diskurse um die Bekämpfung von Fluchtursachen vor, während und in Folge des Sommers der Migration sowie die Akteur:innen, die diese Diskurse artikuliert bzw. vorangetrieben haben. Methodisch entwickelt die Studie den Ansatz der historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA) weiter, indem sie neogramscianische Hegemonietheorie und kritische Diskursanalyse produktiv verbindet. Im Ergebnis kann Kopp zeigen, so die Rezensentin, dass sich im Ringen um die Fluchtursachen-Diskurse die Widersprüche und die Krisenhaftigkeit des Migrationsregimes insgesamt artikulieren. Zugleich treiben sie dessen umkämpfte Entwicklung voran.

Tim Zumloh rezensiert den von Nuria Cafaro, Bernd Hüttner und Caner Tekin 2023 herausgegebenen Sammelband *Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973*. Akademische und weitere Formate fragen in Bezug auf die wilden Streiks von 1973, als in Westdeutschland mindestens 185.000 Arbeiter:innen, von denen die meisten keinen deutschen Pass hatten, die Arbeit niederlegten, und der bisher weniger beachteten Septemberstreikwelle um 1969, die von Stahlarbeiter:innen in Dortmund begonnen wurden, inwiefern Solidarität trotz Unterschiede und über Unterschiede hinweg – vielleicht auch von Unterschieden inspiriert – möglich war.

Neben Texten in den Kategorien wissenschaftliche Aufsätze, Forschungswerkstatt und Rezensionen enthält die vorliegende Ausgabe der *movements* auch zwei Gespräche, die den diskursiven Charakter des Projekts kritischer Migrations- und Grenzregimeforschung fassbar machen. Im ersten Gespräch befragen Jasmin Degeling und Hilde Hoffmann die an der *University of California* in Berkeley forschende und lehrende Kultur- und Filmwissenschaftlerin Deniz Göktürk zur Geschichte der Migration, ihren Verhandlungen im Medium Film und der Rolle von offener und prozesshafter Archivarbeit in einer Situation, in der die Migrationsgesellschaft angegriffen wird. Das Gespräch macht u.a. deutlich, dass die Kämpfe um die Entwicklung der Migrationsgesellschaft auch auf ästhetischer und künstlerischer Ebene sowie in deren institutionellen Kontexten geführt werden. Ebenso zeigt es, wie viel geistes- und kulturwissenschaftliche Forschungen zu einem Verständnis der Dynamik von Migrations- und Grenzregimen beitragen können.

In einem weiteren Gespräch loten die Politikwissenschaftlerin Mareike Gebhart, die Historikerin Levke Harders und die Kulturanthropologinnen Leslie Gross-Wyrtzen, Elissa Helms und Sabine Hess unter dem Titel *Border Internalization as a Gendered Process* aus, welche Rolle Geschlecht und Sexualität bei der Internalisierung von Grenzen spielen. Nicht nur in der EU wird etwa Repression gegenüber Migrant:innen mit dem Schutz von weiß-europäischen Frauen oder queeren (migrantischen) Perso-

nen legitimiert. Besonders inspirierend ist der Austausch darüber, wie aus ganz unterschiedlichen disziplinären Hintergründen heraus feministisch über Grenzen geforscht werden kann.

LITERATUR

- Adam, Jens / Hess, Sabine (2023): Fortified Nationalism. Racializing Infrastructures and the Authoritarian Transformation of the Body Politic. A Field Trip to the Bifurcated Polish/EU Border Regime. In: *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 7 (2). 65–91.
- Antifaschistische Plattform (2024): Zur Verteidigung der Migrationsgesellschaft. URL: medico.de [21.07.2025].
- Bardow, Dominik (2025): Sanctuary Cities. Wie Los Angeles und Co. gegen Trumps Einwanderungspolitik kämpfen. Web.de News vom 29.06.2025. URL: web.de [21.07.2025].
- Bauer, Max (2023): Nach CDU-Vorstoß: Warum Asylrecht ein individuelles Recht ist. *tagesschau.de* vom 18.07.2023. URL: tagesschau.de [22.07.2025].
- Bendel, Petra (2022): Willkommenskultur 2.0. In: Mirow, Thomas (Hg.): *Wende in Europa: Ausblick auf eine neue Zeit. Berichte zur Lage der Nation*. Hamburg. 217–238.
- Beucker, Pascal (2024): Kleine Chronologie der größten Demos. Gemeinsam stark gegen rechts. *taz.de* vom 03.02.2024. URL: taz.de [21.07.2025].
- Bundesministerium des Innern (2022): Gesetz zur Einführung eines Chancenaufenthaltsrechts. Am 31. Dezember 2022 ist das Gesetz zur Einführung eines Chancenaufenthaltsrechts in Kraft getreten. URL: bmi.bund.de [21.07.2025].
- Bundesministerium des Inneren (2025a): Neues Staatsangehörigkeitsrecht tritt in Kraft: Einbürgerungen schneller möglich, Voraussetzungen aber strenger. URL: bmi.bund.de [21.07.2025].
- Bundesministerium des Inneren (2025b): Bundeskabinett beschließt Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten und das Ende der Turbo-Einbürgerung nach drei Jahren Aufenthalt. URL: bmi.bund.de [21.07.2025].
- Bundesregierung (2025): Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf einen Blick. URL: make-it-in-germany.com [21.07.2025].
- Bundestag (2024): Bundestag stimmt Gesetz zur Verbesserung von Rückführungen zu. URL: bundestag.de [21.07.2025].
- Bünger, Clara / Kasperek, Bernd (2023): Die GEAS-Reform als Kipppunkt? Abschottung und autoritäre Wende im neuen »Asylkompromiss«. Gespräch mit Clara Bünger und Bernd Kasperek. In: *LuXemburg* (Oktober 2023). URL: zeitschrift-luxemburg.de [21.07.2025].
- Council of the European Union (2022): Council Implementing Decision (EU) 2022/382 of 4 March 2022 establishing the existence of a mass influx of displaced persons from Ukraine within the meaning of Article 5 of Directive 2001/55/EC, and having the effect of introducing temporary protection. URL: eur-lex.europa.eu [21.07.2025].

- Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. In: *Prokla* 48 (190). 27–42.
- Deutsches Institut für Menschenrechte (2025a): Zurückweisung an der Grenze. URL: institut-fuer-menschenrechte.de [21.07.2025].
- Deutsches Institut für Menschenrechte (2025b): Abschiebungen nach Afghanistan. Eine menschenrechtliche Bewertung der aktuellen Debatte. URL: institut-fuer-menschenrechte.de [21.07.2025].
- Deutsches Institut für Menschenrechte (2025c): Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz). URL: institut-fuer-menschenrechte.de [21.07.2025].
- Deutschlandfunk (2024): Flucht und Migration. Warum die EU Migrationsabkommen abschließt. [Deutschlandfunk.de](https://deutschlandfunk.de) vom 19.03.2024. URL: deutschlandfunk.de [21.07.2025].
- Flüchtlingsrat Niedersachsen (2025): Aufenthaltsrecht in Deutschland (Ukraine). URL: nds-fluerat.org [21.07.2025].
- Georgi, Fabian (2019): Toward Fortress Capitalism: The Restrictive Transformation of Migration and Border Regimes as a Reaction to the Capitalist Multicrisis. In: *Canadian Review of Sociology* 56 (4). 556–579.
- Georgi, Fabian (2025): Grenzen und Bewegungsfreiheit. Eine kritische Einführung. Berlin.
- Handel, Tina / Rödle, Moritz (2024): Details zu Änderungen: Ampel schränkt ihr ›Sicherheitspaket‹ ein. tagesschau.de vom 12.10.2024. URL: tagesschau.de [22.07.2025].
- Hardt, Michael / Mezzadra, Sandro (2025): The Coming Post-Hegemonic World. *Verso Blog* vom 03.04.2025. URL: versobooks.com [21.07.2025].
- Hess, Sabine (2025): Die autoritär-populistische Grenze: zur Wechselwirkung von Grenzpolitik und autoritär-rechter Wende. *FluchtforschungsBlog* vom 19.05.2025. URL: fluchtforschung.net [21.07.2025].
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Kron, Stefanie / Rodatz, Mathias / Schwertl, Maria / Sontowski, Simon (Hg.) (2017): *Der lange Sommer der Migration* (Grenzregime, Band III). Berlin/Hamburg.
- Humanistische Union / Komitee für Grundrechte und Demokratie / Neue Richtervereinigung / Postmigrantischer Jurist*innenbund / Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein / Vereinigung Demokratischer Jurist:innen (2025): Gemeinsame Erklärung: Gegen die Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat! vom 19.02.2025. URL: grundrechtekomitee.de [21.07.2025].
- International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies (Hg.) (2022a): *Global Authoritarianism. Perspectives and Contestations from the South*. Bielefeld.
- International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies (2022b): Introduction. In: *International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies* (Hg.): *Global Authoritarianism. Perspectives and Contestations from the South*. Bielefeld. 13–23.
- Kahveci, Çağrı / Karakayali, Juliane / Kasperek, Bernd (Hg.) (2025): Flucht aus der Ukraine. *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 7 (2). URL: movements-journal.org [22.07.2025].

- Karakayali, Juliane / Kron, Stefanie (2023): Institutional Racism and Refugee-Policies in the Context of the Ukraine War. On the Situation of Third-country Refugees in Berlin. In: *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 7 (2). 21–41. URL: movements-journal.org [22.07.2025].
- Karakayali, Juliane / Kron, Stefanie / Ali Adam, Giselle-Elise / Beierle, Lara / Dier, Frieda / Hakakzadeh Zanjani, Ramina / Jacenko, Maria / Minuth, Anne-Sophie / Qunaj, Luljeta / Sarb, Alina / Sünderhauf, Adrian / Steegmann, Henri / Theilmann, Kristina / Tiemann, Inga (2022): Die rechtliche und soziale Situation aus der Ukraine geflohener Drittstaatler*innen in Berlin in rassismuskritischer Perspektive. Ein Forschungsbericht. Evangelische Hochschule Berlin (Working Paper). URL: eh-berlin.de [21.07.2025].
- Kleist, J. Olaf (2022): Rückkehr zur Flüchtlingspolitik des Kalten Krieges: Vom universalen Schutz zur Re-Politisierung?. *FluchtforschungsBlog* vom 03.03.2022. URL: fluchtforschung.net [22.07.2025].
- Pro Asyl (2024a): Innenministerium plant unter Deckmantel der GEAS-Umsetzung massive Verschärfungen im Asylrecht. 26.10.2024. URL: proasyl.de [21.07.2025].
- Pro Asyl (2024b): FAQ zur europäischen Asylreform GEAS: Antworten auf die wichtigsten Fragen. 23.12.2024. URL: proasyl.de [21.07.2025].
- Pro Asyl (2024c): Wie der Flüchtlingsschutz 2024 weiter demontiert wurde – und was für 2025 droht. 23.12.2024. URL: proasyl.de [21.07.2025].
- Pro Asyl (2024d): Das Gegenteil von Verbesserungen: Das neue Rückführungsgesetz verschlimmert die Lage. 27.2.2025. URL: proasyl.de [22.07.2025].
- Rat für Migration (2025): Stellungnahme: Die Zurückweisung von Schutzsuchenden an Deutschlands Grenzen und die Angriffe auf Gerichte und Menschenrechtsorganisationen müssen beendet werden. 10.6.2025. URL: rat-fuer-migration.de [21.07.2025].
- Riedner, Lisa (2017): Aktivierung durch Ausschluss. Sozial- und migrationspolitische Transformationen unter den Bedingungen der EU-Freizügigkeit. In: *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 3 (1). 89–108.
- Riedner, Lisa (2023): Sicherung, Aktivierung, Verbannung. Ein Versuch, aktuelle Reformen der Sozial-, Migrations- und Familienpolitik zusammenzudenken. *Verfassungsblog* vom 4.12.2023. URL: verfassungsblog.de [22.07.2025].
- Riegert, Bernd (2024): Deutschland kontrolliert alle seine Grenzen. *Deutsche Welle* vom 16.09.2024. URL: dw.com [22.07.2025].
- Schoenes, Katharina (2025): GEAS, Bezahlkarte, Zurückweisungen. Die rigide Flüchtlingspolitik der Ampel-Regierung hat die BRD nach rechts verschoben. *analyse & kritik* vom 18.02.2025. URL: akweb.de [21.07.2025].
- Solidarischer Migrationsgipfel (2025): Die Gesellschaft der Vielen: Eine Einladung zur Solidarität. Abschlusserklärung des Solidarischen Migrationsgipfels, 13./14.06.2025 in Berlin. URL: rosalux.de [21.07.2025].
- Sommer, Hannah / Kasperek, Bernd (2025): Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Bundeszentrale für politische Bildung vom 28.05.2025. URL: bpb.de [21.07.2025].
- Spijkerboer, Thomas (2018): Bifurcation of people, bifurcation of law: externalization of migration policy before the EU Court of Justice. In: *Journal of Refugee Studies* 31 (2). 216–239.

tagesschau.de (2025): Los Angeles. Proteste nach Razzien gegen Einwanderer. 07.06.2025. URL: tagesschau.de [21.07.2025].

Teffera, Almaz (2025): Deutschlands Vorschlag zur Entziehung der Staatsbürgerschaft bedroht Menschenrechte. Human Rights Watch vom 03.04.2025. URL: hrw.org [21.07.2025].

Transforming Solidarities (2023): Berlin Declaration – In Defense of the Migration Society. Initiated by the Transforming Solidarities research group at the conference Solidarity in the Migration Society. Berlin, 11.10.2023. URL: transformingsolidarities.net [21.07.2025].

Wolf, Carsten / Ghelli, Fabio (2025): Bezahlkarte für Geflüchtete. Wo gilt was bei der Bezahlkarte? Mediendienst Integration vom 06.02.2025. URL: mediendienst-integration.de [21.07.2025].

Artikel

Das Grenzregime als Laboratorium

Europäische Smart Borders und die Transnationalisierung repressiver Apparate

JONATHAN BUCHMANN

Abstract: The article deals with the ongoing digitalization and automation of border controls and surveillance and the planning of an interoperable surveillance infrastructure. It argues that these politics have implications that extend beyond the field of migration and border policy. Moreover, it claims that it is necessary to consider these dynamics of the European border regime in the context of the continuing crisis of the »European state project« within the light of another project: a European security regime. Expanding a materialist state theoretical perspective through a postcolonial perspective on the field of (in)security production, this contribution proposes a novel perspective on the European border. The article shows that the European border regime can be understood as a laboratory for networked policing in the Schengen area. In this laboratory, specific techniques of surveillance and control are tested on racialized groups to rationalize the border itself. At the same time, the knowledge produced within this laboratory tends to be expanded in its utility, so that the establishment of the smart borders project can be understood as the foundation of an interoperable surveillance infrastructure within a digitized and racialized European security regime.

Keywords: European border regime, Smart Borders, security production, Europeanization, postcolonial laboratories

Digitale Informationssysteme und Datenbanken gehören bereits seit der Europäisierung der Grenz- und Migrationspolitik zur Architektur des europäischen Grenzregimes (vgl. Bigo 2020; Derave/Genicot/Hetmanska 2022). Spätestens seit 2015 sind vor dem Hintergrund der herrschenden Krise eben jenes Grenzregimes Dynamiken zu beobachten, die in ihren Implikationen über das Feld der Migrations- und Grenzpolitik hinausreichen. Der Begriff der *Smart Borders*, der hier allgemein den »Einsatz neuer digitaler Techniken zur Überwachung und Kontrolle an Grenzen« (Mau 2021: 99) umschreiben soll, bezeichnet eben ein solches politisches Projekt. Erstmals 2013 initiiert, beinhaltet dieses Projekt zum einen die Etablierung neuer Systeme zur Digitalisierung und Automatisierung der Grenzkontrollen (vgl. Vavoula 2020), so etwa das ursprünglich für 2022 geplante, aber jüngst erneut auf 2025 verschobene Europäische Entry-/Exit-System (EES). Dieses soll mittels automatisierter Scans

von Fingerabdrücken, Gesichtern und Reisedokumenten Daten über Grenzübertreitte von allen Drittstaaten-Angehörigen sammeln, die sich für einen kurzen Zeitraum in der EU aufhalten und die Grenzkontrollen digitalisieren und automatisieren (vgl. Vavoula 2020; Monroy 2021a). Auch das *European Travel Information and Authorisation System* (ETIAS) ist ein Einreisensystem, dessen Einführung von 2023 auf 2025 verschoben wurde. Anhand von diversen Daten von Personen aus visabefreiten Staaten, die in die EU einreisen wollen, nimmt es ein automatisiertes Risiko-Profiling vor, um dann die Einreise entweder zu gestatten oder zu verwehren (vgl. Derave/Genicot/Hetmanska 2022). Neben der Etablierung dieser neuen Kontrollsysteme geht es im Rahmen des Projekts der Smart Borders zum anderen um die Vernetzung verschiedener, bereits seit längerer Zeit etablierter Daten- und Informationssysteme. Konkret soll das »Puzzle« (Vavoula 2020: 348) der verschiedenen, bereits operablen Informationssysteme und Datenbanken¹ effizienter zusammengefügt werden, um über die angestrebte Interoperabilität² gegenseitige Unterstützungseffekte zu produzieren und so etwaige Informationslücken zu schließen (vgl. Europäische Kommission 2016). Diese Interoperabilität soll nicht nur der Migrationsregulierung und -überwachung dienen, sondern zielt explizit auch auf die Produktion innerer »Sicherheit« durch eine gesteigerte Vernetzung der polizeilichen Kooperation im Schengenraum ab (vgl. Europäisches Parlament/Rat der EU 2019).

Hier will der vorliegende Beitrag ansetzen und anhand einer Betrachtung der Smart Borders eine neuartige Perspektive auf das europäische Grenzregime vorschlagen. Dafür wird eine materialistisch-staatstheoretische Perspektive auf die Kämpfe um Migrationspolitik und die sich verändernden Kräfteverhältnisse innerhalb des »europäischen Staatsapparate-Ensembles« (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014: 254) durch eine postkoloniale Perspektive auf die Polizei sowie das Feld der (Un-)Sicherheitsproduktion erweitert. Der so etablierte Blickwinkel ermöglicht es, das europäische Grenzregime als ein Laboratorium zu begreifen, in dem einerseits neuartige Technologien zur Kontrolle und Überwachung von Migrant*innen getestet werden, die das Grenzregime selbst »smartifizieren« sollen. Das Konzept des (post-)kolonialen Laboratoriums erlaubt es andererseits, diese neuartigen Techniken sowie die geschaffene Infrastruktur an Informationssystemen und Datenbanken auch als Weg-

1 | Diese Systeme sind namentlich das Schengen Information System (SIS), das European Dactyloscopy System (Eurodac), das Visa Information System (VIS) (Vavoula 2020).

2 | Unter Interoperabilität versteht die Kommission »die Fähigkeit von Informationssystemen, Daten auszutauschen und die gemeinsame Nutzung von Informationen zu ermöglichen« (Europäische Kommission 2016: 17).

bereiter für ein digitalisiertes und rassifiziertes europäisches Sicherheitsregime zu begreifen.

DAS EUROPÄISCHE GRENZREGIME UNTER DEM EINFLUSS SICH VERSCHIEBENDER KRÄFTEVERHÄLTNISSE

Die Beschaffenheit und Ausformung des europäischen Grenzregimes hängt von den Kämpfen um Migrationspolitik sowie den politischen Kräfteverhältnissen innerhalb des europäischen Staatsapparate-Ensembles ab (vgl. Buckel et al. 2014). Es ist dieses Staatsapparate-Ensemble, verstanden als »materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse« (Poulantzas [1978] 2002: 154), in dem sich miteinander konkurrierende nationalstaatliche und europäische Apparate im Rahmen des »Staatsprojekts-Europa« (Buckel et al. 2014: 83) in einer kohärenten Struktur zusammenzufügen versuchen (vgl. ebd.). Die Europäisierung der Migrations- und Grenzpolitik kann als ein Versuch verstanden werden, eine solche Kohärenz herzustellen (vgl. ebd.). Mit dieser Europäisierung ging auch die Schaffung neuer europäischer Apparate einher.³

Die aktuellen Dynamiken rund um das Projekt der Smart Borders müssen vor dem Hintergrund der Krise dieses Staatsprojekts verstanden werden, die in ihrer Dynamik insbesondere durch die Krise der europäisierten Migrations- und Grenzpolitik ausgelöst wurde. Als die »tief verankerte Hegemonie der Grenze« (Huke/Lüddemann/Wissel 2014: 169) beziehungsweise die hegemoniale, »europäische Imagination der Grenze« (Buckel 2018: 437) im Sommer 2015 unter Druck geriet (vgl. ebd.), destabilisierte sich damit auch die spezifisch-historische regulatorische Ausgestaltung eines globalen Nord-Süd-Verhältnisses. Als »verdinglichtes[s] soziale[s] Verhältnis« (ebd.: 438) sollte das Grenzregime insbesondere die global betrachtete »neokoloniale Arbeitsteilung« (Buckel 2015: 39) institutionell absichern. Durch diverse Kooperationen zwischen der EU und zumeist postkolonialen Staaten wurde das Grenzregime externalisiert, um die Verantwortlichkeit und die »Gefahr unangenehmer Bilder« (Wolff 2014: 148) zu verlagern, indem Migrant*innen möglichst früh auf ihrem Weg nach Europa aufgehalten werden sollten. Parallel zur Externalisierung erfolgten im Zuge des Zusammenbruchs des innereuropäischen Grenzregimes teilweise Re-Nationalisierungen

3 | Für den vorliegenden Text sind dabei insbesondere die Apparate der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex), sowie die Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (EU-LISA) relevant.

nationalstaatlicher Grenz- und Migrationspolitiken, die den Schengenraum als europäisches Wachstums- beziehungsweise Akkumulationsmodell gefährdeten und damit die ohnehin nur prekäre Kohärenz des Staatsprojekts Europa destabilisierten (vgl. Kasperek 2018; Georgi 2019). Die konflikthafte und teils autoritäre Bearbeitung der seit 2008 herrschenden Finanz- und Wirtschaftskrise befand sich 2015 ebenfalls auf einem Höhepunkt (vgl. Buckel 2018). Die Melange aus der Krise des Grenzregimes sowie der allgemeinen Krise des neoliberalen Entwicklungsmodells, stellte nicht nur die Handlungsfähigkeit des europäischen Staatsapparate-Ensembles in Frage, sondern auch das Staatsprojekt Europa unter der Hegemonie einer neoliberalen Integrationsweise als solches (vgl. Oberndorfer 2019). Die von dieser multiplen Krisenlage produzierte Verunsicherung wird seither von rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Parteien und Bewegungen genutzt, um gegen Migrant*innen, eine imaginierte drohende ›Islamisierung‹ oder auch das ›Establishment in Brüssel‹ zu mobilisieren (vgl. ebd.).

Ausdruck der Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in Europa gibt die hegemoniale Deutung der Ereignisse des Sommers der Migration 2015. Denn die Deutung der Ereignisse dieses Jahres als krisenhafter ›Ausnahmestand‹⁴ wurde nicht zuletzt durch eine Verschiebung des öffentlichen Diskurses über Flucht und Migration möglich gemacht. Migration wird seitdem immer wieder mit Terrorismus, sexualisierter Gewalt und der imaginierten Bedrohung einer ›Islamisierung‹ in Zusammenhang gebracht (vgl. Buckel et al. 2021). Das Jahr 2015 wird seither von konservativen bis rechtsradikalen Akteur*innen als Drohszenario eines ›Kontrollverlusts‹ und eines ›Notstandes‹ genutzt, um über die Erzeugung einer »Moral Panic« (Hall et al. 1978: 16) zu mobilisieren und politische Maßnahmen der Militarisierung und die Ausübung scheinbar legitimer Gewalt gegenüber den ankommenden rassifizierten ›Anderen‹ aus postkolonialen Staaten möglich zu machen (vgl. Davitti 2019; Buckel et al. 2021). Durch die Umgehung von Gesetzen bis hin zu offenen Angriffen auf legale Praktiken, wurde unter einer losen Koalition von rechts-konservativen und neoliberalen Kräften damit begonnen, das europäische Grenzregime auf den »Ruinen des Alten« (Buckel 2018: 437) zu stabilisieren. Die Handlungsfähigkeit des europäischen Staatsapparate-Ensembles in einem zunehmend repressiven Modus der

4 | Die Grenze an sich kann dabei spätestens seit den Anschlägen des 11. Septembers als ein Kontext des Ausnahmestands verstanden werden (Salter 2007). Die in diesem Text thematisierten transformativen Dynamiken sind dabei jedoch weniger dem strukturell angelegten Ausnahmestand der Grenze zuzuschreiben, als dem konkret politisch mobilisierten Ausnahmestand im Zuge der Krise des Grenzregimes ab 2015 (Davitti 2019).

Krisenbearbeitung muss dadurch immer wieder unter Beweis gestellt werden (vgl. Hess/Kasperek 2019; Georgi 2019).

Spätestens seit der Krise des Grenzregimes 2015 und den terroristischen Anschlägen in Frankreich und Belgien von 2015 und 2016 sind dabei Dynamiken in der Etablierung eines weiteren Projekts beobachtbar: dem Projekt eines europäischen Sicherheitsregimes (vgl. Oberndorfer 2019; Bellanova/Glouftisios 2022).⁵ Im Sinne einer »passiven Revolution« (Gramsci [1991ff.] 2012: 1330) kann dieses Projekt als ein Versuch verstanden werden, die erstarkende politische Rechte in Europa einzuhegen. Unter der partiellen Übernahme rechter Diskurse, die wahrgenommene Gefühle der Unsicherheit und Verunsicherung adressieren und über eine angeblich notwendige »Verteidigung der abendländischen Zivilisation« affektiv mobilisieren, werden eben jene Diskurse gegen die politische Rechte selbst gewendet. So könne vor den (imaginierten) Bedrohungen nur Europa schützen und nicht der einzelne Nationalstaat (vgl. Oberndorfer 2019). Dieser »neue Konsens« (ebd.: 233) soll die immer öfter infrage gestellte, aber für das neoliberale Projekt entscheidende Europäisierung absichern. Im Sinne Gramscis soll bewerkstelligt werden, die Partikularinteressen der hegemonialen politischen Kräfte zu retten, indem durch »Restaurationen [...] ein [...] gewisse[r] Teil der Forderungen« (Gramsci [1991ff.] 2012: 1330) eines gegnerischen Hegemonieprojekts aufgenommen wird. Durch die Einverleibung der Antithese zum eigenen Herrschaftsgefüge soll es diesem Herrschaftsgefüge also gelingen, sich nicht aufheben zu lassen (vgl. Oberndorfer 2019). Das Projekt eines europäischen Sicherheitsregimes, das »die »Sicherheit der Bürger« und des Gebietes der Union in den Mittelpunkt« (ebd.: 231) rückt, soll etwaige Re-Nationalisierungsbestrebungen von Grenzregimepolitiken, aber auch der inneren Sicherheit als »unverantwortlich« erscheinen lassen (vgl. ebd.). Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Digitalisierung und Automatisierung des europäischen Grenzregimes lässt sich das Grenzregime dabei nicht nur als eine »Achse« (ebd.: 233) dieses Sicherheitsregimes begreifen. Vielmehr ist es die rassistisch aufgeladene Rede von einem »Ausnahmestand« an den Grenzen Europas, der die notwendige Wissensproduktion für die Etablierung eines digitalisierten und rassifizierten europäischen Sicherheitsregimes im europäischen Grenzregime als Laboratorium überhaupt erst möglich macht.

In der wissenschaftlichen Debatte um die digitale Transformation des europäischen Grenzregimes und der zunehmenden Versicherheitlichung von Migration in

5 | Es geht hier nicht darum zu behaupten, dass das Projekt eines europäischen Sicherheitsregimes an sich ein völlig neues wäre. Vielmehr geht es diesem Text um die politischen Handlungsspielräume, die sich, auch angesichts des Rechtsrucks in Europa geöffnet haben und potenziell weiter öffnen werden (vgl. Oberndorfer 2019).

Europa wurde der Begriff des Laboratoriums bereits in verschiedenen Forschungskontexten verwendet (vgl. Bourne/Johnson/Lisle 2015; Hess/Kasperek 2017; Trauttmansdorff/Felt 2023). In den *Science and Technology Studies* (STS) steht der Begriff des Laboratoriums zumeist für netzwerkartige Stätten der staatlichen und privatwirtschaftlichen Wissensproduktion, -mediation und -distribution (vgl. Bourne/Johnson/Lisle 2015). Verstanden als Formen staatlicher ›Rechenzentren‹ (vgl. Latour 1999; Broeders/Dijstelbloem 2016: 247), werden in diesen Laboratorien mobile Subjekte und Gruppen in Datenströme übersetzt, die sich mit den Zielsetzungen der Regulation dieser Bewegungen, aber auch der ›Risikokalkulation‹ auswerten lassen (vgl. ebd.). Die so studierten und ›berechenbar‹ gemachten Objekte werden in verschiedenen Formen von Daten repräsentiert und scheinbar lesbar gemacht (vgl. ebd.). Dabei werden in diesem Zusammenhang quasi souveräne Entscheidungen darüber getroffen, in welcher Weise sich die Grenze der ›Zukunft‹ entwickeln soll (vgl. Bourne/Johnson/Lisle 2015; Trauttmansdorff/Felt 2023). Diese geteilten und um Hegemonie ringenden Zukunftsvisionen stehen im Zeichen eines technischen Solutionismus, der strukturelle Problemlagen als durch Innovationen ›lösbar‹ darstellt und gleichzeitig alternative Handlungsstrategien delegitimiert. Im Zusammenhang mit dem Projekt der Smart Borders ist die Rolle der EU-Agentur EU-LISA zentral. Im Hinblick auf Trauttmansdorff und Felts Forschung zu EU-LISA wird ersichtlich, dass die Schaffung einer digitalen Infrastruktur von Informations- und Überwachungssystemen auf europäischer Ebene langfristig einem ›höheren Zweck‹ dient (2023: 645). Es geht um die holistische Vision eines ›großen Ganzen‹, das sich aus den überlappenden Bereichen der Migrations- und Grenzkontrolle, sowie der Sphäre der inneren ›Sicherheit‹ zusammensetzen soll (ebd.).

An dieser Stelle führt dieser Text ein weiteres Konzept des Laboratoriums in die Debatte ein, das aus einer anderen Denkrichtung entstammt: einer postkolonialen Perspektive auf die Polizei und auf das Feld der (Un-)Sicherheitsproduktion (vgl. Müller 2012, 2014; Thompson 2018). Denn die Wissensproduktion innerhalb des europäischen Grenzregimes lässt sich auch als eine postkoloniale Dynamik verstehen. Die hier vorgebrachte Metapher des Laboratoriums basiert dabei weniger auf der Vorstellung eines konkreten, distanzierten Ortes der Wissensproduktion als auf einem bestimmten Herrschaftskontext unter der Legitimation eines Ausnahmezustands, in dem bestimmte Herrschaftspraktiken und -techniken experimentell (weiter-)entwickelt werden.

(POST-)KOLONIALE LABORATORIEN DER POLIZEILICHEN WISSENSPRODUKTION

Die Konstellation des Kolonialismus, die hier im Fokus der Betrachtung stehen soll, ist der europäische Kolonialismus ab dem 19. Jahrhundert. Es war dieser Kolonialismus im aufkommenden Kapitalismus, der auf die Erfahrungen der imperialen Herrschaft über Kolonialiserte mittels der Konstruktion rassifizierter und kulturalisierter Differenzen aufbaute und maßgeblich für die Hervorbringung von europäisch geprägten Ideen und Idealen der Moderne war (vgl. Cooper/Stoler 1997). Die im kolonialen Kontext der Herrschaft etablierte prinzipielle Ungleichbehandlung zwischen Kolonisierten und Kolonisator*innen ermöglichte die Extraktion von Ressourcen sowie die Expropriation und Ausbeutung kolonialisierter, rassifizierter Subjekte unter Bedingungen, die in den kolonial-kapitalistischen Zentren Europas nicht mehr durchsetzbar waren (vgl. ebd.). Durch die konstruierte Ungleichwertigkeit zwischen weißen, »zivilisierten« Kolonisator*innen und den im Gegensatz als nicht-weiß und »nicht-zivilisiert« konstruierten Kolonisierten agierten die kolonialen Unterdrückungsregime in einem Modus des auf Dauer gestellten Ausnahmezustandes (vgl. Mbembe 2003). Die Unterschiedslosigkeit zwischen Recht und Gewalt im Namen der Aufrechterhaltung der öffentlichen »Sicherheit« (vgl. Agamben 2018) war für die Kolonisierten also zumeist nicht die »Ausnahme«, sondern die Regel (vgl. Mbembe 2003). Diese »zweiteilte Welt« (Fanon [1961] 1969: 29) wurde durch eine polizeiliche Grenzziehung organisiert, die zwischen den als schützenswert konstruierten, »zivilisierten« Rechtssubjekten und den kolonialisierten »Anderen« verlief. Dieser Kontext machte es möglich, Formen der experimentellen Wissensproduktion zu etablieren. Demnach begreifen Cooper und Stoler (1997: 5) die kolonialisierten Gebiete als »Laboratorien der Moderne«.⁶

Auch die Entstehung moderner Polizeiapparate ist eng mit der Wissensproduktion in kolonialen Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen verknüpft (vgl. Brogden 1987; Sinclair/Williams 2007; McCoy 2009). Die in den Kolonien erprobten Techniken und Methoden der Kontrolle und Repression kamen nicht nur in den Kolonien selbst zum Einsatz, sondern wurden oftmals in modifizierter Form in die kolonialen Zentren Europas re-importiert (vgl. Hönke/Müller 2012; Müller 2014). Es sind

6 | Anzumerken ist, dass der Begriff des Laboratoriums streng genommen nicht zutrifft, weil ganzheitlich kontrollierte Bedingungen gemäß eines wissenschaftlichen Experiments zu keiner Zeit gegeben waren (vgl. Cooper/Stoler 1997). Allerdings hebt der Begriff den Charakter des Experimentierens mit bestimmten Techniken der Überwachung und Kontrolle hervor, der für diesen Beitrag zentral ist (vgl. Hönke/Müller 2012).

diese Dynamiken des transnationalen Wissenstransfers, die für die hier vorgebrachte Laboratoriums-Argumentation zentral sind. Denn durch die Transfers von Personal, Wissen und Erfahrungen zwischen den verschiedenen kolonialisierten Gebieten untereinander sowie den kolonialen Zentren (vgl. Sinclair/Williams 2007; Khalili 2010) wurde auch die Transformation der repressiven Apparate in den Zentren selbst vorbereitet und möglich gemacht (vgl. Hönke/Müller 2012; Müller 2014).⁷ So lässt sich sagen, dass insbesondere Polizeipraktiken im 19. und 20. Jahrhundert von dieser »cross-fertilization« (Hönke/Müller 2012: 387) zwischen den Kolonien und den kolonialen Zentren geprägt waren (vgl. ebd.; Sinclair/Williams 2007).

Die polizeilichen Wissenstransfers zwischen dem kolonialen Zentrum und den Peripherien, aber auch zwischen den verschiedenen Peripherien, waren essenziell dafür, bereits etablierte Modelle der Repression zu modifizieren und zu modernisieren. So verbreiteten sich etwa Strategien der Aufstandsbekämpfung, die im von Großbritannien besetzten Irland eingesetzt wurden, über den Transfer von polizeilichem Personal auch in anderen Gebieten des britischen Kolonialreichs, wie Indien, dem Mandatsgebiet Palästina und Malaysia, um dann auch im britischen Kernland selbst Anwendung zu finden (vgl. Sinclair/Williams 2007; Khalili 2010; Hönke/Müller 2012; Bell 2013). Es kann von einer gegenseitigen Beeinflussung von bestimmten Konzepten, Strategien und Techniken des Polizierens gesprochen werden, die sowohl in den kolonial-imperialen Peripherien als auch in den Metropolen des kolonialen Zentrums verbreitet waren (vgl. Brogden 1987; Sinclair/Williams 2007). Konkret geht es hierbei um (post-)koloniale Aufstandsbekämpfung (*counter insurgency*), kriminalistisches und geheimdienstliches Profiling und präventives Polizieren im Sinne einer vorgeifenden Repression, die auf angenommenen Risiken beruht (*pre-crime*) (vgl. Sinclair/Williams 2007; McCulloch/Pickering 2009; McCoy 2009; Khalili 2010). Auch die Nutzung von biometrischen Daten wie Fingerabdrücken zur Verifizierung von Identitäten ist eng mit der Wissensproduktion im kolonialen Kontext der Herrschaft verknüpft (vgl. Maguire 2009; Wienroth/Amelung 2023).⁸ Wissen über Techniken der Repression und Kontrolle reiste stetig zwischen dem Zentrum und den Peri-

7 | Es lässt sich diesem Zusammenhang von Netzwerken sprechen, die sich nicht nur zwischen Akteur*innen in den Kolonien und dem Zentrum einer einzigen Kolonialmacht aufspannten, sondern auch zwischen verschiedenen Kolonialmächten sowie teilweise postkolonialen Staaten (vgl. Sinclair/Williams 2007).

8 | Diese Muster der experimentellen Wissensproduktion gemäß eines »Trial-and-Error-Verfahrens« und des Transfers dieses Wissens waren keine Besonderheit des britischen Kolonialreichs, sondern ließen sich auch in anderen Kolonialreichen beobachten (Hönke/Müller 2012).

pherien hin und her, wobei die Kolonien als Laboratorien dienten, in denen eben jene Techniken getestet und modifiziert wurden, um sie später auch außerhalb des kolonialen Entstehungs- und Modernisierungskontexts einzusetzen (vgl. Hönke/Müller 2012; Blanchard 2014). Diese Dynamiken der polizeilichen Wissensproduktion unter einem auf Dauer gestellten Ausnahmezustand wirken auch über die Zeit des europäischen Kolonialismus hinaus.

Als Laboratorium für Methoden der Aufstandsbekämpfung kann beispielsweise Nord-Irland verstanden werden. Diese Methoden kamen anschließend auch in England zum Einsatz, um Widerstände gegen neoliberale Reformpolitiken in den 1980er Jahren polizeilich zu brechen (vgl. Bell 2013). Ähnliches gilt für den US-amerikanischen Kolonialismus auf den Philippinen, wo Methoden der geheimdienstlichen Aufstandsbekämpfung entwickelt und optimiert wurden, die später für die Errichtung eines modernen Überwachungsstaats im US-Amerikanischen Kernland genutzt wurden (McCoy 2009). Die polizeilichen Strategien der Kontrolle und des »Regierens eines imaginierten ›Anderen« (Müller 2014: 73) waren und sind also in ihrer Anwendung nicht auf diese ›Anderen‹ begrenzt.

Es ist analytisch produktiv, diese Perspektive auf die postkolonialen Wirkweisen polizeilicher Wissensproduktion auch auf die Wissensproduktion innerhalb des europäischen Grenzregimes anzuwenden. Denn wie die beschriebene Dynamik der Wissenstransfers hervorhebt, wird das unter der Legitimation eines Ausnahmezustands im ›Laboratorium‹ produzierte Wissen tendenziell auch in anderen Bereichen als ursprünglich vorgesehen anwendbar gemacht, wenn es einen politischen Willen und einen Handlungsraum dafür gibt.

SMART BORDERS UND DIE TRANSFORMATION DES GRENZREGIMES

Die Smart Borders können als ein politisches Projekt verstanden werden, dass nach einer Managementlogik ›Lösungen‹ für Probleme der ›Sicherheit‹ vorschlägt, die mit ihrer scheinbaren statistischen Objektivität politischen Uneinigkeiten die Bedeutung abspricht. Smart Borders als digitalisierte und automatisierte Grenzen sollen insbesondere Daten über Menschen sammeln, speichern und bereitstellen, die transnational mobil sind und keine europäische Staatsbürgerschaft besitzen. Aus diesen Daten werden Profile angelegt, die es erlauben, auf der Basis spezifischer Kriterien Risiken zu identifizieren und gegebenenfalls Alarm zu schlagen, wenn eine vermeintlich ›risikoreiche Person‹ versucht, eine Grenze zu überqueren (vgl. Bigo 2020; Mau 2021; Everuss 2021; Derave/Genicot/Hetmanska 2022). Mittels künstlicher Intelligenz sol-

len Vorhersagen darüber möglich werden, wo Risiken auftreten könnten und von wem diese potenziell ausgehen (vgl. Bigo 2020). Die Daten, die im Rahmen der Smart Borders gesammelt, gespeichert und verarbeitet werden, umfassen neben Video-, Bild- und Audiodaten insbesondere auch diverse biometrische Daten. Mit diesen soll die Identität des betreffenden Individuums objektiv verifiziert werden können, ohne dabei auf Passdokumente angewiesen zu sein (vgl. Bigo 2020; Mau 2021). Die Funktionalität dieser »Datafizierung der Grenze« (Mau 2021: 109) wird durch verschiedene Datenbanken organisiert, die die genannten Daten speichern, systematisieren und die erstellten Profile mit konkreten Dokumenten wie Visa oder Pässen verknüpfen (vgl. Bigo 2020). Allerdings kann auch auf solche Datenbanken zugegriffen werden, die etwa Auskunft über begangene Straftaten der entsprechenden Personen geben (vgl. Mau 2021).

Die Etablierung und das Betreiben einzelner Datenbanken, die die Bereiche der Bekämpfung von Terrorismus, transnationaler Kriminalität und illegalisierter Migration verbinden, ist kein neues Phänomen. Bereits das Schengen-Informationssystem (SIS) stellt diese Verbindung vor dem Hintergrund einer Versicherheitlichung von Migration her (vgl. Bigo 2020; Derave/Genicot/Hetmanska 2022). Die Neuartigkeit der hier beschriebenen Entwicklungsdynamik besteht vielmehr in der Etablierung dreier neuer Systeme sowie der Maßgabe der Interoperabilität. Die Interoperabilität zwischen den geplanten neuen und den bestehenden Datenbanken und Informationssystemen ist für die Funktionsweise der Smart Borders essenziell (vgl. Europäische Kommission 2016). Diese Vernetzung und Harmonisierung kann auch als die Grundlage verstanden werden, auf der eine Kohärenz zwischen verschiedenen nationalstaatlichen und europäischen Apparaten errichtet werden soll (vgl. Bellanova/Glouftisios 2022). Durch die Verknüpfung von Migrationssteuerung, Grenzkontrollpolitik, Strafverfolgung und Terrorismusabwehr wird der Rahmen für eine Infrastruktur aus vernetzten Informationssystemen und Datenbanken gesetzt, deren engmaschiges Netz der Überwachung etwaige Informations- und Überwachungs-, beziehungsweise »Sicherheitslücken« schließen soll (vgl. Europäische Kommission 2016). Die Entwicklung und Einführung neuer Systeme zur Grenzüberwachung und -kontrolle sind also vor dem Hintergrund der Krise des Grenzregimes und des Staatsprojekts Europa ab 2015 sowie den damit verbundenen Schüben der Versicherheitlichung nach den Terroranschlägen in Paris und Brüssel 2015 und 2016 zu betrachten. Die geplanten und teilweise schon operablen, in Pilotprojekten erfolgreich getesteten (vgl. Monroy 2021a) neuen Systeme stoßen in einen Handlungsraum vor, der sich erst durch diese Krisenlage politisch eröffnet hat. Sie sollen das Grenzregime durch eine Digitalisierung und Automatisierung der Überwachung und Kontrolle »optimieren« und »effizienter« gestalten, beziehungsweise »smartifizieren«.

Das *Entry-Exit-System* (EES) soll Daten über Drittstaatenangehörige sammeln, die die Außengrenze der EU überqueren und sich für einen relativ kurzen Zeitraum von bis zu 90 Tagen im Schengenraum aufhalten (vgl. Derave/Genicot/Hetmanska 2022). Das *European Criminal Records Information System for Third-Country Nationals* (ECRIS-TCN) hingegen soll Informationen über Einträge in Strafregistern von Nicht-EU-Bürger*innen sammeln (vgl. ebd.).⁹ Das *European Travel Authorisation System* (ETIAS) wird neue Rahmenbedingungen für die Einreise von Nicht-EU-Bürger*innen aus visa-befreiten Staaten festlegen, die bisher ohne vorherige Autorisierung in den Schengenraum einreisen konnten (vgl. ebd.). In über 20 Feldern, die von Bewerber*innen ausgefüllt werden müssen, werden Identitätsdaten, Kontaktdaten, Reisedokumente, persönliche Daten wie der Geburtsort, Spitznamen und die Namen der Eltern, aber auch der Bildungsgrad, der aktuelle Beruf, sowie Gesundheitsdaten erhoben (vgl. ebd.). Im Anschluss an die Datenerhebung soll ETIAS drei verschiedene Analysen anstellen: erstens eine vergangenheitsorientierte Analyse, die das erhobene Datenprofil mit Daten aus den anderen Datenbanken abgleicht; zweitens eine hybride, vergangenheits- und zukunftsorientierte Analyse, in der die erste Analyse um Daten über Personen erweitert wird, die statistisch in der Zukunft eine Straftat begehen könnten; und schließlich drittens eine zukunftsorientierte Analyse, die auf Grundlage des ermittelten Profils feststellen soll, ob eine Person ein »Risiko« darstellt, etwa weil das System zu dem Schluss kommt, dass die Gefahr einer illegalen Einreise oder eines illegal verlängerten Aufenthalts gegeben ist (vgl. ebd.). Am Beispiel des ETIAS wird deutlich, dass die Interoperabilität zwischen den verschiedenen Datenbanken für die Funktionsweise der Smart Borders zentral ist. Dabei wird das *Common Identity Repository* (CIR) das neue Herzstück der interoperablen Daten- und Informationsstruktur im Schengenraum sein (vgl. ebd.). Mit dem CIR sollen die gesammelten und systematisierten Daten in einer Datenbank zentralisiert werden, die für jede erfasste Person ein abrufbares Profil erstellt (vgl. ebd.).

Durch die so möglich gemachte »Dataveillance« (Amoore 2006: 339) soll das Grenzregime als Filter, der Mobilität nach utilitaristischen Kriterien reguliert, effizienter gestaltet und statistisch rationalisiert werden (vgl. Mau 2021). Das Grenzregime als spezifischer Regulationsversuch eines globalen Nord-Süd-Verhältnisses bleibt somit weiterhin semipermeabel. Die gleichzeitige Offen- und Geschlossenheit des europäischen Grenzregimes vor dem Hintergrund des Projekts des »Migrationsmanagements« (vgl. Buckel 2013) wird digitalisiert, automatisiert und damit in der Architektur des Grenzregimes weiter materialisiert. Die digitalen und interoperablen

⁹ | Es handelt sich dabei um eine Erweiterung des bereits seit 2012 bestehenden Strafregisterinformationssystems ECRIS.

Systeme ergänzen die weiterhin bestehenden fortifizierten, abschreckenden Elemente des Grenzregimes (vgl. Mau 2021). Für welche Subjekte die Grenze durch die Etablierung von Smart Borders nahezu unsichtbar und bedeutungslos wird, weil die Grenzüberquerung digitalisiert und automatisiert abgewickelt wird, und für welche Subjekte diese scheinbare Offenheit nicht gilt, entscheidet sich an den datenbasierten Identitäts- und Risikomarkierungen (vgl. Bigo 2014; Mau 2021). Anhand einer algorithmischen Bewertung bestimmter Eigenschaften, wie beispielsweise der Nationalität, dem Geschlecht und dem Bildungsgrad (Derave/Genicot/Hetmanska 2022), werden transnational mobile Subjekte mit statistisch generierten und zumeist rassifizierten Schemata der ›Risikohaftigkeit‹ in Verbindung gebracht. Die Transformation des Grenzregimes verwandelt die Grenze also in eine mobile Realität für die »Unge wollten« (Mbembe 2019: 9), in deren Körper sich das Grenzregime eingeschrieben hat, um allorts eine scheinbar objektive Identifizierung und Bewertung der objektifizierten Subjekte vorzunehmen (vgl. ebd.).

DIE SMART BORDERS ALS LABORATORIUM FÜR DIE TRANSNATIONALISIERUNG REPRESSIVER APPARATE

Zugleich lässt sich das europäische Grenzregime vor dem Hintergrund dieser Transformation als ein Laboratorium für das vernetzte Polizieren im Schengenraum begreifen. Einerseits werden unter der Legitimation eines krisenhaften ›Ausnahmezustands‹ an den Grenzen konkrete Technologien und Methoden der Kontrolle und Überwachung zur ›Optimierung‹ des Grenzregimes selbst getestet (vgl. EU-LISA 2015a; Derave/Genicot/Hetmanska 2022). Beispielhaft sind hier die verschiedenen von EU-LISA und Frontex durchgeführten Pilotprojekte, die etwa die Durchführbarkeit digitaler Scans biometrischer Daten testen sollten (vgl. EU-LISA 2015a; 2022), oder die Automatisierung von Grenztoren (vgl. Monroy 2021a). Durch das Zusammenwirken verschiedener Akteur*innen der Wissenschaft und Privatwirtschaft sowie nationalstaatlicher und europäischer Apparate findet hier nicht nur ein Verwischen der Grenze zwischen den Sphären der Wissenschaft und der Sphäre der ›Sicherheit‹ statt (vgl. Bourne/Johnson/Lisle 2015). Vielmehr werden auch hegemoniale Visionen bezüglich der angestrebten Grenze der Zukunft erst in diesen Konstellationen entscheidend konkretisiert und als ›Lösungen‹ legitimiert (vgl. Trauttmansdorff/Felt 2023). Diese Visionen reichen über das Feld der Migrations- und Grenzpolitik hinaus. Die konkreten Praktiken des Testens im Kontext des ›Ausnahmezustands‹ an den Grenzen beziehen sich nämlich nicht nur auf das Ausprobieren der Wirksamkeit

einzelner Kontroll- und Überwachungstechnologien. Stattdessen geht es auch um das Testen der Vernetzung und Betreibung der gesamten interoperablen Infrastruktur, in der die einzelnen Systeme sich gegenseitig unterstützen und ergänzen sollen (vgl. ebd.; Europäische Kommission 2016).

Daher kann das Laboratorium Grenzregime als ein Wegbereiter und als Fundament eines präventiv agierenden, algorithmisch gesteuerten und intersektional diskriminierenden europäischen Sicherheitsregimes verstanden werden. Zentral ist dafür die weiter oben beschriebene Tendenz des ›Re-Imports‹, beziehungsweise der transnationalen Dynamiken des Transfers des im Laboratorium produzierten Wissens. Im Kontext des europäischen Grenzregimes zeigt sich diese Dynamik besonders in zwei Bereichen: Zum einen im Transfer und in der Vernetzung von Personal, zum anderen in der Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten für optimierte Kontroll- und Überwachungstechnologien.

Im Rahmen der sogenannten »Organleihe« (Deutscher Bundestag/Wissenschaftliche Dienste 2018: 6) ist beispielsweise geregelt, dass sich das Personalkontingent des europäischen Apparats Frontex zu einem Teil aus Personal nationalstaatlicher Polizeiapparate zusammensetzt. Konkret wird etwa ein Kontingent an Bundes- und Landespolizist*innen für den Einsatz bei Frontex zur Verfügung gestellt (ebd.). Die Polizist*innen, die sich erfolgreich auf den Einsatz für Frontex beworben haben, bekommen nach einer Ausbildung einen fünfjährigen Arbeitsvertrag angeboten (vgl. Frontex 2019). Im Rahmen ihrer Tätigkeit für Frontex arbeiten sie auch in den Bereichen der Informationssammlung und -weitergabe sowie der Grenzüberwachung (vgl. ebd.) und werden unter anderem dafür zuständig sein, die ETIAS-Zentraleinheit zu steuern (Derave/Genicot/Hetmanska 2022). Die Vernetzung europäischer und nationalstaatlicher Apparate über diese Transfers findet beispielsweise über Fortbildungen bezüglich der bevorstehenden Arbeit mit neuen Kontroll- und Informationstechnologien statt (vgl. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik 2019) oder geschieht auf Konferenzen, wie dem Europäischen Polizeikongress (vgl. Europäischer Polizeikongress 2024).

Das Phänomen der schleichenden Ausweitung der Funktionen und Aufgaben einzelner Informations-, Kontroll- und Überwachungssysteme, die die zweite Betrachtungsebene des Transfers darstellt, ist bereits unter dem Begriff »function creep« (Koops 2021: 29) diskutiert worden.¹⁰ Als Beispiel kann hier das SIS dienen, das in seiner Konzeption und Evolution einen wesentlichen Bestandteil des vernetzten Polizierens im Schengenraum darstellt. Das SIS hat sich seit seiner Etablierung im Jahr

10 | Im Rahmen dieses Textes kann keine umfassende Darstellung dieser Debatte geleistet werden. Für einen Überblick sei auf Koops (2021) und Leese/Ugolini (2024) verwiesen.

1995 von einem einfachen System des Informationstausches zwischen verschiedenen nationalstaatlichen Apparaten zu einem supranationalen System der Identifikation, Überwachung und Verbrechensaufklärung entwickelt (vgl. Leese/Ugolini 2024). Bei dieser stetigen, inkrementellen Ausweitung der Nutzungszwecke, Datentypen und Überwachungsmöglichkeiten handelt es sich nicht um rein technologische Pfadabhängigkeiten, sondern um eine Strategie (vgl. ebd.). Das bewusste Offenhalten von Erweiterungsmöglichkeiten soll es ermöglichen, Entwicklungen in der Zukunft zu antizipieren.¹¹ Durch ein stetiges Monitoring sollen neuartige Technologien evaluiert werden. Diese Technologien und Datentypen, wie die biometrische Identifikation von Fingerabdrücken, wurden unter der Leitung von EU-LISA im Rahmen der bereits weiter oben erwähnten Pilotprojekte an den Grenzen getestet (vgl. EU-LISA 2015a). In diesen Tests sollte überprüft werden, wie funktional besagte Technologien sind (EU-LISA 2015b), um sie gegebenenfalls in das SIS integrieren zu können (vgl. ebd.; Leese/Ugolini 2024). Ähnliche Strategien der möglich gemachten Ausweitung der Anwendungsbereiche und der Integration neuer Technologien lassen sich etwa auch bei der Nutzung von künstlicher Intelligenz im geplanten ETIAS beobachten (vgl. Derave/Genicot/Hetmanska 2022).

Vor diesem Hintergrund kann das Grenzregime als ein Laboratorium verstanden werden, in dem unter der Legitimation eines krisenhaften ›Ausnahmestands‹ die Produktion von Wissen über Technologien der Kontrolle und Überwachung und der Vernetzung dieser Technologien untereinander möglich gemacht werden. Die interoperable Infrastruktur, die unter dem Zusammenwirken von europäischen und nationalstaatlichen Apparaten im Rahmen des Projekts der Smart Borders etabliert wird (vgl. Bellanova/Glouftisios 2022), ermöglicht so eine neue Qualität des vernetzten Polizierens im Schengenraum. So stellt die digitalisierte Grenze für das im Neoliberalismus hegemoniale »Policing by Numbers« (Brinken 2018: 244) eine »Datenzapfstation« (Mau 2021: 109) dar. Über die erstellten Datenprofile wird eine digitale Identität an den Körper der erfassten Personen gebunden, die die Datengrundlage für weitere Interaktionen mit repressiven nationalen und europäischen Apparaten darstellt (vgl. Leese 2022). Die durch diese zunehmend digitalisierte und vernetzte »state vision« (ebd.: 118) produzierte Datengrundlage soll verschiedenen nationalen Polizeiapparaten zur Verfügung gestellt werden. Vor dem Hintergrund des neoliberalen Paradigmas einer »Verbetriebswirtschaftlichung« (Brinken 2018: 235) der Polizei ist diese

11 | Dieses technokratisch beschlossene, intendierte Offenhalten zukünftiger Möglichkeiten soll dabei nicht zuletzt auch dafür sorgen, die inkrementelle Ausweitung staatlicher Kontroll- und Überwachungskapazitäten vor einer breiten öffentlichen Debatte abzuschirmen, also tendenziell zu entpolitisieren (vgl. Leese/Ugolini 2024).

konstitutiv für die statistikgeleitete Effizienzorientierung, die zumeist mit gezielten Repressionen gegen arme und rassifizierte Menschen einhergeht (vgl. ebd.).

Auch die (imaginierte) Fähigkeit, Voraussagen über potenzielle ›Risiken‹ in der Zukunft zu treffen, erhält durch die im Rahmen des Grenzregimes produzierten Daten eine breitere Grundlage (vgl. McCulloch/Pickering 2009; Kern 2018). Die Smart Borders lassen sich so in gewisser Weise als Digitalisierung des »weißen Blick[s]« (Fanon 1985: 80) fassen (vgl. Glouftsiou/Casaglia 2023). Subjekten wird anhand einer algorithmischen Bewertung bestimmter Eigenschaften eine statistisch generierte ›Risikohaftigkeit‹ und ›Bedrohlichkeit‹ zugewiesen. Die analysierten ›Eigenschaften‹ beschränken sich jedoch nicht nur auf die Hautfarbe und die geographische Herkunft einer Person, sondern auch auf die soziale Herkunft und den Lebensverlauf, das Geschlecht sowie die körperliche Verfassung.¹² Das Grenzregime, das »unterschiedliche Kategorien von Menschen produziert« (Adam/Hess 2024: 517), wirkt einerseits über diese Produktion rassifizierter, relational hierarchisierter Kategorien auch nach ›innen‹, indem ein weißes, zivilisiertes und schützenswertes Kollektiv konstruiert, beziehungsweise imaginiert wird, im Sinne einer »Rassifizierung des politischen Körpers« (ebd.: 506). Dabei kann diese Wirkung des Grenzregimes nach ›innen‹ andererseits auch auf der hier betrachteten Ebene der stetigen Ausweitung staatlicher Kapazitäten der Kontrolle und Überwachung betrachtet werden. Denn die repressiven Auswirkungen der beschriebenen statistisch fundierten, polizeilichen Grenzbeziehungen zwischen schützenswerten, risikoarmen Rechtssubjekten und potenziell bedrohlichen, risikoreichen ›Anderen‹ betreffen bereits heute nicht nur rassifizierte Nicht-EU-Bürger*innen aus postkolonialen Staaten. Auch ungewollte Mobilität von EU-Bürger*innen wird schon heute durch die transnationale Nutzung von Datenbanken und Kooperation verschiedener nationalstaatlicher Apparate poliziert (vgl. Vrăbiescu 2020). Darüber hinaus ließ sich in der Vergangenheit beobachten, wie Aktivist*innen und soziale Bewegungen unter der Maßgabe des hegemonialen polizeilichen ›Präventionsparadigmas‹ (vgl. McCulloch/Pickering 2009) transnational kriminalisiert und poliziert wurden (vgl. Trucco 2023). Ein Vorstoß kam bereits 2021 vom Bundesinnenministerium, das sich dafür einsetzte, die vage gehaltene Kategorie der ›politischen Gefährder*in‹ als Kategorie in die vernetzten Informationssysteme einzuführen (vgl. Monroy 2021b).

12 | Dies geht beispielsweise aus den im ETIAS erhobenen Kategorien hervor (Deraeve/Genicot/Hetmanska 2022).

FAZIT UND AUSBLICK

Die Smart Borders können als ein politisches Projekt betrachtet werden, das eine Kohärenz im in der Krise steckenden europäischen Staatsapparate-Ensemble herstellen soll. Durch die Maßgabe der Interoperabilität als wesentlicher Bestandteil des Projekts, soll eine Harmonisierung und zusätzliche Vernetzung nationalstaatlicher und europäischer Apparate etabliert werden. Vor dem Hintergrund eines betriebswirtschaftlich orientierten Solutionismus wird versucht, die Automatisierung und Digitalisierung der Grenzkontrolle als eine ›Lösung‹ für etwaige Krisensituationen des europäischen Grenzregimes zu konstruieren. Die scheinbare Objektivität der vernetzten Informationssysteme und Datenbanken soll den fragmentierten migrations- und grenzpolitischen Konflikt de-politisieren und damit aufschieben (vgl. Buckel 2018; Bigo 2020). Dass die beschriebenen Dynamiken tendenziell nicht nur das Feld der Migrations- und Grenzpolitik betreffen, hat dieser Text über die Konzeption des Grenzregimes als Laboratorium für das vernetzte Polizieren im Schengenraum hervorgehoben. Die dargelegten theoretischen Überlegungen bezüglich der (post-)kolonialen Laboratorien, sowie die bereits jetzt vorherrschende Realität des vernetzten Polizierens von EU-Bürger*innen, verweisen darauf, dass das im Laboratorium produzierte Wissen nicht auf seinen Entstehungskontext begrenzt ist. Vielmehr kann auch im Kontext der Entwicklung des Grenzregimes und der repressiven Apparate im europäischen Staatsapparate-Ensemble von einer »*cross-fertilization*« (Hönke/Müller: 387) gesprochen werden. Die dargelegten Dynamiken des Wissenstransfers und der stetigen Ausweitung der Anwendungszwecke und Nutzungsgebiete der (weiter-)entwickelten Technologien machen deutlich, wie das Grenzregime als das Fundament eines europäischen Sicherheitsregimes verstanden werden kann. Dieses Projekt eines Sicherheitsregimes stößt in einen politischen Handlungsraum vor, der sich erst durch die Krise des Grenzregimes und dem auch damit zusammenhängenden Rechtsruck in Europa ergeben hat (vgl. Oberndorfer 2019). Vor diesem Hintergrund kann die Maßgabe der Interoperabilität außerdem als Manifestation des Versuchs gesehen werden, etwaige Tendenzen der Re-Nationalisierung der Informations- Überwachungs- und Kontrollinfrastruktur unverantwortlich erscheinen zu lassen (vgl. ebd.; Bellanova/Glouftsis 2022).

Die in diesem Text vorgeschlagene Perspektive auf das Feld der (Un-)Sicherheitsproduktion hat das Ziel, die Implikationen der beschriebenen Transformationen hervorzuheben. Denn durch diese Blickweise wird deutlich, wie das sich in seiner Etablierung befindende europäische Sicherheitsregime potenziell nicht nur zu einem Regime der strukturellen Unsicherheit für illegalisierte, rassifizierte transnational mobile Menschen werden kann. Vielmehr sind Teile der interoperablen Infrastruktur aus

Kontroll- und Überwachungssystemen offen für eine potenzielle Ausweitung der Anwendungsbereiche. Die Einschätzungen darüber, wer ein potenzielles ›Risiko‹ darstellt, könnten sich jedoch angesichts des politischen Rechtsrucks im europäischen Staatsapparate-Ensemble als ebenso wandelbar erweisen, wie die Anwendungszwecke der Technologien selbst.

LITERATUR

- Adam, Jens / Hess, Sabine (2024): Grenzregime und Autoritäre Transformation. Zu Internalisierungseffekten repressiver Grenzpolitiken – das Beispiel Polen. In: Röder, Antje / Zifonun, Dariuš (Hg.): *Handbuch Migrationssoziologie*. Wiesbaden. 497–526.
- Agamben, Giorgio (2018): Souveräne Polizei. In: Loick, Daniel (Hg.): *Kritik der Polizei*. Frankfurt/New York. 95–98.
- Amoore, Louise (2006): Biometric borders. Governing mobilities in the war on terror. In: *Political Geography* 25 (3). 336–351. URL: doi.org/10.1016/j.polgeo.2006.02.001 [04.10.2024].
- Bell, Emma (2013): Normalising the exceptional: British colonial policing cultures come home. In: *Mémoire(s), identité(s), marginalité(s) dans le monde occidental contemporain*. Cahiers du MIMMOC, 2013 (10). 1–12. URL: doi.org/10.4000/mimmoc.1286 [04.10.2024].
- Bellanova, Rocco / Glouftisios, Georgios (2022): Formatting European security integration through database interoperability. In: *European Security* 31(3). 454–474. URL: doi.org/10.1080/09662839.2022.2101886 [04.10.2024].
- Bigo, Didier (2014): The (in)securitization practices of the three universes of EU border control. Military/Navy – border guards/police – database analysts. In: *Security Dialogue* 45 (3). 209–225. URL: doi.org/10.1177/0967010614530459 [04.10.2024].
- Bigo, Didier (2020): The socio-genesis of a guild of ›digital technologies‹ justifying transnational interoperable databases in the name of security and border purposes. A reframing of the field of security professionals. In: *IJMBS* 6 (1/2). 74–92. URL: doi.org/10.1504/IJMBS.2020.108689 [04.10.2024].
- Blanchard, Emmanuel (2014): French Colonial Police. In: Bruinsma, Gerben / Weisburd, David (Hg.): *Encyclopedia of Criminology and Criminal Justice*. New York. 1836–1846.
- Bourne, Mike / Johnson, Heather / Lisle, Debbie (2015): Laboratizing the border: The production, translation and anticipation of security technologies. In: *Security Dialogue* 2015, Vol. 46(4). 307–325. URL: doi.org/10.1177/0967010615578399 [04.10.2024].
- Brinken, Kendra (2018): Policing by numbers: New Police Management und Gewaltmonopol. In: Loick, Daniel (Hg.): *Kritik der Polizei*. Frankfurt/New York. 235–249.
- Broeders, Dennis / Dijstelbloem, Huub (2016): The datafication of mobility and migration management: the mediating state and its consequences. In: van der Ploeg, Irma / Pridmore, Jason (Hg.): *Digitizing Identities Doing Identity in a Networked World*. New York. 242–260.

- Brogden, Mike (1987): The Emergence of the Police — the Colonial Dimension. In: *The British Journal of Criminology* 27 (1), Why Police?: Special Issue on Policing in Britain. 4–14.
- Buckel, Sonja (2013): »Welcome to Europe« – Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das »Staatsprojekt Europa«. Bielefeld.
- Buckel, Sonja (2015): Dirty capitalism. In: Martin, Dirk / Martin, Susanne / Wissel, Jens (Hg.): *Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie*. Münster. 29–48.
- Buckel, Sonja (2018): Winter is coming. Der Wiederaufbau des europäischen Grenzregimes nach dem »Sommer der Migration«. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 48 (3). 437–457.
- Buckel, Sonja / Georgi, Fabian / Kannankulam, John / Wissel, Jens (2014): Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*. Bielefeld. 15–84.
- Buckel, Sonja / Graf, Laura / Kopp, Judith / Löw, Neva / Pichl, Maximilian (2021): Der lange Sommer der Migration als ein Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe. In: Buckel, Sonja / Graf, Laura / Kopp, Judith / Löw, Neva / Pichl, Maximilian (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik seit 2015. Zur Transformation des europäischen Migrationsregimes*. Bielefeld. 7–28.
- Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik (2019): BSI richtet FRONTEX Schulung zu Automated Border Control und Entry-Exit System aus. URL: [bsi.bund.de \[04.10.2024\]](https://www.bsi.bund.de/04.10.2024).
- Cooper, Frederick / Stoler, Ann Laura (1997): Between métropole and colony: Rethinking a research agenda. In: Cooper, Frederick / Stoler, Stoler (Hg.): *Tensions of empire. Colonial cultures in a bourgeois world*. Berkeley. 1–58.
- Davitti, Daria (2019): Biopolitical Borders and the State of Exception in the European Migration 'Crisis'. In: *The European Journal of International Law* Vol. 29 no. 4. 1173–1196. URL: doi.org/10.1093/ejil/chy065 [04.10.2024].
- Derave, Charly / Genicot, Nathan / Hetmanska, Nina (2022): The Risks of Trustworthy Artificial Intelligence. The Case of the European Travel Information and Authorisation System. In: *European Journal of Risk Regulation* 13 (3). 389–420. URL: doi.org/10.1017/err.2022.5 [04.10.2024].
- Deutscher Bundestag / Wissenschaftliche Dienste (2018): Unterstützung von FRONTEX durch die Bundespolizei, die Polizei der Länder und die Bundeswehr. In: *Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste (Hg.): Sachstand (WD 2 – 3000 – 188/18)*. URL: [bundestag.de \[04.10.2024\]](https://www.bundestag.de/04.10.2024).
- EU-LISA (2015a): Testing the borders of the future. Smart Borders Pilot: The results in brief. URL: [home-affairs.ec.europa.eu \[04.10.2024\]](https://home-affairs.ec.europa.eu/04.10.2024).
- EU-LISA (2015b): Biometrics in Large-Scale IT. Recent trends, current performance capabilities, recommendations for the near future. URL: [eulisa.europa.eu \[04.10.2024\]](https://eulisa.europa.eu/04.10.2024).
- EU-LISA (2022): Enabling Seamless Travel to the European Union. Research Monitoring Report. URL: [eulisa.europa.eu \[04.10.2024\]](https://eulisa.europa.eu/04.10.2024).
- Europäische Kommission (2016): Solidere und intelligentere Informationssysteme für das Grenzmanagement und mehr Sicherheit. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. URL: [eur-lex.europa.eu \[04.10.2024\]](https://eur-lex.europa.eu/04.10.2024).

- Europäische Kommission (2020a): EU-Strategie für eine Sicherheitsunion. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. COM(2020) 605 final. URL: eur-lex.europa.eu [10.10.2024].
- Europäische Kommission (2020b): Ein neues Migrations- und Asylpaket. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. COM(2020) 609 final. URL: eur-lex.europa.eu [04.10.2024].
- Europäischer Polizeikongress (2024): Historie. URL: europaeischer-polizeikongress.de [04.10.2024].
- Europäisches Parlament / Rat der EU (22.05.2019): Verordnung (EU) 2019/818 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Errichtung eines Rahmens für die Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration) und zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1726, (EU) 2018/1862 und (EU) 2019/816, 2019/818. In: Amtsblatt der Europäischen Union. URL: eur-lex.europa.eu [04.10.2024].
- Everuss, Louis (2021): AI, smart borders and migration. In: Anthony Elliott (Hg.): *The routledge social science handbook of AI*. Abingdon/New York. 339–356.
- Fanon, Frantz ([1961] 1969): *Die Verdammten dieser Erde*. Reinbek bei Hamburg.
- Fanon, Frantz (1985): *Schwarze Haut, weiße Masken*. Frankfurt a. M..
- Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (2014): Krise und kein Ende. In: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*. Bielefeld. 247–257.
- Frontex (2019): Werde Frontex-Grenzschutzbeamter – Wir Rekrutieren! URL: frontex.europa.eu [04.10.2024].
- Georgi, Fabian (2019): Kämpfe der Migration im Kontext. Die Krisendynamik des europäischen Grenzregimes seit 2011. In: Keil, Daniel / Wissel, Jens (Hg.): *Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union*. Baden-Baden. 205–228.
- Glouftisios, Georgios / Casaglia, Anna (2023): Epidermal politics: Control, violence and dissent at the biometric border. In: *EPC: Politics and Space* 41 (3). 567–582. URL: doi.org/10.1177/23996544221144872 [04.10.2024].
- Gramsci, Antonio ([1991ff.] 2012): *Gefängnishefte*. Hamburg.
- Hall, Stuart / Critcher, Chas / Clarke, John / Roberts, Brian (1978): *Policing the crisis. Mugging, the state, and law and order*. London.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (2017): Under Control? Or Border (as) Conflict: Reflections on the European Border Regime. In: *Social Inclusion* 5 (3). 58–68. URL: doi.org/10.17645/si.v5i3.1004 [04.10.2024].
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (2019): The Post-2015 European Border Regime. New Approaches in a Shifting Field. In: *aam* 21 (2). URL: doi.org/10.4000/aam.1812 [04.10.2024].
- Hönke, Jana / Müller, Markus-Michael (2012): Governing (in)security in a postcolonial world. Transnational entanglements and the worldliness of ‘local’ practice. In: *Security Dialogue* 43 (5). 383–401. URL: doi.org/10.1177/0967010612458337 [04.10.2024].

- Huke, Nikolai / Lüddemann, Dana / Wissel, Jens (2014): Frontex. Verlängerter Arm der Mitgliedsstaaten und Europäisierungsmotor der Grenzkontrolle. In: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld. 169–186.
- Kasperek, Bernd (2018): Abschottung im Recht, digitale Erfassung und forcierte Europäisierung. Das kommende Grenzregime nach den Plänen der Europäischen Kommission. Rosa Luxemburg Stiftung, Online-Publikationen, 2018 (4). URL: rosalux.de [04.10.2024].
- Kern, Anna (2018): Die Polizei im Neoliberalismus. In: Loick, Daniel (Hg.): Kritik der Polizei. Frankfurt/New York. 223–234.
- Khalili, Laleh (2010): The Location of Palestine in global Counter Insurgencies. In: International Journal of Middle East Studies 42 (3). 413–433. URL: doi.org/10.1017/S0020743810000425 [04.10.2024].
- Koops, Bert-Jaap (2021): The concept of function creep. In: Law, Innovation and Technology, 13:1. 29–56. URL: doi.org/10.1080/17579961.2021.1898299 [04.10.2024].
- Latour, Bruno (1999): Pandora's Hope. Cambridge, Mass.
- Leese, Matthias (2022): Fixing State Vision: Interoperability, Biometrics, and Identity Management in the EU. In: Geopolitics (27). 113–133. URL: doi.org/10.1080/14650045.2020.1830764 [04.10.2024].
- Leese, Matthias / Ugolini, Vanessa (2024): Politics of creep: Latent development, technology monitoring, and the evolution of the Schengen Information System. In: European Journal of International Security (2024). 1–17. URL: doi.org/10.1017/eis.2024.5 [04.10.2024].
- Lisle, Debbie / Bourne, Mike (2019): The many lives of border automation: Turbulence, coordination and care. In: Social Studies of Science 49 (5). 682–706. URL: doi.org/10.1177/0306312719870868 [04.10.2024].
- Maguire, Mark (2009): The birth of biometric security. In: ANTHROPOLOGY TODAY 25 (2). 9–14. URL: doi.org/10.1111/j.1467-8322.2009.00654.x [04.10.2024].
- Mau, Steffen (2021): Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert. München.
- Mbembe, Achille (2003): Necropolitics. In: Public Culture (15 (1)). 11–40.
- Mbembe, Achille (2019): Bodies as borders. In: From The European South 4. 5–18.
- McCulloch, Jude / Pickering, Sharon (2009): Pre-Crime and Counter-Terrorism. Imagining Future Crime in the 'War on Terror'. In: British Journal of Criminology 2009 (49). 628–645. URL: doi.org/10.1093/bjc/azp023 [04.10.2024].
- McCoy, Alfred (2009): Policing America's Empire. The United States, the Philippines, and the Rise of the Surveillance State. Madison, Wis.
- Monroy, Matthias (2021a): New control system: Frontex ends pilot project on facial recognition at EU borders. In: digit.site36.net, 09.11.2021. URL: digit.site36.net [04.10.2024].
- Monroy, Matthias (2021b): Umstrittener Begriff: Bundesinnenministerium schleicht »Gefährder« in die EU. In: netzpolitik.org, 04.11.2021. URL: netzpolitik.org [04.10.2024].

- Müller, Markus-Michael (2012): Polizei und (post-) koloniales Regieren. Eine Einleitung. In: *Comparativ: Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 2012 (22), Heft 3. 9–16.
- Müller, Markus-Michael (2014): Polizieren als (post-)koloniale Praxis: Einsichten für eine kritische Polizeiforschung. Ein Beitrag zur Debatte um kritische Polizeiforschung. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 2 (2). 71–76.
- Oberndorfer, Lukas (2019): Grenze, innere Sicherheit, Rüstung - Von der Krise zum Europäischen Ensemble repressiver Staatsapparate? In: Keil, Daniel / Wissel, Jens (Hg.): *Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union*. Baden-Baden. 229–252.
- Poulantzas, Nikos A. (2002 [1978]): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*. Hamburg.
- Salter, Mark B. (2007): We are all exiles: implications of the border as state of exception. In: *Law, Political Science*. 1–15.
- Sinclair, Georgina / Williams, Chris A. (2007): »Home and Away«: The Cross-Fertilisation between »Colonial« and »British« Policing, 1921–85. In: *The Journal of Imperial and Commonwealth History* 35 (2). 221–238. URL: doi.org/10.1080/03086530701337567 [04.10.2024].
- Thompson, Vannesa E. (2018): »There is no justice, there is just us!«: Ansätze zu einer postkolonial-feministischen Kritik der Polizei am Beispiel von Racial Profiling. In: Loick, Daniel (Hg.): *Kritik der Polizei*. Frankfurt/New York. 197–219.
- Trauttmansdorff, Paul / Felt, Ulrike (2023): Between Infrastructural Experimentation and Collective Imagination: The Digital Transformation of the EU Border Regime. In: *Science, Technology, & Human Values* 48 (3). 635–662. URL: doi.org/10.1177/01622439211057523 [04.10.2024].
- Trucco, Daniela (2023): The criminalization of border solidarity and the Law as a double-edged weapon. In: *Partecipazione e conflitto*, 16 (3). 470–489. URL: doi.org/10.1285/i20356609v16i3p470 [04.10.2024].
- Vavoula, Niovi (2020): The »Puzzle« of EU Large-Scale Information Systems for Third-Country Nationals: Surveillance of Movement and Its Challenges for Privacy and Personal Data Protection. In: *European Law Review* 2020 (3). 348–372.
- Vrăbiescu, Ioana (2020): Deportation, smart borders and mobile citizens. Using digital methods and traditional police activities to deport EU citizens. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*. 1–18. URL: doi.org/10.1080/1369183X.2020.1796267 [04.10.2024].
- Wienroth, Matthias / Amelung, Nina (2023): »Crisis«, control and circulation: Biometric surveillance in the policing of the »crimmigrant other«. In: *International Journal of Police Science & Management* 25 (3). 297–312. URL: doi.org/10.1177/14613557231184696 [04.10.2024].
- Wolff, Sebastian (2014): Vom »Modell Irregularität« zur »Managed Migration«. Kämpfe um die Transformation des spanischen Migrationsregimes. In: *Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa«* (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*. Bielefeld. 131–148.

Die soft-autoritäre Transformation

Die Narrative der katholischen Kirche im Kontext des polnisch-belarusischen Grenzregimes

ANNA KASTEN

Abstract: Seit Sommer 2021 lässt sich die Etablierung des Migrationsregimes an der polnisch-belarusischen Grenze beobachten. Die katholische Kirche gehört in Polen zu den wichtigen Akteur*innen auf der politischen Bühne. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern sie sich in das Migrationsregime an der polnisch-belarusischen Grenze einmischt. Dabei interessiert mich die Frage, welche Narrative die katholische Kirche im Hinblick auf die Situation an der Grenze entwickelt. Ziel des Beitrags ist es, die Funktionen aufzuzeigen, die diese Narrative im Rahmen der soft-autoritären Transformation erfüllen.

Keywords: Poland, migration regime, soft authoritarian transformation, narration, Catholic Church, help for refugees

»Dieses Europa, das wir kennen, ist ein Produkt der imperialen und kolonialen Geschichte.«

—Shalini Randeria (2022: o.S.)

»Die Rigidität des Rassismus ist der Schlüssel zu seiner Komplexität. [...] Die ganze symbolische und narrative Energie, all jene diskursive Arbeit, die dafür aufgewendet wird, das Flottieren des rassistischen Signifikanten in Gang zu halten, ist darauf gerichtet, uns ›hier‹ und die anderen ›da drüben‹ zu platzieren und jede Identität in dem ihr jeweils zugewiesenen Habitat zu fixieren. Doch all diese Bemühungen wären nicht nötig, gäbe es da nicht jene Tendenz, die Kultur als eine dem ›Spiel‹ der Signifikation oder der Geschichte gegenüber offene Struktur von Ähnlichkeiten und Differenzen immer aufweist, nämlich die bei allen Signifikanten vorhandene Neigung dazu, hin- und herzugleiten.«

—Stuart Hall (2018: 92; Herv. i.O.)

Die wissenschaftliche Konstruktion von Problemstellungen bewegt sich nicht jenseits der rassifizierten, hegemonialen und imperial gewachsenen Wissenskulturen, die be-

stimmen, »*wie wir wissen, was wir wissen*« (Knorr Cetina 2002: 11; Herv. i.O.). Der Begriff Wissenskultur bringt die Produktion des wissenschaftlichen Wissens in den Vordergrund, also die Prozesse der Entscheidungsfindung bei der Produktion des Wissens und die Aushandlungsprozesse während der Produktion der wissenschaftlichen Wahrheit (vgl. Reichmann/Knorr Cetina 2016: 47). Das Wissen spiegelt die Wirklichkeit wider und ist zugleich performativ in dem Sinne, dass es eine Wirklichkeit fabriziert und desgleichen neue Handlungsspielräume eröffnet und andere schließt (vgl. Kocyba 2004: 304). Kritische Grenzregimeforschung lenkt den Fokus auf die epistemologischen Gewissheiten, die ein bestimmtes Verständnis von Politik, Staat, Wissenschaft und Migration hervorbringen (vgl. Hess/Kasperek/Schwertl 2018: 269).

Lässt sich überhaupt und, wenn ja, wie/auf welche Weise auf eine Konstruktion der Problemstellung im Kontext der Ereignisse an der polnisch-belarusischen Grenze im Sommer 2021 hinweisen, ohne auf die rassifizierten Erzählhegemonien zurückzugreifen? Jeglicher Versuch, die Situation an der polnisch-belarusischen Grenze zu schildern und das Wissen über diese Situation zu teilen, schließt an die Codes dieser rassifizierten Erzählhegemonien an. Im Sommer 2021 suchten vermehrt Menschen vor allem aus dem Mittleren Osten und teilweise aus Afrika nach einer Möglichkeit, über die polnisch-belarusische Grenze in die Länder der Europäischen Union einzu-reisen. Im Sommer 2021 notierte der polnische Grenzschutz 300 Prozent Übertritte mehr als im Jahr 2020 (Szczepańska 2022).¹ Die Erwähnung der Länder bzw. Kontinente, aus welchen sich die Menschen auf den Weg machen, wie der Mittlere Osten oder Afrika, ebenso wie die Anzahl der Übertritte sind symbolische Codes, die es ermöglichen, rassifizierte und kolonialisierte Wissensbestände in den Umlauf zu bringen wie z.B. der Begriff des »hybriden Angriffs«², mit dem die Legitimation für eine brutale und menschenunwürdige Migrationspolitik an der Grenze Polens zu Belarus geschaffen wird, um sie dann wiederum zu normalisieren. Ein anderer Terminus, mit dem die Situation an der Grenze beschrieben wird, ist »Migrationskrise«. Mit diesem werden Personen, die migrieren, zur Ursache der Migration deklariert (vgl. Grupa

1 | Eine differenzierte Darstellung der statistischen Daten zu den Grenzübertritten ist im Bericht von Grupa Granica (2021) vorhanden.

2 | Der vom Migrationsregime stammende Begriff des »hybriden Angriffs« suggeriert, dass Lukaschenko und das belarusische Regime die Migrant*innen an die Grenze zur Europäischen Union locken und/oder sie dazu zwingen, sich dorthin zu bewegen. Dieser »hybride Angriff« zielt darauf ab, Polen und andere Staaten für die Unterstützung der belarusischen Demokratiebewegung und für die Sanktionen der EU zu bestrafen sowie Polen zu destabilisieren (vgl. Adam/Steinhauer/Randeria 2022: 27f.).

Granica 2022: 10), die nicht vorhandene solidarische Hilfeinfrastruktur verschleiert und der Mauerbau – 5,5 Meter hoch und mit einem Klingendraht versehen – an der Grenze Polens zu Belarus legitimiert. Darüber hinaus wird mit Hilfe dieser Terminologie die Einführung des Ausnahmezustands in dieser Region gerechtfertigt, was mit der Verunmöglichung des Zugangs für Wissenschaft und Presse, der Übergabe der Kontrolle über die Situation an das Militär und den polnischen Grenzschutz sowie der Einführung von Praktiken des Pushbacks einhergeht. Was die beiden Ausdrücke im Kontext des Fluchtdiskurses suggerieren, lässt sich als In-die-Welt-Setzung einer Differenzlinie, die nationale Zugehörigkeit als eine Differenz hervorhebt, deuten. Diese Differenzlinie übernimmt gleichzeitig die Funktion einer Grenzordnung, die bestimmt, wer dazu gehört und wer nicht.

Der Ausdruck »humanitäre Krise« ist treffender, da er hinsichtlich der Personen, die sich auf den Weg in die Länder der Europäischen Union gemacht haben, den fehlenden Zugang zu existenziellen Dingen wie Lebensmitteln und Wasser oder zu Bereichen wie der medizinischen Versorgung oder dem Rechtssystem veranschaulicht (vgl. Grupa Granica 2022; Klaus 2022; BBnG 2023). Die Bezeichnung als humanitäre Krise nimmt auch die Kriminalisierung der Migration, der Hilfe und der Helfenden in den Blick (ebd.).

An der polnisch-belarusischen Grenze findet ein Kampf sowohl um die offene, liberale und plurale Gesellschaft als auch um die Transformation der Hilfe statt. Die katholische Kirche spielte während der Phase des Staatssozialismus wie auch nach 1989 eine entscheidende Rolle im sozialen Bereich in Polen (vgl. Auleytnier 2008). Die Kirche war in den letzten Jahrzehnten die wahrscheinlich wichtigste Akteurin bei der Leistung von Hilfe für vulnerable Gruppen in Polen. Allerdings war ihre Hilfe selektiv. Die Kirche trägt daher eine Verantwortung dafür, die vulnerablen Gruppen zu schaffen, denen sie keine Hilfe zukommen lässt, wie z.B. Personen, denen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch verwehrt wird oder Personen aus der LGBTIQ+ Community (vgl. Graff 2010: 75–91; Ramme 2020; Ostaszewska 2024). Die katholische Kirche nimmt in Polen auch die Rolle einer Mobilisierungsakteurin z.B. gegen Gleichstellungspolitik ein (vgl. Chołuj 2017) und beteiligt sich am Abbau von Frauen*rechten (Kasten 2020). Nach 1989 wurde unter massivem Druck der römisch-katholischen Kirche auf die Gesetzgebung (vgl. Nowicka 2008: 39) und mit Unterstützung eines Teils der Politiker*innen des Solidarność-Lagers für diese kirchlichen Forderungen die aus der Volksrepublik Polen stammende sehr liberale Abtreibungsgesetzgebung deutlich eingeschränkt (vgl. Druciarek 2016: 2).

Im Kontext der humanitären Krise an der polnisch-belarusischen Grenze taucht außerdem eine neue Akteurin auf, die nicht plötzlich in Erscheinung tritt, sondern nach jahrzehntelangen Kämpfen um die Demokratieförderung reichlich Erfahrung im

Netzwerken und im Aufbau von Hilfestrukturen mit sich bringt. Es sind linke und No-Border-anarchistische Aktivist*innen aus verschiedenen Kontexten³, die gemeinsam mit der Zivilgesellschaft vor Ort – d.h. an der polnisch-belarusischen Grenze – die Infrastruktur der Hilfe für Migrant*innen ins Leben rufen. Die Zivilgesellschaft und die verschiedenen aktivistischen Gruppen sind die neuen Akteur*innen, die sich nicht nur den konkreten solidarischen Praktiken der Hilfe widmen, sondern sich als diskursive Agent*innen für die demokratischen Vorgehensweisen im Kontext des Grenzregimes in Polen einsetzen wie z.B. den Zugang zum Asylverfahren, die Kritik an den Pushbacks und die Versorgung der Geflüchteten mit Nahrung, Wasser und sauberer, trockener Kleidung. Die »soft-autoritäre« Regierung in Polen konstruiert diese neue Form der Beteiligung und der Einmischung allerdings als Bedrohung für die nationale Sicherheit, was zur Folge hat, dass sie die geleistete Hilfe kriminalisiert und die Helfenden massiven Repressionen aussetzt.

Nach wie vor ist die katholische Kirche in Polen im Bereich der Migrationspolitik eine bedeutende Akteurin auf der politischen Bühne (vgl. Cekiera 2022). Rafał Cekiera (2022) begründet dies mit der solidarischen Haltung gegenüber Migrant*innen und politischen Maßnahmen wie humanitären Korridoren für Geflüchtete. Der Abbau von Frauen*rechten und der Rechte von LGBTIQ+ Communities sind ein Teil der Herrschaft des »sanften Autoritarismus« (vgl. Randeria 2022), an dem sich die katholische Kirche beteiligt, so die Ausgangsthese dieses Artikels. Die Kirche ist an dieser Stelle einerseits Komplizin des rechtsnationalen politischen Lagers Polens, in dem »eine weitreichende ideologische Einigkeit bezüglich der Organisation der Gesellschaft und des Staates gemäß eines heteronormativen, familistischen und katholischen Nationalismus« herrscht (Ramme 2020: 97), andererseits verbindet die Kirche ihre eigene Geschichte mit der der Migration und sieht sich besonders nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil in der Verantwortung, Personen, die auf dem Weg sind, zu unterstützen (vgl. Wojnicz 2017).

Die katholische Kirche in Polen hat sich nach 1989 für die Verschärfung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch eingesetzt und die Repressionspolitik im Bereich der sexuellen und reproduktiven Rechte vorangetrieben (vgl. Kasten 2022). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern sich die katholische Kirche als

3 | Die Themen des Aktivismus und der Rolle der Protestkultur in Polen tauchen als Motive in den Interviews, die ich im Rahmen meines Forschungsprojekts über die Migration Policy Practice in der Gemeinde Michałowo an der polnisch-belarusischen Grenze derzeit durchführe, auf. Interessant wäre es daher, empirisch zu erforschen, welche aktivistischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in den Aufbau des Netzwerks der Aktivist*innen an der Grenze eingeflossen sind.

eine der wichtigsten Akteur*innen in Polen in das Migrationsregime an der polnisch-belarusischen Grenze einmischt. Dabei interessiert mich die Frage, welche Narrative die katholische Kirche zur Situation an der polnisch-belarusischen Grenze entwickelt. Ziel des Beitrags ist es, die Funktionen aufzuzeigen, die diese Narrative bei der soft-autoritären Transformation erfüllen.

Im ersten Schritt stelle ich den theoretischen Rahmen des Beitrags dar. Dabei verwende ich zwei Ansätze: den Ansatz des »sanften« Autoritarismus und den Ansatz des Grenzregimes. Anschließend gehe ich auf die narrative Diskursanalyse als methodologischen Rahmen ein. Als Nächstes stelle ich die vier herausgearbeiteten Narrative, die die katholische Kirche etabliert, dar: das Bedrohungsnarrativ, das Barmherzigkeitsnarrativ, das neo-koloniale Narrativ und das anti-hegemoniale Narrativ. Abschließend präsentiere ich die Funktionen dieser Narrative bei der »soft-autoritären« Transformation in Polen.

»SANFTER« AUTORITARISMUS ALS DEMOKRATISCH LEGITIMIERTE GRENZREGIMEPOLITIK

Die Analyse der Situation an der polnisch-belarusischen Grenze verorte ich an der Schnittstelle des Ansatzes des »sanften« Autoritarismus (vgl. Hagedorn/Hasewend/Randeria 2019; Adam/Steinhauer/Randeria 2022; Randeria 2022) und des Ansatzes des Grenzregimes (vgl. Hess/Kasperek 2010; Heimeshoff et al. 2014; Hess et al. 2017). »Sanfter« Autoritarismus wird als ein schleichender Prozess der sukzessiven Untergrabung der Prinzipien und Institutionen liberaler Demokratien mit demokratischen Mitteln beschrieben (vgl. Adam/Steinhauer/Randeria 2022: 18). Die Erosion demokratischer Institutionen geschieht z.B. durch Maßnahmen zur Untergrabung unabhängiger Medien, durch Einführung rechter Ideologie in die Lehrpläne, durch Einschränkung der akademischen Freiheit oder durch die Verzerrung von Wahlergebnissen mittels Gerrymandering (vgl. Adam et al. 2024: 131): »*Soft authoritarianism* beschreibt also nicht den Übergang von der Demokratie zur Diktatur, sondern einen eigenen, relativ stabilen Regierungsstil, der mit spezifischen Praktiken und Machttechniken einhergeht.« (Adam/Steinhauer/Randeria 2022: 18f.; Herv. i.O.) Die »Herrschaft durch Recht« wird von sanft autoritären Regimen zur Zersetzung der Herrschaft des Rechts eingesetzt (vgl. Randeria 2021a). Bürger*innenrechte, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit oder Gewaltenteilung werden in Frage gestellt und kritische Stimmen der Zivilgesellschaft werden als »antinational« diskreditiert (vgl. Randeria 2021b). Der Ausdruck »sanft«/»soft« blendet nicht die Robustheit und die Brutalität dieser Form des Autoritarismus aus, sondern weist darauf hin, dass es

keines gewaltsamen Putsches bedarf, um eine autoritäre Regierungsform zu etablieren (vgl. Adam/Steinhauer/Randeria 2022: 18). Der Regierungsstil bezieht sich auf die Idee des Nationalstaates des 19. Jahrhunderts (vgl. Randeria 2022). Charakteristisch für soft-autoritäre Regierungen wie in Polen, Ungarn oder der Türkei ist der Ethno-Nationalismus, also die Vorstellung vom Staat als einem Gebilde, das von einer Sprache, einer Religion und einer Kultur geprägt ist (vgl. ebd.). Minderheiten wie LGBTIQ+-Personen, muslimische Zuwander*innen oder diejenigen, die sich für Frauen*rechte einsetzen, werden zu Feind*innen stilisiert (vgl. ebd.).

Der »sanfte« Autoritarismus in Polen wird als »autokratischer Legalismus« (Randeria 2021b) bezeichnet. Charakteristisch für diese Form des »sanften« Autoritarismus in Polen im Kontext der Migrationspolitik an der polnisch-belarusischen Grenze ist unter anderem die Legitimierung von Menschenrechtsverletzungen an der Grenze, die Beschneidung von bürgerlichen Freiheiten, die Übertragung der Macht an die Grenzschutzbeamt*innen, die Normalisierung eines Quasi-Ausnahmestands, die Kriminalisierung und Strafverfolgung von Personen, die Hilfe und Unterstützung für die Geflüchteten leisten, sowie das Schüren von Hass vor und Angst gegenüber Geflüchteten (Adam et al. 2024: 134ff.).

Sanfter Autoritarismus ebnet den Weg zur demokratischen Legitimierung der Grenzregimepolitik. Das europäische Grenzregime ist als eine multi-skalare Assemblage zu verstehen, bestehend aus Agenturen der EU, Institutionen des europäischen Rechts und Standardisierungs- und Harmonisierungsprozessen innerhalb der EU (vgl. Hess/Schmidt-Sembdner 2021: 204). Das Grenzregime bewirkt »eine Transformation des rechtlichen Status von Migrant*innen und damit eine Aberkennung des grundlegenden staatsbürger*innenschaftlich eingeschriebenen Rechts, Rechte zu haben, welches durch die Zuteilung von vorgegebenen Migrationskategorien geschieht« (Hess et al. 2017: 34). Soft-autoritäre Transformation und Grenzregime lassen sich im Kontext der Migrationspolitik Polens anhand zweier Prozesse – der Militarisierung des Grenzregimes und der Ausdehnung der Handlungsspielräume staatlicher Autoritäten durch eine Reihe juristischer Veränderungen – beobachten (vgl. Adam/Steinhauer/Randeria 2022: 28f.). Soft-autoritäre Regime nutzen Narrative, um die öffentliche Debatte z.B. mit Angst vor und Hass gegenüber Geflüchteten zu besetzen (vgl. Adam et al. 2024: 134ff.). Mit der Verflechtung der beiden Ansätze im Zusammenhang mit der FluchtMigrationspolitik in Polen befassen sich Jens Adam und Sabine Hess (2023). Die Grenze sei ein Ort und ein Katalysator der Rassifizierung, ein Instrument der fortschreitenden autoritären Transformation der europäischen Gesellschaften (vgl. ebd.: 68).

Die Regierungsform des sanften Autoritarismus ermöglicht es, an der polnisch-belarusischen Grenze eine demokratisch legitimierte Grenzregimepolitik zu etablie-

ren. Daraus lassen sich folgende Fragen ableiten: Wie wird die Außerkraftsetzung des Zugangs zu Rechten für Migrant*innen durch die polnische Regierung begründet bzw. legitimiert? Welche neuen Vulnerabilitäten auf Seiten der Migrant*innen entstehen durch diese Grenzregimepolitik? Welche Praktiken der Hilfe erfordern die neu entstandenen Vulnerabilitäten? Mit welchen Sanktionen reagiert die polnische Regierung auf diese Hilfsmaßnahmen? Wie verhalten sich andere Schlüsselakteur*innen wie z.B. die katholische Kirche zu dieser demokratisch-legitimierten Grenzregimepolitik?

DIE NARRATIVE DISKURSANALYSE ALS METHODOLOGISCHER RAHMEN

Die Rolle der katholischen Kirche in der öffentlichen Debatte um das Thema der FluchtMigration an der polnisch-belarusischen Grenze im Kontext der soft-autoritären Transformation habe ich anhand der narrativen Diskursanalyse (vgl. Viehöver 2010, 2011) untersucht. Die Mitglieder der katholischen Kirche sind Träger*innen und Interpret*innen des Diskurses (vgl. Viehöver 2010: 234). Bei Diskursen handelt es sich um die Institutionalisierung von Bedeutungsarrangements, die durch verschiedene diskursive Praktiken produziert werden. Diskurse sind dauerhafte Strukturierungen von kollektiven Prozessen der Auseinandersetzung um Bedeutungen (vgl. Kasten 2019: 30). Diskurs lässt sich durch vier Grundzüge kennzeichnen: Zeit, Reflexivität (Bindung des Diskurses an ein*e Adressat*in), Weltbezug sowie Austausch von Mitteilungen (vgl. Ricœur 1972: 253f.; Viehöver 2010: 239). Ins Leben gerufen werden Diskurse durch Akteur*innen, die eine Geschichte entwickeln, in der Rollen zwischen Gut und Böse verteilt sind und Handlungsprobleme benannt werden (vgl. Keller 2011: 147). Öffentliche Narrationen sind an die Praxis der Akteur*innen gebunden (vgl. Viehöver 2011: 199). Die Arena der Öffentlichkeit lässt sich als ein sozialer Raum verstehen, in dem die Narrative kommuniziert werden (vgl. Viehöver 2011: 200). Narrationen verleihen Diskursen einerseits Bedeutung und Kohärenz, andererseits Chancen zur Veränderung von Wissensordnungen (vgl. Viehöver 2010: 234). Narrationen legitimieren Praktiken oder Denkweisen (Lyotard 1990: 49f.). Das Verständnis ihrer Wirksamkeit »setzt eine Analyse von diskursiven Machtpositionen im gesellschaftlichen (Positionen, Ämter, Autoritäten, Medien usw.) wie auch im diskursiven Raum (hegemoniale Rechtfertigungsnarrative, Gegennarrative usw.) voraus« (Forst 2011: 23).

»Narrationen konstituieren nicht nur Entwürfe *der* Welt, sondern auch Modelle für *die* Welt. D.h. Narrationen und durch sie erzeugte Weltbezüge haben auch einen praktischen Sinn, sie können von sozialen Akteuren verwendet werden, etwa mit dem Ziel, Denk- und Handlungsschemata der Bevölkerung zu verändern, die Politik zu einer aktiven Haltung zu motivieren oder sie davon abzuhalten. Genau genommen sind sie ein Medium und zugleich auch Ergebnis narrativer Praxis.« (Viehöver 2010: 259; Herv. i.O.).

Bei dieser Eigenschaft von Narrationen handelt es sich um eine epistemologische Kategorie, »durch die Menschen mit Handlungsorientierung und Motiven, Weltansichten und Praxisentwürfen versehen werden« (Viehöver 2010: 237). Das Verfahren der Narrationsanalyse lässt sich in fünf methodische Schritte, an denen ich mich bei der Auswertung des Datenmaterials orientiert habe, gliedern: erstens Definition der Forschungsfrage; zweitens Bestimmung des Datensamples und der Analyseeinheit; drittens Bestimmung der unterschiedlichen Indikatoren zur Konstituierung einer Narration mit ihren Elementen sowie Erstellung eines Codebuchs zur Rekonstruktion der zentralen rhetorischen Figuren, Rahmungen, Argumente und weiterer Strukturelemente der typischen Narrationen; viertens Beschreibung und Klassifizierung der typischen Narrationen und ihrer Wertesysteme; fünftens Interpretation der Effekte des Diskurses und des Verlaufs des Konflikts (vgl. Viehöver 2010: 241f.).

Narrationen können unterschiedliche Funktionen einnehmen, die von der sozialen Integration, der Distinktion sozialer Konflikte, ihrer Mobilisierung bis zur Transformation von Wissensordnungen reichen (vgl. ebd.: 237). Der institutionelle Erfolg einer Narration hängt von den folgenden Faktoren ab: Kommunikation des Problems, die Anschlussfähigkeit des konsistenten und kohärenten Plots und entsprechender rhetorischer Figuren an das kulturelle Repertoire der anvisierten Rezipient*innen und die Passung zwischen themenspezifischen Narrationen und Nationalmythen, in denen allgemein vorherrschende meta-kulturelle Codes reproduziert werden (vgl. ebd.: 259f.).

Mit der narrativen Diskursanalyse habe ich vier Erzählungen über die Situation an der polnisch-belarusischen Grenze rekonstruieren können, auf die die katholische Kirche rekurriert. Zunächst habe ich die Frage gestellt: Wer ist *die* katholische Kirche? Um ein möglichst breites Spektrum von Positionen abbilden zu können, habe ich verschiedene Akteur*innen der katholischen Kirche in die Analyse einbezogen. Bei der Zusammensetzung der untersuchten Akteur*innen habe ich die Reichweite, die Bedeutung innerhalb der Institution der katholischen Kirche und das bisherige mediale In-Erscheinung-Treten im Zusammenhang mit der Situation an der polnisch-

belarusischen Grenze berücksichtigt. Zu den Akteur*innen gehören: *Prymas Polski* (der Primas von Polen), die *Konferencja Episkopatu Polski* (die Polnische Bischofskonferenz (KEP)), die katholische Wohlfahrtsorganisation *Caritas Polska*, der *Klub Inteligencji Katolickiej* (Klub der Katholischen Intelligenz), die Wochenzeitung *Gość* sowie der Radiosender *Radio Maryja* (Radio Maria). Der Bereich, der sich innerhalb der Medienlandschaft am schnellsten entwickelt, sind Internetportale (vgl. Gospodarek 2021: 155). Aus diesem Grund habe ich mich auf die Internetportale der jeweiligen Akteur*innen konzentriert.

Der Primas von Polen ist ein Ehrentitel und Mitglied verschiedener Institutionen innerhalb der katholischen Kirche (vgl. Prymas Polski 2013). Er nimmt einen Platz unter den wichtigen Institutionen innerhalb der katholischen Kirche ein. Die Polnische Bischofskonferenz ist eine Institution, die durch den Heiligen Stuhl gegründet worden ist (vgl. Konferencja Episkopatu Polski 2009). Sie ist eine der wichtigsten Institutionen der katholischen Kirche in Polen. Der Wohlfahrtsverband *Caritas Polska* ist ein Verband der katholischen Kirche, der durch die Polnische Bischofskonferenz gegründet worden ist (vgl. Caritas Polska 2018: 1). Der Klub der Katholischen Intelligenz ist ein im Jahr 1956 gegründeter Verein von Christ*innen, vor allem von katholischen Lai*innen, der sich als unabhängig sowohl von der polnischen Regierung als auch von der kirchlichen Hierarchie versteht (vgl. Klub Inteligencji Katolickiej Warszawa 2023). Der Verein ist im Zusammenhang mit der Situation an der polnisch-belarusischen Grenze medial polenweit in Erscheinung getreten, nachdem der polnische Grenzschutz im Dezember 2021 (RND 2021) eine Razzia im Stützpunkt des Vereins an der Grenze zu Belarus durchgeführt hat. Die Wochenzeitung *Gość* erreicht die höchste Auflage in Polen und ihr Internetportal, das ich in meiner Auswertung berücksichtige, erfreut sich ebenfalls sehr großer Aufmerksamkeit (vgl. Gospodarek 2021: 157). Bei dem Radiosender *Radio Maryja* handelt es sich um einen der populärsten polenweiten katholischen Radiosender. Er wurde im Jahr 1991 von dem Redemptoristen-Pater Tadeusz Rydzek gegründet (vgl. Gospodarek 2021: 155) und vertritt nationalkonservative Positionen. Auf den Portalen der jeweiligen Akteur*innen habe ich meine Analyse mit dem Begriff *polsko-białoruska* (polnisch-belarusisch) durchgeführt, um alle Artikel mit Bezug zur Grenzsituation aufzufinden. Analysiert wurden Publikationen aus der Zeit von Juni 2021 bis Mai 2023, um den Zeitraum vom Beginn der humanitären Krise bis zur Wahlkampfzeit abzudecken.

Bei der Auswertung des Datenmaterials standen folgende Fragen im Fokus: Was macht ein Narrativ aus? Was wird im Rahmen eines Narrativs problematisiert? Welche Praktiken der Hilfe tauchen auf? Inwiefern werden sie gewürdigt? Wer wird als Held*in und wer als Bedrohung dargestellt? Welche Funktionen übernimmt ein Narrativ im Kontext des Migrationsgrenzregimes an der polnisch-belarusischen Grenze?

Vor dem Hintergrund der theoretischen Verschränkung stellen sich weitere Fragen für die Analyse: Welche Rolle nimmt die katholische Kirche als politische Akteurin im Kontext der Bildung der polnischen Nationalidentität ein? Argumentiert die katholische Kirche vor dem Hintergrund der religiösen Vielfalt oder greift sie auf andere Religionen als eine Differenzlinie zurück, um einen Beitrag zur Selbst-Rassifizierung der polnischen Nation zu leisten? Inwiefern bedient sie sich der Narrative des soft-autoritären Regimes, um Angst vor und Hass gegenüber Geflüchteten zu schüren? Inwiefern widersetzt sie sich diesen Narrativen?

DIE NARRATIVE DER KATHOLISCHEN KIRCHE IM KONTEXT DES MIGRATIONSREGIMES AN DER POLNISCH-BELARUSISCHEN GRENZE

Im Zuge der Analyse der Online-Plattformen der ausgewählten Akteur*innen der katholischen Kirche konnte ich vier Narrative rekonstruieren: das Bedrohungsnarrativ, das Barmherzigkeitsnarrativ, das neo-koloniale Narrativ und das anti-hegemoniale Narrativ.

Das Bedrohungsnarrativ

Das erste Narrativ habe ich in Anlehnung an Jens Adam und seine Kolleg*innen (vgl. 2024) Bedrohungsnarrativ genannt. Sie haben dieses Narrativ herausgearbeitet, indem sie den gesellschaftspolitischen Diskurs analysiert haben. Dabei konnten sie aufzeigen, wie die öffentliche Debatte durch die Entwicklung des Bedrohungsnarrativs »soft-autoritäre« Herrschaft ermöglicht (vgl. Adam et al. 2024). Unter den katholischen Akteur*innen lässt sich ein Bedrohungsnarrativ rekonstruieren, und zwar auf der Online-Plattform des Radiosenders Radio Maryja. Die News, die ich für meine Analyse ausgewertet habe, sind kurze Zusammenfassungen der Nachrichten des polnischen Grenzschutzes oder der polnischen Regierung aus der Zeit vor den Parlamentswahlen im Oktober 2023 in Polen.

Migration wird hier als ein Instrument des Regimes von Lukaschenko betrachtet, das die Absicht der »Destabilisierung Polens und der Abwahl der Regierung von Mateusz Morawiecki« (Radio Maryja 2021b, alle Übersetzungen aus polnischen Quellen wurden von mir selbst erstellt, A.K.) verfolgt. In der Logik dieses Narrativs führt Lukaschenko »einen hybriden Krieg mit Polen und der Europäischen Union« (ebd.). Die Stilisierung Polens als eine Kriegspartei legitimiert die Militarisierung der polnisch-belarusischen Grenze. Um die Seriosität der Informationen zu untermauern, wird der

Warschauer Universitätsprofessor Tomasz Grosse als Experte interviewt (vgl. ebd.). Dieser spricht von einem »gigantischen Problem« (ebd.), sollte Polen die Grenzen für Migrant*innen öffnen. Migrantisch-Sein wird als ein Problem kreiert und als bedrohlich stilisiert. Mit der Beschreibung des Problems als gigantisch wird suggeriert, dass das Problem kaum oder gar nicht bewältigbar wird. Die Grenzüberschreitung durch Personen, die sich auf dem Weg befinden und die Nationalstaatsgrenze zwischen Polen und Belarus überqueren wollen, wird außerdem als »ein illegales Eindringen« (Radio Maryja 2022b) dargestellt. Die Berichterstattung auf der Online-Plattform des Radiosenders basiert in großer Zahl aus kurzen Meldungen über das illegale Überqueren der Nationalstaatsgrenze (vgl. Radio Maryja 2022a). Dadurch entsteht im Diskurs eine narrative Gleichsetzung von Migration, Illegalität, Problem und Krieg. Diese diskursiven Narrationen materialisieren sich in Pushbacks, in der Aussetzung des Rechts auf Asyl und in der Militarisierung der Situation an der polnisch-belarusischen Grenze.

Die Soldat*innen werden als Retter*innen, Beschützer*innen und Helfer*innen in der Not dargestellt. Es wird z.B. von einer Situation berichtet, in der Grenzsoldat*innen Personen aus dem Irak, die in den Sümpfen stecken geblieben waren, das Leben gerettet haben (vgl. Radio Maryja 2021d). Demzufolge werden Soldat*innen und Grenzschutzbeamte*innen als diejenigen präsentiert, die einen besonderen Dank verdienen. Um diesen Dank auszudrücken, wurde eine Kampagne »*Ich odwaga napawa nas dumą*« (»Ihr Mut macht uns stolz.«) ins Leben gerufen, im Rahmen derer Bürger*innen einen Unterstützungsbrief für Grenzschutzbeamte*innen unterzeichnen oder ihnen eigene ermutigende und herzliche Worte als Dankeschön für die Verteidigung der Grenzen schicken konnten (vgl. Radio Maryja 2021a). Eine andere Kampagne war »*Murem za polskim mundurem*« (»Wie eine Mauer hinter der polnischen Uniform«) (s. Abb. 1). Auf der ersten Abbildung ist eine Kirche zu sehen. Auf dem Zaun befindet sich ein Transparent mit dem Slogan »Wie eine Mauer hinter der polnischen Uniform«.

Die zweite Abbildung (s. Abb. 2) zeigt eine kirchliche Bekanntmachung mit Informationen über einen Gottesdienst für polnische Grenzschutzbeamte*innen im Schaukasten einer katholischen Kirche.⁴

Die Charakterisierung der Situation an der polnisch-belarusischen Grenze als »humanitäre Krise« wird hingegen als Narrativ Lukaschenkos und die Verbreitung dieses Narrativs somit als Unterstützung seines Regimes gesehen. Der Mauerbau wird als eine Sicherheitsmaßnahme für Polen geschildert.

4 | Die beiden Fotos entstanden im Januar 2022 in einer Kleinstadt nahe der polnisch-belarusischen Grenze.



Abb. 1: Ein Transparent mit dem Slogan »Wie eine Mauer hinter der polnischen Uniform« (©Maciej Białous)

Die zivilen Helfenden werden als Schmuggler*innen oder Kurier*innen dargestellt. Es werden Begriffe wie »Flüchtlingsstrom«, »Angriff der belarussischen Wehrdienste gemeinsam mit Ausländern auf die polnische Grenze«, »Eindringlinge«, »Migranten ohne Einreisedokumente – ein gigantisches Problem« verwendet. Menschen, die migrieren, die fliehen, die sich auf den Weg machen, werden als Problem präsentiert, ohne sich bewusst zu machen, dass die Idee, dass ein Mensch ein Problem darstellt, dehumanisierend ist. Dass Menschen, auf dem Weg sind oder sich im Wald verstecken müssen, stellt in der Logik des Narrativs hingegen kein Problem dar. Ein weiteres Bild über Geflüchtete, das kreiert wird, markiert sie als »Terrorist*innen, Kriminelle und Perverse«. Die Grundlage solcher Bilder ist rassistisch und kolonial und lässt sich auf eine dehumanisierende und Ängste schürende Migrationspolitik zurückführen. Eine weitere Gruppe, die als bedrohlich dargestellt wird, ist die liberale Linke. Die Anhänger*innen der liberalen Linken werden als eigennützlich Handelnde, als Unterstützer*innen illegaler Migration und als Beteiligte an Straftaten dargestellt (vgl. Radio Maryja 2021c).

Abb. 2: Eine Bekanntmachung über einen Gottesdienst für polnische Grenzschutzbeamt*innen
(©Maciej Białous)

Das Barmherzigkeitsnarrativ

Das Bedrohungsnarrativ ist nicht das einzige Narrativ, das sich aus den Online-Plattformen der ausgewählten katholischen Akteur*innen rekonstruieren lässt. Das zweite herausgearbeitete Narrativ nenne ich das Barmherzigkeitsnarrativ. Dieses Narrativ wird auf den Online-Plattformen dreier Akteur*innen präsentiert. Es findet sich auf Online-Plattformen des Primas von Polen, auf denen der Polnischen Bischofskonferenz und auf denen der Caritas Polen – eine Wohlfahrtsorganisation der katholischen Kirche. Die drei Akteur*innen repräsentieren die Institution der katholischen Kirche in Polen. Barmherzigkeit rückt in den Fokus der Logik dieses Narrativs und Gleichgültigkeit wird als ihr Gegenteil und als unchristliche Haltung gesehen (vgl. Konferencja Episkopatu Polski 2021a). Barmherzigkeit wird als zentrales Motiv für christlich verstandene Hilfe diskutiert. Sie hat ihren Ursprung im Matthäusevangelium (Mt 25,34–46 EU) und den dort dokumentierten Handlungen. Zu den dort angeführten Werken der Barmherzigkeit zählen unter anderem die Darreichung von Essen und Trinken für Hungernde und Dürstende, das Aufsuchen von Kranken und Gefangenen und die Aufnahme von Fremden. Die Haltung der Barmherzigkeit und die damit verbundenen Handlungen stellen in der katholischen Kirche einen mit den Prinzipien des Evangeliums übereinstimmenden Standpunkt dar (vgl. Konferencja Episkopatu Polski 2021b). Das Gebet ist für dieses Narrativ charakteristisch. Der Schutz von Geflüchteten und die Wahrung der Menschenwürde werden nicht als Gegensätze zum Schutz des Staates gesehen (vgl. ebd. 2023). Ein Gebet soll in dieser Logik demzufolge sowohl die Geflüchteten (vgl. Prymas Polski 2021a) als auch die Arbeit des Grenzschutzes und des polnischen Militärs unterstützen (vgl. Konferencja Episkopatu Polski 2021c). Der Grenzschutz wird als Institution gesehen, die den Geflüchteten hilft (vgl. Caritas Polska 2021a). Grenzüberschreitungen wie z.B. Pushbacks werden nicht benannt. Die Kriminalisierung der Hilfe und die Militarisierung des gesamten Grenzgebiets werden nicht erwähnt, und Belarus wird als Verantwortlicher für die Lage an der polnisch-belarusischen Grenze dargestellt (vgl. Konferencja Episkopatu Polski 2021c).

Es wird Kritik an den Medien und ihren flüchtlings- oder einwanderungsfeindlichen Narrativen artikuliert (vgl. Konferencja Episkopatu Polski 2021a). Die Medien sind diejenigen, die aufgefordert werden, keine Ressentiments gegenüber Migrant*innen zu schüren, auch wenn konkrete Medien nicht benannt werden. Aus der Analyse der polnischen Medienlandschaft ist jedoch bekannt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk und das staatliche Fernsehen die wesentlichen Multiplikator*innen des Bedrohungsnarrativs sind (vgl. Adam/Steinhauer/Randeria 2022: 30f.). Dass die adressierten, Ressentiments schürenden Medien also durchaus auch aus den ei-

genen Reihen kommen und dass die polnische Regierung unter Führung der Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (Recht und Gerechtigkeit, kurz PiS) einen erheblichen Anteil am Schüren von Angst, Verachtung und Feindseligkeit gegenüber Migrant*innen hat, wird weder diskutiert noch problematisiert.

Migrant*innen werden als »Brüder und Schwestern« (ebd.), als »Freund*innen« (Konferencja Episkopatu Polski 2022), als »Menschen, die sich auf den Weg gemacht haben« (Caritas Polska 2021a) oder »Opfer von rücksichtslosem politischem Handeln und der Gier der Menschenhandelsmafia« (Konferencja Episkopatu Polski 2021c) gesehen. Was das Narrativ ebenfalls kennzeichnet, ist, dass ein Unterschied zwischen legaler und illegaler Migration gemacht wird (vgl. ebd. 2021b). Illegal sind diejenigen, die ihren materiellen Lebensstandard verbessern wollen (vgl. ebd. 2021a). Dass die scheinbar »illegal« Geflüchteten Opfer von ausbeuterischen, kapitalistischen und neo-kolonialen Verhältnissen sein könnten, wird ausgeblendet. Im Barmherzigkeitsnarrativ wird auf beide Bezeichnungen der Krise zurückgegriffen, d.h. es wird sowohl von der Migrationskrise (vgl. ebd. 2021d) als auch von humanitärer Krise (vgl. Prymas Polski 2021a) gesprochen.

Im Barmherzigkeitsnarrativ wird die eigene Hilfsbereitschaft betont und hervorgehoben, dass die Kirche in Polen – in diesem Falle der Wohlfahrtsverband *Caritas Polska*, die Diözesan-Caritas und der Einwanderungsbeauftragte der Polnischen Bischofskonferenz – Migrant*innen nach bestem Wissen und Gewissen hilft (vgl. Konferencja Episkopatu Polski 2021d). Dabei werden verschiedene Praktiken des Helfens für Migrant*innen erwähnt. Als eine Praktik des Helfens werden »*Help Packs*« (ebd. 2021b) genannt. Bei den *Help Packs* handelt es sich um Pakete, die u. a. Trinkflaschen, Wärmedecken, Handwärmer, Energieriegel und Wasser enthalten (vgl. Caritas Polska 2021b). Jede*r kann die Pakete abholen und sich an der Verteilung unter Migrant*innen beteiligen (vgl. Konferencja Episkopatu Polski 2021b). Als eine weitere Praktik des Helfens wird die Eröffnung eines »Jesuiten-Flüchtlingsdienstes« in vier Städten (*Warszawa, Poznań, Gdynia, Nowy Sącz*) genannt, der neben der Caritas Geflüchteten und Migrant*innen insbesondere in rechtlichen Angelegenheiten, sozialpsychologischer Beratung, medizinischer, humanitärer, pädagogischer und sozialer Integrationshilfe eine Unterstützung anbietet (vgl. ebd. 2023). Weiterhin lässt sich Beten für den Frieden als eine Praktik innerhalb des Narrativs verstehen (vgl. ebd. 2021c). Landesweite Spendenaktionen für Migrant*innen werden auch als eine Praktik der Hilfe geschildert (vgl. ebd. 2021d). Die humanitären Transporte, die die Caritas Polen an der polnisch-belarusischen Grenze organisiert, werden als eine weitere Praktik des Helfens dargestellt (vgl. ebd. 2021b). Darüber hinaus werden »*Namioty Nadziei*« (»Zelte der Hoffnung«) (ebd. 2022) als weitere Praktik des Helfens erwähnt. In den Grenzgemeinden wurden hier Zelte aufgestellt, die als Treff-

punkte für Freiwillige und als Orte für die Verteilung der notwendigsten Dinge (z.B. warme Kleidung, Thermoskannen, Taschenlampen, Schlafsäcke, Erste-Hilfe-Kästen) gedient haben (Caritas Polska 2021b). Diese Zelte galten als Magazine, von denen aus Hilfspakete für Geflüchtete, die sich in den Aufnahmezentren befanden, bereitgestellt werden konnten (vgl. ebd.). Die Weiterbildungen und Fortbildungen für die Freiwilligen, die mit Migrant*innen zusammenarbeiten, wurden als Praktik der Hilfe angeführt (vgl. Konferencja Episkopatu Polski 2022). Es wird darauf hingewiesen, dass der Primas von Polen einen Brief an den Minister für Inneres und Verwaltung Mariusz Kamiński verfasst hat, der dazu beitragen sollte, Ärzt*innen zu ermöglichen, in die Grenzgebiete zu fahren und dort ärztliche Hilfe zu leisten (vgl. Kiersnowski 2022).

Keine Erwähnung wiederum findet, dass diejenigen, die auf die Hilfe angewiesen sind, sich in den Wäldern verstecken und die bereitgestellten Hilfsangebote gar nicht in Anspruch nehmen können. Die Aufzählung dieser Praktiken lässt sich auch als Verdeckungstaktik lesen, mit deren Hilfe verschleiert werden soll, dass für die Personen, die sich in den Wäldern verstecken, keine konkrete Hilfe geleistet und dass der repressiven Migrationspolitik der polnischen Regierung nicht entgegengetreten wird.

Im Barmherzigkeitsnarrativ werden zwar einige kritische und/oder wichtige Themen angesprochen wie z.B. flüchtlings- und einwanderungsfeindliche Narrative und es wird auch die Notwendigkeit der Hilfe für Geflüchtete betont, aber gleichzeitig werden viele Themen ausgelassen. Die Pushbacks gegenüber den Geflüchteten an der polnisch-belarusischen Grenze finden genauso wenig eine Erwähnung wie die Kriminalisierung humanitärer Hilfe in den Wäldern durch die polnische Regierung. Dass auch bedeutende Vertreter*innen der Kirche, wie z.B. das Radio Maryja, sich an der Verbreitung feindseliger Narrative gegenüber Geflüchteten beteiligen, wird verschwiegen. Dieses *Nicht-Ansprechen* lässt sich als eine Technik der Stabilisierung der repressiven Migrationspolitik verstehen, die durch eine Gleichzeitigkeit der Adressierung in Gang gesetzt wird. Es handelt sich dabei um eine Gleichzeitigkeit des *Zur-Sprache-Bringens* von Hassrede und der Nicht-Benennung wichtiger Sprecher*innen, die diese Hassrede vertreten.

»Die Schließung der Grenzen vor denjenigen, die einen Schutz suchen« (Konferencja Episkopatu Polski 2021a), wird nicht als Lösung gesehen. Die Lösung für die Krise wird als Aufgabe aller politischen Kräfte betrachtet, Respekt gegenüber den Neugekommenen ist mit gleichzeitiger Berücksichtigung des Gemeinwohls Polens in Einklang zu bringen. Ein Aspekt der Lösung wird in der Zusammenarbeit mit dem Grenzschutz gesehen (vgl. Caritas Polska 2023). Die Notwendigkeit der Legalisierung der Hilfe und der Solidarität in den Grenzgebieten wird als eine weitere Lösung vorgeschlagen (vgl. Konferencja Episkopatu Polski 2021a). Die Einrichtung eines

humanitären Korridors wird der polnischen Regierung als eine Lösung zum Management der Verteilung der Geflüchteten unterbreitet (vgl. ebd.). Am 25. August 2021 wandten sich die Bischöfe an die Regierungsverantwortlichen, um gemeinsam nach Mechanismen der Hilfe für Geflüchtete zu suchen, bei denen sich auch die Kirche engagieren würde (vgl. Prymas Polski 2021b). In diesem Zusammenhang werden Offenheit und Solidarität gegenüber Migrant*innen genannt und als eine christliche Praktik und eine moralische Verpflichtung dargestellt (vgl. Konferencja Episkopatu Polski 2021a).

Anders als im Bedrohungsnarrativ, in dem der Umgang mit der Situation an der polnisch-belarusischen Grenze vor allem mit dem Schutz der nationalen Grenze begründet wird, wird im Barmherzigkeitsnarrativ dieser Umgang mit christlichen Werten begründet. Beim Bedrohungsnarrativ wird die Lösung vor allem in der Schließung der Grenzen gesehen. Im Barmherzigkeitsnarrativ wird die Lösung hingegen in der Hilfe für Geflüchtete gesehen, ohne allerdings die repressive Migrationspolitik der polnischen Regierung zu kritisieren.

Das neo-koloniale Narrativ

Das dritte Narrativ bezeichne ich als neo-koloniales Narrativ. Dieses Narrativ wird auf der Online-Plattform eines Akteurs vertreten: der katholischen Wochenzeitung *gosc.pl*. Was dieses Narrativ charakterisiert, ist, dass es auf die Inhalte und die Art der Schilderung sowohl des Bedrohungsnarrativs als auch des Barmherzigkeitsnarrativs Bezug nimmt. Die Verbindung der beiden Narrative schafft ein drittes Narrativ: das neo-koloniale Narrativ. Der Mechanismus des Narrativs besteht aus drei Elementen. Das erste Element ist die Gleichzeitigkeit. Die humanitäre Krise wird zwar in einem bestimmten Ausmaß kritisiert, gleichzeitig wird die eigene Macht bei der aktiven Gestaltung der Krise ausgelassen. Das Neue am neo-kolonialen Narrativ ist, dass in diesem Fall die katholische Kirche in Polen als Protagonistin an der Kontinuität der kolonialen Herrschaftsverhältnisse mitwirkt. Als Protagonistin ist sie insofern neu, weil Polen keine Kolonialmacht war und die polnische Landeskirche keine eigene koloniale Vergangenheit hat, sondern Staat und Kirche sogar selbst über ein Jahrhundert unter andauernder Besatzung existieren mussten.

Das neo-koloniale Narrativ funktioniert auf der Basis eines weiteren Elements: der Idee der Bedrohung durch eine*n imaginierte*n Fremde*n und der Idee der Hilfe, bei der es eher darum geht, dass sich der*die Helfende als Retter*in stilisiert und dabei die Bedürftigkeit der*s Hilfeempfänger*in*s rassifiziert wird. Die katholische Kirche stilisiert sich als Helferin, als barmherzige Samaritanerin, die den Bedürftigen in Not hilft. Die katholische Kirche kreiert die eigene Humanität in einem nationalistisch-

rassifizierten Sinne. Die Menschen auf der Flucht, die im Wald an der Grenze Polens zu Belarus angehalten werden, werden zu Hilfsbedürftigen gemacht. In meiner Kritik des Diskurses der Hilfebedürftigkeit geht es nicht darum, die Verwundbarkeit dieser Menschen und ihre existenzielle Not klein zu reden oder sie gar zu verschweigen. Vielmehr geht es darum, das Scheinwerferlicht auf die Hilfpolitik der katholischen Kirche in Polen als einer politischen Akteurin zu richten, um deren Beitrag an der Fabrikation der Verletzlichkeit der Menschen auf der Flucht zu beleuchten. Das Neue an diesem Element ist, dass durch den Kontext, die humanitäre Krise an der polnisch-belarusischen Grenze, eine neue Form der Bedürftigkeit konstruiert wird.

Das dritte Element des neo-kolonialen Narrativs ist die Dehumanisierung der Menschen auf der Flucht, die im Wald angehalten werden. Die dringende Notwendigkeit humanitärer Hilfe für Geflüchtete an der polnisch-belarusischen Grenze wird durch die Position ersetzt, dass »die polnischen Grenzen heilig sind« (Morawiecki 2022: o.S.). Dadurch wird das Leid der Geflüchteten entmenschlicht, insofern die nationalstaatlichen Grenzen als schützenswerter erscheinen als das menschliche Leben. Mit dem neo-kolonialen Narrativ wird im Kontext der Situation an der polnisch-belarusischen Grenze eine neue Gewaltform und eine Entmenschlichungspolitik geschaffen. Das Neue dabei ist, dass nicht mehr ganze Staaten und deren Bürger*innen der gewaltvollen Kontrolle und der militärischen Intervention unterliegen, sondern Menschen, die fliehen und im Wald an Polens Grenze zu Belarus angehalten werden.

Das anti-hegemoniale Narrativ

Das vierte und letzte Narrativ, das ich anhand von Online-Plattformen der katholischen Kirche rekonstruieren konnte, nenne ich anti-hegemoniales Narrativ. Es steht im Gegensatz zu dem Bedrohungsnarrativ, das ich als das hegemoniale Narrativ im Kontext der Situation an der polnisch-belarusischen Grenze sehe. Dieses anti-hegemoniale Narrativ wird auf der Online-Plattform nur einer Akteurin vertreten: dem Klub der Katholischen Intelligenz. Der Klub der Katholischen Intelligenz hat für das Engagement für Geflüchtete und Migrant*innen an der polnisch-belarusischen Grenze zwei Preise erhalten. Zum Einen den Józef-Tischner-Preis (vgl. Nagroda Tischner 2022). In der Begründung anlässlich der Preisverleihung wird »der Mut, Dinge zu sagen und zu tun, die den offiziellen Narrativen und dem Druck der Behörden widersprechen« genannt (Buczek 2022a). Der zweite Preis, mit dem der Klub ausgezeichnet wurde, ist der Bürger*innenschaftspreises des Menschenrechtsbeauftragten u.a. für den Schutz der Grundwerte (vgl. Buczek 2023a). Der Preis ging an Maria und Wojciech Radwański, die den seit dem Oktober 2021 eröffneten Stützpunkt des Klubs der Katholischen Intelligenz koordinieren (vgl. ebd.).

Die zentralen Motive des anti-hegemonialen Narrativs sind »Hilfe ist legal« und »Das Evangelium in Aktion«. Was für dieses Narrativ charakteristisch ist, nenne ich Strategien der Re-Humanisierung. Eine dieser Strategien besteht darin, den sich in den Wäldern versteckenden Personen einen Namen zu geben:

»Ich verspreche J., dass ich etwas darüber schreiben werde, obwohl ich keine Ahnung habe, was. [...] Ich weiß nicht, was ich über sie sagen soll. Ich würde nur gerne ihre Namen aufschreiben, denn die haben sie ja wie jeder Mensch, aber das kann ich auch nicht, ich will sie nicht gefährden.« (Buczek 2023b)

Die Helferin verspricht J., einer Person, die sich im Wald versteckt, weil sie auf eine dehumanisierende Migrationspolitik an der polnisch-belarusischen Grenze gestoßen ist, etwas über die Situation der sich im Wald versteckenden Personen zu schreiben. Ein Wunsch der Helferin ist, »nur« die Namen, der Menschen aufzuschreiben, die sich wie J. im Wald verstecken müssen, aber sie befürchtet, dass die Erwähnung der Namen die Personen gefährden könnte. Dieses Nicht-Erwähnen-Können eines Namens weist auf den repressiven Kontext hin, in dem die Helferin agiert. Die Helferin versucht dieser Dehumanisierung – in diesem Falle also der Unmöglichkeit, die Namen zu nennen – entgegenzutreten, indem sie dies zur Sprache bringt und dadurch die dehumanisierende Praktik der Repressionspolitik ins Licht rückt.

Was dieses Narrativ kennzeichnet, ist die Kritik an der restriktiven Migrationspolitik der polnischen Regierung (und der Europäischen Union) wie auch an der Haltung der Institution der Kirche, deren Handeln als inkonsistent kritisiert wird. Dabei werden die Kriminalisierung der Hilfe und die Repressionen gegenüber den Helfenden missbilligt (vgl. Klub Inteligencji Katolickiej 2022). So wurde im Dezember 2021, zwei Monate nach der Eröffnung des Stützpunktes, eine Razzia im Stützpunkt durchgeführt, die als eine Manifestation der Macht und als weitere Welle der Repressionen gesehen wurde (vgl. Rumieńczyk 2023). Am 25. März 2022 wurde eine 21-jährige Aktivistin des Klubs der Katholischen Intelligenz, Weronika Klemba, unter dem Vorwurf der Organisation illegaler Grenzübertritte angehalten und verhaftet (vgl. ebd. 2022a). Es wird auf die Veränderungen in der Repressionspolitik gegenüber Aktivist*innen hingewiesen, gegen die verschärft vorgegangen wird: »Bei der Ankunft am Stützpunkt erfährt man nun, dass humanitäre Hilfe nicht mehr mit einer Geldstrafe von 500 Zloty, sondern mit bis zu acht Jahren Gefängnis und einer Anklage wegen Beihilfe zum Grenzübertritt geahndet wird.« (ebd.) Diese Praktik wird als Einschüchterung seitens der polnischen Regierung gegenüber den Aktivist*innen und als ein Akt gegen die humanitäre Hilfe entlarvt (vgl. ebd.). Ein Jahr später wurde die Aktivistin Weronika Klemba freigesprochen, aber sie war vielen viktimisierenden Praktiken

wie z.B. der Überweisung zur psychiatrischen Untersuchung ausgesetzt (vgl. Buczek 2022b). Dieses Urteil wird als Beweis für die Kriminalisierung humanitärer Hilfe gesehen (Rumieńczyk 2022b). Die Pushbacks werden als eine illegale Praxis kritisiert und es wird problematisiert (vgl. ebd.), wie schwierig es ist, erfolgreich einen Antrag auf Asyl und internationalen Schutz zu stellen (vgl. Buczek 2021). Dabei wird der Kritik unterzogen, dass es zwei Kategorien von Geflüchteten gibt, die »aus dem Gebiet der Ukraine und aus dem Gebiet von Belarus, dabei werden die einen mit Herzlichkeit und Empathie und die anderen mit Feindseligkeit« (Klub Inteligencji Katolickiej 2022) betrachtet. Auch die Differenzierung zwischen den Helfenden wird kritisiert. Die Organisationen und Freiwilligen, die an der Grenze zur Ukraine helfen, können mit staatlicher Unterstützung rechnen, den Helfenden an der polnisch-belarusischen Grenze hingegen wird mit Skepsis und Repression begegnet.

Im Kontext dieses Narrativs wird versucht, eine Sicht auf die Mauer nicht als Grenzmauer, sondern auch als »Grenzzaun« (Rumieńczyk 2023) zu etablieren. Diese Perspektive schafft eine Gegenerzählung zum Bedrohungsnarrativ, in dem die Grenze zwischen Polen und Belarus als »bestgeschützter Abschnitt der Außengrenze der EU zu Belarus« (Radio Maryja 2022b) dargestellt wird. Die Sicht auf die Grenzmauer als Grenzzaun veranschaulicht, dass die Menschen, die sich auf den Weg in die Europäische Union begeben, weiterhin nach Wegen suchen werden, aus der Mauer einen Zaun zu machen.

Zu den Praktiken des Helfens im Rahmen dieses Narrativs gehört auch das Motiv, dass »die Krise an der Grenze kein Ende hat, weiterhin andauert [...] und die Menschen weiterhin im Wald sind« (Buczek 2023b). Damit wird versucht, die Situation an der polnisch-belarusischen Grenze sichtbarer zu machen. Eine weitere Praktik ist die Benennung von Verletzungen der Personen, die sich im Wald verstecken. Dabei wird geschildert, wie im Fall von Verletzungen vorgegangen wird:

»Verbinden der Wunden nach Bissen durch Hunde des Grenzschutzpersonals, Bandagieren der verdrehten Knie und Knöchel, nachdem [die Migrant*innen] von einer fünf Meter hohen Grenzmauer gestürzt sind, versorgen der Rippenprellungen, die infolge der Schläge mit einem Teleskopschlagstock durch die belarusischen Soldaten entstanden sind, um die Menschen zum Überqueren zur polnischen Seite zu bewegen.« (Ebd.)

»Einer der Jungen musste medizinisch versorgt werden, da er sich zuvor vom Sumpfwasser erbrochen hatte. Er saß am Rand und krümmte sich vor Schmerzen. Wir gaben ihm Medikamente und halfen ihm langsam beim Ausziehen seiner nassen Kleidung. Er konnte es nicht alleine

schaffen. Unter seinen nassen Socken hatte er Grabenfüße. Wir wuschen sie ihm, während er versuchte, einen warmen Tee zu trinken.« (Ebd.)

Eine der Praktiken der Hilfe für Geflüchtete von Seiten des Klubs der Katholischen Intelligenz besteht in direkter Hilfe vor Ort – »eine humanitäre Intervention im Wald« (Kiersnowski 2022) – im Rahmen der Eröffnung des Stützpunktes an der polnisch-belarusischen Grenze. Die Helfenden haben mit ca. 500 Bedürftigen Kontakt gehabt (vgl. Klub Inteligencji Katolickiej 2022). Es wird angegeben, dass 75 Prozent der Helfenden weiblich sind (vgl. Kiersnowski 2022).

Eine weitere Praktik, die Erwähnung findet, ist die Suche nach Zusammenarbeit mit der Institution der katholischen Kirche, d.h. mit dem Primas von Polen und mit der Polnischen Bischofskonferenz. Der Klub der Katholischen Intelligenz strebte im November 2021 an, einen Hirtenbrief über die menschenunwürdige Situation an der polnisch-belarusischen Grenze zu verfassen. Die katholische Kirche als Institution sollte gleichzeitig öffentlichkeitswirksam gegen diese unwürdigen Bedingungen Stellung beziehen (vgl. ebd.). Dieser Brief sollte in jeder Pfarrgemeinde ausliegen. Zum Versand dieses intendierten Pastoralbriefes ist es allerdings nie gekommen. Als Begründung seitens der Polnischen Bischofskonferenz für die Nicht-Versendung des Hirtenbriefes diente ein Vorfall, der sich wenige Tage vor dem geplanten Versand des Briefes in *Kuźnica*⁵ ereignet hatte und der die Akzeptanz für Geflüchtete nach der Meinung der Polnischen Bischofskonferenz vermindert habe (vgl. ebd.). Aus der Position des Klubs der Katholischen Intelligenz verschleierte diese Begründung eine eher politisch motivierte Entscheidung, insofern sich die katholische Kirche nicht gegen das Vorgehen der Regierung stellen wollte (vgl. ebd.). Eine weitere Praktik im Sinne des »Evangeliums in Aktion«, die der Institution der katholischen Kirche vorgeschlagen wurde, war die Eröffnung eines Stützpunktes für ein Priesterseminar. Es sollte auf Basis der gleichen Prinzipien wie der Stützpunkt des Klubs der Katholischen Intelligenz funktionieren, damit die Seminarist*innen »alles mit eigenen Augen gesehen (hätten). Ich glaube, sie wären danach andere Priester geworden. Sie

5 | Am 8. November 2021 drängen die belarusischen Grenzsicherheitsdienste die bisher größte Gruppe von Migrant*innen in die Nähe des Grenzübergangs Kuźnica, wo der erste Versuch eines gewaltsamen Grenzübertritts von Migrant*innen, die von den belarusischen Grenzsicherheitsdiensten dazu gezwungen werden, stattfindet (vgl. Grupa Granica 2021: 8). Rund 12.000 Soldat*innen, 8.000 Grenzschutzbeamte*innen und 1.000 Polizist*innen sowie eine Anti-Terror-Einheit sind in der Nähe von Kuźnica stationiert (vgl. ebd.). Gegen diejenigen, die seitens der Migrant*innen Gewalt gegen polnische Sicherheitskräfte anwenden, wird Tränengas eingesetzt (vgl. ebd.).

hätten Zeugnis abgelegt von dem, was sie gesehen haben, was sie in der Praxis erlebt haben und was man nicht vergessen kann.« (Ebd.) Auch zur Umsetzung dieser Idee ist es nicht gekommen. Als Begründung wurde angegeben, dass sich die Priesterseminarist*innen bereits in den Sozialhilfestätten engagieren, und dieses Engagement viel Zeit in Anspruch nimmt (vgl. ebd.). Was hier ebenfalls als eine Praktik erwähnt wird, ist die Sorge nicht nur für die Personen, die sich im Wald verstecken, sondern auch die Sorge für die Helfenden untereinander (vgl. ebd.).

Als Lösung für die unwürdigen Bedingungen an der polnisch-belarusischen Grenze werden die Zusammenarbeit und der Dialog mit den vor Ort an der Grenze tätigen Hilfsorganisationen dargestellt (vgl. Klub Inteligencji Katolickiej 2022). Der Schutz der polnischen Grenze wird nicht als Widerspruch zur Achtung der Menschenwürde gesehen (vgl. ebd.). Eine Erwartung an den Staat besteht dabei im Schutz der Organisationen, die humanitäre Hilfe an der Grenze leisten (vgl. Klub Inteligencji Katolickiej 2021).

FAZIT

In meinem Beitrag konnte ich die Beteiligung der katholischen Kirche und katholischer Vereinigungen am öffentlichen Diskurs über die Situation an der polnisch-belarusischen Grenze darstellen. Vier Narrative prägen den Diskurs der katholischen Kirche: das Bedrohungsnarrativ, das Barmherzigkeitsnarrativ, das neo-koloniale Narrativ und das anti-hegemoniale Narrativ. Das anti-hegemoniale Narrativ des Klubs der Katholischen Intelligenz ist innerhalb der katholischen Kirche nicht mehrheitsfähig und die Gruppierung wird insofern nicht als Akteurin der Institution der katholischen Kirche angenommen. Ihre Stimme wäre jedoch eine gute Möglichkeit gewesen, die Repressionspolitik im Kontext des Grenzregimes zu beenden. Die Narrative, die sowohl der Migrationspolitik eine Bedeutung verleihen als auch die Matrix der Migrationspolitik verändern können, lassen sich als »Machttechnologien« (Foucault 1999: 287) verstehen, die bestimmte Funktionen erfüllen und zur »soft-autoritären« Transformation der Migrationspolitik in Polen beitragen. Das Bedrohungsnarrativ übernimmt die Funktion der Entwicklung und Etablierung der »soft-autoritären« Transformation. Dieses Narrativ sorgt dafür, dass durch das Schüren von Angst ein Klima der Bedrohung entsteht, das Feindbilder produziert und reproduziert und dass sich die Politik der Stärke (die Politik der Kriminalisierung und Militarisierung eines Bereichs, wie z.B. der Hilfe für Geflüchtete oder des zivilgesellschaftlichen Engagements der Bevölkerung vor Ort an der polnisch-belarusischen Grenze) durchsetzt. Das Barmherzigkeitsnarrativ übernimmt die Funktion der Stabilisierung der »soft-

autoritären« Transformation. Dieses Narrativ wird vor allem von den Akteur*innen der Institution der katholischen Kirche vertreten. Dabei werden zwar Praktiken der Hilfe ins Leben gerufen, die Notwendigkeit der Hilfe für Menschen, die sich in den Wäldern verstecken, betont, die Medien für ihre flüchtlings- und einwanderungsfeindlichen Positionen kritisiert. Verschwiegen werden jedoch die staatlichen Repressionen gegenüber Geflüchteten und Helfenden, die eine weitreichende Bedeutung im Kontext der Situation an der polnisch-belarusischen Grenze haben. Des Weiteren werden die eigenen Möglichkeiten nicht genutzt, um z.B. ein Narrativ der bedingungslosen (christlichen) Solidarität in Gang zu setzen und die Gewalt an der Grenze zu beenden. Das neo-koloniale Narrativ übernimmt die Funktion der Legitimierung und Normalisierung der »soft-autoritären« Transformation, indem die militärischen Interventionen an der polnisch-belarusischen Grenze, die Kriminalisierung und die Gewalt und die Repressionen gegenüber der Geflüchteten und der Helfenden aus der Zivilgesellschaft nicht skandalisiert werden, und die eigene Beteiligung als katholische Kirche in Polen als politische Akteurin verschwiegen oder als humanitäre Handlung stilisiert wird. Alle drei Narrative tragen zur Errichtung der autoritären Herrschaft in Polen bei. Allein das anti-hegemoniale Narrativ übernimmt die Funktion des Widerstands gegen die »soft-autoritären« Transformation. Dieses Narrativ kann sich jedoch innerhalb der Gruppe der unterschiedlichen Akteur*innen der katholischen Kirche aufgrund mangelnder Mehrheitsfähigkeit nicht durchsetzen.

Diskurse werden erst durch Akteur*innen *lebendig* (vgl. Keller 2011: 147). Der katholischen Kirche in Polen gelingt es, mit drei Narrativen eine gemeinsame Erzählung zu generieren. Die erfolgreiche Durchsetzung von drei Narrativen (Bedrohung-, Barmherzigkeitsnarrativs, neo-koloniales Narrativ), die zur Entwicklung, Stabilisierung und Legitimierung der »soft-autoritären« Transformation beitragen, besteht darin, dass sie an die meta-kulturellen Codes zum einen des bedrohten Polens und zum anderen des bedrohten Europas anknüpfen. Auch, wenn diese beiden Codes über unterschiedliche Entstehungsgeschichten verfügen, kreieren sie ein vermeintlich kohärentes und auf neue Art und Weise wirkendes hegemoniales Identitätsangebot, das Migrant*innen aus dem Globalen Süden »als Störfaktoren sowohl der nationalen als auch der kontinentalen Ordnung« (Adam/Steinhauer/Randeria 2022: 34) konstruiert. Wie Adam und Hess argumentieren, »Re-composing the body politic as a moral community can be read as a process of self-racialization of the Polish nation as a ›pure‹, white and Christian collective, well-fortified to fight off each ›perilous difference‹« (Adam/Hess 2023: 87). Es erfolgt eine identitätsstiftende Offensive, die darauf abzielt, »verschiedene soziale Gruppen zu einer affektiv verbundenen Majorität zusammenzubringen« (Adam/Steinhauer/Randeria 2022: 30). Zwei Dimensionen dieser identitätspolitischen Offensive verweisen auf ihre Einbindung in den länger-

fristigen Prozess der »soft-autoritären« Transformation: die fraglose Nutzung öffentlicher Institutionen zur kritiklosen Verbreitung von Leitmotiven der Regierungspolitik und Schaffung einer sich als Majorität erlebenden Gemeinschaft (vgl. ebd.: 31). Zu diesem Erfolg verhilft das Barmherzigkeitsnarrativ, mit Hilfe dessen die katholische Kirche in Polen ein eigenes humanitäres Selbstbild herstellt, das sie, auch wenn sie Ausgrenzung praktiziert und segregiert, aufrechterhalten kann.

Das anti-hegemoniale Narrativ knüpft an diese Codes nicht an, sondern erzählt von der Bedrohung der Menschen, die im Wald an der Grenze Polens zu Belarus mit Gewalt und Repressionen festgehalten werden. Es setzt damit eine andere Erzählung in Gang, kann sich aber nicht gegen seine Konkurrenten durchsetzen. Der Erfolg der anderen Narrative speist sich zudem daraus, dass das anti-hegemoniale Narrativ an den Rand gedrängt und marginalisiert wird. Der Misserfolg des anti-hegemonialen Narrativs und der Erfolg der anderen drei Narrative hängen auch mit der Art und Weise der Kommunikation des Problems zusammen. Die Inhalte des anti-hegemonialen Narrativs tauchen im öffentlichen Diskurs erst im Zusammenhang mit einer Razzia und der Verhaftung einer Aktivistin und dem Prozess gegen sie in der breiten Öffentlichkeit in Polen auf. Das zivilgesellschaftliche Engagement an der polnisch-belarusischen Grenze wird kaum öffentlich gewürdigt. Stattdessen wird es in einen strafrechtlichen Kontext gestellt. Die Inhalte des Bedrohungsnarrativs und des neokolonialen Narrativs sind gesellschaftlich anschlussfähig und erreichen die Rezipient*innen durch eigene Medien in Form von katholischen Fernseh- und Radiosendern, Print-Zeitungen und Online-Newsportale. Auf die breitere Kommunikation der Inhalte des Barmherzigkeitsnarrativs wird verzichtet, indem u.a. der geplante Pastoralbrief an die polnischen Pfarrgemeinden nicht versendet wurde. Die katholische Kirche in Polen fungiert als politische Akteurin als Komplizin der »soft-autoritären« Transformation, indem sie einerseits an das Bedrohungsnarrativ anschließt und es multipliziert, andererseits aber auch eigene Narrative ins Leben ruft. Die inhumane Migrations- und Grenzregimepolitik an der polnisch-belarusischen Grenze dauert an. Eine Frage, die sich für die katholische Kirche als politische Akteurin stellt, ist, inwiefern sie einen aktiven Beitrag zur Beendigung der Nekropolitik an der polnisch-belarusischen Grenze leisten will.

LITERATUR

Adam, Jens / Hess, Sabine (2023): Fortified Nationalism. Racializing Infrastructures and the Authoritarian Transformation of the Body Politics. A Field Trip to the Bifurcated Polish/EU Border Regime. In: *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 7 (2). 65–91. URL: movements-journal.org [25.07.2024].

- Adam, Jens / Steinhauer, Hagen / Randeria, Shalini (2022): Von Differenzlinien und moralischen Mehrheiten: Majoritäre Identitätspolitik als soft-autoritäre Herrschaftspraxis. In: *polylog. Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren* 48. 15–39.
- Adam, Jens / Flader, Ulrike / Steinhauer, Hagen / Randeria, Shalini (2024): Soft Authoritarian Lawfare. Threats to Democracy from within. In: *Lonardo, Luigi (Hg.): Addressing Hybrid Threats: European Law and Policies*. Cheltenham. 130–148. URL: doi.org/10.4337/9781802207408.00012 [07.11.2024].
- Auleytner, Julian (2008): Spory wokół socjalnych funkcji państwa. In: *Firlit-Fesnak Grażyna, Szyłko-Skoczny Małgorzata (Hg.): Polityka Społeczna. Podręcznik akademicki*. Warszawa. 333–350.
- Badaczki i Badacze na Granicy (BBnG) (2023): Społeczne archiwum kryzysu humanitarnego. URL: bbng.org [11.06.2023].
- Cekiera, Rafał (2022): Uchodźcy, migranci i Kościół katolicki. Polska debata migracyjna po 2015 roku w kontekście nauczania Kościoła katolickiego. Warszawa.
- Caritas Polska (2018): Statut Caritas Polska. URL: caritas.pl [26.11.2023].
- Choluj, Bożena (2017): »Gender-Ideologie« – ein Schlüsselbegriff des polnischen Anti-Genderismus. In: *Hark, Sabine / Villa, Paula-Irene (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. 2. Aufl. Bielefeld. 219–237.
- Druciarek, Małgorzata (2016): »Schwarzer Protest« in Richtung eines »Kompromisses« beim Abtreibungsrecht? In: *Polen-Analysen*, Ausgabe 191 vom 15.11.2016. 2–6. URL: laender-analysen.de [23.04.2021].
- Forst, Rainer (2011): Kritik der Rechtfertigungsverhältnisse. Perspektiven einer kritischen Theorie der Politik. Berlin.
- Foucault, Michel (1999): In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975–76). Frankfurt am Main.
- Gospodarek, Dawid (2021): Media katolickie. In: *Katolicka Agencja Informacyjna (Hg.): Kościół w Polsce. Raport*. Warszawa. 155–178.
- Graff, Agnieszka (2010): Magma i inne próby zrozumienia, o co tu chodzi. Warszawa.
- Grupa Granica (2021): Kryzys humanitarny na pograniczu polsko-białoruskim. Raport Grupy Granica. URL: konsorcjum.org.pl [25.07.2024].
- Grupa Granica (2022): Sytuacja na granicy polsko-białoruskiej. URL: hfhr.pl [28.11.2023].
- Hagedorn, Ludger / Hasewend, Katharina / Randeria, Shalini (Hg.) (2019): Wenn Demokratien demokratisch untergehen. Wien.
- Hall, Stuart (2018): Das verhängnisvolle Dreieck. Rasse, Ethnie, Nation. Berlin.
- Heimeshoff, Lisa-Marie / Hess, Sabine / Kron, Stefanie / Schwenken, Helen / Trzeciak, Miriam (Hg.) (2014): Grenzregime II: Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven. Berlin.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (Hg.) (2010): Grenzregime: Diskurse, Praktiken und Institutionen in Europa. Berlin/Hamburg.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Kron, Stefanie / Rodatz, Mathias / Schwertl, Maria / Sontowski, Simon (2017): Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution

- und ungewissen Zukunft des europäischen Grenzregimes. In: Dies. (Hg.): *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III*. Berlin. 6–37.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Schwertl, Martina (2018): *Regime ist nicht Regime ist nicht Regime. Zum theoriepolitischen Einsatz der ethnografischen (Grenz-)Regimeanalyse*. In: Pott, Andreas / Rass, Christoph / Wolff, Frank (Hg.): *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?*. Wiesbaden. 257–283.
- Hess, Sabine / Schmidt-Sembdner, Matthias (2021): *Perspektiven der ethnographischen Grenzregimeforschung: Grenze als Konfliktzone*. In: *Zeitschrift für Migrationsforschung*, 1(1). 197–214.
- Kasten, Anna (2019): *Alleinerziehende Mutterschaft: Eine Technologie heteronormativer Familienordnung in Deutschland und Polen*. Bielefeld.
- Kasten, Anna (2020): *Corona-Krise in Polen: Gelegenheitsfenster für anti-feministische Politik?*. In: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 2. 139–141.
- Kasten, Anna (2022): *Dis/Kontinuitäten des Zwangs zu heteronormativer Mutter*schaft: Repressionstrategien im »Urteil« des Verfassungsgerichts über den Schwangerschaftsabbruch in Polen*. In: Kasten, Anna / Bose, Käthe von / Kalender, Ute (Hg.): *Feminismen in der Sozialen Arbeit. Debatten, Dis/Kontinuitäten, Interventionen*. Weinheim. 170–186.
- Keller, Reiner (2011): *Wissenssoziologische Diskursanalyse*. In: Keller, Reiner / Hirseland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. 3. Aufl. Wiesbaden. 125–158.
- Klaus, Witold (2022): *Poza prawem. Prawna ocena działań Państwa Polskiego w reakcji na kryzys humanitarny na granicy polsko-białoruskiej*. Warszawa. URL: e-bp.inp.pan.pl [07.11.2024].
- Klub Inteligencji Katolickiej Warszawa (2023): *Historia. Krótka Historia Klubu Inteligencji Katolickiej w Warszawie*. URL: kik.waw.pl [26.11.2023].
- Knorr Cetina, Karin (2002): *Wissenskulturen. Ein Vergleich naturwissenschaftlicher Wissensformen*. Frankfurt am Main.
- Kocyba, Hermann (2004): *Wissen*. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.): *Glossar der Gegenwart*. Frankfurt am Main. 300–306.
- Konferencja Episkopatu Polski (2009): *Statut Konferencji Episkopatu Polski*. URL: episkopat.pl [26.11.2023].
- Lyotard, Jean-Francois (1990): *Randbemerkungen zu den Erzählungen*. In: Engelmann, Peter (Hg.): *Postmoderne und Dekonstruktion. Texte französischer Philosophen der Gegenwart*. Stuttgart. 49–53.
- Nowicka, Wanda (2008): *Starania o liberalizację ustawy antyaborycyjnej w latach 1993–2005*. In: Desperak, Iza (Hg.): *Homofobia, mizoginia i ciemnogród? Burzliwe dzieje kontrowersyjnych ustaw*. Łódź/Pabianice. 38–48.
- Ostaszewska, Aneta (2024): *Women – »The Great Losers« of the Transformation in 1989? Abortion Rights in Poland after the Collapse of Communism*. In: Kasten, Anna (Hg.): *Feministische Postsozialismusforschung*. Weinheim/Basel. 165–180.
- Prymas Polski (2013). URL: prymaspolski.pl [26.11.2023].

- Ramme, Jennifer (2020): »LGBT-freie Zonen« und der Weg zur Institutionalisierung von Homophobie in Polen. In: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 29 (2). 90–99.
- Randeria, Shalini (2021a): Sanfter Autoritarismus. Ein Interview. In: up2date. Das Onlinemagazin der Universität Bremen. URL: up2date.uni-bremen.de [06.11.2023].
- Randeria, Shalini (2021b): Spielarten des »sanften« Autoritarismus: Wie Demokratien demokratisch ausgehöhlt werden. Christoph Probst Lecture 2021. URL: youtube.com [06.06.2023].
- Randeria, Shalini (2022): Selbst Orbán kann die Globalisierung nicht ausschliessen. URL: srf.ch [06.06.2023].
- Reichmann, Werner / Knorr Cetina, Karin (2016): Wissenskulturen. Wissenschaftliche Praxis und gesellschaftliche Ordnung. In: Baur, Nina / Besio, Cristina / Norkus, Maria / Petschick, Grit (Hg.): *Wissen – Organisation – Forschungspraxis. Der Makro-Meso-Mikro-Link in der Wissenschaft*. Weinheim/Basel. 46–70.
- Ricœur, Paul (1972): Der Text als Modell: hermeneutisches Verstehen. In: Bühl, Walter L. (Hg.): *Verstehende Soziologie. Grundzüge und Entwicklungstendenzen*. München. 529–562.
- RND (2021): Razzia bei freiwilligen Helfern in Polen: Hilfsorganisation spricht von Einschüchterung. URL: rnd.de [26.11.2023].
- Szczepańska, Ewelina (2022): Nielegalne przekroczenia granicy z Białorusią w 2021 r. URL: strazgraniczna.pl [30.07.2024].
- Viehöver, Willy (2010): Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublunaren Raumes. Der Klimadiskurs im Licht der narrativen Diskursanalyse. In: Keller, Reiner / Hirsland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Theorien und Methoden*. 4. Aufl. Wiesbaden. 233–270.
- Viehöver, Willy (2011): Diskurse als Narrationen. In: Keller, Reiner / Hirsland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. 3. Aufl. Wiesbaden. 193–224.
- Wojnicz, Piotr (2017): Zaangażowanie Kościoła Katolickiego na rzecz migrantów – przesłanki doktrynalno-prawne. In: *Civitas et Lex* 1 (38). 49–68.

ANALYSIERTE QUELLEN

- Buczek, Michal (2021): Syryjczycy z Podlasia. 29 listopada 2021. URL: kik.waw.pl [06.06.2023].
- Buczek, Michal (2022a): KIK Laureatem Nagrody imienia księdza Józefa Tischnera! 18 października 2023. URL: kik.waw.pl [07.06.2023].
- Buczek, Michal (2022b): Postępowanie prokuratorskie w sprawie wolontariuszki KIK-u zostało prawomocnie umorzone! 05 grudnia 2022. URL: kik.waw.pl [06.06.2023].
- Buczek, Michal (2023a): Maria i Wojciech Radwańscy, koordynatorzy Punktu Interwencji Kryzysowej KIK-u, z Nagrodą Rzecznika Praw Obywatelskich. 03 marca 2023. URL: kik.waw.pl [06.06.2023].

- Buczek, Michał (2023b): Podlasie, maj, 2023. Kryzys humanitarny trwa. 23 maja 2023. URL: kik.waw.pl [06.06.2023].
- Caritas Polska (2021a): Caritas na granicy z Białorusią. 23 sierpnia 2021. URL: caritas.pl [05.06.2023].
- Caritas Polska (2021b): Raport. URL: caritas.pl [29.11.2023].
- Caritas Polska (2023): Posiedzenie Komisji Charytatywnej Konferencji Episkopatu Polski. 27 stycznia 2023. URL: caritas.pl [08.06.2023].
- Kiersnowski, Jakub (2022): Punkt Interwencji Kryzysowej i pomoc na granicy polsko-białoruskiej to dla nas Ewangelia w działaniu [rozmowa do wysłuchania]. Dorota Borodaj dla ngo.pl, czyta Jan Bogdaniuk. 14 listopada 2022. URL: publicystyka.ngo.pl [06.06.2023].
- Klub Inteligencji Katolickiej (2021): Działania Policji w PIK. Oświadczenie KIK w sprawie działań Policji w Punkcie Interwencji Kryzysowej. 16 grudnia 2021. URL: kik.waw.pl [06.06.2023].
- Klub Inteligencji Katolickiej (2022): Oświadczenie Klubu Inteligencji Katolickiej w Warszawie w związku z zatrzymaniem wolontariuszki KIK. 27 marca 2022. URL: kik.waw.pl [06.06.2023].
- Konferencja Episkopatu Polski (2021a): Komunikat Rady Konferencji Episkopatu Polski ds. Migracji, Turystyki i Pielgrzymek ws. uchodźców docierających do Polski. 22.08.2021. URL: prchiz.pl [03.06.2023].
- Konferencja Episkopatu Polski (2021b): Pomoc Caritas wciąż płynie na polsko-białoruską granicę. 20.10.2021. URL: episkopat.pl [03.06.2023].
- Konferencja Episkopatu Polski (2021c): Przewodniczący Episkopatu prosi o modlitwę w intencji pokojowego zażegnania kryzysu na granicy polsko-białoruskiej. 10.11.2021. URL: episkopat.pl [04.06.2023].
- Konferencja Episkopatu Polski (2021d): Przewodniczący Episkopatu prosi o zbiórkę funduszy na rzecz migrantów z granicy polsko-białoruskiej. 08.11.2021. URL: episkopat.pl [05.06.2023].
- Konferencja Episkopatu Polski (2022): Pomoc Caritas w odpowiedzi na kryzys migracyjny. 10.01.2022. URL: episkopat.pl [04.06.2023].
- Konferencja Episkopatu Polski Komunikat (2023): Komunikat po spotkaniu Rady Konferencji Episkopatu Polski ds. Migracji, Turystyki i Pielgrzymek. 29 marca 2023. URL: episkopat.pl [03.06.2023].
- Morawiecki, Mateusz (2022): Premier Mateusz Morawiecki: polska granica to świętość. 16.02.2022. URL: gov.pl [10.06.2023].
- Nagroda Tischner (2022): Warszawski KIK z Nagrodą Tischnera 2022 za pomoc uchodźcom. 18 października 2022. URL: nagrodatischnera.pl [28.11.2023].
- Prymas Polski (2021a): 100-lecie obecności Serafitek, Dzień Migranta i Uchodźcy. 26.09.2021. URL: prymaspolski.pl [04.06.2023].
- Prymas Polski (2021b): List Prymasa Polski do Ministra Kamińskiego. Gniezono, dnia 15 października 2021. I.dz.2847/2021/P.
- Radio Maryja (2021a): „ICH ODWAGA NAPAWA NAS DUMĄ”. RUSZYŁA KAMPANIA WSPARCIA DLA FUNKCJONARIUSZY I ŻOŁNIERZY. 9 listopada 2021. URL: radiomaryja.pl [03.06.2023].

Radio Maryja (2021b): [TYLKO U NAS] PROF. T. GROSSE O SYTUACJI NA POLSKO-BIAŁORUSKIEJ GRANICY: JEŻELI USTĄPIMY W TEJ SPRAWIE, TO SYGNAŁ BARDZO SZYBKO TRAFI DO INNYCH IMIGRANTÓW, ŻE POLACY WPUSZCZAJĄ BEZ DOKUMENTÓW. BĘDZIEMY MIEĆ WTEDY GIGANTYCZNY PROBLEM. 20 sierpnia 2021. URL: radiomaryja.pl [03.06.2023].

Radio Maryja (2021c): [TYLKO U NAS] R. BĄKIEWICZ: POLITYCY LEWICY I LEWACCY AKTYWIŚCI, KTÓRZY WSPIERAJĄ NIELEGALNY PRZYPIŁYW LUDZI Z BIAŁORUSI, WSPÓŁUCZESTNICZĄ W PRZESTĘPSTWIE, KTÓRE JEST PENALIZOWANE PRZEZ POLSKIE PRAWO. 20 sierpnia 2021. URL: radiomaryja.pl [03.06.2023].

Radio Maryja (2021d): STRAŻ GRANICZNA: FUNKCJONARIUSZE UDZIELILI POMOCY OBYWATEŁOM IRAKU, KTÓRZY UTKNĘLI NA BAGNACH. 18 listopada 2021. URL: radiomaryja.pl [03.06.2023].

Radio Maryja (2022a): SG: KOLEJNYCH 10 OSÓB ZATRZYMANÝCH NAD RANEM PO NIELEGALNYM PRZEKROCZENIU GRANICY Z BIAŁORUSIĄ. 9 lutego 2022. URL: radiomaryja.pl [03.06.2023].

Radio Maryja (2022b): S. ŻARYN: POLSKIE PATROLE UDAREMNIŁY KOLEJNE PRÓBY NIELEGALNEGO WTARGNIĘCIA NA NASZ TEREN. 16 lutego 2022. URL: radiomaryja.pl [03.06.2023].

Rumieńczyk, Bartosz (2022a): Aktywistka KIK zatrzymana na granicy: Usłyszałam, że sobie nagrabiłam i dostanę 3 miesiące aresztu tymczasowego. OKO.press 9 kwietnia 2022. URL: oko.press [06.06.2023].

Rumieńczyk, Bartosz (2022b): Sąd nie zgodził się na areszt dla aktywistów, którzy ratowali życie rodzinie z dziećmi. OKO.press 25 marca 2022. URL: oko.press [06.06.2023].

Rumieńczyk, Bartosz (2023): Aktywiści KIK oczyszczeni z zarzutów. A służby wciąż nie rozumieją, że pomaganie na granicy jest legalne. OKO.press 3 marca 2023. URL: oko.press [06.06.2023].

Denials of Existence

Discursive Strategies Legitimising the ›Fiction of Non-Entry‹

HANNAH SOMMER

Abstract: The Screening Regulation entailing a ›pre-entry screening‹ at the EU's external borders is part of the reform of the Common European Asylum System concluded in 2024. This article analyses the discursive strategies within the initial Screening Proposal to examine how the screening procedure is legitimised. Furthermore, the analysis engages with the different institutional positions regarding the question of entry to the EU territory. I then address key aspects of the proposal that remain part of the final legislative text, as well as relevant changes during the reform process. Moreover, I discuss how the screening procedure affects individuals' fundamental rights, with a focus on the ›fiction of non-entry‹: a person physically present on a country's territory is considered to be legally present only after official authorisation. This leads to a differential legal inexistence that I argue needs to be understood as part of the socio-political imaginations that feature implicitly in the proposal and condemn people to »political inexistence« (Di Cesare 2021: 155, translation HS). Finally, I argue that the analysed discursive legitimisations contribute to a normalisation of these denials of existence.

Keywords: reform of the Common European Asylum System, ›fiction of non-entry‹, Discourse Historical Approach (DHA), forms of inexistence, colonial continuities

»The utilitarian rationale of migration management aims at enabling and preventing mobility at the same time [. . .]. The border is therefore conceived as a filter that allows ›useful‹ or ›desirable‹ people to pass while denying access to all others.«

—Buckel et al. 2017: 32

This article takes this perspective of the border as filter as a starting point and asks about the underlying mechanisms of this filter. The context of the following investigation is the EU Commission's New Pact on Migration and Asylum¹, which was published in 2020 and comprises reform proposals for the Common European Asylum System. Specifically, the focus of this analysis lies on one of the legislative

1 | From here on referred to as »New Pact«.

proposals within the New Pact, COM (2020) 612 of 23 September 2020: »Proposal for a Regulation introducing a screening of third country nationals at the external borders« (European Commission 2020b).² By taking the example of the Screening Regulation, this article contributes to the literature on how the reform proposals of the New Pact include measures which impact an individual's access to the right to asylum.

First, the article briefly presents the context of the reform of the Common European Asylum System and the content of the proposal for a Screening Regulation, together with its explicitly stated objectives. Secondly, I analyse the proposal with a focus on its underlying discursive strategies in drawing on elements of the Discourse-Historical Approach (DHA). In this way, I address the question of what underlying filtering mechanisms the proposal builds on and how they are discursively legitimised.

In addition to the analysis of the discursive strategies in the EU Commission's proposal, I also discuss the different institutional positions (EU Commission, EU Parliament, Council of the EU) regarding the question of entry to the territory—especially, the role of the ›fiction of non-entry‹—by juxtaposing the relevant legal article. In this way, it becomes evident that the mandatory ›fiction of non-entry‹ as already suggested by the Commission's proposal can also be found in the final legal text of the new regulation adopted in 2024. The comparison between the different institutional versions of the Screening Regulation shows how the Commission's proposal already contains key aspects of the new regulation. Yet, my analysis emphasises that there are also changes between the Commission's initial proposal and the final legislative version of the Screening Regulation. For example, it is now explicitly enshrined in the final legislative text that during the screening procedure people have to »remain available to the authorities« and the related stated reasons of »internal security« and »public health« (OJ L, 2024/1356: 14). Shedding light on the transformations of the relevant article in the different versions of the Screening Regulation shows that the Council's position with its proliferation of conditions of de facto detention of asylum seekers has ultimately prevailed.

While it is necessary to examine the discursive strategies to grasp the functioning of the border's filtering mechanisms, it is equally important to understand the legal implications of the proposal and lastly, the new regulation. Therefore, drawing on secondary sources, I present a legal assessment of the proposal and likely con-

2 | It is important to emphasize that the analysis of discursive strategies here regards the initial proposal for a Screening Regulation by the EU Commission and not the final legislative text that has been published in the Official Journal of the EU (OJ L, 2024/1356, 22.5.2024) in the meantime.

sequences of its implementation for the people affected. Here, the focus is on the core element of the proposal: the legal principle of the ›fiction of non-entry‹, which considers a person physically present on a territory to *not* have entered the territory legally until officially authorised.

Furthermore, the implications of the ›fiction of non-entry‹ are related to the broader question of what kinds of geographical and socio-political imaginations the proposal for a Screening Regulation relies on. I argue that these imaginaries, together with the filtering mechanisms, condemn people to forms of denials of existence. Here, the article draws on Di Cesare's notion of »political inexistence« (Di Cesare 2021: 155, translation HS), which relates to the ›legal inexistence‹ resulting from the application of the ›fiction of non-entry‹ within the screening procedure. Finally, I argue that the discursive legitimisations and legal changes put forward in the Screening Regulation contribute to a normalisation of these denials of existence, rendering it more difficult to recognise them as such, and see the detrimental consequences they have for the lives of people concerned.

THE REFORM OF THE COMMON EUROPEAN ASYLUM SYSTEM

A reform of the Common European Asylum System was first proposed by the EU Commission under President Juncker. In 2016, the EU Commission presented the reform proposals, but in the years that followed, no agreements could be found, and the process was blocked. In 2020, the EU Commission under President von der Leyen started a new attempt at the reform, the »New Pact«, comprising several legislative proposals and recommendations. Subsequently, the European Parliament and the Council of the EU reached their respective positions on each of the proposals. In spring 2023, German minister of the Interior Nancy Faeser spoke of a »historic momentum« regarding the negotiations, with one of the main aims of the reform being to primarily process asylum claims at the EU's external borders (Faeser 2023a). Similarly, when the negotiations between the three institutional actors reached a political agreement in December 2023, European Parliament President Roberta Metsola spoke of a »historic day« (Metsola 2023). On April 10th 2024, the reform was officially adopted by the European Parliament, followed by the formal adoption by the Council of the EU.

Among others, the European Council on Refugees and Exiles has criticised the EU asylum law reforms, claiming they reflect underlying strategies to limit access to protection for refugees (Woollard 2024). Analysing how these mechanisms limit access

to protection is crucial to understanding how the reform of the Common European Asylum System affects the right to asylum. It is important to recognise that access to a *substantive* asylum procedure is at stake. It is therefore necessary to examine the moment when the person seeking protection comes into contact with the official authorities to lodge an asylum application. This encounter is governed by the Screening Regulation. For this purpose, the proposal for a Screening Regulation prominently features a »pre-entry screening« (European Commission 2020b: 1), which determines the procedures persons should be subjected to at the external borders of the EU and plays a crucial role regarding access to the right to asylum. At this stage, the analysis focuses on the initial proposal while later, I address what has now become law as a result of the adopted reform.

THE PROPOSAL FOR A SCREENING REGULATION: SCOPE AND OBJECTIVES

»We will ensure reliable identification, registration and screening of people already at the EU's external borders«
— Faeser 2023b

The Screening Regulation proposes to introduce a »pre-entry screening applicable to all third-country nationals who cross the external border without authorisation or after disembarkation, following a search and rescue operation« (European Commission 2020b: 1). The proposal specifically states that this should include people applying for international protection. This screening procedure would serve as a sort of filtering mechanism, allocating people to different kinds of subsequent administrative procedures to determine their legal status. Therefore, it plays a crucial role in determining the subsequent procedures and lastly, for the processing and outcome of asylum applications.

According to the proposal, the suggested screening procedure should entail the following elements: a health and vulnerability check, an identity check (against European databases), registration of biometric data and a security check (see *ibid.*: 2). The screening should be completed within five days, but can be extended to ten days (Article 6 (3)).³ The explicit objectives of the proposed screening are summarised in the Explanatory Memorandum as: »Identification of third-country nationals who do

³ | The numbers of the articles here refer to the initial EU Commission's proposal and have changed in the final legislative texts (see footnote 2).

not fulfil entry conditions [...]; clarifying that entry is not authorised [to them]; [...] channelling [them] to the appropriate procedures [...]; screening also of third-country nationals who entered the territory of the Member States without authorisation and who are apprehended within their territories« (ibid.: 2).

The different kinds of procedures mentioned are either a direct ›return procedure‹ or, if people make an asylum claim, allocation to the ›normal asylum procedure‹, an ›accelerated procedure‹, the ›asylum border procedure‹ or ›relocation‹ to another member state (see ibid.). To determine allocation to these different further procedures, at the end of the screening procedure, there will be a »debriefing form« containing the information gathered during the screening (ibid.: 7; also, Article 13). This means there are three possible outcomes of the screening procedure: first, allocation to a return procedure; second, allocation to an asylum procedure; or third, refusal of entry (see Jakulevičienė 2020). It is important to point out here that there is no option of judicial review regarding the decision as to which kind of procedure a person is allocated to (see European Commission 2020b: 12f.); only the decision of this subsequent procedure (e.g. the outcome of the border asylum procedure) can then be challenged legally. This is justified by presenting the screening as a »mere information-gathering stage [...] which does not entail any decision affecting the rights of the person concerned (...) « (ibid.: 12).

Later on, the document elaborates what purpose the Screening should serve: to prevent the onward movement of people. Thereby its main aim is to control the movements of people, »ensuring that entry is not authorised to third-country nationals whose status is not confirmed yet *and thus help prevent their absconding*« (ibid.: 39, emphasis HS). A key element of the proposal is stated in Article 4: »During the screening, the person referred to in Article 3, paragraphs 1 and 2 shall not be authorised to enter the territory of a Member State« (ibid.: 27). This corresponds to the legal principle of the ›fiction of non-entry‹: »a legal fiction in which states claim that the arrival of a third-country national only occurs once she has been legally approved to enter the state by authorised border officers, regardless of her physical presence in the territory« (Soderstrom 2022: 2). This is the crucial element of the proposal that will later be discussed, both with regard to its legal implications and to its broader implications regarding different kinds of denials of existence.

In the next section, I will analyse the text-immanent logics within the proposal for a Screening Regulation by drawing on the Discourse-Historical Approach (DHA) of Critical Discourse Studies. The proposal will be analysed with a focus on its underlying discursive strategies. This part of the analysis helps lay bare the legitimisation strategies that the proposal builds on to motivate implementation of the screening procedure. The Discourse-Historical Approach is particularly suited in this regard as

it has an explicit focus on the analysis of argumentation strategies (see Reisigl/Wodak 2016).⁴

METHODOLOGY AND DATA

Before presenting the Discourse-Historical Approach (DHA), a short general note about the methodology and the empirical material is necessary. The first draft of this article was finished in November 2023, when the negotiations between the EU Commission, the EU Parliament and the Council of the EU were still ongoing, the political agreement had not been reached by that time and therefore, no final legislative text existed yet. The initial focus was therefore on the analysis of the discursive strategies in the EU Commission's proposal for a Screening Regulation, but some intertextual comparisons with the European Parliament's position on the Screening Regulation were already considered.

In its final version, in addition to the analysis of the discursive strategies in the EU Commission's proposal, the present article also discusses the different versions of the relevant legal article in the respective institutional positions on the Screening Regulation regarding the question of entry to the territory, specifically, the role of the ›fiction of non-entry‹. In this way, elements that the EU Parliament's position aimed at changing in this respect are compared to the initial proposal. I show how the Council's position prevailed in the final legislative text. Despite the methodological challenges associated with such a concurrent analysis, this allows me to not only discuss the initial proposals or the results of the reform, but to emphasise that there were processes of political negotiations leading to its final legislative form and shedding light on the processes of the production of discourse via legislation.

THE DISCOURSE-HISTORICAL APPROACH (DHA)

The Discourse-Historical Approach is a specific approach of Critical Discourse Studies that emphasises the historical embeddedness of a discourse and the social reality it expresses and co-constructs. Beyond explicit focus on the use of language, the DHA aims to include several interrelated context-dimensions (historical, polit-

⁴ | For other approaches of Critical Discourse Studies applied to jurisprudence and legal texts see Buckel (2013).

ical, sociological, psychological) in the analysis of the object under investigation (see Krzyżanowski/Wodak 2009). Critical Discourse Studies understand written and oral language as a form of social practice (see Fairclough/Wodak 1997) and assume that there is a dialectical relationship between discourses and social practices: it understands ›discourse‹ to be both socially *constituted* and socially *constitutive* (see Krzyżanowski/Wodak 2009). Discursive practices are considered to be socially constitutive in that they contribute to producing social conditions (e.g. the construction of collective subjects), and that they play a role in perpetuating, transforming or de-structing the social status quo (ibid.). ›Discourse‹ is distinguished from ›text‹, the latter being considered as part of discourses that can be assigned to different genres. ›Genre‹ is defined as »a socially conventionalized type and pattern of communication that fulfils a specific social purpose in a specific social context« (Reisigl/Wodak 2016: 27). For the analysis at hand, this means considering that the kind of text that is investigated is a legislative proposal being communicated from the European Commission to the two EU-Co-legislators, the European Parliament and the Council of the EU. In addition to ›discourse‹, ›text‹, and ›genre‹, the DHA is based on a concept of ›context‹ that comprises »the immediate language [...], the intertextual and interdiscursive relationship between utterances, texts, genres, and discourses [...]; the language external social/sociological variables and institutional frames of a specific situational context; and the broader socio-political and historical context« (Krzyżanowski/Wodak 2009: 21).

As an analysis that takes all these elements equally into account is beyond the scope of this contribution, the focus here will be on the discursive strategies in the initial proposal for a Screening Regulation. According to the DHA, there are five discursive strategies when analysing identity politics, self- and other assessments (see table 1). Strategy here means a »more or less intentional plan of practice (including discursive practice) adopted to achieve a particular social, political, psychological or linguistic goal« (Reisigl/Wodak 2016: 33).

Regarding the discursive strategies, the analysis here specifically focuses on the question of how persons are named and referred to in the document linguistically (Nomination Strategy), what characteristics, qualities and features are attributed to them (Predication Strategy) and by what arguments specific social groups try to justify and legitimise the inclusion/exclusion of others (Argumentation Strategy). I have focused on these three strategies because the main aim here is delineating the legitimisation strategies built by the proposal to motivate the need for introducing the screening procedure.

Discursive Strategies	Objectives	Devices
<i>Referential/ Nomination</i>	Construction of in-groups and out-groups	Membership categorization; Biological, naturalizing and depersonalizing metaphors and metonymies; Synecdoches (pars pro toto, totum pro parte)
<i>Predication</i>	Labelling social actors more or less positively or negatively, deprecatorily or appreciatively	Stereotypical, evaluative attributions of negative or positive traits; Implicit and explicit predicates
<i>Argumentation</i>	Justification of negative or positive attributions	Topoi used to justify political inclusion or exclusion, discrimination or preferential treatment
<i>Perspectivization</i>	Expressing involvement; Positioning speaker's point of view	Reporting, description, narration or quotation of (discriminatory) events and utterances
<i>Intensification, mitigation</i>	Modifying the epistemic status of a proposition	Intensifying or mitigating the illocutionary force of (discriminatory) utterances

Table 1: Discursive Strategies according to Krzyżanowski/Wodak (2009).

As intertextuality plays a crucial role for an analysis drawing on the DHA, intertextual relationships will be considered. Yet, as the scope of this contribution is limited, the focus here is mainly on the amendments to the draft act by the rapporteur of the European Parliament. These amendments will be referred to as they suggest changes that can be regarded as a contrasting scheme to the EU Commission's proposal, and in this way the specificity of the latter's version of the Screening Regulation will be made clear. As mentioned above, in the section on methodology and data, the different versions of the relevant legal article in the respective institutional positions on the Screening Regulation will be compared regarding the question of entry to the territory, respectively, the role of the ›fiction of non-entry‹.

In the section on the legal implications of the screening procedure, the »Amended proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council establishing a common procedure for international protection in the Union and repealing Directive 2013/32/EU«⁵ will be referred to. Within this so-called Asylum Procedure Regulation, the new rules regarding border procedures are established, and the New Pact proposes that during both the screening and the border procedures the ›fiction of non-entry‹ should apply. Thus, the two proposals are specifically connected through this topic.

THE DHA APPLIED TO THE REFORM PROPOSALS OF THE NEW PACT

On the level of EU institutions and also in public debates, the need to reform the common European Asylum System is often argued for in reference to the dominant framing of a ›migration crisis‹ or ›refugee crisis‹ which in recent years mainly referred to 2015–16. This reference can be found in the document on the communication on the New Pact⁶, but was also invoked since then in relation to other ›crisis situations‹ (e.g. situation at the border between Poland and Belarus in 2021).⁷ In contrast to this dominant framing, there have been other ways of referring to the arrival

5 | From here on referred to Asylum Procedure Regulation.

6 | Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions on a New Pact on Migration and Asylum; COM (2020) 609 final (European Commission 2020a)

7 | However, the process towards a reform of the Common European Asylum System was already under way before the ›crisis‹ in the summer of 2015 as for example becomes evident with the EU Commission's Communication on a European Agenda on Migration (COM (2015)

of people to European countries in these years: e.g. »long summer of migration« (Kasperek/Speer 2015); »crisis of European border and migration policy« (Buckel et al. 2017); »refugee protection crisis« (van Houtum/Bueno Lacy 2020) and »rule of law crisis« (Woollard 2022). Here, the use of the notion of crisis is used differently according to which perspectives are adopted: while the latter formulations put the problematisation on the institutional and governmental side, the former presenting the level of EU institutions adopts the perspective of the state—or a union of states—that is conceived of as an entity that gets confronted with the ›phenomenon of migration‹ and therefore needs ›to deal‹ with it.⁸

The concept of crisis can thereby be understood to fulfil a specific function: »This frame reproduces a division of labour, according to which migrants and refugees play a passive role while states, governments, and European institutions are the active agents, called upon to intervene and solve the ›crisis‹. This is part and parcel of a process through which the ›crisis‹ becomes a governmental category and device.« (Bojadžijev/Mezzadra 2015). Thus, the terminology used does not merely describe a social situation but also actively constructs it as— depending on the perspective and accordingly what is defined as the problem—respectively different ›solutions‹ are put forward which can be seen on the level of the EU policy proposals. Furthermore, it needs to be stressed that there are power differentials between different perspectives and therefore, different framings have more or less power to define a social situation. This means understanding power as »an asymmetric relationship among social actors who have different social positions or who belong to different social groups« (Reisigl/Wodak 2016: 26).

As Rheindorf/Wodak (2018) put it, there is »privileged access to (the production of) discourse via the media, legislation, and so forth« (ibid.: 15). Accordingly, as the EU Commission is the institution on the EU level that has the mandate for legislative initiative, the legislative proposals by the EU Commission need to be considered to have such privileged access to the production of discourse, here via legislation. Furthermore, it is important to mention that the reform suggests regulations which are immediately applicable on a national level. This contrasts with *directives*, where

240 final) presented in May 2015, followed by the EU Commission's report on a reform of the Common European Asylum System (COM (2016) 197 final).

8 | It is important to differentiate that also on the EU level, people seeking protection are not always described with reference to the notion of crisis. Regarding people fleeing from Ukraine after the Russian invasion in February 2022, a year later, European Commissioner for Home Affairs Ylva Johansson explicitly stated that this »may not even be a crisis«, mainly due to the activation of the Temporary Protection Directive (Genovese 2023).

Member States have more leeway in terms of the exact implementation of the laws. Thereby, the EU Commission exercises considerable power through the legislative proposals put forward to reform the conditions under which people can(not) seek asylum in the European Union. Among the different proposals, the Screening Regulation is the one that regulates the beginning of the administrative procedures that people are obliged to go through if they do not have prior authorisation to enter the EU at its external borders.

DISCURSIVE STRATEGIES WITHIN THE PROPOSAL FOR A SCREENING REGULATION

Part of taking the historical embeddedness of a discourse into account is the postulation that there are decisive events that affect the discourse in relevant ways (see Rheindorf/Wodak 2018). As already mentioned in relation to the notion of ›crisis‹, the years 2015 and 2016 need to be understood as such a decisive discursive event, which is continuously referred to in the documents pertaining to the 2020 reform proposals of the Common European Asylum System. In the Explanatory Memorandum of the proposal for a Screening Regulation it is referred to in the following way:

»The available data demonstrate that the arrival of third-country nationals with clear international protection needs as observed in 2015–2016 has been partly replaced by mixed arrivals of persons. It is therefore important to develop a new effective process allowing for better management of mixed migration flows.« (European Commission 2020b: 1)

The reference to these years is the starting point for the argumentative strategy realised here: the claim is that, where those in 2015–2016 arrived »with clear international protection needs« (ibid.), now, the ones needing protection arrive at the same time as ›others‹ who are »unlikely to receive protection in the EU« (ibid.).⁹ This also needs to be understood as a nomination strategy that constructs an in-group and an out-group in several ways: »third-country nationals« (ibid.) are mentioned, thereby implicitly constructing an in-group of EU-nationals as well as an in-group of nationals. However, another specification of these »third-country nationals« as the ones

9 | This portrayal of the situation however, is somewhat contradictory to the dominant political statement of ›2015 must not be repeated‹ suggesting that also back then, the arrival of people was considered to be ›a problem to be managed‹, no matter their protection needs.

that shall be subject to the screening procedure is then made, namely those »not fulfilling the entry conditions« (ibid.). Furthermore, among these, it is suggested that now there is a situation with »mixed arrivals of persons« (ibid.) where it is both possible and necessary to distinguish between »those with clear international protection needs« and »those who are unlikely to receive protection in the EU« (ibid.). Here, the question arises on what basis this distinction can be made, especially if this should happen »at the earliest stage possible« (ibid.) which means here, before people are subject to a *substantive* assessment of their individual asylum claim. So, in a way, the proposal builds on a foregone conclusion that some people are ›unlikely to receive protection‹ before their claims are even substantially assessed.

This last way of distinguishing between different groups of people works by reference to the percentage of recognition rates within the context of the asylum procedure. In a footnote, it is remarked that »the share of migrants arriving from countries with recognition rates lower than 25 percent has risen from 14 percent in 2015 to 57 percent in 2018« (ibid.). Picking two years and their respective recognition rates in comparison, suggests there is a trend of increasing people arriving who do not have protection needs. This backs up the claim that there is a need to »develop a new effective process« (ibid.). In this way, a call for more restrictive measures is justified that can still be aligned with the narrative of ›helping those in need‹. In so doing, the inclusion of some parallel to the exclusion of others is justified. Here, the discursive strategies of nomination, predication and argumentation work together.

In terms of referring to recognition rates, several aspects of this example of a »logic of numbers« (Castles 2017: 1541) need to be scrutinized. First, it is important to bear in mind that it is possible to reject this kind of logic in principle in the first place. However, even if one follows this logic, it is important to highlight that which numbers are presented and how influences how the situation can be evaluated: in the EU Legislation in Progress Briefing on the Screening Proposal, the same numbers for 2015 and 2018 are mentioned, but also, a decrease to 26 percent in 2019 (see Dumbava 2022: 3). In adding this number to the enumeration, the urgency for ›a need to act‹ in the face of the otherwise suggested ›increasing trend‹ is alleviated. Secondly, arguments whose persuasiveness relies on invoking recognition rates need to be dealt with cautiously, because there are several limitations to it as the European Council on Exiles and Refugees (ECRE) explicates: first, recognition rates usually focus on the first instance of decision-making, but they are actually significantly challenged on appeal. Thus, the first instance rates cannot be considered as a reliable indicator of protection needs. Secondly, in the Eurostat statistics, negative decisions include both in-merit decisions and inadmissibility decisions (even though Dublin decisions are not included here)—the latter meaning that no substantive assessment of the asylum

claim has been made, therefore again limiting the significance in evaluating protection needs based on these figures. Lastly, depending on the country where the asylum application is filed, there is a huge difference in obtaining a protection status; for example, for people from Afghanistan, in 2019 the recognition rate was at 93.8 percent in Italy and 4.1 percent in Bulgaria. Thus, a low recognition rate does not necessarily justify the conclusion that a person is not in need of protection (see ECRE 2020). However, it is important to note that the statement in the proposal is itself mitigated by the word »partly« which is however not further specified: »the arrival of third-country nationals with clear international protection needs as observed in 2015–2016 has been *partly* replaced by mixed arrivals of persons« (European Commission 2020b: 1, emphasis HS). Nevertheless, the portrayal of the situation within the framing of a logics of numbers is then followed by a conclusive statement: »It is *therefore* important to develop a new effective process allowing for better management of mixed migration flows« (ibid., emphasis HS).

In addition to this argumentative strategy, the strategy of predication and nomination at work here needs further examination: it suggests an association of the arrival of people with a natural phenomenon of a ›flow‹. This is a way of ›persuasively representing ›immigration‹ or ›migrants‹ as something that has to be ›dammed‹, ›stemmed‹, or ›held back‹« (Krzyżanowski/Wodak 2009: 19), which reproduces a typical metaphor in xenophobic and racist discourses of ›migration as natural disaster« (ibid.: 22). Thus, beyond presenting the people concerned as not in need of protection, they are furthermore discursively constructed as a threat through this kind of linguistic representation. This at first implicit construction as a threat through the metaphor of a ›flow‹ is then made explicit in terms of the notion of ›internal security‹: the element of the screening that regards the security check should ›verify that the person does not constitute a threat to internal security« (European Commission 2020b: 2). Importantly, the Screening is intended to not only be applicable at the EU's external borders, but also for ›third country nationals who entered the territory of the Member States without authorisation and who are apprehended within their territories« (ibid.).¹⁰ Here, the notion of ›apprehension‹ further associates the movement of people across borders with a criminal activity. With this linguistic representation,

10 | The European Parliament's position on this aspect of the proposal states that the screening procedure cannot be applied to people »found« on the territory (Woollard 2023). During the final trilogue negotiations in December 2023, however, the EU Parliament's attempt to achieve a deletion of Article 5 (Screening within the territory) was not successful and screening within the territory prevails in the final legislative text (Article 7 OJ L, 2024/1356, 22.5.2024).

the movement of people gets criminalised.¹¹ This obfuscates the fact that, according to the Geneva Refugee Convention (UNHCR 1951), even if a person enters a country without prior authorisation this should not result in penalties if the person seeking international protection avails themselves to the authorities upon arrival (Article 31 Geneva Refugee Convention).

Furthermore, it is stated that the screening process within a Member State's territory »should compensate for the fact that such persons presumably *managed to avoid border checks* upon entry into the European Union and Schengen area« (European Commission 2020b: 6, emphasis HS). Here, the persons concerned are portrayed as active agents who are presumably circumventing the entry rules. What is omitted in this presentation of the issue is the fact that it is often precisely people fleeing from war and conflict-ridden regions who *because* of their country of origin and/or citizenship cannot enter European territory without a visa and—as visa processes are usually highly restrictive, complex and time-consuming—often do not have another option other than to enter »irregularly«. ¹² Thus, here it is important to point out how the irregularity arises in the first place: because of the entry rules that are established through the EU visa system. Furthermore, it is striking that at the beginning of the document, the persons concerned are presented passively—as subjects that need to be channelled »to the appropriate procedure« (ibid.: 2)—to then later presented as actively avoiding border checks.¹³

11 | Even if after entering the Schengen area the stay is partly legalized in the screening, the relation between irregularisation and criminalisation of movements is significant here.

12 | According to UNHCR figures (UNHCR 2022), two thirds of all refugees worldwide come from just five countries from which only one has visa-free access to the Schengen states. This drastically shows that especially people who are in need of protection by the United Nations High Commissioner for Refugees are the ones who have very restricted possibilities of legal pathways for seeking international protection in Europe and are simultaneously to a large extent in the dominant European discourse related to the notion of »illegal migration« or »irregular migration«.

13 | Here, we are not concerned with the question whether people try to avoid border controls. We are interested in the way people are discursively constructed in order to legitimise the proposed measures.

INTERTEXTUAL COMPARISONS BETWEEN DIFFERENT VERSIONS OF THE SCREENING REGULATION

At this point, the comparison with the amendments by the rapporteur of the European Parliament serves as a way of highlighting how the wording is decisive here in terms of how the topic at stake is discursively constructed. There are two versions by the rapporteur: a draft report and a final report. In the draft report, the sentence is changed in the following way: »address situations where third-country nationals *have not been subject* to border checks at the external borders« (European Parliament 2021: 6, emphasis in original). This framing does not associate the movement with criminal behaviour, but merely states that people have not been controlled at the external borders. However, in the final report, the sentence is changed to: »address situations where third-country nationals *are apprehended in connection with an irregular crossing* of the external borders« (European Parliament 2023: 6, emphasis in original). This framing of »irregular crossing« comes closer to the initial EU Commission's phrasing—»should address situations where third-country nationals manage to avoid border checks at the external borders« (European Commission 2020b: 16)—as it also invokes an association of the movements of the people concerned with criminal activity.

Furthermore, considering how the different versions of the regulation deal with the topic of (official) entry into the European Union and Schengen area, in the following section, I will discuss the different institutional positions (EU Commission, EU Parliament, Council of the EU), and the draft agreement and the final legislative text of Article 4 (respective 6) of the Screening Regulation (see table 2). In the EU Commission's proposal, the Council of the EU's General Approach, the Draft Agreement and also the Official Journal of the EU, the heading of Article 4 is formulated as »Authorisation to enter the territory of a Member State«, whereas the EU Parliament position's heading is »Entry into the territory of a Member State«. This already reveals that the element of authorisation plays a crucial role which can then also be seen in the differences in content. In contrast to the initial EU Commission's proposal, the EU Parliament's position entailed a »may«-clause: »During the screening, Member States may consider the persons [...] as not having entered the territory of a Member State« (European Parliament 2023: 46). Thus, according to this position, the ›fiction of non-entry‹ would not have been made mandatory. Yet, by comparing the different versions, it becomes clear that the agreement reached corresponds to the Council's position and that this adds to the mandatory ›fiction of non-entry‹ of the Commission's Proposal the element of ensuring that people »shall remain at the disposal of the competent authorities« (see table 2). The final legislative text is almost identi-

EU Commission's Proposal	EU Parliament Mandate	Council of EU General Approach	Draft Agreement	Official Journal of EU
Article 4 Authorisation to enter the territory of a Member State	Article 4 Authorisation to enter <u>Entry into</u> the territory of a Member State	Article 4 Authorisation to enter the territory of a Member State		Article 6 Authorisation to enter the territory of a Member State
1. During the screening, the persons referred to in Article 3, paragraphs 1 and 2 shall not be authorised to enter the territory of a Member State.	1. During the screening, <u>Member States may consider</u> the persons referred to in Article 3, paragraphs 1 and 2 shall not be authorised to enter <u>as not having entered</u> the territory of a Member State.	1. During the screening, the persons referred to in Article 3, paragraphs 1 and 2, shall not be authorised to enter the territory of a Member State. Member States shall lay down in their national law provisions to ensure that persons referred to in Article 3, paragraphs 1 and 2 shall remain at the disposal of the competent authorities in the locations as referred to in Article 6, for the duration of the screening to prevent any risk of absconding, potential resulting security risks or public health risks.	1. During the screening, the persons referred to in Article 3, paragraphs 1 and 2, shall not be authorised to enter the territory of a Member State. <u>Member States shall lay down in their national law provisions to ensure that persons referred to in Article 3, paragraphs 1 and 2 shall remain at the disposal of the competent authorities in the locations as referred to in Article 6, for the duration of the screening to prevent any risk of absconding, potential resulting threats to internal security or public health risks.</u>	During the screening, the persons referred to in Article 5(1) and (2) shall not be authorised to enter the territory of a Member State. Member States shall lay down in their national law provisions to ensure that persons referred to in Article 5 (1) and (2) remain available to the authorities responsible for carrying out the screening in the locations as referred to in Article 8, for the duration of the screening, to prevent any risk of absconding, potential threats to internal security resulting from such absconding or potential threats to public health resulting from such absconding.

Table 2: Different institutional versions of Art. 4 (respective 6) of the Screening Regulation (Source: 4 Column Document of 5 February 2024, emphasis and deletions in original; amended by HS to include the final legislative text of 14 May 2024 as laid down in the Official Journal of the EU. The document is available to the author and was obtained during the research process).

cal to the Draft Agreement (and thereby, the Council’s position), but the phrasing is slightly changed to »shall remain available to the authorities responsible for carrying out the screening« (ibid). Furthermore, in the Council’s position (lastly, also in the final legislative text), a justification for the proposed measures is added: the measures are meant to »prevent any risk of absconding« and »absconding« is associated with »threats to internal security and public health« (ibid). Thus, the proposed measures are argued for by reference to the topics of security and public health risks.

The direct juxtaposition of the different versions of the relevant article of the Screening Regulation shows which position prevailed in the negotiations and the final legislative texts and what kinds of legitimisations they draw on. Here, it is especially important to consider in which way the discursive framing put forward by the Commission—e.g. the pre-entry screening as »a mere information gathering stage«—obscures the role that the screening plays regarding its decisive function of referring people to different procedures which indeed affects the rights of the person concerned. This relates directly to the legal content of the proposal. Therefore, it is crucial to assess the proposal in terms of its legal implications, which will be done in the following section by drawing on secondary sources of legal evaluations.

LEGAL ASSESSMENTS OF THE PROPOSAL FOR A SCREENING REGULATION

Measures of border control comprising identity, registration and security checks are already regulated under the Schengen Border Code, the Eurodac Regulation and the Asylum Procedures Directive. Legal assessments of the Proposal for a Screening Regulation thus remark that these elements of the screening (identification, biometric data, security checks) are not new procedures, and that the discursive framing of the ›novelty‹ of the pre-entry screening must be questioned (see Jakulevičienė 2020). However, it is important to see the Screening Regulation in relation to other proposals within the New Pact. As mentioned above, the outcome of the screening can be that people get channelled to a border procedure, and it is this outcome of the screening procedure and the rules on the border procedure that need to be considered as new (see *ibid.*). According to the Commission's proposal, the border procedure should be mandatory in specific cases.¹⁴

Legal assessments of the proposal point out that there are legal problems in terms of less procedural guarantees in the context of the Screening and Border Procedures, namely the risk of »placing the applicant at serious procedural disadvantage as lawyers, NGOs and courts do not have same access to the borders as in regular procedures and might result in the underestimation of the procedural guarantees provided by the international, European and national legal frameworks« (*ibid.*). Examples of existing practices of border procedures show that the kind of procedure has an impact on the outcome of the procedure and thus, the screening cannot be seen as a sort of ›neutral‹ filtering mechanism merely »channelling to the appropriate procedure« (European Commission 2020b: 2).¹⁵

Another legal problem is that, according to the proposal, the screening procedure is envisaged to end with a debriefing form that is not a formal decision. As it is not a formal decision, there are no legal remedies foreseen to object to the fact that one got channelled to a specific subsequent procedure. Only in the next stage, the decision of the procedure that the screening procedure allocated the person to can be subject to legal remedies. However, no automatic suspensive effect is provided for during the court procedure, which means that a person can be deported before the final court decision. In the most severe cases, this could lead to a violation of the non-refoulement

¹⁴ | See COM(2020) 611 final for the criteria according to which border procedures should be obligatory.

¹⁵ | See for example a study on the German airport procedure (Pro Asyl 2021).

principle by sending a person back to a situation in which they face serious threats to their life or freedom (Article 33 Geneva Refugee Convention).

The informal de-briefing decision is an example of how processes of informalisation can pose a threat to a person's access to rights. This kind of informalisation should not be regarded as an isolated feature of the Screening Proposal, but rather as a crucial element of EU's migration management more broadly.¹⁶ Especially, informal arrangements are increasingly used with regard to cooperation with third countries in order to increase deportations. »Returns«—as they are usually called in the official documents—are the central theme running through all legislative proposals of the New Pact (Moraru 2021). Hereby, the screening procedure needs to be understood as one of the first elements in the process as it is described as a tool for »enhancing the synergies between external border controls, asylum and return procedures« (European Commission 2020b: 1). This might even go as far as »the border procedure(s) [...] *de facto* gradually merging with the pre-entry screening procedure« (Vedsted-Hansen 2020, emphasis in original).

A LEGAL LIMINAL SPACE CREATED BY THE ›FICTION OF NON-ENTRY‹

A crucial aspect of the screening procedure and the border procedure is that, while undergoing these procedures, people will not be authorised to enter the territory (Article 6 Screening Regulation; Article 43 Asylum Procedures Regulation). However, if they are subject to these procedures, they are of course *physically* present on the territory of an EU Member State. Here, the legal principle of the ›fiction of non-entry‹ comes into play, which takes that »the arrival of a third-country national only occurs once she has been legally approved to enter the state by authorised border officers« (Soderstrom 2022: 2). This creates a transit zone, which is for example typically found at international airports. However, their role in asylum governance needs to be considered critically. This divergence between the legal and the physical presence of a person needs to be examined because it creates a border that cannot be crossed through mere bodily movement. Why is this consequential? According to the 1951 Geneva Refugee Convention, a person can only apply for asylum once they have crossed an international border and subsequently it is the responsibility of

16 | For further discussions of the role of informalization see Georgi (2007) and Kassoti/Idriz (2022).

the state where they are present to process their asylum claim: »The purpose of the fiction of non-entry in asylum governance is thus to externalise state responsibilities« (Soderstrom 2022: 3). Therefore, the screening procedure's establishment of another administrative procedure serving as a filter to decide who actually has the right to a ›normal‹ asylum procedure—a procedure in which the individual asylum claim is *substantially* examined—needs to be understood in the context of strategies of externalisation. Considering these implications of the Proposal, it is to be expected that the implementation of the Screening and Border Procedures will pose serious risks to the rights of the persons concerned.

Yet, it is important to point out that the legal liminal space created by the ›fiction of non-entry‹ is not the same as a condition of formal rightlessness because in transit zones, statutory and human rights guarantees still apply (see Thym 2020). Also, under the ›fiction of non-entry‹ asylum seekers are under the effective control of the state's authorities and therefore, according to international law, they are under the jurisdiction of the respective member state (see Matthes/Judith/du Maire 2020). Accordingly, the application of the ›fiction of non-entry‹ is not simply a matter of an exclusion on a legal level, but must also be seen as a differential exclusion:

»Thus, the exception regime that is created at the borders is what I call a practice of ›semi-inclusion‹ as *the person may be simultaneously outside and inside the legal order*. For example, while asylum-seekers will be bound by national law as they will be physically present in the state's territory i.e. criminal law or civil law, and even being charged with a criminal offence, their rights associated to their registration or asylum process may be diminished as in the eyes of EU asylum law they will be considered as ›not-entered‹ in the territory« (Apatzidou 2023, emphasis HS).

Furthermore, the proposal envisages an independent monitoring mechanism to be set up by the Member States that should make sure that the fundamental rights of the persons in relation to the Screening are protected (see European Commission 2020b: 28f.). However, as pointed out above, there are serious concerns in terms of procedural guarantees while people are subjected to the border and screening procedures and it is questionable whether the envisaged monitoring mechanism is sufficient to guarantee that the fundamental rights of the persons concerned will be protected.

In this regard, the aspect of restricting people's freedom of movement and detention needs to be addressed specifically. One crucial question about the ›fiction of non-entry‹ is how to ensure that the entry of persons is not authorised until an official status determination. The proposal for a Screening Regulation does not explicitly

address this question, but it does, clearly, relate to the question of detention. In this regard, the proposal merely states that the question of if and how detention is required for the screening is »left to national law« (ibid.: 9). Again, the Screening Proposal needs to be assessed in combination with the other reform proposals. With regard to the question of detention, the recast Reception Conditions Directive states that the application of border procedures constitutes a ground for detention (see Woollard 2023; Cornelisse 2021). Even though the Commission's proposal does not envisage generalised detention, looking at current practices, it is realistic to expect blanket detention to guarantee non-entry (see Matthes/Judith/du Maire 2020).

Beyond the question of detention, there are further questions of what implications the ›fiction of non-entry‹ has for the person concerned. As described above, through the ›fiction of non-entry‹, legal liminal spaces are created that at least have the aim to »allow for easier deportation« (Soderstrom 2022: 2). There is discussion about whether the application of the ›fiction of non-entry‹ will indeed facilitate deportations, as their feasibility also depends, for example on the willingness of so called ›third countries‹ to receive people (back). Therefore, due to this unwillingness, increased deportations are not that likely, but there is agreement that it will lead to the restriction of people's freedom of movement (see Matthes/Judith/du Maire 2020).

Here, it is also relevant to keep in mind that the screening procedure is specifically established with the objective to restrict people's onward movement to other EU member states than the one of first arrival. However, even if a person moves on, according to the Commission's original proposal, the screening should also apply to people »apprehended within the territory« (European Commission 2020b: 2). Thus, the transit zone and the border procedure under (conditions similar to) detention can also be carried out within the territory of member states other than the one of first arrival. Therefore, the transit zone that is established by the ›fiction of non-entry‹ would so to say travel with the person and is not confined to a geographical location. In terms of implementation, this would mean that the border would move with the person whose legal status remains to be determined. It is in this way that the persons concerned can be understood to be »condemned to the border« (Di Cesare 2021: 146, translation HS). Thus, in addition to representing a mechanism of externalising state responsibilities, the ›fiction of non-entry‹ can be understood as eliciting a legal inexistence with the aim of disposing of people who are termed as ›unlikely to be in need of international protection‹.

After having considered the legal implications of the ›fiction of non-entry‹, the legal inexistence created by the ›fiction of non-entry‹ will be related to the broader question of what kinds of geographical and socio-political imaginations the New Pact,

and specifically the Screening Regulation, relies on and how to understand the role of the ›fiction of non-entry‹ within these imaginations.

BEYOND THE ›FICTION OF NON-ENTRY‹: POLITICAL INEXISTENCE AND COLONIAL CONTINUITIES

In the first sentence of the Proposal for a Screening Regulation, »The Schengen area of free movement« is juxtaposed with »the external dimension« (European Commission 2020b: 1). This juxtaposition and its implications need to be analysed. It reflects a dichotomous thinking of ›inside‹ and ›outside‹ that according to Di Cesare (2021) runs through the entire modern thinking and thereby suggests a hierarchy of problems, proposes solutions and justifies principles (see Di Cesare 2021: 24). Accordingly, within contemporary European politics, migration is dominantly considered as a topic for which solutions need to be found to channel ›refugee flows‹, to establish criteria to distinguish between ›refugees‹ and ›economic migrants‹ and if need be, how to ›integrate‹ the former. However, this way of thinking represents »an immunitarian logic of exclusion« (ibid.: 7, translation HS) that arises out of a state-centric perspective that was also reinforced throughout the history of western philosophy, thereby legitimising and reproducing the border between ›inside‹ and ›outside‹ (ibid.: 28, translation HS). For example, influential ideas such as a Hobbesian state of nature took over the sovereign perspective of the state, thereby legitimising the constitution of state sovereignty. In this understanding of social conditions, according to Di Cesare, a powerful fiction is at work that relies on an illegitimate inversion: the fiction of a contract that binds members of a nation together. The contract theory pictures people coming together who are not already members of a nation. However, the mythical »founding fathers« (ibid.: 280, translation HS) who are portrayed as isolated individuals are actually already members of a nation that then come up with a contract. Yet, the powerful fiction prevails that the contract came first. Here, there is a first inversion: the contract presupposes the nation but the nation is then portrayed to be based on a contract. The fiction of the contract then becomes compelling in reality, as it determines the boundaries of the social community based on nativist principles: »Politics ends at the borders of this natural yet fictitious community [...]». Contract theory supports and promotes the attempt of the community based on birth to ceaselessly immunize itself, to protect its integrity against everything that could endanger it from the outside« (ibid.: 280, translation HS). It is also important to note how this fiction is extended to other communities: it is assumed that other communities are formed similarly (see ibid.: 279). Within the fiction, there is another fiction:

birth is considered to be something like a signature on the contract—the contract is automatically renewed through birth (see *ibid.*: 280). In this way, a political body is constituted that is threatened by what is constructed as ›coming from outside‹. If one accepts this social imagination, it becomes clear how the figure of the migrant challenges the constructed order of states and how this is reflected in contemporary European migration policies. Here, the concept of fear (also towards others) plays a crucial role and according to Robin (2006), fear is a central concept of Hobbesian thinking.¹⁷

However, in this recounting of how state sovereignty was established and is still legitimised, it is important to go back to the notion of ›founding fathers‹ here because it points to an important idea: that in fact the liberalism put forward in these accounts of classical political philosophy historically relies on systematic exclusions. Crucially, the original rights-bearers who were considered within the above-mentioned contractarian imaginations were actually limited to »propertied white males« (Mills 2017: xiv). Thus, while acknowledging that dominant imaginations of sovereignty are still powerful today, it is important to not only trace the contradictions or inversions within these imaginations but also point to the systematic yet erased exclusions that are built into them. Bearing this in mind, the inversions that take place within the Screening Regulation regarding the ›fiction of non-entry‹ will now be assessed, before being embedded them in the wider context of exercising power beyond territorial boundaries of nation states.

Similar to the inversions that Di Cesare alludes to with regard to classical understandings of sovereignty, the ›fiction of non-entry‹ can be regarded as a mechanism that works on an inversion of fiction and reality: the reality of a person's arrival is denied and the legal fiction of the persons non-arrival has very real consequences for the person affected by this principle. Here, it is especially important to bear in mind that the fact that a person has physically entered the territory of a state is the requirement for seeking international protection according to the Geneva Refugee Convention. However, the legal principle of the ›fiction of non-entry‹ treats the physical presence to be dependent on official authorisation: only if the authorities say so, are you allowed to be ›here‹. Thus, the entry has factually happened but is declared to be a fictious on the legal level. The existence of the person is thus at least on a legal level denied until official authorisation, and the person finds themselves in a position in which legal and physical presence are divergent. As there is a negation of the existence on the legal level, I speak of a legal inexistence here (not to be equated

17 | I would like to thank an anonymous reviewer who brought this reference to my attention.

with a position of formal rightlessness). Also, as discussed above, the legal inexistence is—speaking in strictly legal terms—only a partial legal inexistence as people will still be bound by other areas of the law (see Apatzidou 2023). This is emphasised here again to acknowledge that the issues at stake here cannot be understood in terms of a binary opposition of inclusion and exclusion. However, the point here is to delineate the ways in which these differential legal (in)existences are constructed and which purposes this serves: the purpose of externalisation and confinement in the case of the application of the ›fiction of non-entry‹. In this case, the person is ›here‹ now and thus, the kind of temporality at play relates to the present moment. However, the consideration of ›being here‹ also has a temporal element that alludes to the past, namely if a person is considered to be ›from here‹ which suggests a presence going back in time.

Di Cesare (2021) speaks of »existential negations« with regard to the seemingly innocent and common question »Where are you from?« because it implies a judgment: the judgment, »you are not from here« and in the contemporary context, this has a specific meaning »in the sense of an abysmal negativity [...]: ›you do not exist‹. In the context of a complete inversion, essence precedes existence now. Just because you are not from here, you do not exist« (ibid.: 154, translation HS). Thus, there is another inversion: the inversion of essence and existence. This might sound somehow abstract, but it has very real and material consequences for the people who are subjected to it. As the arbitrary fact that someone is ›from here‹ ultimately is connected to having rights in terms of housing, work, health care, access to social welfare services (see ibid.). It is this inversion of essence and existence that Di Cesare describes as a political-existential distortion. Due to nativist principles structuring the political and social community, people get condemned to political inexistence.

This kind of nativist principle becomes especially evident in the establishment of the Schengen zone that is also referred to in the first sentence of the Screening Regulation. With regard to the Schengen zone, the European Council Regulation No 851/2005 (amending the Council Regulation (EC) No 539/2001) plays a crucial role as it entails a differentiation between two lists of countries: the first listing third country nationals who need to be in possession of visas when crossing the external borders of the Member States and the second one listing third country nationals exempt from this visa requirement (see van Houtum 2010). It is in this way that the ›third country nationals‹ who feature in the Screening Regulation are constructed. As van Houtum points out, it is striking that no information can be found on the reasons for and criteria of creating such two lists. Also, in terms of the language used the lists were first called »white« (no visa required) and »black« (visa required) Schengen lists, a wording that was later changed to »positive« and »negative«: »The wording may be

less racial, but this does not alter the intentions and the discriminatory effects of this apartheid geopolitics« (van Houtum 2010: 964). First, it is telling that many countries of the »negative list« are predominantly Muslim and many of them are countries of the Global South. Second, it reflects how the EU possesses the power to select and thereby determine the (im)possibilities of mobility: »as in former colonial times, it is the EU who *selects* people on the basis of their imagined added value for the EU and their imagined potential (security) risk for the EU« (ibid., emphasis in original). So, one can see that already these visa regulations are embedded in discriminatory mechanisms and that they reflect colonial continuities in contemporary European migration policies. Taking this perspective into consideration, one comes to see that the dominant imagination of sovereignty in classical political philosophy, described above, which is still powerful today, is distorted. If one takes the role of colonial domination into account, the understanding of sovereignty and related claims centring around the alleged independence of nations is fundamentally challenged: »The key issue, however, is that, in subsequent centuries, European states did not simply exercise their sovereignty within the territorial boundaries of national states. They also exerted power and violence over territories and populations elsewhere« (Bhambra/Holmwood 2021: 7f.).

In terms of colonial continuities, the exercise of power beyond territorial boundaries of national states also takes place in contemporary European migration policies: »The conventional understanding of migration control is that each nation-state is in charge of its own borders at its territorial lines and ports, and manages visas in national embassies abroad. Yet this approach is considered incomplete within EU migration policy circles, which believes that »efficient migration management« entails going beyond the place and time of the entry point« (Casas-Cortes/Cobarrubias 2019: 200). It is exactly this »going beyond the place and time of entry point« (ibid.) that is being further pursued by the current proposals to reform the Common European Asylum System, among them the Screening Regulation. In the Screening Regulation, this specifically entails the power of authorities to *define* the place and time of entry point, for example through measures such as the legal principle of the »fiction of non-entry«.

CONCLUSION

The Screening Regulation constitutes an important element of the reform of the Common European Asylum System that in combination with other parts of the New Pact (especially the increased use of border procedures) will lead to significant changes

in terms of access to rights and international protection in the European Union. The aim of this article was to discuss the explicit objectives of the Screening Regulation and reconstruct the discursive strategies that it builds on. By drawing on the Discourse-Historical Approach, I examined the nomination, predication and argumentation strategies and how they are used to motivate the implementation of a ›new‹ screening procedure. Drawing on legal assessments of the proposal showed how the rights of the persons concerned are fundamentally affected by the proposal despite the opposite claim that is made within the proposal itself suggesting it to be a »mere information-gathering stage« (European Commission 2020b: 12). The analysis of the crucial principle of the ›fiction of non-entry‹ showed how it implicates an illegitimate inversion and condemns the persons concerned to a form of differential legal inexistence. The theme of legal inexistence was then embedded in the broader context of socio-political and geographical imaginations that feature implicitly in the New Pact and how these kinds of policies contribute to condemning people to political inexistence. Finally, I argued that the discursive and legal legitimisations put forward in the Screening Regulation contribute to a normalisation of these denials of existence and therefore it becomes more difficult to recognize them as such and see the detrimental consequences they have for the lives of the people affected by the suggested measures.

Funding: This work was supported by the European Union's Horizon 2020 research and innovation programme under the Marie Skłodowska-Curie grant agreement No 956919.

LITERATURE

- Apatzidou, Vasiliki (2023): The Normalization of Denial of Legal Safeguards in the proposed Asylum and Migration Legislation. European Law Blog of 02.03.2023. URL: europeanlawblog.eu [03.03.2023].
- Bhambra, Gurinder K. / Holmwood, John (2021): Colonialism and modern social theory. Cambridge; Medford, MA: Polity.
- Bojadžijev, Manuela / Mezzadra, Sandro (2015): »Refugee crisis« or crisis of European migration policies? Focaal blog of 12.11.2015. URL: focaalblog.com [23.05.2023].
- Buckel, Sonja (2013): »Welcome to Europe«- die Grenzen des europäischen Migrationsrechts: juristische Auseinandersetzungen um das »Staatsprojekt Europa«. Bielefeld.
- Buckel, Sonja / Georgi, Fabian / Kannankulam, John / Wissel, Jens (2017): The European Border Regime in Crisis. Theory, Methods and Analyses in Critical European Studies. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 8/2017. Berlin.

- Casas-Cortes, Maribel / Cobarrubias, Sebastian (2019): Genealogies of contention in concentric circles: remote migration control and its Eurocentric geographical imaginaries. In: Mitchell, Katharyne / Jones, Reece / Fluri, Jennifer L. (Hg.): *Handbook on Critical Geographies of Migration*. Cheltenham.
- Castles, Stephen (2017): Migration policies are problematic – because they are about migration. In: *Ethnic and Racial Studies* 40 (9), 1538–1543.
- Cornelisse, Galina (2021): The Pact and Detention: An Empty Promise of ›certainty, clarity and decent conditions‹. *EU Immigration and Asylum Law and Policy*. Special series of posts on the New Migration Pact of 06.01.2021. URL: eumigrationlawblog.eu [05.05.2023].
- Di Cesare, Donatella (2021): *Philosophie der Migration*. Berlin.
- Dumbrava, Costica (2022): Screening of third-country nationals at the EU external borders. European Parliamentary Research Service. Briefing of May 2022.
- ECRE (2020): ECRE Analysis of Asylum Statistics in Europe | European Council on Refugees and Exiles (ECRE) of 19.06.2020. URL: ecre.org [26.10.2023].
- European Commission (2020a): Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions on a New Pact on Migration and Asylum. (Nr. COM(2020) 609 final).
- European Commission (2020b): Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council introducing a screening of third country nationals at the external borders and amending Regulations (EC) No 767/2008, (EU) 2017/2226, (EU) 2018/1240 and (EU) 2019/817. (Nr. COM(2020) 612 final).
- European Parliament (2023): ***I REPORT on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council introducing a screening of third-country nationals at the external borders and amending Regulations (EC) No 767/2008, (EU) 2017/2226, (EU) 2018/1240 and (EU) 2019/817 (COM(2020)0612 – C9-0307/2020 – 2020/0278(COD)) Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs Rapporteur: Birgit Sippel.
- European Parliament (2021): ***I DRAFT REPORT on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council introducing a screening of third-country nationals at the external borders and amending Regulations (EC) No 767/2008, (EU) 2017/2226, (EU) 2018/1240 and (EU) 2019/817 (COM(2020)0612 – C9-0307/2020 – 2020/0278(COD)) Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs Rapporteur: Birgit Sippel.
- Faeser, Nancy (2023a): Bericht aus Berlin | ARD Mediathek of 30.04.2023. URL: ardmediathek.de [26.10.2023].
- Faeser, Nancy (2023b): Wir werden für eine verlässliche Identifizierung, Registrierung und Überprüfung von Menschen bereits an den EU-Außengrenzen sorgen. #Migrationssgipfel. Twitter of 11.05.2023. URL: twitter.com [11.05.2023].
- Fairclough, Norman/Wodak, Ruth (1997): Critical Discourse Analysis. In: van Dijk, Teun A. (Hg.): *Discourse as Social Interaction*. London. 258–84.
- Genovese, Vincenzo (2023): Ukrainian refugee flows »maybe not a crisis«: Commissioner Johansson. Euronews of 02.03.2023. URL: euronews.com [26.10.2023].

- Georgi, Fabian (2007): *Migrationsmanagement in Europa: eine kritische Studie am Beispiel des International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)*. Saarbrücken.
- Jakulevičienė, Lyra (2020): Re-decoration of existing practices? Proposed screening procedures at the EU external borders. *EU Immigration and Asylum Law and Policy*. Special series of posts on the New Migration Pact of 27.10.2020. URL: eumigrationlawblog.eu [22.11.2022].
- Kasperek, Bernd / Speer, Marc (2015): Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration. *bordermonitoring.eu* of 07.09.2015. URL: bordermonitoring.eu [27.04.2022].
- Kassoti, Eva / Idriz, Narin (2022): The Informalisation of the EU's External Action in the Field of Migration and Asylum. In: Kassoti, Eva/Idriz, Narin (Hg.): *The Informalisation of the EU's External Action in the Field of Migration and Asylum*, Global Europe: Legal and Policy Issues of the EU's External Action. The Hague. 1–12.
- Krzyżanowski, Michał / Wodak, Ruth (2009): *The Politics of Exclusion: Debating Migration in Austria*. New Brunswick, N.J.
- Matthes, Inga / Judith, Wiebke / du Maire, Johanna (2020): Kein Vor und kein Zurück: Die praktische Auswirkung einer Fiktion der Nicht-Einreise an den EU-Außengrenzen. *Verfassungsblog: On Matters Constitutional* of 11.12.2020. URL: verfassungsblog.de [25.01.2025]
- Metsola, Roberta (2023): Press conference by Roberta METSOLA, EP President, Juan Fernando LÓPEZ AGUILAR (ES, S&D), Tomas TOBÉ (SE, EPP) and Fabienne KELLER (FR, Renew), Rapporteurs on the outcome of the migration trilogue. *Multimedia Centre* of 20.12.2023. URL: multimedia.europarl.europa.eu [05.09.2024].
- Mills, Charles W. (2017): *Black Rights / White Wrongs: The Critique of Racial Liberalism*. New York.
- Moraru, Madalina (2021): The new design of the EU's return system under the Pact on Asylum and Migration. *EU Immigration and Asylum Law and Policy*. Special series of posts on the New Migration Pact of 14.01.2021. URL: eumigrationlawblog.eu [11.04.2023].
- Official Journal of the EU (2024): Regulation (EU) 2024/1356 of the European Parliament and of the Council of 14 May 2024 introducing the screening of third-country nationals at the external borders and amending Regulations (EC) No 767/2008, (EU) 2017/2226, (EU) 2018/1240 and (EU) 2019/817. 2024.
- Pro Asyl (2021): Abgelehnt im Niemandsland. Vom Flughafenverfahren zum »New Pact on Migration and Asylum« Warum Asylgrenzverfahren unfair und mangelhaft sind. Pro Asyl of 06.2021. URL: proasyl.de [25.01.2025].
- Reisigl, Martin / Wodak, Ruth (2016): *The Discourse-Historical Approach (DHA)*. In: Wodak, Ruth/Meyer, Michael (Hg.): *Methods of Critical Discourse Studies*. London; Thousand Oaks, California.
- Rheindorf, Markus / Wodak, Ruth (2018): Borders, Fences, and Limits—Protecting Austria From Refugees: Metadiscursive Negotiation of Meaning in the Current Refugee Crisis. In: *Journal of Immigrant & Refugee Studies*, 16 (1–2). 15–38.
- Robin, Corey (2006): *Fear: The History of a Political Idea*. Oxford New York Auckland.

- Soderstrom, Kelly (2022): An analysis of the fiction of non-entry as appears in the Screening Regulation. Commentary prepared for the European Council on Refugees and Exiles. ECRE Commentary of 09.2022. URL: ecre.org [25.01.2025].
- Thym, Daniel (2020): European Realpolitik: Legislative Uncertainties and Operational Pitfalls of the ›New‹ Pact on Migration and Asylum. EU Immigration and Asylum Law and Policy. Special series of posts on the New Migration Pact of 28.09.2020. URL: eumigrationlawblog.eu [30.09.2022].
- UNHCR (2022): Figures at a Glance. URL: unhcr.org [07.12.2022].
- UNHCR (1951): Convention and Protocol Relating to the Status of Refugees.
- van Houtum, Henk (2010): Human Blacklisting: The Global Apartheid of the EU's External Border Regime. In: *Environment and Planning D: Society and Space*, 28 (6). 957–976.
- van Houtum, Henk / Bueno Lacy, Rodrigo (2020): The Autoimmunity of the EU's Deadly B/ordering Regime; Overcoming its Paradoxical Paper, Iron and Camp Borders. In: *Geopolitics*, 25 (3). 706–733.
- Vedsted-Hansen, Jens (2020): Border Procedure: Efficient Examination or Restricted Access to Protection? EU Immigration and Asylum Law and Policy. Special series of posts on the New Migration Pact of 18.12.2020. URL: eumigrationlawblog.eu [01.06.2023].
- Woollard, Catherine (2024): Editorial: All Pact-ed up and ready to go: EU asylum law reforms | European Council on Refugees and Exiles (ECRE). Editorial of 16.02.2024. URL: ecre.org [05.09.2024].
- Woollard, Catherine (2023): Editorial: EU Asylum Reform: Parliament Agrees its Positions; Council Enters Wild Terrain | European Council on Refugees and Exiles (ECRE). Editorial of 28.04.2023. URL: ecre.org [03.05.2023].
- Woollard, Catherine (2022): Editorial: Instrumentalisation is Not the only Bad Proposal – But it is the Worst | European Council on Refugees and Exiles (ECRE). Editorial of 02.12.2022. URL: ecre.org [26.10.2023].

Logistics of Asylum

From the Malta Agreements to the New Migration Pact

GIUSEPPE PLATANIA

Abstract: The new EU Migration and Asylum Pact, officially adopted in mid-2024, represents a continuation of increasingly restrictive and logistically driven migration policies implemented since the signing of the Schengen Agreements. This paper explores the 2018-2019 ad hoc relocation mechanism, which introduced many of the features that can now be found in the reform of the Common European Asylum System (CEAS). Through empirical fieldwork conducted in southern Italy, this study highlights the realities faced by migrants in the hotspots of Messina and the reception centre in Crotone, illustrating the logistical practices used to regulate migrant mobility and shedding light on the potential implementation of the Pact. By examining this pilot project, the paper offers insights into the operationalisation of key features of the Pact, including the Solidarity Relocation Mechanism and the concept of non-entry, which positions first reception centres and hotspots as extraterritorial zones. The Pact consolidates a migration and asylum approach increasingly defined by logistical frameworks that emphasise control, efficiency, and regulation, often at the expense of human rights and protection.

Keywords: EU Asylum System, New Migration Pact, Hotspot approach, Malta Declaration, CEAS reform

The new EU Migration and Asylum Pact, officially adopted in mid-2024 after years of contentious negotiations between EU member states, seeks to address the bloc's longstanding challenges in managing migration. The pact introduces a comprehensive framework reforming the Common European Asylum System (CEAS), scheduled for full implementation by mid-2026.

While the Pact is not yet operational, insights into how some of its key features might function can be drawn from the 2018–2019 ad hoc relocation mechanism. This earlier initiative provides a practical precedent for two key elements of the Pact. The first is the solidarity mechanism, designed to redistribute asylum seekers, after arriving at the EU's southern borders between member states. The second is the concept of non-entry, whereby individuals crossing borders irregularly are not considered to have formally entered the EU territory until they complete a border procedure. This

approach designates first reception centres, such as the so-called hotspots, as extraterritorial zones for processing arrivals.

The Pact consolidates a migration and asylum approach increasingly defined by logistical frameworks that emphasize control, efficiency, and regulation, often at the expense of human rights and protection.

This article explores the evolution of the EU's logistical approach to migration and asylum, with a focus on the implementation of the hotspot system and the ad-hoc relocation mechanisms that were in force from June 2018 to September 2019. Drawing on fieldwork conducted in the south of Italy between June 2018 and January 2020, this analysis highlights how logistical practices have been used to regulate and exploit migrant mobility while maintaining an illusion of solidarity between EU member states. By examining the intersection of logistical efficiency, securitisation, and human rights violations, the article sheds new light on the broader implications of the New Pact and its role in perpetuating a migration regime that prioritises exclusion and exploitation.

In a first step, I will introduce the theories informing this paper. The logisticalisation of migration management emerged prominently after the 2015 »long summer of migration« (see Hess et al. 2017) but has origins in the 1985 Schengen Agreements. While Schengen facilitated free movement in the EU space for nationals of EU member states, it also raised concerns about »undesirable« migration, leading to the securitisation of migration. Using a logistic gaze (see Mezzadra 2017) on migration management allows us to analytically dissect the spatial technologies adopted to implement this infrastructure. One of these technologies is the hotspot approach, whose key features and operational implementation will be described in the second section.

Following the theoretical discussion, I analyse the implementation of the temporary relocation mechanism by exploring its historical context and positioning it within the broader trend of the EU's shift towards more restrictive and conservative migration policies. Subsequently, I examine the empirical application of the temporary mechanism at the Messina hotspot and the Crotona reception centre, illustrating how the logistical framework functions in practice. This analysis highlights the inadequate living conditions and prolonged uncertainty faced by migrants awaiting relocation, revealing how the EU's emphasis on logistical efficiency and surveillance often undermines migrants' rights and overall well-being.

The redistribution procedure section outlines the European Asylum Support Office's (EASO) Standard Operating Procedures (SOP) for relocation, highlighting the varying approaches adopted by different EU countries like Germany and France. The analysis illustrates the opacity, arbitrariness, and underlying deportation logic driving

EU relocation processes. In the last section, I will go back to the new EU Migration Pact showing how elements of the temporary relocation mechanism are being institutionalised within the new legislative framework, highlighting a continuity of exclusionary practices and a logistical emphasis.

My ethnographic engagement in Italy lasted around 18 months, monitoring the relocation procedures implemented in the Sicilian hotspots, and in the reception centre in Crotone. The methodology implemented is strongly inspired by studies in investigative and militant anthropology, which have contributed to unveiling human rights violations and increase accountability of state (and non-state) actors, while ensuring dignity and justice for the subjects of the investigation (see Scheper-Hughes 1995; Juris 2007; Fondebrider 2015). Investigative anthropology can uncover the often-hidden mechanisms and systemic injustices within border regimes, such as discriminatory policies, bureaucratic inefficiencies, and the socio-political dynamics shaping asylum processes.

This research primarily aimed to investigate the procedures, while providing legal support to the asylum seekers awaiting the relocation process.¹ This approach addresses challenges related to working in a politically sensitive environment and to the colonial history of ethnography (see Pels/Saleemink 1994; Pels 1997) by positioning researchers as allies who actively support asylum seekers while documenting their struggles.

LOGISTICS OF ASYLUM

While the process of logistification of migration and asylum is more evident since the 2015 ›long summer of migration‹, its origins can be traced back to the Schengen Agreements. Signed in 1985, these agreements established a border-free zone within the EU, allowing for the unhindered movement of goods, capital, and EU citizens. While celebrated for facilitating economic integration, this openness also raised concerns about controlling ›undesirable‹ movements, particularly irregular migration, organised crime, and smuggling. For the first time, irregular migration was formally framed as a security issue, criminalised it within EU policy, and linked to broader threats such as terrorism and transnational crime (cf. Longo 2002; Ceccorulli 2019).

¹ | This paper is part of a broader research project conducted in collaboration with Borderline Sicilia, Borderline Europe, Equal Rights, Flüchtlingsrat Berlin, and Sea-Watch, culminating in a report that denounces the practices implemented in Italy, Malta, and Germany during the relocation mechanism (see Borderline Sicilia et al. 2021).

Through this securitisation, migration became seen not only as a logistical challenge but as a fundamental threat to public order, embedding a criminalising perception of migrants and asylum seekers into EU governance (see Walters 2002). The Common European Asylum System emerged as an attempt to uniform EU national legislations to control the entrance within the open area of Schengen. For instance, the Dublin Regulation determines which EU member state is responsible for processing an asylum application submitted by an individual seeking international protection. While it provides for a specific hierarchy of responsibility—including family reunification—in most cases, the country of first entry typically becomes responsible for processing the asylum claim (see Brekke/Brochmann 2015; Høglund 2017). This measure prevents ›secondary movements‹ —that is, it stops asylum seekers from re-locating between different EU countries, to avoid multiple asylum application or in pursuit of better welfare provisions.

To control movements within the Schengen area, a new framework for managing migration emerged, characterised by a series of spatial and institutional innovations (see Altenried 2017). These include biometric controls (cf. Scheel 2018), data-driven border management systems like the Schengen Information System and Eurodac, a network of camps and processing centres distributed across and beyond EU borders. The biometric surveillance permits the implementation of the Dublin regulation by tracking migrants crossing into different EU member states through control checkpoints situated at the internal borders of the EU (see Pollozek/Passoth 2019). This proliferation of borders, described by Mezzadra and Neilson (2013), illustrates the extent to which asylum and migration policies are refined mechanisms of mobility containment.

The asylum system also depends on an intricate bureaucratic framework of permits, legal categories, and administrative processes that control migrants' movements and rights.² It is increasingly externalising EU borders by shifting asylum procedures to peripheral regions and neighbouring states (see Casas-Cortes et al. 2017), while simultaneously forging agreements with authoritarian third countries to intercept and deter irregular migration (see Heck/Hess 2017; Vari 2020; Natter 2023).

These developments align with what has been termed the ›logistification‹ of migration—a conceptual shift in which migration management increasingly adopts the principles and the language of logistics (see Vianelli 2017; Altenried et al. 2018; Bojadžijev 2021). In the past 25 years, as migration governance became a priority for EU states, terms such as ›hotspots‹, ›hubs‹, and ›corridors‹ began to dominate the

2 | see Bojadžijev/Karakayalı 2007; Squire 2009; Andersson 2016; Tazzioli 2020; Picozza 2021; De Genova et al. 2021.

discourse, reflecting the adoption of logistical strategies initially developed for the management of goods (see Altenried et al. 2018). Logistics thus became a tool for regulating the movement of people, transforming migrants into units of circulation to be managed, controlled, and directed (see Vianelli 2022).

This framework draws from the historical roots of logistics, as Grappi (2016) explains, originating in military strategy where it focused on the efficient deployment of troops and resources. In the context of modern global capitalism, logistics evolved into a system for ensuring the seamless movement of goods across space.

De Landa (2006) notes that while logistics originally adapted to pre-existing strategies, this relationship has reversed in recent decades. Today, strategies, organisational structures, and transportation systems are increasingly driven by logistical considerations. This reversal is evident in migration management, where logistical concerns shape the strategies, policies, and infrastructures governing human mobility.

The shift from capitalistic logistics to migration management is a matter of emphasis: with globalisation, logistics has become »the art of constructing a seamless administration of circulation across space« (Krifors 2020: 3), and this emphasis on circulation has enabled the transition from managing goods to managing bodies—especially the undesired ones.

Migration management adopts this logic, applying it to regulate the movement of bodies deemed ›undesirable‹. Migrants, much like goods, are contained, categorised, and redirected through infrastructures that both isolate them and exploit their labour. In this sense, logistics serve as a contemporary tool for transforming migration into a controlled and economically productive process. This phenomenon is what has been defined as »differential inclusion« (see Mezzadra & Neilson, 2013) or the »ex/inclusion paradigm« (see De Genova 2013), where exclusion from social and legal rights paradoxically facilitates inclusion within illegal or marginal forms of labour.

At the heart of this system there is a »migration infrastructure« —a network of actors, institutions, and technologies that work together to manage asylum and migration (see Xiang/Lindquist 2014). This infrastructure includes state bureaucracies, international humanitarian organisations, private companies, and migrants themselves, all interconnected through logistical processes. Camps and migration centres serve as hubs within this network, functioning as nodes where regulatory, commercial, and labour systems intersect. Paradoxically, these centres are both invisible—due to their geographic isolation—and hyper-visible, as they are sites of intensive surveillance and control.

Reception centres for asylum seekers, in particular, epitomise the dual role of isolation and inclusion. Located at the peripheries of urban areas or near external EU

borders, they physically separate migrants from mainstream society while integrating them into specific economic systems as a source of cheap, precarious labour (cf. Platania 2021). Thus, camps operate as logistical nodes, funnelling migrants into economic circuits while maintaining tight control over their movements.

The logistification of migration management reveals the EU's dual priorities: maintaining control over mobility while extracting economic value from migrants. Through its logistical framework, migration management transforms camps and borders into mechanisms of control, surveillance, and economic exploitation, highlighting the entanglement of security, economy, and governance in the contemporary asylum regime.

This, however, does not suggest that the migration regime entirely strips asylum seekers of their agency. While asylum policies have often been utilised to channel migration into narrowly defined legal categories, migrants themselves have appropriated these frameworks, using asylum as a pathway to gain entry into the EU (see De Genova/Garelli/Tazzioli 2018). Furthermore, since the turn of the century, self-organised migrant movements and pro-migrant advocacy groups have flourished, transforming migration into a highly contentious and politically charged issue (see Della Porta 2018a; 2018b; Ataç/Steinhilper 2022). The increasingly restrictive policies and the reinforcement of internal border controls stem from the persistent efforts of migrants to cross borders, often employing strategies to evade interception

THE HOTSPOT APPROACH

A key spatial device in this framework is the hotspot approach, first implemented in southern Italy and on some Greek islands, it functions as border-buffer zone, containing migration at the external borders. Hotspots serve as sites for initial identification and screening, where migrants are catalogued into a unified dataset (see Bousiou/Papada 2020). These hotspots thus act as central hubs for the registration process, facilitating the creation of comprehensive data on migrants.

The hotspot approach marks a significant turning point in the logistification of migration management in the European Union, reflecting the reduction of migrants to objects of bureaucratic and logistical control. Introduced by the European Commission in 2015, the hotspot system was initially framed as a flexible emergency mechanism designed to manage crises by containing and identifying large numbers of people. Even though the alleged ›migration crises‹ of 2011 and 2015 were largely the results of EU divestment of reception facilities (see Holmes/Castañeda 2016) and the failure of agreements with neighbouring countries (see Hess/Kasperek 2017), EU

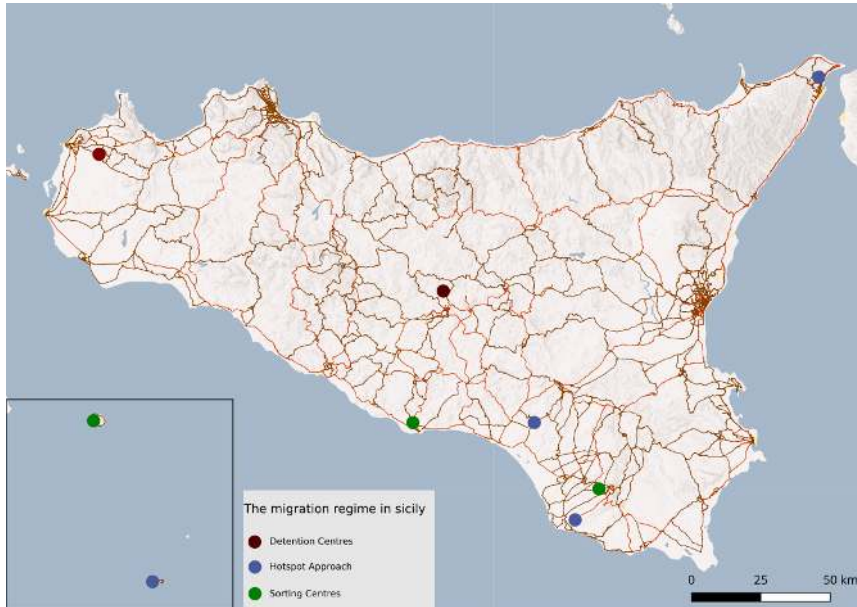


Figure 1: The multiplication of hotspots in Sicily. My work.

leaders responded to the influx of people with the implementation a series of security measures that established a system for processing asylum applications and gathering biometric data—all primarily aimed at enforcing the Dublin Regulation.

The hotspot system operates with a high degree of discretion, as it does not officially specify the facilities involved nor the agencies responsible (see Kasperek 2016). The intended adaptability of the approach has revealed deeper issues tied to exclusion, exploitation, and the erosion of migrants' rights.

At its core, the hotspot system introduces a European-wide data infrastructure that registers individuals and shares information across multiple authorities (see Hess/Kasperek 2017; Scheel 2019; Pollozek/Passoth 2019). This infrastructure simultaneously divides migrants into distinct legal categories, such as asylum seekers, persons from ›safe third countries‹, individuals subject to relocation, or those earmarked for deportation (see Garelli/Tazzioli 2016; De Genova 2017). These categories determine access to services and rights, creating stark hierarchies between migrants. Hotspots function also as tools of mobility control, using both legal frameworks and localised rules to restrict movement. Situated predominantly in remote and rural areas, they further isolate migrants, effectively excluding them from participation in civil society while channelling their labour into exploitative sectors, such as

agriculture in southern Italy (see Perrotta 2014; Howard/Forin 2019; Meret/Aguiari 2020). Thereby, they are producing differential inclusion.

Hotspots are not static physical locations but rather dynamic nodes within a broader logistical system, operating as high-intensity circulatory hubs where regulated and autonomous mobilities intersect (see Tazzioli 2018). Decentralised and over-regulated, they function as peripheral zones of control, removed from urban centres and shielded from public scrutiny (see Platania 2021). In Italy, for example, hotspots have been concentrated in Sicily, at the southernmost border of the EU, with facilities in Lampedusa, Messina, Pozzallo, and Trapani. While initially designed for identification and containment, their roles have expanded, with newer facilities emerging in locations like Pantelleria and Agrigento to handle increased arrivals and facilitate redistribution. These centres can be activated and deactivated seamlessly, akin to a water tap, depending on the volume of arrivals and the logistical priorities of the moment. This operational fluidity reflects a conception of migration as a controllable and episodic phenomenon rather than a structural reality.

Hotspots, therefore, have become emblematic of the EU's logistical approach to migration. They are not merely administrative tools but have evolved into warehouses for commodified bodies, where migrants are sorted, catalogued, and redirected according to a taxonomy based on ethnic and racial categories as much as bureaucratic and economic imperatives. By prioritising control and efficiency over humanitarian considerations, the hotspot approach perpetuates structural inequalities and reinforces the EU's role in sustaining a migration regime that is both exploitative and exclusionary.

THE AD-HOC RELOCATION

In the summer of 2018, Matteo Salvini, Italy's Minister of the Interior and leader of the far-right party *La Lega*, announced that Italian ports would be closed to migrant disembarkations. This statement was part of his broader political campaign against ›irregular‹ migration, which he framed as a crisis that threatened Italy's sovereignty. Salvini's rhetoric, emphasising slogans like »stop the invasion« and »Italians first«, was designed to capitalize on growing fears of migration (see Stille 2018).

While the 2018 and 2019 period saw a decrease in arrivals, Salvini's ›closed-port‹ policy was never fully implemented. In reality, the reduction in migrant numbers was largely the result of agreements made by his predecessor, Marco Minniti, with the Libyan government, which had begun to take effect before Salvini assumed office. These agreements, aimed at curbing departures from Libya, were key in reducing

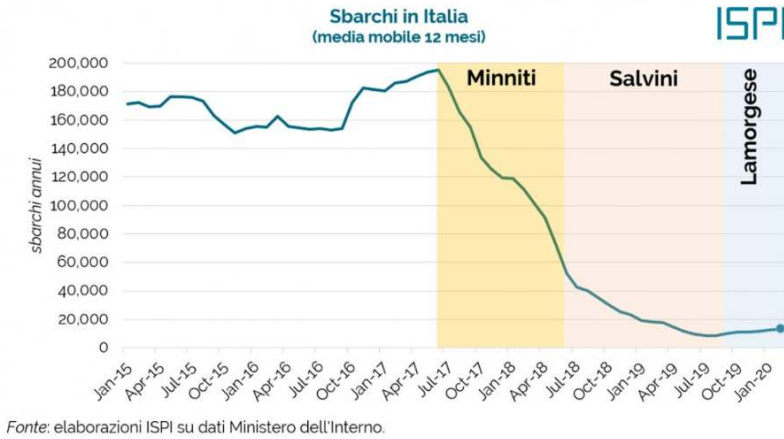


Figure 2: Number of disembarkation in Italy. January 2015 to June 2020. Source: ISPI 2020a

migrant flows, but Salvini appropriated their success to promote his hardline stance on migration.

This decrease led to a reduction in media coverage of the arrivals, as the focus shifted to the role of NGOs in Mediterranean rescue operations. Salvini remained committed to his promise of ›zero disembarkations‹ by systematically denying entry to Italian ports for NGO rescue vessels, forcing them to remain stranded at sea for prolonged periods before being assigned a port for disembarkation.

A crucial part of Salvini's strategy involved his desire to undermine the Dublin Regulation, which mandates that asylum seekers must apply for asylum in the first EU country they enter, pressuring southern EU member states. This regulation has long created tension between EU member states, particularly between the southern states and the northern states. Salvini's political manoeuvring aimed to use the media spectacle of stranded rescue ships to pressure other EU states into either accepting migrants for relocation or providing a port for disembarkation (Il Post 2019).

The first major ›sea crisis‹ occurred in August 2018 when the *Aquarius*, a rescue vessel, was denied entry to Lampedusa and left stranded at sea for over a week. This stand-off sparked negotiations between EU member states, resulting in the vessel being allowed to dock in Spain. According to the *Istituto Per gli Studi di Politica Internazionale* (ISPI), this event marked the beginning of a series of 25 similar crises, during which rescue ships were forced to wait for extended periods—averaging nine days—before a port was assigned, depending on informal agreements between EU countries about relocation quotas (see ISPI 2020a; 2020b).

These maritime stand-offs persisted even after a change in government in Italy, from Salvini's right-wing coalition to a more left-leaning administration—under the new interior minister Luciana Lamorgese. The new government ratified the Malta Agreements in September 2019, which established a temporary solidarity mechanism between several EU countries for the relocation of migrants arriving via rescue operations. The Malta Agreement aimed to streamline relocation procedures, introducing a six-month pilot project to facilitate faster, voluntary relocations. However, it continued the trend of using SAR (Search and Rescue) vessels as the primary means for relocation, a process that remained highly selective, as only 9 percent of arrivals disembark from one of the civil fleet vessel, according to ISPI (cf. ISPI 2019).

The signing of the Malta Agreements by a more pro-EU political force, such as the *Partito Democratico*—echoing the approach taken with the Memorandum with Libya—underscores the European Commission's ongoing efforts to reform the CEAS. This reform trajectory signifies a shift towards more restrictive migration policies, driven by the rising anti-migration sentiment within EU public opinion. In an attempt to counter the growing influence of far-right parties, mainstream political forces increasingly adopted hardline stances, embedding restrictive practices into both national and EU migration policies.

Salvini's assertive approach served as a catalyst in this process, pressuring the European Commission and northern EU member states—traditionally reluctant to support comprehensive CEAS reform—to address migration challenges with greater urgency and decisiveness. Consequently, the temporary relocation mechanism had significant political and operational impacts on the development of the New Migration Pact, functioning as a testing ground for the broader CEAS reform framework

THE MESSINA MODEL

The Messina hotspot, located at the former *Caserma Visconti* military barrack, is situated on the outskirts of the city, near the highway, about a 30-minute walk uphill from down-town. The centre is made up of two large hangars separated by a fence, with shipping container housing units surrounding them, each holding up to four people. These two sections of the centre operate independently: the first is a *Centro Accoglienza Straordinario* (CAS), a standard reception centre, and the second is the so-called hotspot, accessible only after passing through a guarded gate. Upon entering the hotspot, a tensile structure leads into the main hangar, where initial medical checks are performed.

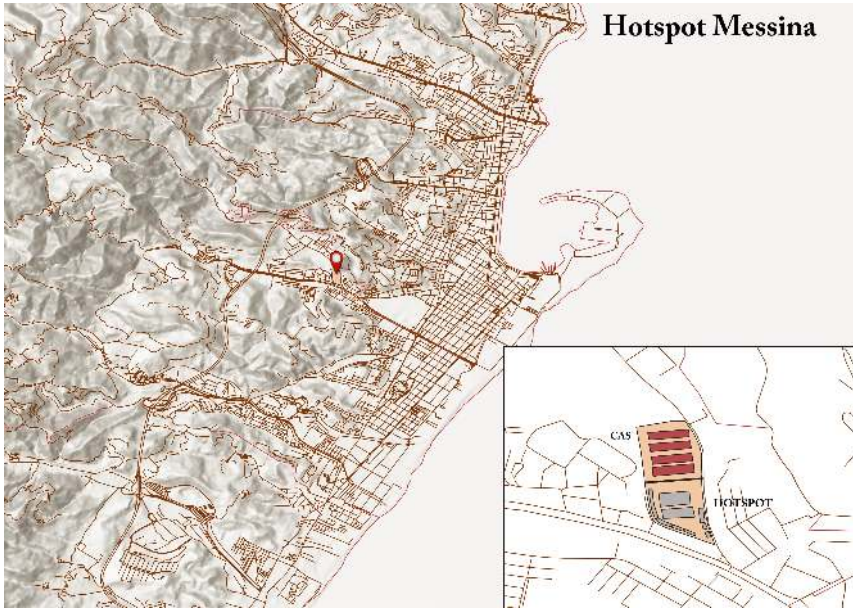


Figure 3: The Hostpot of Messina. My work.

During my fieldwork, I was never authorised to enter within the premises of the hotspot. Most of the conversations and interviews have been conducted outside the perimeter of the facility, in an adjacent square. At the beginning of the relocation process, I met F., a man who had been rescued by an NGO SAR vessel after spending more than eight days stranded at sea. F. was awaiting relocation, and he was eager to speak because, since his arrival, he had not met anyone who could communicate with him in a language he understood, even a colonial *lingua franca*. He shared his dissatisfaction with the conditions in the camp. Despite having been there for months, he was still living within the hotspot. Only after six months would he be moved to the other side of the fence, to the CAS.

Inside the hotspot, F. explained that all individuals from various SAR disembarkations were placed together in the main hangar, with no special attention given to vulnerable individuals, such as minors. The space was overcrowded, with more than 70 mattresses on the floor, and lacked basic privacy, sanitation, and necessities such as soap and detergent for washing clothes. In addition, residents were required to return to the facility by 8 pm, while those in the CAS had until 10 pm. F. often found himself sleeping outside the hotspot when he returned after curfew.

The greatest frustration, however, stemmed from the uncertainty of his situation. F. told me:

»Every week I ask, and they say wait, wait, wait. . . I went to the police, gave my information, and they told me to wait. . . I'm tired of waiting. They said France has to take me, but I don't know when. One year I've been here, and others are getting their permits, but not me.« (F. August 2018)

The uncertainty about his future wore him down. The lack of information and the permanent waiting is typical of the asylum system. Dempsey (2018) defines wait as non-linear violence, showing to what extent it can trigger psychological trauma, especially in already vulnerable individuals.

As I continued my visits to the hotspot, I met E., a Cameroonian man who had also been rescued by an SAR vessel and was waiting for relocation. E. had been promised relocation to Germany, but many others, who were supposed to be relocated to France, had already left, while he was still waiting to be interviewed by the German delegation. He introduced me to others in the camp, including a woman with a young child who had not received medical care since disembarking, and an adult male with scars from his time in Libya that had reopened due to a lack of treatment.

According to them, the operators of the camp denied basic medical interventions as they were not asylum seekers registered in Italy. They kept repeating the same mantra: »Germany will take care of you once you're relocated«, but no one knew when that would happen. According to E., the only way to get anything done was to protest. He told me that, to receive even basic painkillers, he had to argue and shout at the operators. Only when tensions escalated would the staff finally meet their requests.

As Ambrosini and Campomori note the hotspot becomes a »battleground« (2020) where asylum seekers must struggle their basic needs with authorities. Requests for soap, medical treatment, or updates on asylum status are often met with frustration and delay. The lack of information, combined with harsh living conditions, fosters unrest. Protests and riots are common in such reception systems.

Meanwhile, the reception system itself is framed in logistical terms. The European Asylum Support Office (EASO) has highlighted Messina as the ideal location for relocation logistics, despite frequent reports of inhumane conditions. According to EASO documents, the so-called »Messina model« was introduced as a streamlined relocation procedure (see EASO 2019a). The model combines the reception centre with the hotspot, allowing all relocation operations to occur in the same facility, eliminating the need to transfer people elsewhere. While the relocation process was

initially promised to take no more than four weeks (see EASO 2019b), many individuals waited for over a year and a half before being relocated.

The integration of the CAS and hotspot into a single management structure reduced operational costs by 18 percent. However, the private company that runs the facility, Badia Grande, has faced numerous criticisms for the treatment of migrants and the poor conditions at its other reception facilities in Sicily (Alqamah 2020). The logistical efficiency achieved by consolidating services and agencies allows for tighter control over the people housed there. Individuals are moved between sections of the facility depending on the system's needs, with all procedures—interviews, medical checks, and relocations—conducted within the same centre.

Messina has effectively become the central hub for the relocation process, with all relevant agencies and delegations from other EU member states operating on-site. While the aim is to streamline operations and reduce costs, the reality for many residents is one of prolonged uncertainty and deprivation, with basic needs often going unmet. The system prioritises efficiency and control over the well-being of those it is meant to serve, and the conditions at the hotspot reveal the tension between logistical management and human dignity.

THE CARA IN CROTONE

As disembarkations continued and not all people had been relocated, some were moved to Crotone, awaiting transfer, as the centre in Messina was nearing full capacity. The Sant'Anna CARA [*Centro Accoglienza Richiedenti Asilo*/Reception Centre for Asylum Seeker] in Isola Capo Rizzuto, sometimes referred to as the CARA of Crotone (due to the proximity of the larger city), is a vast reception centre for asylum seekers exemplifying the exclusionary logic inherent in migration management and demonstrates how the location of such centres is chosen primarily for logistical convenience.

I decided to go to Crotone to visit some of the people that I had met in Messina. When I arrived, I realised the centre was actually not in Crotone, but in a remote area, surrounded by agricultural fields and an airport, with Isola Capo Rizzuto located nearly 6 km away and Crotone about 16 km further. The camp's isolation is evident when driving toward it, where it is common to see asylum seekers walking or cycling along the high-speed road connecting the centre to the urban areas. Public transportation offers limited options: to reach Crotone, one must first travel to Isola, then take a bus from there. The bus service provided by the camp itself is often out of service and left parked within the camp's premises. As a result, the only potential

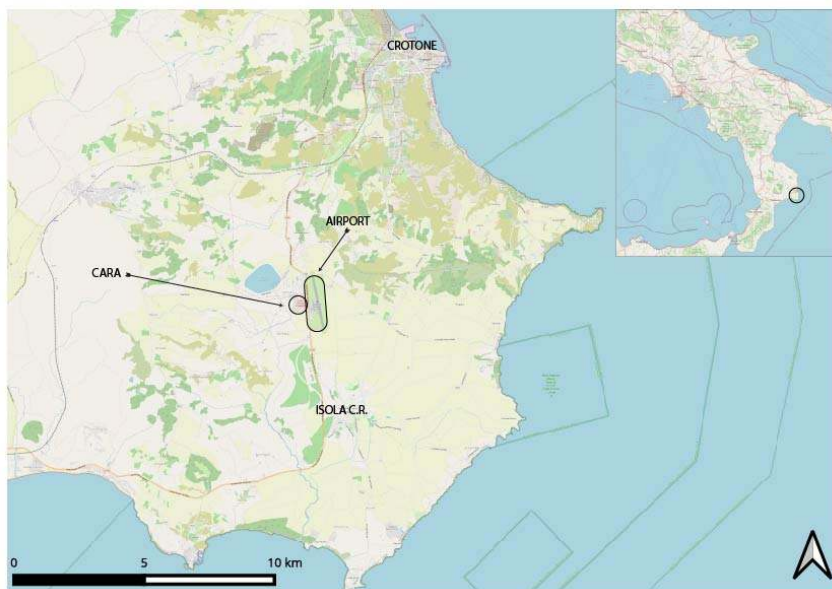


Figure 4: The C.A.R. of Crotone and its logistic geography. My work.

work opportunities are in the surrounding fields, where asylum seekers are often exploited due to their precarious status (Della Puppa/Sanò 2021; Meret/Aguiari 2020).

The C.A.R. is a sprawling complex, including housing, facilities, and shipping containers, capable of accommodating over 2,000 people. Once the largest camp in Italy, it was eventually overtaken by the C.A.R. in Mineo. Over the years, the centre has attracted numerous criticisms and lawsuits for its degrading conditions. In 2017, 68 individuals linked to the camp were arrested for mafia affiliation, having infiltrated various services within the asylum system, such as canteens and cleaning services.

It was just before the first lockdown in March 2020 when E. and several others awaiting relocation to Germany were transferred to Crotone from Messina. Having been in Italy for at least six months, they saw the move as a positive sign, especially because of the proximity to the airport, which they could see from the camp. However, even in Crotone, no new information was provided, and the indefinite wait continued to frustrate asylum seekers. E. shared his experience:

»I finished everything. Germany accepted me, gave me everything, and said they would come to take me to Germany... but Germany never

came. They kept saying: ›Tomorrow, next month, next month, next month‹ again and again». (E. February 2020)

During my visits, I saw many residents leave the camp just before curfew, which was set at 10 p.m. and E. explained that since they could not return after curfew, many would go to Isola to drink something and sleep in the surrounding bushes. The camp itself was heavily guarded. On one occasion, I was asked to bring bags of clothes from the local Caritas office. E. and the others were nervous about bringing the clothes back into the camp, as everything would be thoroughly checked. After confirming that the bags contained nothing that could cause trouble, the guards allowed them to enter. It took over half an hour for them to pass through the security checks and clear the guards.

W., a Nigerian woman who was relocated to Germany in the summer of 2020, called me after her asylum application was rejected in Germany. Reflecting on her time in Crotone, she said:

»Crotone is like a prison. It's like a prison because you don't have the freedom to do what you want to do. They don't allow you to cook, they don't give you money. They give you just a key. It's one key, and they'll ask you to buy something from the canteen—Pepsi, biscuits, baby food. You can't even buy a card to call your family.« (W. January 2021)

The key she referred to was an electronic device where pocket money was loaded, forcing residents to buy from the camp's vending machines or small shops. This setup ensured that the money given to asylum seekers cycled back to the organisation running the camp. W. continued her account of life in Crotone:

»When I was in Crotone, I had a problem with my eyes. I walked to the hospital to complain, to ask for eye drops. They didn't give them to me. They told me to come back the next day for the eye drops. I kept asking them, ›Why can't I just take the eye drops home?‹.« (W. January 2021)

She also described the poor quality of the food and the lack of communication with her family, which was exacerbated by the camp's policies.

»The food they give us sometimes isn't even good. When you enter the gate, they search you, they don't want you to cook for yourself. You can't even buy a phone card to call your family. Our families are complaining that they don't hear from us, but there's nothing we can do about it. We went to the office to complain, asking them to buy cards for us, but they said they couldn't do it.« (W. January 2021)

W.'s account highlights the poor standards of the camp: inadequate medical care, sub-standard food, no Wi-Fi, implying the inability to communicate with family members. These conditions reflect the extent to which the reception system has become a form of detention, where people are trapped by a series of regulations.

THE REDISTRIBUTION PROCEDURE

The European Asylum Support Office (EASO) has outlined standard operating procedures (SOP) for relocation, which are divided into three main phases, plus a fourth phase—the transfer itself (see EASO 2019b). The first phase consists of standard procedures typically implemented in hotspots, regardless of the type of disembarkation. This includes individual identification followed by a health check. Afterward, a list of individuals to be relocated is compiled and shared with states willing to accept a portion of those from the disembarkation.

The second phase is specifically tailored to the relocation process itself. It involves an individual assessment conducted by EASO, which includes evaluating criteria such as vulnerability, familial ties, and cultural connections. After this interview, individuals are matched with a specific country based on unspecified ›indications‹ from the relocation countries. These countries may optionally conduct a follow-up interview with the asylum seekers. This phase highlights the opacity and arbitrariness of the relocation process. By comparing Germany and France, two of the countries accepting the largest number of relocated individuals, we can see how different countries have adopted divergent methodologies for processing relocation.

A., whom I met in Messina, shared his experience with me. Initially, he had been in Pozzallo, another Sicilian hotspot, where he was interviewed by a French delegation. He later discovered he had been rejected via a public list posted on the wall of the hotspot, containing the names of those accepted for relocation to France. No one had informed him about the reasons for his rejection or what would happen next. He asked me to investigate further, so I filed a FOIA (Freedom of Information Act) request through Borderline Sicilia to the Dublin Unit. The response stated that he was still in the process of relocation and was considered a ›European asylum seeker‹, a new terminology to indicate that no state had been assigned to him yet. A few months later, after all the other people from his disembarkation had already left for France, I filed another FOIA inquiry whether A. had been rejected. The response claimed that he had been denied due to the French delegation not believing his personal story.

The French delegation's rejection of A. seemed unrelated to the relocation process itself. According to the SOPs, the delegation's role is limited to performing security

checks, not assessing whether an individual might be eligible for international protection. Most of the people relocated to France during my fieldwork obtained their residence permits within the first week of their stay in French territory, often rejecting those who wouldn't be able to obtain documentation in Sicily itself. This case illustrates how the French delegation externalised asylum interviews to Sicily, effectively bypassing the asylum process in France for those who might not be granted protection.

Germany, on the other hand, adopted a different approach. Their interviews in Sicily were primarily *security checks*, without considering the possibility of asylum protection in Germany. Once relocated to Germany, individuals had to restart the entire asylum process, despite having already waited over a year for transfer. Through a FOIA request, in collaboration with Borderline-Europe and Sea Watch, we sought more information from the German government about the relocation procedure (see Drucksache 19/22370).

The document we received from the German government revealed that most of the people relocated to Germany came from ›third safe countries‹. For these individuals, a specific accelerated procedure was followed, which usually leads to a rejection within seven days (see Bosswick 2000). According to the FOIA response, only 31 out of 259 cases resulted in protection being granted by a court, meaning that 89 percent of the relocated individuals were ultimately rejected, receiving only a ›tolerated permit‹ (*Duldung*). This rejection rate aligns with the general rate of asylum rejections in Germany (see Eurostat 2019). However, it is noteworthy that individuals selected by the German delegation had little chance of obtaining protection in the first place.

E., who was eventually transferred to Germany, contacted me in January 2021 to inform me that his request for international protection had been rejected by the BAMF, the German authority responsible for granting asylum. His frustration was palpable: »They took us to deport us«, he told me bluntly. For him, seeing his friends from Messina successfully obtain asylum in France was especially frustrating. »If they knew in advance, why then take me?« (fieldnotes January 2021), he asked. His questions highlight a valid concern: Why select individuals from countries like Nigeria or Cameroon, whose chances of obtaining international protection are minimal, and where many are often deported? How do these practices align with the German government's claim that »priority was given to people from countries with a high protection rate« (cf. Drucksache 19/22370), as well as to individuals with family ties to Germany or those considered vulnerable, when 89 percent of these individuals are ultimately rejected?

E. now lives in Germany under a *Duldung* permit, which restricts his ability to work or move to another town within the country (see Fontanari 2022b; 2022a; Schütze

2023). He has shifted from being detained in Italian camps to being confined in a small German city, with no clear path to regularise his status. This situation exemplifies a dual strategy. On the one hand, Germany participated in the Malta Agreement, showing southern EU states its willingness to take responsibility within a broader EU framework for migration management. On the other hand, the underlying logic behind the delegation's decisions appears to be deportation.

This case highlights the logistical management of migration within the EU: redistribution based on a deportation logic. Migrants are registered, assessed, and evaluated, and then redistributed according to specific criteria. In this case, individuals with a higher likelihood of obtaining asylum were relocated to France, while those deemed ›economic migrants‹, and thus outside the victim-centred narrative of asylum, were sent to Germany to await rejection and deportation. This system underscores how asylum management has evolved into a logistical process that commodifies people, sorting them geographically and legally across different EU countries. Hotspots function as sites where EU member states can externalize asylum interviews before migrants even enter national territory, applying different procedures depending on the asylum seekers' nationality and likelihood of obtaining protection.

FROM THE RELOCATION PROCEDURE TO THE NEW EU MIGRATION PACT

The institutionalisation of the procedures from the ad hoc relocations under the regulations of the new EU Migration Pact marks a pivotal moment in the evolution of the EU's migration and asylum policies. Relocations are now formally integrated into the CEAS through the Asylum and Migration Management Regulation (cf. EU Commission 2024a), which introduces the Solidarity Mechanism. This mechanism, ostensibly designed to alleviate pressure on frontline Member States, builds on the 2018–2019 ad hoc relocation mechanism. It obliges EU Member States to share responsibility by relocating asylum seekers according to a predefined quota pool and specific national criteria.

However, unlike the earlier temporary relocation mechanism, the Solidarity Mechanism allows Member States to fulfil their obligations in alternative ways. Instead of relocating asylum seekers, states can provide logistical support for deportations under a system called ›return sponsorship‹. This approach enables Member States to assist in expediting the removal of migrants to third countries that have return agreements with the EU. If deportations are not completed within six months, relocation becomes

mandatory. This dual option shifts the focus from purely redistributing asylum seekers to enforcing stricter deportation measures.

This flexibility mirrors Germany's approach during the ad hoc relocation mechanisms, where it opted to relocate individuals only from designated safe third countries. In this way, this approach allowed Germany to externalise identification procedures at the external borders, pre-selecting individuals according to specific categories, while meeting its formal relocation quotas, showcasing ›solidarity‹ with southern Member States. The New Migration Pact exacerbates this process by allowing Germany to deport individuals directly from EU external border states to their countries of origin even when the EU member state involved—Italy, for example—does not have a formal readmission agreement with those countries, thereby bypassing established legal safeguards.

While the Solidarity Mechanism is framed as a collective effort to ease the burden on frontline states, in practice, it perpetuates the deterritorialisation of asylum. Migrants awaiting relocation will remain in southern hotspots, reinforcing the externalisation of border procedures. This shift aligns with the overarching strategy of the new EU Migration Pact, which emphasises control and efficiency at the expense of access to protection.

The Screening Regulation (cf. EU Commission 2024c) and the Asylum Procedures Regulation (cf. EU Commission 2024b) exacerbate this trend by transforming hotspots into extraterritorial zones. Centres located in places such as Lampedusa and Lesvos might be legally positioned outside the EU's borders and therefore beyond the scope of many legal protections. This is achieved through the legal construct of the ›fiction of non-entry‹, whereby migrants arriving at hotspots are not considered to have entered EU territory. This status defers the lodging of asylum requests until the identification procedures are complete and admissibility decisions have been made. Admissibility will hinge on factors such as the applicant's nationality, their likelihood of receiving protection based on recognition rates, and whether they transited through a designated ›safe third country‹.

The Commission asserts that asylum applications can be registered after the screening phase, but this framework creates significant obstacles for migrants seeking protection. The deferral of asylum processes limits migrants' ability to effectively present their cases, often leaving them without access to legal representation or avenues for appeal. This system risks increasing errors in asylum decisions, including wrongful deportations. Moreover, prolonged detention during the screening and border procedures, combined with the opacity of the process, heightens the vulnerability of those deemed inadmissible.

The normalisation of hotspots as extraterritorial zones fundamentally alters their role within the EU's migration framework. Campesi (2020) notes that hotspots are now institutionalised as standard components of the migration system, rebranded under terms like ›controlled centres‹ or ›transit zones‹. Officially responsible for identification, screening, and border procedures, these zones also facilitate the detention of so-called ›illegal‹ migrants. Positioned outside EU territory, these facilities limit the oversight necessary to prevent human rights violations or ensure procedural compliance.

Hotspots now function as logistical hubs, centralising asylum procedures while maintaining the quasi-detention status of migrants. Even after being accepted for relocation, migrants may still undergo asylum procedures within these facilities, as was observed during France's participation in the relocation scheme. This entrenches a system where the majority of asylum processing occurs at external borders, in hotspot centres nowadays within the EU, but that might be considered extraterritorial and thus outside the EU when the new EU Migration Pact will be operationalised.

In effect, the new EU Migration Pact transforms hotspots into multi-functional detention and processing centres. Migrants face prolonged stays in these zones, often without clarity about their status or future. The Pact, by institutionalising these practices, prioritizes securitisation and logistical efficiency over humanitarian considerations. This evolution underscores the extent to which migration policy has become a tool for border control, increasingly divorced from the principles of protection and solidarity that underpin international asylum law.

CONCLUSION

In 2024, after many years of negotiations, the reform of the CEAS through the EU Pact on Migration and Asylum has been formalised and ratified. The pact includes mechanisms such as the mandatory solidarity requirement, stronger border controls, fast-track asylum procedures, and partnerships with third countries. It primarily prioritises control, efficiency, and the externalisation of border procedures to the external border (both within and outside the EU) at the expense of fundamental human rights.

The implementation of this Pact is reflective of a broader trend within EU migration policies that began with the 1985 Schengen Agreements, where ›irregular migration‹ was first criminalised and framed as a security issue. This historical context has led to the evolution of a highly logistical framework for managing asylum seekers and migrants, with concepts such as hotspots, hubs, and corridors that reduce migrants to units within an administrative system.

The Malta Agreements, implemented in 2019, foreshadowed many elements of the New Migration Pact, indicating continuity in the EU's preference for operational efficiency over comprehensive protection of human rights. The empirical analysis of the temporary relocation mechanism, including the case studies of the Messina hotspot and the Crotona reception centre, illustrates the adverse impacts on migrants who face poor living conditions, prolonged uncertainty, and limited access to fundamental rights. The logistical emphasis on categorisation, containment, and efficiency often undermines the well-being of asylum seekers, revealing the limitations of an approach centred on control and regulation. The pilot project further reinforced a system that, while providing some redistribution, did not resolve the underlying tensions of the Dublin Regulation or adequately address the broader humanitarian needs of migrants.

The new EU Migration and Asylum Pact attempts to balance collective responsibility and enhance border security, but it underscores the inherent tension between logistical efficiency and the ethical obligation to uphold migrants' rights. By transforming hotspots into multi-functional detention and processing centres and institutionalising practices that prioritise control, surveillance, and return mechanisms, the Pact reveals a migration regime increasingly focused on managing migrants as logistical entities rather than individuals in need of protection. Furthermore, the redefinition of hotspots as extraterritorial zones through the Screening and Asylum Procedures Regulations illustrates the EU's increasing emphasis on externalising borders and deterring asylum claims.

For the EU to truly address the complexities of migration in a just and humane manner, it must reconsider the balance between security measures and the fundamental rights of individuals seeking asylum. The evolution of migration policy as a tool for border control undermines the principles of protection and solidarity that the EU has adopted as foundational values.

LITERATURE

- Alqamah (2020): Gli Inganni di Badia Grande, Alqamah of 09/09/2022. URL: alqamah.it [06.02.2025].
- Altenried, Moritz (2017): *Logistische Grenzlandschaften: Das Regime mobiler Arbeit nach dem Sommer der Migration*. Münster.
- Altenried, Moritz / Bojadžijev, Manuela / Höfler, Leif / Mezzadra, Sandro / Wallis, Mira (2018): *Logistical Borderscapes: Politics and Mediation of Mobile Labor in Germany after the »Summer of Migration«*. In: *South Atlantic Quarterly* 117 (2). 291–312.

- Andersson, Ruben (2016): Europe's Failed »Fight« against Irregular Migration: Ethnographic Notes on a Counterproductive Industry. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 42 (7). 1055–1075.
- Ataç, Ilker / Steinhilper, Elias (2022): Arenas of Fragile Alliance Making. Space and Interaction in Precarious Migrant Protest in Berlin and Vienna. In: *Social Movement Studies* 21 (1–2). 152–168.
- Bojadžijev, Manuela (2021): »The Spirit of Europe« Differential Migration, Labour and Logistification. In: Grappi, Giorgio (Ed.): *Migration and the Contested Politics of Justice: Europe and the Global Dimension*. London/New York.
- Bojadžijev, Manuela / Karakayalı, Serhat (2007): Autonomie Der Migration. 10 Thesen Zu Einer Methode. In: *TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe* (Ed.): *Turbulente Ränder*. Bielefeld, 203–210.
- Borderline Sicilia / Sea Watch / Borderline Europe / Flüchtlingsrat Berlin / Equal Rights (2021): EU Ad Hoc Relocation: A Lottery from the Sea to the Hotspots and Back to Unsafety. URL: eu-relocation-watch.info [06.02.2025].
- Bosswick, Wolfgang (2000): Development of Asylum Policy in Germany. In: *Journal of Refugee Studies* 13 (1). 43–60.
- Bousiou, Alexandra / Papada, Evie (2020): Introducing the EC Hotspot Approach: A Framing Analysis of EU's Most Authoritative Crisis Policy Response. In: *International Migration* 58. 139–152.
- Brekke, Jan-Pauk / Brochmann, Grete. (2015): Stuck in Transit: Secondary Migration of Asylum Seekers in Europe, National Differences, and the Dublin Regulation. In: *Journal of Refugee Studies* 28 (2). 145–62.
- Campesi, Giuseppe (2020): Normalizing the »Hotspot Approach«? An Analysis of the Commission's Most Recent Proposals. In: Carrera, Sergio / Curtin, Deirdre / Geddes, Andrew (Eds.): *20 Year Anniversary of the Tampere Programme: Europeanisation Dynamics of the EU Area of Freedom, Security and Justice*. European University Institute. Florence.
- Campomori, Francesca / Ambrosini, Maurizio (2020): Multilevel Governance in Trouble: The Implementation of Asylum Seekers' Reception in Italy as a Battleground. In: *Comparative Migration Studies* 8 (1). 1–22.
- Casas-Cortes, Maribel / Cobarrubias, Sebastian / Heller, Charles / Pezzani, Lorenzo (2017): Clashing Cartographies, Migrating Maps: Mapping and the Politics of Mobility at the External Borders of E.U.rope. In: *ACME: An International Journal for Critical Geographies* 16 (1). 1–33.
- Ceccorulli, Michela (2019): Back to Schengen: The Collective Securitisation of the EU Free-Border Area. In: *West European Politics* 42 (2). 302–322.
- De Genova, Nicholas (2013): Spectacles of Migrant »Illegality«: The Scene of Exclusion, the Obscene of Inclusion. In: *Ethnic and Racial Studies* 36 (7). 1180–1198.
- De Genova, Nicholas (Ed.) (2017): *The Borders of »Europe«: Autonomy of Migration, Tactics of Bordering*. Durham/London.
- De Genova, Nicholas / Garelli, Glenda / Tazzioli, Martina (2018): Autonomy of Asylum? In: *South Atlantic Quarterly* 117 (2). 239–265.

- De Landa, Manuel (2006): *A New Philosophy of Society: Assemblage Theory and Social Complexity*. London.
- Della Porta, Donatella (2018a): *Contentious Moves: Mobilising for Refugees' Rights*. In: Della Porta, Donatella (Ed.): *Solidarity Mobilizations in the »Refugee Crisis«: Contentious Moves*. Cham. 1–38.
- Della Porta, Donatella (Ed.) (2018b): *Solidarity Mobilizations in the »Refugee Crisis«: Contentious Moves*. Cham.
- Drucksache 19/22370: *Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn Gökyay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE*. URL: dserver.bundestag.de [06.02.2025]
- EASO (2019a): *Note on the »Messina Model« Applied in the Context of Ad Hoc Relocation Arrangements Following Disembarkation*. URL: reliefweb.int [06.02.2025].
- EASO (2019b): *Standard Operating Procedures for Ad-Hoc Relocation Exercises*. URL: inlimine.asgi.it [06.02.2025].
- EU Commission (2024a): *Regulation (EU) 2024/1351. Asylum and Migration Management Regulation*.
- EU Commission (2024b): *Regulation (EU) 2024/1348. Asylum Procedure Regulation*.
- EU Commission (2024c): *Regulation (EU) 2024/1356. Screening Regulation*.
- Eurostat (2019): *Asylum Decisions in the EU*. URL: ec.europa.eu [06.02.2025].
- Fondebrider, Luis (2015): *Forensic Anthropology and the Investigation of Political Violence: Lessons Learned from Latin America and the Balkans*. In: Ferrándiz, Francisco J. / Robben, Antonius C. G. M. (Eds.): *Necropolitics: Mass Graves and Exhumations in the Age of Human Rights*. Philadelphia. 41–52.
- Fontanari, Elena (2022a): *Germany, Year 2020. The Tension between Asylum Right, Border Control, and Economy, through the Imperative of Deservingness*. In: *Migration Studies* 10 (4). 766–788.
- Fontanari, Elena (2022b): *The Neoliberal Asylum. The Ausbildungsduldung in Germany: Rejected Asylum-Seekers Put to Work between Control and Integration*. In: *Sociologica* 16(02). 117–147.
- Garelli, Glenda / Tazzioli, Martina (2016): *The EU Hotspot Approach at Lampedusa*. Open Democracy of 26 February 2016. URL: opendemocracy.net [21.02.2025].
- Grappi, Giorgio (2016): *Logistica. Fondamenti*. Roma.
- Heck, Gerda / Hess, Sabine (2017): *Tracing the Effects of the EU-Turkey Deal*. In: *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 3 (2). 35–56.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (2017): *Under Control? Or Border (as) Conflict: Reflections on the European Border Regime*. In: *Social Inclusion* 5 (3). 58–68.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Kron, Stefanie / Rodatz, Mathias / Schwertl, Maria / Sontowski, Simon (2017): *Der lange Sommer der Migration*. Berlin/Hamburg.
- Høglund, Andreas (2017): *The Implementation of the Dublin Regulations in Greece, Italy and Spain*. Bergen.
- Holmes, Seth M. / Castañeda, Heide (2016): *Representing the »European Refugee Crisis« in Germany and Beyond: Deservingness and Difference, Life and Death*. In: *American Ethnologist* 43 (1). 12–24.

- Howard, Neil / Forin, Roberto (2019): Migrant Workers, »Modern Slavery« and the Politics of Representation in Italian Tomato Production. In: *Economy and Society* 48 (4). 579–601.
- Il Post (2019): I ricollocamenti dei migranti caso per caso non funzionano. Il Post of 05.07.19 URL: ilpost.it [06.02.2025].
- ISPI (2019): Migranti e Ue: cosa serve sapere sul vertice di Malta. ISPI of 20.09.2019. URL: ispionline.it [06.02.2025].
- ISPI (2020a): Migrazioni in Italia: tutti i numeri. ISPI of 21.01.2020. URL: ispionline.it [06.02.2025].
- ISPI (2020b): Migrazioni nel Mediterraneo: tutti i numeri. Text. ISPI of 21.01.2020. URL: ispionline.it [06.02.2025].
- Juris, Jeffrey S. (2007): Practicing Militant Ethnography with the Movement for Global Resistance in Barcelona. In: Shukaitis Stephen / Graeber David (Eds.): *Constituent Imagination* 13. Oakland/Edinburgh. 164–176.
- Kasperek, Bernd (2016): Routes, Corridors, and Spaces of Exception: Governing Migration and Europe. In: *Near Futures Online* 1 (1), »Europe at a Crossroads«.
- Krifors, Karin (2020): Logistics of Migrant Labour: Rethinking How Workers »Fit« Transnational Economies. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 47 (1). 1–18.
- Longo, di Francesca (2002): Identità, sicurezza, frontiere. I paradigmi della lotta alla criminalità organizzata nell'Unione Europea. In: *Meridiana* 43. 135–158.
- Meret, Susi / Aguiari, Irina (2020): Turning Migrants into Slaves: Labor Exploitation and Caporalato Practices in the Italian Agricultural Sector. In: Heinsen Johan / Jørgensen Martin Bak / Jørgensen Martin Ottovay (Eds.): *Coercive Geographies: Historicizing Mobility, Labor and Confinement*. Leiden. 102–123.
- Mezzadra, Sandro (2017): Digital Mobility, Logistics, and the Politics of Migration. In: *Spheres: Journal for Digital Cultures*. 1–4.
- Mezzadra, Sandro / Neilson, Brett (2013): *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Durham.
- Natter, Katharina (2023): What the EU-Tunisia Deal Reveals over Europe's Migration Cooperation. In: *Verfassungsblog* of 05.09.2023. URL: hdl.handle.net [24.02.2025].
- Pels, Peter (1997): The Anthropology of Colonialism: Culture, History, and the Emergence of Western Governmentality. In: *Annual Review of Anthropology* 26. 163–183.
- Pels, Peter / Salemink, Oscar (1994): Introduction: Five Theses on Ethnography as Colonial Practice. In: *History and Anthropology* 8 (1–4). 1–34.
- Perrotta, Domenico (2014): Ben Oltre Lo Sfruttamento: Lavorare Da Migranti in Agricoltura. In: *Il Mulino*. 63 (1). 29–37.
- Picozza, Fiorenza (2021): *The Coloniality of Asylum: Mobility, Autonomy and Solidarity in the Wake of Europe's Refugee Crisis*. Lanham.
- Platania, Giuseppe (2021): Asylum Seekers' Exploitation and Resistance. Evidence from Sicily. In: Reich, Hannah / Di Rosa, Roberta T. (Eds.): *Newcomers as Agents for Social Change: Learning from the Italian Experience: A Recourse Book for Social Work and Social Work Education in the Field of Migration*. Milano.

- Pollozek, Silvan / Passoth, Jan Hendrik (2019): Infrastructuring European Migration and Border Control: The Logistics of Registration and Identification at Moria Hotspot. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 37 (4). 606–624.
- Scheel, Stephan (2018): Real Fake? Appropriating Mobility via Schengen Visa in the Context of Biometric Border Controls. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 44 (16). 2747–2763.
- Scheel, Stephan (2019): *Autonomy of Migration?: Appropriating Mobility within Biometric Border Regimes*. Abingdon, Oxon/New York.
- Scheper-Hughes, Nancy (1995): The Primacy of the Ethical: Propositions for a Militant Anthropology. In: *Current Anthropology* 36 (3). 409–440.
- Schütze, Theresa (2023): The (Non-)Status of »Duldung«: Non-Deportability in Germany and the Politics of Limitless Temporariness. In: *Journal of Refugee Studies* 36 (3). 409–429.
- Squire, Vicki (2009): *The Exclusionary Politics of Asylum*. London.
- Stille, Alexander (2018): How Matteo Salvini Pulled Italy to the Far Right. *The Guardian* of 09.08.2018. URL: [theguardian.com](https://www.theguardian.com) [06.02.2025].
- Tazzioli, Martina (2018): Containment through Mobility: Migrants' Spatial Disobediences and the Reshaping of Control through the Hotspot System. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 44 (16). 2764–2779.
- Tazzioli, Martina (2020): Governing Migrant Mobility through Mobility: Containment and Dispersal at the Internal Frontiers of Europe. In: *Environment and Planning C: Politics and Space* 38 (1). 3–19.
- Vari, Elisa (2020): Italy-Libya Memorandum of Understanding Italy's International Obligations. In: *Hastings International and Comparative Law Review* 43 (1). 105–134.
- Vianelli, Lorenzo (2017): *Governing Asylum Seekers: Logistics, Differentiation, and Failure in the European Union's Reception Regime*. Warwick.
- Vianelli, Lorenzo (2022): Warehousing Asylum Seekers: The Logistification of Reception. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 40 (1). 41–59.
- Walters, William (2002): Mapping Schengenland: Denaturalizing the Border. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 20 (5). 561–580.
- Xiang, Biao / Lindquist, Johan (2014): Migration Infrastructure. In: *International Migration Review* 48 (S1). S122–S148.

Forschungswerkstatt

Pockets of Togetherness – Tales Of Resistance

Stories of Resisting the Hostile Environment through Creativity, Togetherness and Care

REBEKKA HÖLZLE

Abstract: Over the last few decades, the UK has implemented an increasingly strict and inhumane immigration system aimed at creating a *Hostile Environment* for those deemed illegal or undeserving migrants. This creative piece consists of a selection of texts and artwork co-created by a group of migrant women activists from London over a residential weekend of creative research workshops in August 2023. The women reflect on their experiences with the *slow violence* and *everyday bordering* of the Hostile Environment, specifically the *no recourse to public funds* (NRPF) policy. At the same time, the contributions highlight the power of collective resistance, solidarity, and community building through story-telling and co-creative practices. (*This work is part of an ongoing research project by the author as part of her PhD studies.*)

Keywords: UK hostile environment, no recourse to public funds (NRPF), migrant women's resistance, creative storytelling, participatory methodology

This contribution comprises a selection of texts and artwork from a series of co-creative workshops with a group of migrant women¹ activists, as part of a residential trip to Dorset, UK in the summer of 2023. The storytellers and artists contributing to this project are a diverse group of migrants from London; most of them had already known each other for several years through being active community leaders and members of the former South London Refugee Association's Women Group who were a project partner for this collaborative research project. The collaborators and

¹ I define ›women‹ in this text as anyone who self-identifies as a woman or female, regardless of ascribed biological sex. This definition implies shared, albeit intersectionally differentiated experiences of patriarchal oppression. The South London Refugee Association's Women Group has been open to anyone self-identifying with this description and wishing to interact in a welcoming ›women-only‹ space, inclusive of trans or non-binary people.



Image 1: Group picture with the collaborators of the project. ©Rebekka Hölzle

storytellers of this project were (in alphabetical order): Agnes, Amanda, Fahmida, Faiza, Fatima, Florence, Mary, Mavis, Olukemi, Rozaline.

All the women in the group have had some, albeit different, experiences of the UK's *Hostile Environment* policies towards migrants and having ›no recourse to public funds‹ (NRPF). The term Hostile Environment is based on a 2012 quote by the then Home Secretary Theresa May who said in an interview with the Telegraph that the new Immigration Act at the time was aimed to create a »hostile environment for illegal immigration« (Kirkup/Winnett 2012). The phrase has since become an umbrella term for the UK's steadily expanding inhumane immigration legislation, administration, practice, and discourse.

NRPF refers to an immigration policy which denies people access to statutory support based on their immigration status, e.g., welfare, housing, or child benefits. It applies to migrants with limited or no leave to remain (immigration status) in the UK and affects an estimated 3.26 million people, including over half a million children (Pinter/Leon 2025)². NRPF disproportionately pushes Black, female, single carers

² | This number of 3.26 million is based on a 2025 report by the Centre for Analysis of Social Exclusion (CASE), London School of Economics and Political Science & Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS), University of Oxford (Pinter/Leon, 2025), refers to anyone with

into destitution (ibid.) and can therefore be understood as a key mechanism contributing to the precarisation of racialised life in the UK (Smith et al. 2021). While there is a well-established body of critical migration scholarship which has analysed how hierarchies of deservedness within humanitarian protection regimes are deeply classed, racialised, and gendered (see De Genova 2013; Bassel/Emejulu 2018), many aspects of the UK's Hostile Environment remain overlooked. This is particularly the case with issues such as NRPF and the increasingly expensive and long routes to settlement, which impact low-income and negatively racialised migrants struggling for survival *outside* the refugee/asylum framework, and which continue to be alarmingly invisibilised in public, political, and academic discussions.

While there can be a sense of urgency to ›tell the stories‹ of this invisibilised injustice, it is important to be cautious of the inherent risk of reproducing that same violence in the project of ›uncovering‹ or ›evidencing‹ it. Eve Tuck (2009) writes about this as the danger of »damage-focused research« which by retelling the damage done to certain ›oppressed communities‹ reinforces their supposed »brokenness« (Tuck 2009: 413). In the context of border(ing) violence, this is particularly pertinent with migrants and refugees being forced to ›tell their stories‹ over and over again—to Home Office employees, social workers, judges, and so on—to prove their deservedness and ultimately, their humanness. Alexandra D'Onofrio (2019) argues how creative methodologies are becoming an emerging tool within migration studies to avoid getting caught in such a »testimony trap« present in the linear retelling of (past) journeys and violences. The imaginative and collaborative aspects of creative practice can be a way to reflect on the »imaginary realm of migration« (Sjöberg/D'Onofrio 2020: 2) within contexts of im/mobility in more fluid ways. Creativity is something that can help communities to engage with »the not yet and, at times, the not anymore« (Tuck 2009: 417) and not only imagine but begin to practice new states of being together.

Based on these concepts of a critical creative research practice, this contribution is conceived as a playful experiment to re-claim storytelling within the context of the Hostile Environment. Through a selection of text fragments and photographs from our workshops, we—the researcher and collaborators—are trying to tell stories differently, not to prove anything or to provide evidence, but instead, we tell stories

a valid leave to remain or a visa allowing them to reside in the UK, which generally comes with an NRPF condition. This estimate does not include migrants without valid immigration status. A 2019 report by the Pew Research Centre suggests the number of undocumented migrants in the UK to be between 800,000 and 1.2 million (Connor/Passel, 2019), however estimates vary greatly.



Image 2: Faiza's miniature archive, her ›pocket of togetherness‹ symbolising the ›helping hands‹ of the women in the group learning from and supporting each other. ©Rebekka Hölzle

to create connections with each other, to make us feel that we are not alone, to build solidarity, to imagine alternative futures, and to take collective action.

CRAFTING KNOWLEDGES: COLLABORATIVE, CREATIVE, EMBODIED METHODS

The sessions this contribution is based on took place during a residential weekend in the summer of 2023 at the Monkton Wyld Court farm, an environmental and educational community organisation in Dorset, UK. The idea behind the residential trip was to offer a caring and nurturing space away from the stress of everyday responsibilities to engage in a collective creative process and reflection on the collaborator's experiences of surviving and resisting the Hostile Environment. This contribution aims to document and share insights of our creative process together, and in so doing offers a critical intervention around participatory and arts-based research methods. Central to this approach was the idea of collaboration. Thinking, making, and learning together, in community and connection with each other, is something that has a long tradition within women's organising. Black feminists in particular have emphasised the need

to produce, test, and affirm knowledges, ideas and actions for positive change, not in isolation but in ›dialogue‹ (Collins 2000) and ›negotiation‹ (Nnaemeka 2004) with each other. As one of the contributors, Amanda, pointed out »all along this journey of this weekend has been about learning and getting to know different things«.

The workshops consisted of various different creative activities and open conversations. We started with discussions on different concepts such as ›slow violence‹ (Nixon 2011), ›everyday bordering‹ (Yuval-Davis et al. 2018), a decolonial critique of the UK border regime (see El-Enany 2020), and the various levels and sites of oppression the members of the group experienced. Through a series of embodied and material practices, we then engaged not only with the topic of violence but at the same time the resistance to it and how we can continue to build communities of solidarity and care. In many of the activities, we made use of our bodies and voices through songwriting and sound-making and layering different voices with a loop station³. As the workshop took place on an organic farm with beautiful gardens and outdoor space, another focus of our activities was the engagement with the natural environment and material around us. The following is an example instruction of one of our activities:

Community Walk

Walk in pairs and have a conversation about:

community // care // support networks // resistance

While you are walking, collect some objects (about 5) from the nature or your surroundings, anything you feel drawn to.

Record your walk in creative ways (you can record the audio of your conversation on your phone, you can take some photos and videos of yourself and the space).

Conversation Prompts

What and who has helped you through your journey through the Hostile Environment?

What and who mean ›community‹ for you?

What gives you hope and strength?

What does ›resistance‹ mean to you?

³ | On my website (www.rebekka-hoelzle.org) you can listen to examples of audio material from our workshops.

With the objects that had been collected during these activities, the collaborators created small installations which then, in turn, triggered new reflections and conversations in the group. Throughout the weekend, everyone crafted a small box for which they individually chose some objects, notes, and artwork that inspired them or represented some learnings from our sessions. The group would later name these boxes »pockets of togetherness« and they became a form of collective »counter-archives of resistance« (Calderón Harker 2024).

Our engagement not only with each other but also with the space, the material, and nature around us was deeply collaborative and relational. Through collaboratively *crafting* stories and knowledges, we included embodied and multi-sensual ways of knowing beyond words in an ongoing process of collective learning. This can be a radical act of reclaiming (academic) knowledge and theory and re-mattering it, breathe life into it or as Nnaemeka (2004: 363) says »put a human face on what is called a body of knowledge«:

»Like other so-called marginal discourses, feminist discourse raises crucial questions about knowledge not only as being but as becoming, not only as a construct but as a construction, not only as a product but as a process. In other words, knowledge as a process is a crucial part of knowledge as a product. By injecting issues of subjectivity and location into epistemological debates, feminist scholarship seeks, as it were, to put a human face on what is called a body of knowledge and in the process unmask this presumably faceless body. By focusing on methodology (and sometimes intent), feminist scholarship brings up for scrutiny the human agency implicated in knowledge formation and information management.« (Ibid.)

Academic theories on migration are based on people's stories, lives, and bodies on which the »necropolitics« (Mbembe 2019) of the borders have left their deep marks. Where academia might have removed these very bodies from its theories, our creative and inter-connected practices have re-invited matter, bodies, and voices into the room to inter-act, experiment and learn together. Creative and embodied practice not only enhances and advances theory but, in fact represents a form of theory itself—knowing and theorising »as a verb« (Nnaemeka, 2004: 365). To centre theorising through lived and embodied knowledges means to also rethink and trouble the format of academic publications and authorship. Reducing the knowledge of »research participants« to »qualitative data« which then becomes interpreted, abstracted, and represented by the researcher, risks cementing hierarchical relations of the researcher as the knower and the researched as the known. This contribution therefore is also an attempt to al-

low ›research participants‹ to reclaim the space of academic publications as authors, storytellers, knowledge bearers, as experts and theorists themselves.

The following texts are entirely based on the transcripts of audio recordings of our sessions together. This meant adapting the format from spoken to written text, and whilst I have tried to remain close to the original wording, it is important to recognise that there still have been choices around editing and importantly selection and curation made by myself, as well as including input by the *movement* editors. Throughout this process, I have tried to engage in an ongoing conversation with the collaborators whilst being responsive to their availabilities and preferences. This meant that some collaborators simply confirmed my suggested edits, whilst others chose to be more actively involved in re-editing their transcript for this publication. With regard to authorship, I asked the collaborators to choose whether they would like to use their full names, but all of them preferred to only include their first name. The selection of texts and artwork in this contribution is only a smaller selection of a longer documentation, which is available as a printed or online zine on my website⁴.

STORIES OF DIS/CONNECTIONS AND IN/DEPENDENCE, SOLIDARITY, AND CARE

Sometimes, the violence of the Hostile Environment and especially of NRPF can be slow and hardly visible to the outsider. It can mean living in insecure and unsafe housing, living a life in poverty, years of insecurity and waiting in a legal limbo. Borders filter through all aspects of everyday lives for those who are legally ›subject to immigration control‹. The following stories talk about life within and against this ›slow violence‹ (Nixon 2011) of the Hostile Environment, and about transient connections within disconnecting systems and worlds. They show us how our environment and nature can be a teacher and inspiration to understand and tell stories about our lives. They talk of change, imagination, and desire, of community, of hope and solidarity—across generations, and even across species.

As the Hostile Environment's violence is happening in the everyday, it is difficult to pin down, describe, see, hear, witness, as is the resistance against it. As Florence writes, we can ›never block all the holes‹, but neither can the state's borders block them all. And so, we continue to survive, to witness, to tell and listen to stories, to resist in those holes and cracks. I want to invite you to read the following stories

4 | Available on www.rebekka-hoelzle.org



Image 3: Note reading »the line is busy, call back later« from our collective songwriting activities on the different voices of the Hostile Environment. ©Rebekka Hölzle

as a prompt to reflect on what such slow resistance might feel like. How might we begin to change systems, people, laws, experiences, relationships, or thoughts? Does change happen through words, connections, or actions? One thing our stories suggest for sure—change happens in togetherness!

WHEREVER THE WIND BLOWS THEM (FAHMIDA)

»The small brown seeds, I don't know if you see them, here on the paper, they're really thin. They usually fly with the wind and if they find moisture and arrive in a suitable environment, they grow. We hear a lot of things they say about the immigrants, they're coming in boats, they just try to enter the country, they just want to take the jobs, they just want to get the free money, they want to get the benefit, they're all going like this. These seeds, they don't decide their fate, they depend on the wind, wherever the wind blows them, which direction. They can burn, they can die, or they can grow, they don't know what's going to happen. Same with those people who are coming in the ship, they don't know



Image 4: Fahmida's installation of objects from the ›community walk‹ including some plant seeds and leaves, a snail shell and a rusty nail. ©Rebekka Hölzle

if they're going to make it. Few days ago, a boat sank with the people, and they all died, no-one survived. They don't make their fate; it's not in their hands. There are circumstances that make them like these seeds, just flown and pushed by the wind, going wherever. . .«

»And there are people like that nail, the big nail, I picked up. How long you leave it there, it's going to get rotten and when it's getting old, it's getting rusted. It turns into a kind of poison, it's going to cause more damage, and it's not going to help us thrive. It's never going to dissolve, and it's never going to become whole again. You leave it in the air, with the sand, no matter how much the environment tries to absorb this nail, it's never going to become a part of it, because it's stubborn, it wants to stay that way.«



Image 5: Florence's installation of objects from the ›community walk‹ including a plastic grid with holes, a flower, a stone, and a piece of charcoal. ©Rebekka Hölzle

HOW AM I GONNA BLOCK ALL THESE HOLES? (FLORENCE)

»Not having your immigration status is like your life becomes a basket with many holes. You ask yourself, how am I going to block all these holes!! It's like when you're trying to block one hole, another hole is waiting for you. You just can't block them all, no matter how hard you try, the water is still going through.

You just can't!

After you've gotten your immigration status sorted out, that's just one hole you managed to block, but remember the basket has many holes. Housing, employment, college, and many more holes that you can't just block easily and move on! It's hard. . . At the end of the day, you say to yourself, oh my days, I thought that after I've had my status, everything is sorted, because that's what we've always had in mind, right? When your status is given to you, oh my days, you're excited. But then you go on applying for housing, because you can't afford private rent, then housing officer says to you, you're not homeless, you don't have a child,

for these reasons, you don't qualify. And you ask yourself this question again:

How am I gonna block all these holes? What am I going to do? I've gotten my status but...

Putting things in place to start a new life becomes even harder, because most of the organisations you ask for help say you're not qualified any more because you now have immigration status. It is like the same thing you went through with the immigration comes back to play in your life again.

You just can't block them all.

The same way you fight to get your status, the same way you are going to fight to block some of the other holes that stand between you and the important things in your life, trying to get a house, a job, and many many other things.

You go through a lot to get your settlement as an immigrant. It's like a cycle that you can't do anything about.

It's a cycle of pain.«

THE SEASON OF A FLOWER (FLORENCE AND MAVIS)

Florence: »The flower has a season. When the sun touches, they grow up and will come out bright like this. And sometime in a while, it will just go...«

Mavis: »... if you don't take care of it...«

Florence: »Yeah, if you don't take care of it or... even if you take care of it, they have their season. There are people who come when you need them, friends, family. When people feel pity for you, at the ease of the moment, they say, »don't worry, I'm here for you, anything you want«. After some time, they get tired, they're like, »oh my god«, when they see your call, they just ignore it, they're gonna say, »I know what she's gonna ask me, she's gonna ask me to help her, I got my own problems«. So, at the end of the day, you don't hear from them any more, they don't pick your call, they keep fading their way. There are people in our lives that have their season to help us, their time. They will help you, after that, they will just disappear, it's just like that flower...«



Image 6: Installations of natural objects and flowers from the ›community walk‹. ©Rebekka Hölzle

Mavis: »...which is OK...«

Florence: »...which is OK...«

THIS IS A SNAIL SHELL: BUILDING BLOCKS OF SOMETHING EXTRAORDINARY (FAHMIDA)

»In this group, we are a community, building blocks of something. When you start making something, you start from somewhere. I see all of us as a pillar of something new which is going to come, and it's going to be extraordinary. Maybe, we are not there to see it, maybe we are in the middle of it, or maybe we started that structure. Because I see how each of us has grown and changed over time. If I try to remember those meetings, when we used to see each other, and how we came together in lockdown, when everything slowed down, and we had that bright light—some enjoyment in our group. And today we are here as a group. Did you ever imagine you're going to travel with some



Image 7: Some of the flowers and leaves collected during the weekend after being dried for six months. ©Rebekka Hölzle

women you never met before? Women from all different walks of life, and you're loving their company, you're enjoying them, you're singing with them, you're eating with them, you're having fun. And you are all the way far from your original home, you come to a new place with some totally new experiences and things to see. And all of this, it's still making something good afterwards.«

»This is a snail shell. When I was young, I used to collect them a lot because they used to make the walls out of mud, and you can see the shells in the walls. This one has a different colour because the climate is different here. There they are usually grey and whitish. Usually when snails grow out, they leave their shell behind for some other insect who can use it as their home. This is kind of a nice gesture of them to help someone else.«



Image 8: Fahmida's miniature archive, her ›pocket of togetherness‹ including a snail shell and some small colourful paper shreds, symbolising the different stories and knowledges shared by the women over the weekend. ©Rebekka Hölzle

WE CAN BE A SUPPORT FOR EACH OTHER AND START FROM THERE (OLUKEMI)

»I just want everyone to think of. . .

Because a bigger group started from somewhere, from two, from three, from four, before they started looking like something and get known. As women, we can be active, positive, and so supportive to the community. What can we do together to help others? Let's think about that. From there, we can start our organisation.

We can be a support for each other even in this place, we can actually start from there. If we know how to support each other in this minimal group, then we will learn how to support in a bigger way. Because if I can render you the support you need now, it means that I'm reliable for anybody out there, you understand? If I know that within us, we have satisfied each other, everybody here, we are ok, then we can go outside and achieve whatever project we got. I think, if we start with that, to be



Image 9: Group improvisation using a loop station. ©Rebekka Hölzle

a support system for each other first, that is how we can grow stronger together. That's my own suggestion, I don't know if it goes fine with everybody.«

WE DON'T LET LIFE WEIGH US DOWN (ROZALINE)

»You can't give what you don't have. When I'm in a happy mood, I will come to you smiling and calmly; when I'm upset, you won't even want to be next to me because of my facial expression. If someone is angry, you can't expect that person to smile at you, because I'm not happy, I'm upset. But we don't let life weigh us down.

We are all different, but I tell people, nobody can make you happy, only you can make yourself happy. Don't let your environment put you down, most especially when you have a kid; even if you don't have a kid, be strong for yourself. The situations we find ourselves in can make us feel down and depressed but remind yourself that this is just a journey, and I'm going to come out of it one day.



Image 10: Group gathering around the fireplace in the evening. ©Rebekka Hölzle

In the hostel [temporary accommodation] where I live, there are people who are always depressed, they ask themselves, when are they going to move and all that. I just make it comfortable for my kids, because the moment I keep on thinking about it, I can't... It's something that you don't have power over. What are you going to do? You can't do anything because you don't have the power over it. The only thing you can do is make your own best moment for yourself, make yourself happy because nobody else can. That's what I believe in.

What she carries, she gives around. What we are going through affects the people around us. Sometimes we might push our loved ones away with our attitude; someone might want to help you, but the moment this person sits down, and you're upset and angry, they wouldn't want to come near you, they will go away. So, just try! I use myself as an example, no matter what I'm going through, you never see me with a squeezed face because I left that behind, I might go back to it, but I want to be in a happy mood, so that people can help me. The moment I'm happy, that's when I'm able to share my thoughts or whatever I'm going through with you. But when I'm sad, and you see this sad face, you will say, let me stay away from her, I don't want problems, do you



Image 11: Mavis' miniature archive, her ›pocket of togetherness‹, reminding her of a »memorable day, that I will never forget... and I got some shining things inside, because I always want to shine everywhere I go.« ©Rebekka Hölzle

understand? So, we don't let our problems weigh us down, let us be victorious.«

CONCLUDING REFLECTIONS

The stories in this contribution have shared lived experiences of struggle and survival, as well as solidarity and community within and beyond the UK's border regime. Through experimenting with the narrative format, I have tried to challenge victimising and »damage-focused« (Tuck 2009) representations of migrant narratives; I have applied an assemblage of photographs and text fragments based on audio transcripts from a collaborative workshop setting, juxtaposed with my own reflections on the process. Katherine McKittrick (2021) writes how storytelling has the potential to disrupt the colonial logic of description, categorisation and of ›finding solutions‹: »the story has no answer [...] instead] stories offer an aesthetic relationality that relies on the dynamics of creating-narrating-listening-hearing-reading-and-sometimes-unhearing« (ibid: 5). Similarly, the material shared in this contribution remains un-

fixed, at least to a certain extent; it continues to invite processes of collaborative thinking, of »knowing as a verb« (Nnaemeka 2004) by carrying different meanings and messages for different readers. The documentation and insights of our aesthetic practice during the workshops illustrate how arts-based methods can be a powerful tool for collective storytelling, using creativity to help communities imagine and *craft* alternative ways of being. As Augusto Boal said, theatre can be a »rehearsal for the revolution« (Boal 2008: 119), as can music and other artforms.⁵ Within collaborative, creative processes, together we rehearse, we train our muscles of imagination to start to think about what a world without borders could look like, how we could be with each other if we all had the same rights, if we were all safe. Therefore, offering a nurturing and safer space for the research sessions to take place in has been a crucial aspect of this project—co-creating a *caring* environment as antidote to the Hostile Environment by the British state. The world in its current state is fundamentally unjust, Europe’s deadly immigration policies won’t change tomorrow. So, then maybe all we can do is try to create in the here and now a world, a space, a moment, a story between ourselves that is a little more hopeful—a »pocket of togetherness«. In this contribution, and in my practice more generally, I am wondering and critically exploring if and how academic research can offer such a moment or »pocket« of caring, connecting and imagining—research as a creative and care-full intervention.

CREDITS, FURTHER INFORMATION AND SUPPORT

Partner Organisations: South London Refugee Association and Monkton Wyld Court.

Funding: The residential was funded by the Open Society University Network (OSUN) Engaged Research Fund. Rebekka Hölzle has received funding by the UK Economic and Social Research Council for her doctoral studies.

If you would like to find out more about the project and download the full zine with more texts and artwork by the group, or get in touch about collaborations, please visit Rebekka Hölzle’s website: www.rebekka-hoelzle.org

Thank you to all the women collaborating on the project and sharing their stories and wisdom. Thank you to the SLRA and Monkton staff for their support and especially

5 | See Augusto Boal’s work on the »theatre of the oppressed« (see Boal 2008).

also to the childcare team, Andy, Hamid, Hayat, Lisa, Sasha, Tamara, without whom the project would not have been possible.

If you would like to support the much-needed work of migrant and refugee community organisations on the ground, consider a donation to the project partner South London Refugee Association. You can find out more about their work here: www.slr-a.org.uk

LITERATURE

- Bassel, Leah / Emejulu, Akwugo (2018): Caring subjects: Migrant women and the third sector in England and Scotland. In: *Ethnic and Racial Studies* 41(1). 36–54.
- Boal, Augusto (2008): *Theatre of the Oppressed*. 3rd ed. London.
- Calderón Harker, Sergio (2024): Border Abolitionism as Method: Engaging with Counter-archives of Resistance in and against Europe's Detention Regime. *Society for Cultural Anthropology Blog* of 13.02.2024. Series ›Relating, Refusing, and Archiving Otherwise‹, URL: culanth.org [16.05.2024].
- Collins, Patricia Hill (2000): *Black Feminist Thought: Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment*. 2nd edition. New York.
- Connor, Phillip / Passel, Jeffrey S. (2019): Europe's unauthorized immigrant population peaks in 2016, then levels off. The Pew Research Centre. URL : pewresearch.org [29.08.2024].
- De Genova, Nicholas (2013): Spectacles of migrant ›illegality‹: The scene of exclusion, the obscene of inclusion. In: *Ethnic and Racial Studies* 36 (7). 1180–1198.
- D'Onofrio, Alexandra (2019): Performing im/mobility: Going beyond the testimony trap. In: *Performing Ethos: International Journal of Ethics in Theatre & Performance* 9 (1). 83–89.
- El-Enany, Nadine (2020): *(B)ordering Britain: Law, Race and Empire*. Manchester.
- Harman, Kerry (2021): Sensory ways of knowing care: Possibilities for reconfiguring ›the distribution of the sensible‹ in paid homecare work. In: *International Journal of Care and Caring* 5 (3). 433–446.
- Kirkup, James / Winnett, Robert (2012): Theresa May interview: ›We're going to give illegal migrants a really hostile reception‹. *The Telegraph* of 25.05.2012 [online]. URL: telegraph.co.uk [16.05.2024].
- Mbembe, Achille (2019): *Necropolitics*. Durham, NC.
- McKittrick, Katherine (2021): *Dear Science and Other Stories*. Durham, NC.
- Nixon, Rob (2011): *Slow Violence and the Environmentalism of the Poor*. Cambridge, MA.
- Nnaemeka, Obioma (2004): Nego-feminism: Theorizing, practicing, and pruning Africa's way. In: *Signs. Journal of Women in Culture and Society* 29 (2). 357–385.

- Pinter, Ilona / Leon, Lucy (2025): Evidence briefing: Poverty among children affected by UK government asylum and immigration policy. Centre for Analysis of Social Exclusion (CASE), London School of Economics and Political Science & Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS), University of Oxford. URL: compas.ox.ac.uk [20.02.2025].
- Sjöberg, Johannes / D’Onofrio, Alexandra (2020): Moving global horizons: Imagining selfhood, mobility and futurities through creative practice in ethnographic research. In: *Culture & Psychology* 26 (4). 732–748.
- Smith, Charles / O’Reilly, Papatya / Rumpel, Rebekka / White, Rachel (2021). How do I survive now? The impact of living with No Recourse to Public Funds. Citizens Advice report. URL: citizensadvice.org.uk [16.05.2024].
- Tuck, Eve (2009): Suspending Damage: A Letter to Communities. In: *Harvard Educational Review* 79 (3). 409–427.
- Yuval-Davis, Nira / Wemyss, Georgie / Cassidy, Kathryn (2018): Everyday Bordering, Belonging and the Reorientation of British Immigration Legislation. In: *Sociology*, 52 (2). 228–244.

Waiting for the Lottery to Happen

Migration Dynamics in Mexico following the End of Title 42

ANTONIA JORDAN

Abstract: This article examines migration dynamics in Mexico in the summer of 2023, after the end of title 42, which allowed U.S. border officials to directly deport migrants on the grounds of protecting public health during the Covid-19 pandemic. It discusses the question how the introduction of the U.S. Customs and Border Protection (CBP) smartphone app CBP One affects temporary migration dynamics. The data was collected through participant observation, digital ethnography, and interviews. The study period covers three months from June to August 2023. In Mexico, mainly in Tapachula and Tijuana, interviews were conducted with so-called extracontinental migrants who came from Uzbekistan, Afghanistan, and Ghana. Among other things, the interviews focused on their views of the CBP One app and how they felt on their journey through Mexico. This article concludes that CBP One is a new tool of the U.S. to control migration movements in Mexico, which fits into the picture of outsourced border controls and new technological measures that are also highly relevant in the European context. However, like other policies in the past, it is a fragile attempt to control migration movements. What is particular about it is the lottery character of asking for political asylum in the USA.

Keywords: Mexico, transcontinental migration, South-South migration, U.S. border regime, smart borders

Since the attacks of September 11, 2001, border controls have been increasingly intensified and securitized, for example by erecting higher border fences, increasing military presence as well as using digital and biometric border surveillance systems (Kasperek/Tsianos 2013: 40, 43; ProAsyl 2014). Since then, the matter of (internal) security has increasingly shaped the design of national borders. In addition, migration controls often no longer take place on the territory of the respective countries, but increasingly in cooperation with other countries. This is intended to increasingly outsource the asylum application and asylum procedure to countries of origin and transit. National immigration authorities use the shifting borders to expand control over immigration into their own territory (Shachar 2007: 167; Hess et al. 2017: 7).

The development of such border regimes is particularly evident in Europe and North America (Hess et al. 2014: 25). Already in the wake of the long summer of migration in Europe (Tsianos/Kasperek 2015: 9), the EU signed a crucial strate-

gic agreement with Turkey in 2016 (ProAsyl 2016). After lengthy negotiations, the Council of the European Union was the last EU body to formally approve the reform of the Common European Asylum System (CEAS) on May 14, 2024. This is the latest step towards the externalization of border controls at the EU's external borders. In addition to the existing fences, walls, surveillance techniques and push-backs, people seeking protection are now increasingly being detained and isolated at the external borders. Besides, deals violating human rights are increasingly being concluded with autocratic governments (ProAsyl 2024).¹ Moreover, an important innovation—provided the reform remains in its present form—is that in terms of the evaluation of so-called ›safe third countries‹ it lowers significantly the standards. In legal terms, this has a considerable negative impact on migrants.² If they are stopped by such externalized border regimes before reaching their destination country, their status is no longer checked and they cannot, for example, claim their right to asylum in the first place (Schulze-Wessel 2012: 163; Hess et al. 2017: 6f.). As a result, it is becoming extremely difficult for migrants to reach the actual (territorial) border of their destination country.

Nevertheless, destination countries are increasingly concluding repatriation agreements with certain countries, usually with both transit countries and countries of origin (Schulze-Wessel 2012: 157; Hess et al. 2014: 21ff.). Like the EU, the USA is opting for reinforcing and externalizing its borders. In the case of the U.S., especially Mexico is increasingly becoming a country of waiting, return and deportation.³ In recent years, Mexico has repeatedly given in to pressure from the U.S. to restrict undocumented (›illegal‹)⁴ migration and has thus adapted to global migration man-

1 | The EU-Turkey agreement was followed by agreements between the EU and Libya (2017), Tunisia (2023) and Egypt (2024), all with the aim of reducing migration to Europe.

2 | In public discourse, in various academic articles and in newspaper articles, the terms migrant, refugee and asylum seeker become blurred and are assigned different levels of legitimacy. In this article, no judgment is made about the reasons why people want to change their place of residence. In the following, I will refer to both migrants and asylum seekers, as presumably not all people will ultimately decide to use the CBP One app.

3 | Aside from Mexico, the USA has concluded agreements to restrict migration with Guatemala (July 2019), El Salvador and Honduras (both September 2019), among others.

4 | Irregular migration is defined as when a person ›enters or lives in a country of which he or she is not a citizen, in violation of its immigration laws and regulations‹ (Castles et al. 2012: 117), whereby these can be the laws, regulations or international agreements in the countries of origin, transit or destination (IOM 2020). The designation as irregular is by no means neutral, but above all reproduces state logics and perspectives on migration (Bloch/Chimienti 2011:

agement. Mexico now plays a central role in the process of hollowing out the U.S. asylum system (Miranda/Hernandez 2022: 15; HRW 2022). It is not only part of the world's most heavily used migration corridor, but also a country of transit, destination and return all at once (CNDH 2020). At the same time, there is also significant internal migration⁵ (IDMC 2023). Above all, Mexico is an unavoidable transit country for people who seek to reach the U.S. by land (Narvaez Gutiérrez 2015: 122). The border between the two countries has been making headlines for years, particularly regarding the treatment of people who attempt to cross the border without authorization. In the name of »orderly, safe and regular migration« (U.S. Department of State 2021), people have been prevented from crossing the border into the U.S. for years using various mechanisms (Miranda/Hernandez 2022: 3). To date, Mexico has also increasingly become a country of (involuntary) residence.

In the following, I will explore the question of how the introduction of the smartphone app CBP One affects the dynamics of temporary migration movements of migrants from Africa and Asia in Mexico. This paper derives from my dissertation project on the connection of changing migration patterns in Mexico and restrictive European border politics since 2015. The data was collected within an ethnographic fieldwork in the two Mexican border cities, Tapachula and Tijuana. Methodologically speaking, I used a mix of participant observation and semi-structured interviews. The study period covers three months from June to August 2023. For this article, I used four interviews as well as data from private messages⁶ from two other persons, and notes from the field research. I talked to people on the move from Uzbekistan, Afghanistan, and Ghana, five men and one woman. All of them had passed through Mexico in summer 2023.

1277), according to which migrants are criminalized and presented as a danger to national security and as a general threat. »In principle, it is wrong to speak of »irregular migrants«—no person is »irregular« since all have human rights and dignity that should be respected« (Castles et al. 2012: 118). Rather, one can speak of an illegalizing practice, because migrants are even increasingly prevented by states from claiming their right to asylum through legal channels.

5 | The IDMC puts the number of internally displaced Mexicans at 386,000 (as of the end of 2022).

6 | Written or verbal permission was obtained for all interviews and included in the recorded interviews. Before the article was written, the passages were presented to my interview partners again for review.

THE U.S. BORDER REGIME: RESTRICTIVE LAWS AND SMART SOLUTIONS

The U.S. Customs and Border Protection (CBP) is »charged with keeping terrorists and their weapons out of the United States« (U.S. CBP 2024). Regarding migration, the institution founded on March 1, 2003, pursues a »comprehensive approach to border management and control« (ibid.). The latest tool to be launched by CBP in October 2020 was a smartphone application called CBP One⁷. All individuals applying for asylum at the U.S.-Mexico border must now⁸ use the application to schedule an appointment to arrive at any of the ports of entry⁹ along the border to file their asylum application (Amnesty International 2024: 14). The app was introduced at a time when two migration policy regulations were already in place: the binational Migrant Protection Protocols (MPP) agreement—also known as ›Remain in Mexico‹—and Title 42, a controversial health law enacted in the context of the Covid-19 pandemic, which massively facilitated the deportation of migrants either to their home countries or—notably—back to Mexico. To date, the CBP One app has completely replaced both existing regulations (as of 2023). CBP One introduced a smart border system based on a lottery procedure for entry and the collection of comprehensive personal data, which also serves to monitor migrants.

From January 2019 to June 2022, the MPP ensured that »foreign individuals entering or seeking admission to the U.S. from Mexico [...] may be returned to Mexico and wait outside of the U.S. for the duration of their immigration proceedings« (U.S. DHS 2019). In fact, this meant that people had to wait in Mexico for months, and in some cases years, while their asylum cases were being processed on U.S. territory. Many pre-existing deficiencies have been intensified by this practice: the lack of access to legal counsel for court hearings, obstacles to legal representation, the lack of transparency in immigration procedures and limited legal protection (HRW 2022). The border between the U.S. and Mexico, particularly under the MPP, has become a »testing ground for mechanisms that complicate the application and processing of

7 | Subsequent corrections: The CBP One app was renamed in CBP Home in March 2025.

8 | Subsequent corrections: On his very first day in office, Trump issued a decree shutting down the CBP ONE asylum app with immediate effect. As a result, thousands of migrants, some of whom had been waiting for many months at the US-Mexico border, had their appointments canceled (The White House 2025).

9 | Crossings are available in California (San Ysidro, Calexico), Arizona (Nogales), and Texas (Brownsville, Eagle Pass, Hidalgo, Laredo, and El Paso), which can be selected in the CBP One app (CBP 2023).

asylum claims without meeting the international protection needs of people of different origins» (Miranda/Hernandez 2022: 16). In addition, at the beginning of the Covid-19 pandemic in March 2020, Title 42 was enacted in the Trump era, de facto suspending the asylum application process in the U.S. for certain national groups. Title 42 allowed the U.S. border authorities to deport primarily Central American and Mexican migrants directly if they crossed the border illegally, without even considering their chances of obtaining asylum. The reason given was to protect the population and public health in order to prevent the spread of the coronavirus (CDC 2022; CDC/DHH 2020). In summary, in both cases, the wait-and-see mechanisms and pandemic-related restrictions meant that migrants had limited access to asylum in the U.S. (Miranda/Hernandez 2022: 16).

With the expiry of both the MPP and Title 42, the CBP One app has been the official tool for applying for asylum in the USA since May 2023. The use of the app has already changed several times since then. There are regular press releases about changes and updates to the app. It is currently available in three languages: English, Spanish and Haitian Kriol¹⁰ (U.S. CBP 2023). At the beginning of 2023, migrants could only use the CBP One app if they registered through one of the migrant shelters or a relevant NGO. Since May 2023, they have been able to apply for political asylum in the USA independently via their own cell phone. The daily time window for filing an asylum application has also increased from one hour to 23 hours (American Immigration Council 2023). According to the U.S. authorities, 278,000 people have already successfully crossed the border through this process since January 2023 (U.S. CBP 2023).

Special humanitarian protection programs apply to people from Venezuela, Haiti, Nicaragua and Cuba, allowing them to apply for asylum in their countries of origin via the app under certain conditions (USCIS 2023)¹¹. In the event of a positive decision, they may enter the USA directly by plane. All others must wait for an appointment to cross the border to apply for asylum in the U.S. (American Immigration Council 2023). To do so, they make their way north from South or Central America via dangerous land routes—most of them without an entry permit. The challenge in 2023 was that the asylum application in the app, which requires real-time biometric photos

10 | The website provides further information on the CBP One app in English, Spanish, Haitian Creole, Portuguese and Russian (U.S. CBP 2023).

11 | Subsequent corrections: In June 2025, the U.S. Homeland Department announced the termination for the CHNV Parole Program, which the Biden administration had introduced in 2022. Parolees were encouraged to self-deport immediately using the CBP Home application (U.S. DHS 2025).

and the current location, could generally only be made north of Mexico City. Since August 23, 2024, non-Mexican migrants can also request and make appointments from Tabasco and Chiapas¹² (U.S. CBP 2024).

»PLAY CBP ONE«¹³

The way the app works is like gambling. According to the website of the U.S. Department of Homeland Security (DHS), appointments are largely allocated at random. In addition, an algorithm is used that gives priority appointments to those applicants who have waited the longest for an appointment (U.S. DHS 2023). For this reason, some of the people mainly from Uzbekistan I spoke to use the term »play CBP One«, which is indicative of the lottery nature of the app. In addition, only 1,450 appointments are allocated daily. Although the number of appointments available daily has already been increased in summer 2023—until May 2023, only 1,000 appointments were available daily (Abi-Habib et al. 2023)—demand is much higher.¹⁴

For the American Immigration Council, a nonprofit organization and advocacy group that works on the development of immigration policies, the app offers benefits: »[B]y allowing individuals to preregister, the agency can streamline in-person processing and reduce the time border agents spend entering individuals' biographic information, thus decreasing the time individuals are detained for questioning during processing« (American Immigration Council 2023). Amnesty International, on the other hand, criticizes what data is made available to border officials through the app: »The way in which the CBP One application works is deeply problematic. Asylum seekers are forced to install the application on their mobile devices, which enables U.S. Customs and Border Protection to collect data about their location by »pinging« their phones« (Amnesty International 2023). In addition, there is criticism—including from the U.S. government itself—that the app has access to people's current location. In fact, the American Immigration Council (2023) itself cites various concerns: 1) issues with photo submission leading to disparate outcomes, 2)

12 | Mexican nationals are able to request an appointment from anywhere within Mexico (CBP 2024).

13 | Interview Zafar 2023

14 | An article in the New York Times in May 2023 revealed that there was a demand of 62,000 for the available dates at that time (Abi-Habib et al. 2023). The numbers are likely to have increased significantly since then.

privacy concerns, 3) users are being forced to use CBP One, and 4) lack of transparency about future uses.

In addition, the real-time photos taken with the app often do not recognize people with black skin (Del Bosque 2023). Kocher argues that this kind of ›glitches‹ »are not merely technological, but also political in the sense that they do not arise in an apolitical vacuum, they do not affect everyone equally« (Kocher 2023: 11). As a result, many people with dark skin were unable to register. As Kocher further notes, this largely affects Haitian migrants, who make up a large proportion of the asylum seekers waiting in Mexico (ibid.: 8). People with dark skin are therefore at greater risk of being denied entry to the USA (Del Bosque 2023). Apart from that, Amnesty International criticizes that »it is entirely unclear whether asylum seekers have consented to having their faces transferred between various agencies« (Amnesty International 2024: 46).

TAPACHULA—ALMOST THERE?

»[W]hen we came to Tapachula, I was thinking that ›Oh, thank God, we made it. We just need to cross Mexico, one state. So, it's not going to be a problem‹. But then it turned out to be a problem« (Interview Jamshid 2023).¹⁵

For most migrants, the south Mexican border town, Tapachula, in the federal state of Chiapas is the first stop and one of the most important entry points to Mexico (Cinta Cruz 2020: 96). The town has around 320,000 inhabitants and is located around 18 kilometers from the Guatemalan border town of Ciudad Hidalgo. Many of the people I spoke to came to Tapachula with the feeling that their journey was almost over. Once there, however, it quickly became clear to them that one of the biggest hurdles¹⁶ of their journey still lay ahead, namely getting out of Tapachula in the first place. The U.S. border is still 4,200 km away and crossing Mexico means putting themselves in the hands of the human smuggling networks, the so-called coyotes.

Although the CBP One app does not yet work there, the city has visibly adapted to the new smart tool of the U.S. border regime: at the market and in the stores, there are offers to download and set up the app as well as SIM cards. The retailers also

15 | All names of people are pseudonyms to protect their identities.

16 | Those who have crossed the Darién jungle between Colombia and Panama said it was just as bad as crossing Mexico.

know which cell phones are required, as asylum seekers need to meet certain technical requirements with their smartphones to use the app. For example, using the app requires a certain minimum amount of internal memory to run the installed applications smoothly. As newer devices generally have more memory capacity, the age of the phone automatically becomes a key factor in the functioning of the app. Furthermore, some asylum seekers are unable to use the application for financial, literacy and language proficiency reasons (Amnesty International 2024). There are also differences between the Android and iOS operating systems. The requirements for using CBP One are therefore correspondingly different. In addition, there are many misleading rumors circulating, which give rise to uncertainty as to exactly how the app works. However, not everyone is able to set up the app independently, which in some cases leads to migrants becoming more dependent on the coyotes and merchants.

On their journey from Tapachula to the north, migrants can always expect inspections and confrontations with officials from the Instituto Nacional de Migración (INM), the Mexican migration police. Countless checkpoints have been installed around the city. Corruption is omnipresent and unavoidable, as it became clear in a conversation with Zafar, a man from Uzbekistan, whom I met in Tapachula:

»If really a police officer ask me, I would offer some money. No, first I would show him my fake CBP. Second, I would offer him some money, third I would be arrested if he wouldn't accept. Yeah. And we go to the police officer, then I should pay more. Like it starts as I know from \$500 to be in freedom, to pay for your freedom.« (Interview Zafar 2023)

According to Zafar, migrants need to be adequately prepared for their onward journey and have enough money to get through the many checks. He has gathered information about what to expect when crossing Mexico from larger networks over a relatively long period of time: »I should go to, first of all, to Oaxaca, it's my first destination. I should withdraw my money for cash for 1,000 Peso by 200 paper, 200 nominals. And I should give this fee for every police checkpoint. My first exercise«. To cross Mexico, migrants have to resort to a variety of sophisticated strategies to get through the many controls and reach the north of the country. Another Uzbek, Jamshid, talks about his arrival in Tapachula and the difficulties of leaving the city:

»They [coyotes, note from the author] took us to Tapachula. Then we spent in a hotel like three or four nights. Then we had our first attempt to go by bus from Tapachula to Tuxtla. We failed because we had no visas to Mexico. We are here illegally and were stopped by immigration police, and they just sent us back to Tapachula. Thank God, they didn't

deport us. They just gave us our passports and said ›Go‹.» (Interview Jamshid 2023)

Ruslan from Uzbekistan had a similar experience when he wanted to leave the city. After a three-and-a-half-hour journey, he was just 50 km away from Tapachula, where he was pulled off the bus at his 5th checkpoint: »Turned back to Tapachuli [sic!] says go back where you came from, and they didn't let us go further. [T]he bus left, and we went through the houses and again went out onto the road, but I don't know how to go further«¹⁷ (Chat conversation with Ruslan 2023). Aziz remains optimistic and keeps it short: »If they [migration¹⁸] won't stop us, we must reach tomorrow« (Chat conversation with Aziz 2023).

Despite all the hurdles, nearly all my interviewees—like many others before and after them—made their way to the north of the country. The last part of their journey before entering the USA awaits them there.

WAITING IN TIJUANA—»IT'S JUST BEING IN PRISON«¹⁹

Once they have arrived in the north, many migrants can hardly believe that they have really arrived, like Aziz from Uzbekistan: »You cannot imagine how I am happy that I am in Tijuana. I don't know how I will be happy when I pass the border« (Chat conversation with Aziz 2023). Tijuana is located directly on the border with the USA. The border wall is omnipresent and characterizes the entire cityscape. With two million inhabitants, Tijuana is the largest Mexican city located on the U.S. border. Many migrants, especially transcontinental migrants, are drawn to Tijuana (Cinta Cruz 2020: 90). There, they have the opportunity to wait directly at the border after their long journey to and through Mexico. Many people wait there. Either for their CBP One appointment or for another opportunity to cross the border. Bruno Miranda therefore describes Tijuana as a »prison city« (Miranda 2023: 22), an open-air space in which people settle, but which is determined by the practices of migration regulation. At the same time, he describes how the forced wait just before the border extends migration control from the spatial to the spatial-temporal dimension (ibid.). Ahmad from Afghanistan summarizes the difficult conditions in Mexico, which he

17 | Original message translated from Russian.

18 | Colloquially, people simply refer to the officials from the Instituto Nacional de Migración (INM), the Mexican migration police as »migración« or »migration«.

19 | Interview Ahmad 2023

had to experience on his way to the USA, as follows: »Mexico is not a safe country, especially for migrants. It's not safe. In terms of food, it's okay. But living here is not easy. [...] It's just being in prison. Why I chose this to be, it's just for my safety« (Interview Ahmad 2023).

The cityscape is also characterized by migrants, who often do not want to move far from their accommodation for security reasons. Tijuana is home to one of the eight so-called ports of entry (POE), the San Ysidro border crossing. Just a few hours' drive from the city is another crossing, Calexico, both of which lead to California. As in most large Mexican cities, there are numerous non-profit or Church-run shelters for migrants in Tijuana. The shelters offer refuge to people travelling north with limited financial resources and support them during their stay in Mexico. People can stay there for a few nights or, depending on the house rules, up to several months. The shelters provide them with beds, food, clothing, psychological and legal advice and medical support. Some even offer further education opportunities, language courses and job placement.

Since the expiry of Title 42, several shelters now also offer workshops and advice on how to use the CBP One app—both for entering data and technical support. Many of the shelters are under video surveillance for security reasons and/or are monitored by the staff there, for example to protect residents from people organized in criminal networks (Flores 2020).

In Tijuana, the shelters offer space for 40 to 1,200 people, depending on their financial and spatial possibilities. Demand is high, as financial resources are often largely exhausted shortly before the border. Outside of the shelters, the prices for rooms in hotels and Airbnbs are very high. This is due to the proximity to the U.S., which also attracts many Americans, as well as the very high and constant demand from people in transit. Mavis from Ghana sums up her difficulties in Tijuana: »I have so many difficulties because of money. So, if your money finishes, you have to stay at that place. Somebody will help you before you could continue the journey« (Interview Amina 2023).

»NOW IT'S CBP TIME«²⁰

Among the many asylum seekers, it is not only the lottery-like character but also the recurring technical problems with the app and the associated uncertain waiting times

²⁰ | Interview Zafar 2023

that cause a lot of frustration. On some days, the app does not work at all, sometimes the SMS code you have to enter every day to request an appointment does not arrive. In fact, the waiting times for an appointment vary greatly, ranging from a few days or weeks to several months. Those I have spoken to have spent between two weeks and five months in Mexico. They are patiently accepting these sometimes very long waiting times. Some have lived in hotels, some in one of the numerous shelters or alternately in both types of accommodation, depending on the duration of their trip and their (remaining) financial resources. After all, waiting in Mexico not only costs time and nerves, but also money.

In addition to the delights of someone getting an appointment, there is also comparing among migrants in Mexico, as in the case of Ahmad from Afghanistan:

»They [the governments, note from the author] should see. Like besides as we have people from Honduras, people from Guatemala, from Venezuela. From all Latin American countries there and dozens. And we are minority. Few. So, comparing, comparing like those with us, we really deserve to have quickly CBP appointments than them. Because they have money. They have a good life. They know their language Español, Spanish. They can move around easily. There is no restrictions, problems by police whatever. But it is for us. But what we do? We are even worse than them. In waiting, waiting, waiting, waiting. And they're taking our time. They're taking our appointments. This is not fair, and it's not justice« (Interview Ahmad 2023).

Ahmad points out the difficulties for those migrants who, like him, have come to Mexico from distant regions and do not speak Spanish. His main criticism of the CBP One app is that its algorithm does not prioritize asylum seekers by country of origin. Jamshid on the other hand, is especially happy that the USA is offering a legal way to cross the border with the app: »We are trying to stick to the legal directions the Americans give. [...] We have some money left so we can wait. We're planning to wait« (Interview Jamshid 2023).

CONCLUSION

The application CBP One fits into the picture of outsourced border controls and new technological measures as ultra-modern and digital border software is used, which promises more efficient border management. Like the EU, border procedures are outsourced to other countries. In this case, the U.S. authorities have shifted the border

procedure to Mexico. This ties in with the debate on the importance of safe third countries for border management in the Global North, smart borders, as well as the externalization of borders and border controls. Facial recognition measures are also becoming increasingly relevant in both the American and European context. This is demonstrated by the CBP One app, which has an experimental character on the one hand and a racial bias on the other. This means that asylum seekers have different chances of claiming their right to asylum. In addition to the CEAS reform, a new, ultramodern Entry/Exit System (EES) Regulation is being developed in Europe, which is due to start in 2025 (European Union 2024).

CBP One introduced a smart border system that brings with it new opportunities and risks and is the latest technical tool in the USA's previous attempts to predict and control migration movements. Like its predecessor policies MPP and Title 42, CBP One forces asylum seekers to wait in Mexico for an uncertain period of several weeks to months. Therefore, waiting times have also shifted to Mexico. During this time, the already vulnerable people are exposed to considerable risks, as they can easily be kidnapped and exploited or become the target of criminal organizations. What is new about it is the great personal responsibility that the asylum seekers themselves bear: they must enter all their personal data in advance. Depending on their technical skills, they run the risk of making mistakes when entering their data. This could exclude them from the subsequent asylum process—possibly without ever having seen a human counterpart. The lottery-like nature of the process is also new, requiring people to invest a lot of time and nerves while waiting for their asylum application. The fact that the application essentially functions as a lottery system (Amnesty International 2024) represents a significant difference to the European approach, which initially allows all people access to an asylum procedure, even if only some are granted a (widely criticized) fast-track procedure.

Just as it is unclear how exactly the CEAS reform will be implemented and applied and what this means for asylum seekers coming to Europe, it is uncertain how the use of the CBP One app will develop in the future. In both cases, additional digital barriers are being created, which represent a further step towards restricting the right to request asylum. What is certain is that the way the app works has already changed several times in the three months from June to August 2023 and beyond. Amnesty International points out that technological tools such as CBP One should at least not be used as the exclusive means of entry into the USA to apply for international protection. The introduction of the app has created significant obstacles, especially for people who do not have access to mobile devices or the internet or are otherwise unable to access the application (Amnesty International 2023). Nevertheless, it offers a legal way to cross the U.S. border and promises a safe transit—at least the short way

across the border to the USA. However, asylum seekers in Mexico are already reporting numerous checks and obstacles, regardless of whether they have an appointment or not. Interestingly, the actual crossing of the border from Guatemala to Mexico was never presented as a problem. Rather, the vertical border checkpoints were addressed, which do not run along the border, but northwards from Tapachula along the main routes to the north (Torre-Cantalapiedra/Yee-Quintero 2018). Major disinformation prevails, especially due to many constant, small changes to the application. As a result of the app, Mexico's northern cities in particular Tijuana are increasingly becoming »prison cities« (Miranda 2023: 22), which means that migrants have to wait in the open once again.

LITERATUR

- Abi-Habib, Maria / Rodríguez Mega, Emiliano / Sandoval, Edgar / Goodman, J. David (2023): Migrants Struggle to Get Appointments on Border Protection App. New York Times of 11.05.2023. URL: [nytimes.com](https://www.nytimes.com) [22.11.2023].
- American Immigration Council (2023): Fact Sheet CBP One: An Overview. URL: americanimmigrationcouncil.org [22.11.2023].
- Amnesty International (2024): CBP One: A Blessing or A Trap? URL: [amnesty.org](https://www.amnesty.org) [24.05.2024].
- Amnesty International (2023): USA: Mandatory use of CBP One mobile application violates right to seek asylum. URL: [amnesty.org](https://www.amnesty.org) [22.11.2023].
- Bloch, Alice / Chimienti, Milena (2011): Irregular migration in a globalizing world. In: *Ethnic and Racial Studies* 34 (8). 1271–1285.
- Castles, Stephen / Cubas, Magdalena Arias / Kim, Chulhyo / Ozkul, Derya (2012): Irregular Migration: Causes, Patterns, and Strategies. Global perspectives on migration and development. In: Omelaniuk, Irena (Ed.): *Global Perspectives on Migration and Development: GFMD Puerto Vallarta and Beyond*. Dordrecht/Heidelberg/New York/London. 117–151.
- Centers for Disease Control and Prevention (CDC) (2022): § 265. Suspension of entries and imports from designated places to prevent spread of communicable diseases. URL: [cdc.gov](https://www.cdc.gov) [30.11.2023].
- Centers for Disease Control and Prevention (CDC)/Department of Health and Human Services (DHH) (2020): Notice of Order Under Sections 362 and 365 of the Public Health Service Act Suspending Introduction of Certain Persons From Countries Where a Communicable Disease Exists. URL: [govinfo.gov](https://www.govinfo.gov) [30.11.2023].
- Cinta Cruz, Jaime Horacio (2020): Movilidades extracontinentales. Personas de origen africano y asiático en tránsito por la frontera sur de México. Universidad de Ciencias y Artes de Chiapas. Centro de Estudios Superiores de México y Centroamérica. Chiapas.

- Comisión Nacional de los Derechos Humanos (CNDH) (2020): Informe anual de actividades 2019. URL: cndh.org.mx [13.06.2024].
- Del Bosque, Melissa (2023): Facing Bias: CBP's Immigration App Doesn't Recognize Black Faces, Barring Thousands from Seeking Asylum. *The Border Chronicle* of 07.02.2023. URL: theborderchronicle.com [22.11.2023].
- European Union (2024): New requirements to travel to Europe. What is the EES? URL: travel-europe.europa.eu [12.06.2024].
- Flores, Lupe Alberto (2020): Surveillant Materialities of Migrant (Im)mobility: Reconceptualizing Border Technologies. *Platypus: The CASTAC Blog Online* of 27.07.2020. URL: blog.castac.org [22.11.2023].
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Kron, Stefanie / Rodatz, Mathias / Schwertl, Maria / Sontowski, Simon (2017): Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des Europäischen Grenzregimes. In: Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Kron, Stefanie / Rodatz, Mathias / Schwertl, Maria / Sontowski, Simon (Eds.): *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III*. Berlin. 6–24.
- Hess, Sabine / Heimeshoff, Lisa Marie / Kron, Stefanie / Schwenken, Helen / Trzeciak, Miriam (2014): Einleitung. In: Heimeshoff, Lisa Marie / Hess, Sabine / Kron, Stefanie / Schwenken, Helen / Trzeciak, Miriam F. (Eds.): *Grenzregime II. Migration | Kontrolle | Wissen. Transnationale Perspektiven*. Hamburg/Berlin. 9–39.
- Human Rights Watch (2022): ›Remain in Mexico‹: Overview and Resources. URL: hrw.org [22.11.2023].
- International Displacement Monitoring Centre (IDMC) (2023): Country Profile Mexico. URL: internal-displacement.org [28.11.2023].
- International Organisation for Migration (IOM) (2020): Key Migration Terms. URL: iom.int [14.06.2024].
- Kasperek, Bernd / Tsianos, Vassilis S. (2013): Von Schengen nach Lampedusa, Ceuta und Piräus: Grenzpolitiken der Europäischen Union. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63 (47). 39–46.
- Kocher, Austin (2023): Glitches in the Digitization of Asylum: How CBP One Turns Migrants' Smartphones into Mobile Borders. *Societies* 13 (6). 149.
- Miranda, Bruno (2023): African Migration in Waiting: New Scope and Dimension of Migration Contention in Mexico. *Revista Pueblos y fronteras digital* 18. DOI: doi.org/10.22201/cimsur.18704115e.2023.v18.633.
- Miranda, Bruno / Hernández, Aída Silva (2022): Overwhelmed management: asylum applications in the United States and waiting mechanisms beyond its borders. *Migraciones internacionales* 13. DOI: doi.org/10.33679/rmi.v1i1.2385.
- Narvaez Gutiérrez, Juan Carlos (2015): Migración irregular extracontinental en México. Apuntes para el diseño de una política y gestión migratoria. Centro de Estudios Migratorios. Unidad de Política Migratoria, México. *Migración y desarrollo* 24. DOI: URL: scielo.org.mx [25.01.2025].
- ProAsyl (2024): GEAS-Reform im EU-Parlament: Historischer Tiefpunkt für den Flüchtlingsschutz in Europa. Presseerklärung, 10.04.2024. URL: proasyl.de [29.05.2024].
- ProAsyl (2016): Abschiebungen in die Türkei: Rechtswidriger Akt der Unmenschlichkeit. Presseerklärung, 04.04.2016. URL: proasyl.de [24.05.2024].

- ProAsyl (2014): Geplante Frontex-Verordnung: EU will das Abdrängen von Flüchtlingen zur Norm erklären. Presseerklärung, 20.02.2014. URL: proasyl.de [24.05.2024].
- Shachar, Ayelet (2007): The Shifting Border of Immigration Regulation. In: *Immigration and Nationality Law Review* 28. 387–418.
- Schulze-Wessel, Julia (2012): Grenzfiguren. Über Staatenlosigkeit, undokumentierte Migration und die Permanenz der Grenze. *Zeitschrift für Politische Theorie* 3 (2). 151–166.
- The White House (2025): Securing our borders. Presidential Actions. URL: white-house.gov (10.07.2025).
- Torre-Cantalapiedra, Eduardo / Yee-Quintero, José Carlos (2018): México ¿una frontera vertical? Políticas de control del tránsito migratorio irregular y sus resultados, 2007–2016. *LiminaR* 16 (2). 87–104.
- Tsianos, Vassilis S. / Kasperek, Bernd (2015): Zur Krise des europäischen Grenzregimes: eine regimetheoretische Annäherung. In: *Widersprüche* 35 (138). 9–22.
- U.S. Citizenship and Immigration Council (USCIS) (2023): Processes for Cubans, Haitians, Nicaraguans, and Venezuelans. URL: uscis.gov [22.11.2023].
- U.S. Customs and Border Protection (CBP) (2024): CBP One™ Mobile Application. URL: cbp.gov [22.11.2024].
- U.S. Customs and Border Protection (CBP) (2023): CBP One™ Mobile Application. URL: cbp.gov [22.11.2023].
- U.S. Department of Homeland Security (DHS) (2025). DHS Issues Notices of Termination for the CHNV Parole Program, Encourages Parolees to Self-Deport Immediately. URL: dhs.gov [10.07.2025].
- U.S. Department of Homeland Security (DHS) (2023). Fact Sheet: CBP One Facilitated Over 170,000 Appointments in Six Months, and Continues to be a Safe, Orderly, and Humane Tool for Border Management. URL: dhs.gov [22.11.2023].
- U.S. Department of Homeland Security (DHS) (2019): Migrant Protection Protocols. URL: dhs.gov [29.05.2024].
- U.S. Department of State (2021): Revised National Statement of the United States of America on the Adoption of the Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration. URL: state.gov [22.11.2023].

»Like lipstick on a gorilla«

Das Closed Controlled Access Centre (CCAC) auf Samos als Blaupause für zukünftige Asylgrenzverfahren

JULIA MANEK

Abstract: This article outlines the possible consequences of the asylum border procedures under the new Common European Asylum System (CEAS), focusing on the Closed Controlled Access Center (CCAC) on Samos. For the short period since the EU commissioner's promise »no more Morias!« and the subsequent opening of the CCAC in September 2021, this article evaluates the transforming conditions based on the psycho-geographical counter-mappings created by de facto detainees and human rights defenders. Like the former Reception and Identification Center (RIC) Moria on Lesbos, the old RIC on Samos subjected its residents to the inhumane and degrading conditions of a torturing environment. In contrast, there was reason to believe that the new CCAC, built for 43 million euros and said to follow the best humanitarian standards, would explicitly not meet these criteria. However, the counter-mappings expose how the violent neglect of the old RIC transforms into the surveilled and weaponised space of yet another torturing environment. Hidden from the public gaze, the CCAC creates a reminiscent of Moria.

Keywords: migration detention, camp, torturing environment, counter-mapping, CEAS

PROLOG

Es war einmal ein Europa, das sich als Europa der Aufklärung und der Menschenrechte erzählte. Tatsächlich wurde in ebendiesem Europa auch der Grund für die Schaffung des modernen Rechts auf Asyl gelegt: Denn die Verbrechen gegen die Menschlichkeit des deutschen Faschismus und die daraus resultierenden Fluchtbewegungen hatten klar gezeigt, dass es Schutzmechanismen angesichts der Abgründe der Unmenschlichkeit bedurfte.

Aber Jahrzehnte später gab es in diesem Europa auch Lager, die diejenigen zusammenpferchten, die in Europa Schutz suchten. Unter diesen Lagern gab es eins, das war besonders berüchtigt: In »Moria« waren die Lagerbedingungen so schlimm, dass die Menschen, die in ihm leben mussten, an Weihnachten 2020 schrieben, »oft lesen

und hören wir, dass wir in diesen Lagern wie Tiere leben müssen, aber wir denken, dass das nicht stimmt. Wir haben die Gesetze zum Schutz der Tiere in Europa studiert und wir haben herausgefunden, dass sogar sie mehr Rechte haben als wir» (Moria Corona Awareness Team/Moria White Helmets 2020). Nicht nur die Schutzsuchenden selbst, auch menschenrechtsbasierte Forschung attestierte dem Lager, ein Ort zu sein, der durch umweltbedingte, soziale und affektive Misshandlung einen Raum schaffte, der psychophysiologische Funktionen und menschliche Subjektivität intentional angriff und gemäß der Definition der Konvention gegen Folter der Vereinten Nationen (1984) die Kriterien von Folter oder anderer grausamer, erniedrigender oder unmenschlicher Behandlung erfüllte. Moria war ein ›Torturing Environment‹¹ (Grupo Acción Comunitaria 2020; Pérez-Sales et al. 2022). Nachdem das erste Moria in Flammen aufgegangen war, wollte Europa im Angesicht des skandalisierten Grenzspektakels neue Lager bauen. Eins sollten sie nicht werden: »Keine Morias mehr«, versprach die EU-Kommissarin Johansson (EU Debates 2020). Es sollten ›Multi-Purpose Reception and Identification Centres‹ (MPRIC) werden, die die Bedarfe der Bewohner:innen vollkommen decken sollten (Hellenic Republic Ministry of Migration and Asylum 2021). Johansson hatte weiterhin versprochen: »[Die Lager] werden nicht geschlossen; sie werden human sein.« (EU Debates 2020)

Jedoch, bereits einen Tag vor der Eröffnung des ersten dieser neuen Lager auf der griechischen Insel Samos, unweit von Lesbos, wurde dieses Versprechen gebrochen: Das Eingangstor des Lagers hatte ein Schild bekommen. Darauf stand nicht etwa ›MPRIC‹, sondern ›CCAC‹, kurz für ›Closed Controlled Access Centre‹. Dann öffnete das CCAC seine Pforten für die Presse und geladene Politiker:innen, bevor es die umgesiedelten Bewohner:innen des alten Lagers hinter einem mehrreihigen NATO-Draht vor den Augen der Öffentlichkeit verbarg, ihre Bilder aber gleichzeitig per CCTV-Überwachung dem Kontrollzentrum in Athen zugänglich machte

EINLEITUNG

Wenig Gesetzgebungen werden so häufig verändert wie Asyl- und Migrationsrechte (Federico/Pannia 2021). Das EU-Grenzregime hat eine lange Geschichte von Abkommen, fortschreitender Abschottung und internen Reibungen. Dabei verschiebt sich das Spannungsfeld zwischen Asyl- und Menschenrecht vs. Versicherheitlichung

¹ | Dt: »folternde Umgebung« bzw. »folterndes Umfeld«. Im Folgenden wird statt der deutschen Übersetzung der englische Begriff verwendet, der klarer definiert ist und einen größeren Bedeutungsraum umfasst.



Abb. 1: Von weitem spektakulär, von innen geschlossen: das CCAC auf Samos im Frühjahr 2023 (eigene Abbildung; CC BY-NC 2.0)

und Kriminalisierung der Migration drastisch in Richtung von Abschreckung und Abschottung. Der 2020 von der Europäischen Kommission initiierte Neue EU-Pakt zu Migration und Asyl forciert die bereits entmenslichenden Bedingungen an den europäischen Außengrenzen weiter; das ab 2024 reformierte Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) legalisiert sie. Eine der drastischsten Verschärfungen ist die Ausweitung der Asylgrenzverfahren und die Fiktion der Nichteinreise (Hänsel 2024). Die juristischen und politischen Auseinandersetzungen um das GEAS werden an anderen Stellen genauer beschrieben (u.a. Kasperek 2023; Majcher 2021; Pro Asyl 2024). Stattdessen versucht dieser Beitrag anhand der Realität der – mit über einer Viertelmilliarde Euro von der EU finanzierten – neuen CCACs auf den Ägäischen Inseln als Blaupause für zukünftige geschlossene Lager an den Außengrenzen eine Antwort darauf zu skizzieren, welche realen Folgen das neue GEAS haben mag.

Die Geschichte des CCACs auf Samos legt Zeugnis davon ab, wie sich nicht nur die Gesetzgebung, sondern auch die Verhältnisse in den Lagern rasend schnell ändern. Das Vorgänger-Camp, das *Reception and Identification Centre* (RIC), glich dem RIC Moria auf Lesbos. Angrenzend an die Inselhauptstadt Vathy war auch das RIC auf Samos bekannt für die offen menschenunwürdigen Bedingungen (Médecins Sans Frontières 2021). Dem griechischen Ministerium für Migration (Hellenic Republic Ministry of Migration and Asylum 2020) zufolge mussten teilweise rund 8.000 Personen im Lager leben, während sie auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge warteten. Die offiziellen Lagerstrukturen waren nur für 650 Bewohner:innen ausgelegt. Das Leben innerhalb des RICs und in den umgebenden informellen Siedlungen war durch das Fehlen wichtiger Versorgungsstrukturen gekennzeichnet, was zu schweren Gesundheitskrisen führte (Samos Advocacy Collective 2021). Die informellen Bauten hatten sich ausgedehnt, migrantische Selbstorganisation hatte Andachtsorte, Schu-

len und Bäckereien gebaut. Polizeieinsätze vermochten zwar Angst und Schrecken zu erzeugen, jedoch war die Zone kaum noch regierbar. Mehrfach artikuliert sich Protest gegen die unerträglichen Bedingungen (Beattie/Bird 2019). Zwei Jahre nach der Schließung des RICs auf Samos im September 2021 erklärte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im April 2023, dass die dortigen Lebensbedingungen die Ausmaße von Folter oder anderer grausamer, erniedrigender oder unmenschlicher Behandlung erreichten (Schayani/Maydell 2023).

Als das CCAC auf Samos im September 2021, in etwa 1,5 Stunden Laufweite von sämtlichen Orten, eröffnet wurde, äußerten Menschenrechtsorganisationen bereits nach den ersten Monaten der Nutzung ernsthafte Bedenken aufgrund zahlreicher Menschenrechtsverletzungen (Samos Advocacy Collective, Europe Must Act 2022b, 2022a). Anfang 2023 kam die auf Samos aktive Nichtregierungsorganisation *I Have Rights* (IHR) zu dem Schluss, dass die formal als ›Unterbringung‹ bezeichneten Verhältnisse *de facto* einer unrechtmäßigen Inhaftierung gleichkäme. Ende 2023 berichteten Menschenrechtsorganisationen nicht nur von illegaler Inhaftierung, sondern auch von sich weiter verschlechternden Bedingungen und extremer Überbelegung (Avocats sans Frontières France et al. 2023).

Angesichts dieser schnellen und drastischen Veränderungen möchte ich darauf hinweisen, dass dieser Beitrag sich auf eine Momentaufnahme bezieht, von den letzten Monaten des alten Lagers im Sommer 2021 über die Eröffnung des CCACs im September 2021 bis zum Frühjahr 2023. Für diesen kurzen Zeitraum zieht dieser Beitrag eine Bilanz, aufbauend auf einem neu entwickelten *Mixed Methods*-Ansatz, der als psycho-geographisches Counter-Mapping die räumlichen Konfigurationen von karzeralen Institutionen und die Subjektivierung der dort eingeschlossenen Menschen analysiert (Manek et al. 2023b). Die quantitative Dimension basiert auf der *Torturing Environment Scale* (Pérez-Sales 2016), die als validiertes Instrument die Evaluation von karzeralen Institutionen als mögliche *Torturing Environments* ermöglicht (Cakal 2018; Pérez-Sales et al. 2021).

Statt eine bloße Checkliste zu sein, ist die *Torturing Environment Scale* eine multidimensionale Erfassung derjenigen Foltermethoden, mit denen eine Haftinstitution spezifische psychophysiologische Funktionen von Menschen attackiert. Zusätzlich berücksichtigt die *Torturing Environment Scale* auch die subjektive und gelebte Erfahrung der Betroffenen. Sie enthält acht Unterskalen, wobei vor allem (1) *kontextuelle Manipulationen*, (2) *Angst erzeugende Handlungen* sowie (3) *Schmerz erzeugende*

Handlungen hervortreten.² Die qualitative Dimension des Ansatzes basiert auf einer Grounded Theory-Perspektive, welche die offenen Fragen der *Torturing Environment Scale* und der georeferenziellen Informationen des – nachfolgend weitergehend erklärten – psycho-geographischen Counter-Mappings verbindet. Der Beitrag bezieht sich auf 26 Counter-Mappings von Bewohner:innen des alten RICs, des damals neuen CCACs im Herbst 2021 und des nicht mehr ganz so neuen CCACs im Frühjahr 2023, sowie auf sechs ausführliche Interviews mit Menschenrechtsverteidiger:innen. Entlang der Analyse der zeitlich-räumlichen Konfigurationen des CCACs und den Subjektivierungen der Teilnehmenden versteht dieser Beitrag das CCAC nach Massey (1984) sowohl als gebaute Umgebung als auch als einen sozialen Raum und fragt: (Wie) Unterscheidet sich das neue Lagerregime von dem Regime der offenen Entmenschlichung des alten Lagers? Und welche Hinweise liefert die materielle Realität des CCACs in Bezug auf die Transformation des europäischen Grenzregimes?³

COUNTER-MAPPING THE CAMP(S)

Als kritisch-kartographische Ansätze machen Counter-Mappings Ausbeutung und Unterdrückung sichtbar oder skizzieren alternative Territorien (u.a. Dalton/Mason-Deese 2012; Kollektiv kritisches Kartieren orangotango 2012). Auch in der kritischen Migrationsforschung werden Counter-Mappings häufig verwendet (Campos-Delgado 2018; Musiol 2020). Unterschiedliche Counter-Mapping-Ansätze bilden verschiedene Maßstabsebenen und Topographien ab; sie bieten die Möglichkeit, feministisch-geographische Maßstabsebenen des Alltäglichen, des Körpers und der Emotionen mit der regionalen oder gar globalen Ebene transnationaler Migrationsregime in Verbindung zu bringen (Conlon et al. 2017). Gleichzeitig ermöglichen counter-forensische Kartierungen, Staaten oder Unternehmen zur Rechenschaft für Menschenrechtsverletzungen und -verbrechen zu ziehen (Forensic Architecture 2020; Lo Presti 2019; Pérez-Sales/Petersen 2023).

Für die Kartierung migrationsbezogener Haftinstitutionen entwickelte sich über Jahre ein Ansatz psycho-geographischen Counter-Mappings, basierend auf einer Karte der karzeralen Institution als primärem Werkzeug (u.a. Manek/Fernández de la

2 | Weitere Subskalen sind (4) *extreme Schmerzen*, (5) *sexuelle Integrität*, (6) *Bedürfnis nach Zugehörigkeit*, (7) *Handlungen, die auf die Identität und das Gefühl der Kontrolle abzielen* und (8) *Zwangsverhöre*.

3 | Auf Grund der Beschränkungen der Länge dieses Beitrags ist eine ausführliche Beschreibung des Forschungsansatzes und der Ergebnisse an anderer Stelle zu finden (Manek 2024).



TORTURING ENVIRONMENTS

Bereits durch das oben erwähnte EGMR-Urteil (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 2023) von April 2023, das die Bedingungen im RIC Samos als Verletzung von Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention und somit als »unmenschliche und erniedrigende Behandlung« einstufte, und analog zu den Untersuchungen von Moria (Grupo Acción Comunitaria 2020; Pérez-Sales et al. 2022) kann das alte RIC als *Torturing Environment* verstanden werden. Demgegenüber gab es Grund anzunehmen, dass ein – rund 43 Millionen Euro teures – Lager wie das CCAC, das den offiziellen Angaben zufolge explizit nach besten humanitären Maßstäben gebaut wurde, die Kriterien eines *Torturing Environments* ausdrücklich *nicht* erfüllen würde.

Folgt man dieser Annahme, so ist zu erwarten, dass der quantitative Vergleich zwischen dem alten RIC und dem neuen CCAC eine signifikante Verbesserung hinsichtlich der Ausprägungen auf der *Torturing Environment Scale* anzeigt. Dieser Unterschied blieb überraschenderweise aus.⁴ Die qualitativen visuellen Ergebnisse der Counter-Mappings bestärkten dieses quantitative *Non-Finding*. Obwohl einzelne Bewohner:innen nach dem Umzug des Lagers im Herbst 2021 die neue und noch ordentliche Infrastruktur des neuen Lagers hervorhoben – gleichzeitig aber auch dessen abgelegene Lage und die gefängnisähnliche Architektur negativ betonten – ähneln sich die Counter-Mappings des alten und des neuen Lagers substantiell. Die Farben und Symbole, die die entmenslichenden Bedingungen des alten Lagers abbilden und vor allem Gefühle der Unsicherheit und des Ekels sichtbar machten (Manek 2025; Manek et al. 2023a) tauchen auch in den Counter-Mappings des CCACs in Abbildung 3 wieder auf. Die Counter-Mappings vom Frühjahr 2023 bilden ab, dass sich die Gefühle von Angst und Ekel bei den Lagerbewohner:innen weiter verschärfen. Während einzelne Bewohner:innen im Herbst 2021 zumindest noch die administrative Zone des CCACs mit dem Gefühl von Sicherheit verbunden hatten, signalisierten die orangenen Farbkodierungen der späteren Counter-Mappings, dass diese Zone bis zum Frühjahr 2023 zu einem Brennpunkt von Angst und Unsicherheit geworden war:

4 | Für die Analyse der Unterschiede zwischen dem RIC im Sommer 2021 ($n = 8$), dem CCAC im Herbst 2021 ($n = 7$) und dem CCAC im Frühjahr 2023 ($n = 11$) wurde ein Kruskal-Wallis-Test für die Subskalen der *Torturing Environment Scale* durchgeführt. Die höchsten Mittelwerte für die Subskalen (1) kontextbezogene Manipulationen ($M = 4,04$, $SD = 1,22$) und (2) Angst erzeugende Handlungen ($M = 2,42$, $SD = 0,95$). Es zeigte sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Messzeitpunkten (Subskala 1: $H(2) = 3,72$, $p = 0,16$; Subskala 2: $H(2) = 0,03$, $p = 0,99$).

Im Zuge der Pandemie war sie in eine Quarantänezone umgewandelt worden, in der Ankommende von wiederkehrenden körperlichen Misshandlungen durch Polizeibeamte berichteten. Zudem skizzieren die Counter-Mappings vom Frühjahr 2023 eine deutliche Verschlechterung der Infrastruktur im Vergleich zum Herbst 2021, mit einer Zunahme unhygienischer Zustände, inklusive eines massiven Kakerlakenbefalls – wie von einer Bewohnerin des CCACs beschrieben (siehe Abbildung 3; siehe auch Manek 2025).

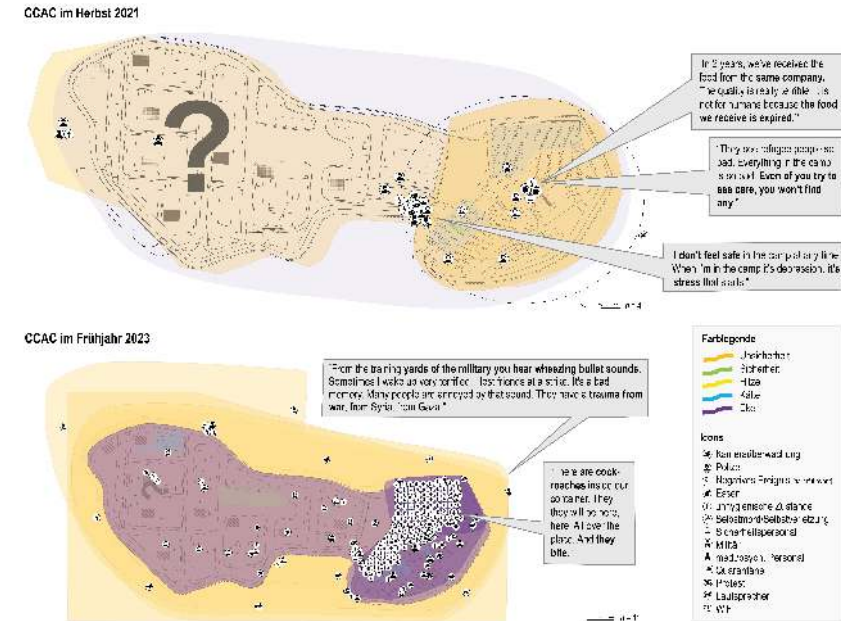
Die beschriebene *Mixed Methods*-Analyse macht deutlich, dass das CCAC sowie das RIC als *Torturing Environments* betrachtet werden können, in denen die Bewohner:innen der Lager durch die Umgebungsbedingungen und Be- bzw. Misshandlungen in ihrer physischen und psychischen Integrität – unter Bedingungen anhaltender Kameraüberwachung – intentional verletzt werden. Dazu gehören verschiedene Dimensionen, von denen einige – aber längst nicht alle – in Abbildung 3 abgebildet werden: verschimmeltes Essen, die Abwesenheit von medizinischer, psychologischer und humanitärer Versorgung, die Verkehrung des Versprechens von Sicherheit in Versicherheitlichung des Lagers und gleichzeitiger Herstellung von körperlicher und emotionaler Unsicherheit für die Bewohner:innen.

Was bedeutet die neuerliche Herstellung von *Torturing Environments* in den überwachten und eingezäunten Verhältnissen des CCACs? Welche Aussagen lassen sich für die Form des Regierens des europäischen Migrationsregimes aus der intentionalen Herstellung von Haftorten ableiten, in denen die inhaftierten Personen absichtlich geschädigt werden?

EIN NEKROPOLITISCHER RAUM?

Es ist nicht einfach, Einsicht in das Geschehen des CCACs zu erhalten. Im Gegensatz zu den offen entmenslichenden Bedingungen der alten Lager verdecken mindestens drei Schichten die gewaltvollen Bedingungen des CCACs: (1) die abgelegene Lage; (2) der mehrreihige Stacheldrahtzaun; (3) die Art der Misshandlungen selbst. Dazu zählen die Verhinderung des Zugangs zur medizinischen oder psychologischen Versorgung in akuten Notfällen oder bei chronischen Krankheiten genauso wie unterlassene Hilfeleistungen durch Polizei und Sicherheitskräfte bei tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Bewohner:innen⁵. Zur Verschleierung der Gewalt trug auch

⁵ | Also in Fällen, bei denen Polizei und Sicherheitskräfte nicht ebenjene sind, die die Gewalt ausüben.



Desinformation und infrastrukturelle Dysfunktionalität vor. Diese vier genannten Modi von Unsicherheit, Nicht-Versorgung, Desinformation und Dysfunktionalität changieren dazu noch, was letztlich dazu führt, dass sich die Bedingungen im CCAC von einem Tag auf den anderen dramatisch verändern (können). Darüber hinaus macht die räumliche Aufteilung in Zonen auch die Trennung sozialer Gruppen und die intersektionale Herstellung von Unterschieden zwischen ihnen deutlich. Eine solche ›Zonifizierung‹ kennzeichnet Minca (2015: 201) zufolge die Haft als biopolitische Machttechnik. Nach der Analyse der Counter-Mappings ist es jedoch weniger die biopolitische Perspektive als vielmehr eine spezifische Lesart der Nekropolitik (Mbembe 2016), welche die Rolle des CCACs im Grenzregime zu erklären vermag.

Damit tritt dieser Beitrag in Resonanz mit einer wachsenden Zahl an Arbeiten kritischer Migrationsforschung und politischer Geographie (Dehm 2020; Valencia/Falcón 2021; Wilson et al. 2023), die den Fokus weg von der Biomacht auf die Seite der Verletzungen und des »Sterbenlassens« richtet (Davies et al. 2024; Lo Presti 2019; Musarò 2017). Jenseits des »Grenzspektakels«, des Sterbenlassens im Mittelmeer betonen Davies et al., (2024), dass das nekropolitische Sterbenlassen im Grenzregime weniger den physischen Tod von Illegalisierten zum erklärten Ziel hat, sondern vielmehr das »nicht Sterbenlassen« bei anhaltender Verletzung. Eine ähnliche Diagnose ergibt sich aus dem CCAC als ein intentional hergestelltes *Torturing Environment*: Es konzentriert sich auf ebenjenen Bereich von Herrschaft, in dem die Reproduktion des Lebens nicht gefördert, sondern anhaltend geschädigt wird.

Jenseits des Grenzspektakels ist aber ebendieser Bereich nicht einfach einsehbar. Verschiedene Ebenen der Unsichtbarmachung verdecken die innere Brutalität der Lager. Dazu zählen nicht nur die örtliche Abschottung und die Wälle aus Stacheldraht, sondern auch die Formen der Verletzungen selbst, wie die Unterlassung von Hilfeleistung in medizinischen oder sicherheitsrelevanten Notfällen. Dabei ist die Be- bzw. Misshandlung der Menschen in den Lagern entlang von Rassismen und intersektionalen Ungleichheiten unterschiedlich und zudem zeitlich changierend.⁷ Der Rassismus der differenziellen Inklusion produziert phantasmatische ›soziale Andere‹ und legitimiert darüber nachfolgende Praktiken der Entmenschlichung. Der rassistische ›Einschluss durch Ausschluss‹ aber ermöglicht es Europa nicht zuletzt, ein liberales Gesicht zu wahren, während das Grenzregime rassifiziertes Leben beschädigt und

7 | Wie oben angemerkt findet sich eine ausführlichere Beschreibung der Dimensionen des CCACs als ›Torturing Environment‹ sowie eine Erläuterung der Ausschlussmechanismen und deren sprunghaften Veränderungen in Manek (2024).



Abb. 4: Bilder von Wohncontainern des CCACs (Foto: inhaftierte Bewohner:in; Credits: I Have Rights).

der autoritäre Wandel die demokratischen Strukturen im Inneren aushöhlt. Mbembe (2016) beschreibt derartige Dynamiken als Bestandteil einer ›*Society of Enmity*‹.⁸

Auf (menschen-)rechtlicher Ebene erfordert die Analyse des CCACs als *Torturing Environment* die Reflexion der fehlenden sozialen Kontrolle angesichts staatlicher Verbrechen (Rothe et al. 2009). Nimmt man das CCAC auf Samos als Blaupause dafür, was vom reformierten GEAS zu erwarten ist, so ist Pessimismus angebracht (Samos Volunteers 2023): Im Frühjahr 2023 war die faktische Inhaftierung der Bewohner:innen in den CCACs noch rechtswidrig. Jedoch legalisiert die Umsetzung der GEAS-Reform die Inhaftierungspraktiken. Während es bereits unter den gegebenen Bedingungen extrem schwierig ist, Einsicht in das CCAC zu erhalten, droht das GEAS, kritische Interventionen *de facto* zu verunmöglichen.

8 | Dt. in etwa »Gesellschaft der Feindschaft«.



Abb. 5: Bilder der Behelfsunterkünfte im CCAC (Foto: inhaftierte Bewohner:in; Credits: I Have Rights)

Der Aufbau der CCACs ist ein paradigmatisches Beispiel dafür, wie eine euphemistische Rhetorik die ›dysphemistischen Praktiken‹ (Campos-Delgado 2024) verdeckt, die dem wachsenden karzeralen Humanitarismus (Brankamp 2022) inhärent sind. Dieser gibt zunächst die Menschenrechte auf, indem er sie zu einer rein humanitären Frage macht. Letztlich drohen die Politiken der Abschreckungen, den liberalen Humanismus selbst abzuschaffen. Dabei stehen die Abschreckungspolitiken im Einklang mit dem »Festungskapitalismus« (Georgi 2019), der private Interessen und repressive Elemente ausbaut und den gesellschaftlichen Klimawandel zum Autoritarismus weiter anheizt. Hier spielt auch die neue ›Krisenverordnung‹ der GEAS-Reform eine Rolle: Sie ermöglicht die vollständige Aushebelung von Grundrechten an den Grenzen⁹ (Hänsel 2024).

Angesichts der autoritären Umbrüche und der gesellschaftlichen Verrohung droht die Gewalt an den Außengrenzen auch die demokratischen Werte im Inneren zu zer-

⁹ | Umreißt dabei aber sehr unklar, was eigentlich unter ›Krise‹ zu verstehen ist. Hänsel (2024) befürchtet daher folgerichtig die anhaltende Absenkung der Rechtsstandards.



Abb. 6: Bilder der Behelfsunterkünfte im CCAC (Foto: inhaftierte Bewohner:in; Credits: I Have Rights)

stören (Heins/Wolff 2023), die sie auf Kosten der Unversehrtheit der Undokumentierten und Illegalisierten zu schützen vorgeben.

EPILOG: »HAPPILY EVER AFTER?«

Wohl erwartete niemand, dass am Ende dieses Beitrags steht, »sie lebten glücklich bis ans Ende ihrer Tage«. Dennoch könnte man meinen, dass es schlimmer kaum werden kann. Leider trifft auf das CCAC stattdessen zu, dass es immer noch schlimmer geht: Im Verlauf des Jahres 2023 stieg die Zahl der de facto Inhaftierten im CCAC. Und stieg so sehr, dass die Kapazität des CCACs von 2040 Personen (European Union Agency for Asylum 2022) deutlich überschritten wurde. Was nun könnte eine angemessene Reaktion auf die gestiegene Zahl der Inhaftierten sein? Sicherlich nicht, rein fiktiv die nominelle Lager-Kapazität zu erhöhen. Das genau aber geschah: Von einer Nacht auf die andere zeigte die Webseite des CCACs eine Kapazität von 3.659 an (Bird/Dodd 2023).

Damit einher ging eine unvorstellbare Verschlechterung der Bedingungen, u.a. der Ausfall des Wassersystems. Bilder entstanden, wie man sie aus den Tagen der Morias in Erinnerung hatte: Die Wohn-Container weisen derartige Verschleißspuren auf, dass beim Anblick der heruntergekommenen Betten und Wasserinstallationen unwillkürliche Ekelgefühle auftauchen. Die Betrachter:in der Bilder will auf keinen Fall

auch nur eine Nacht dort verbringen. Geschweige denn monatelang in ihnen ausharren müssen.

Doch inmitten der Überwachungskameras im 43 Millionen Euro teuren Camp, dessen Kosten für den laufenden Betrieb von lokalen Organisationen auf über eine Million Euro geschätzt wird – wobei die größten Posten in dieser Schätzung die Gehälter des Sicherheitspersonals sowie die Stromkosten sind – ist die frappierendste Reminiszenz der alten Lager der Anblick der notdürftig aus Paletten und UNHCR-Zeltbahnen zusammengezeimerten informellen Bauten (Border Violence Monitoring Network 2024).

Weit außerhalb des Radars der öffentlichen Aufmerksamkeit, hinter dem NATO-Draht, sind sie wieder da: Die Bilder von Moria.

Die Geographien der Haft sind unbeständig. Letztlich zeigt das Beispiel des CCACs, dass es unmöglich ist, Lager zu reformieren. Sie müssen abgeschafft werden. Nicht nur wegen der unmittelbaren, gegenwärtigen Zustände, sondern auch angesichts der entmenslichenden und zerstörerischen Horizonte (Arendt 2017), die sie eröffnen.

»It's like putting lipstick on a gorilla. It looks nice but is still a gorilla.«

—Debbie Kilroy, 2022.

LITERATUR

Arendt, Hannah (2017): The Origins of Totalitarianism. 6. Aufl. London.

Avocats sans Frontières France / Fenix Humanitarian Legal Aid / Greek Council for Refugees / Human Rights Legal Project / I Have Rights / Just Action / Legal Centre Lesvos / Médecins Sans Frontières-Greek Section / Samos Volunteers, Skills Factory (2023): Unlawful Detention and Worsening Conditions: Over 4000 Asylum Seekers Unlawfully Detained on Samos and Lesvos. Joint Statement. I Have Rights. URL: ihaverights.eu [29.10.2023].

Beattie, Amanda Russell / Bird, Gemma (2019): Samos: grim winter leads to protests by refugees living in limbo on Greek island. The Conversation of 24.01.2019. URL: theconversation.com [09.05.2023].

Bird, Gemma / Dodd, Ella (2023): Overcrowded camps at Europe's borders. Socialeurope.eu of 10.10.2023. URL: socialeurope.eu [24.01.2024].

Border Violence Monitoring Network (2024): M.S.S. v Greece. Application no. 30696/09. Rule 9 Communication to the Council of Ministers Council of Europe. URL: border-violence.eu [20.05.2024].

Brankamp, Hanno (2022): Camp Abolition: Ending Carceral Humanitarianism in Kenya (and Beyond). In: Antipode 54 (1). 106–129.

Cakal, Ergun (2018): Debility, dependency and dread: On the conceptual and evidentiary dimensions of psychological torture. In: Torture Journal 28 (2). 15–37.

- Campos-Delgado, Amalia (2018): Counter-mapping migration: irregular migrants' stories through cognitive mapping. In: *Mobilities* 13 (4). 488–504.
- Campos-Delgado, Amalia (2024): Euphemistic rhetoric and dysphemistic practices: Governing migration in Mexico. In: *Geopolitics* 29 (1). 1–26.
- Conlon, Deirdre / Hiemstra, Nancy / Mountz, Alison (2017): Geographical perspectives on detention: spatial control and its contestation. In: Flynn, Michael J. / Flynn, Matthew B. (Hrsg.): *Challenging Immigration Detention*. Cheltenham. 141–159.
- Dalton, Craig / Mason-Deese, Liz (2012): Counter (Mapping) Actions: Mapping as Militant Research. In: *ACME. An International E-Journal for Critical Geographies* 11 (3). 439–466.
- Davies, Thom / Isakjee, Arshad / Obradovic-Wochnik, Jelena (2024): The Politics of Injury: Debilitation and the Right to Maim at the EU Border. In: *Geopolitics*. DOI: doi.org/10.1080/14650045.2024.2339894.
- Dehm, Sara (2020): *International law at the border: refugee deaths, the necropolitical state and sovereign accountability*. Rochester, NY.
- European Union Agency for Asylum (2022): *Asylum Report 2022: Annual Report on the Situation of Asylum in the European Union*. European Union Agency for Migration. URL: euaa.europa.eu [19.01.2025]
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (2023): »A.d. v. Greece«, URL: hudoc.echr.coe.int [19.1.2025].
- Federico, Veronica/Pannia, Paola (2021): The Ever-Changing Picture of the Legal Framework of Migration: A Comparative Analysis of Common Trends in Europe and Beyond. In: Barthoma, Soner/Önver, A. Çetrez (Hg.): *RESPONDing to Migration: A Holistic Perspective on Migration Governance*. Uppsala. 15–43.
- Forensic Architecture (2020): *Pushbacks Across The Evros/Meriç River: Situated Testimony*. URL: forensic-architecture.org [Zugriff: 12.04.2021].
- Georgi, Fabian (2019): Toward Fortress Capitalism: The Restrictive Transformation of Migration and Border Regimes as a Reaction to the Capitalist Multicrisis. In: *Canadian Review of Sociology* 56 (4). 556–579.
- Grupo Acción Comunitaria (2020): *Architecture of Torture in Europe. Study of the Moria refugee camp in Lesbos as a Torturing Environment: The Latest Data on Moria's Suffering*. URL: psicosocial.net [19.01.2025].
- Hänsel, Valeria (2024): *Zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS): Griechenland als Testlabor*. Paper präsentiert bei der Resist. Defend. Protect. Psychosoziale Arbeit in Zeiten der Rechtsverschiebung und Ohnmacht., Berlin: BAfF & medico international.
- Heins, Volker M. / Wolff, Frank (2023): *Hinter Mauern. Geschlossene Grenzen als Gefahr für die offene Gesellschaft*. Frankfurt a. M.
- Hellenic Republic Ministry of Migration and Asylum (2020): *Press Release, 14 April 2020*. Scribd. URL: scribd.com [15.01.2024].
- Hellenic Republic Ministry of Migration and Asylum (2021): *Closed Controlled Access Center of Samos*. URL: migration.gov.gr [13.05.2023].

- Jung, Matthias (2014): Die Eigenlogik traditionaler Sozialbeziehungen und ihre Folgen für intergenerationale Transmissionsprozesse. In: Weiss, Hilde / Schnell, Philipp / Ateş, Gülay (Hg.): Zwischen den Generationen: Transmissionsprozesse in Familien mit Migrationshintergrund. Wiesbaden. 243–260.
- Kasperek, Bernd (2023): Das Ende des Schutzes. Zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). *medico international* (blog) vom 21.12.2023. URL: medico.de [22.06.2024].
- Kollektiv kritisches Kartieren orangotango (2012): Handbuch kritisches kollektives Kartieren. Ein Wegweiser für die gemeinschaftliche Betrachtung und Veränderung unserer Territorien des Alltags. URL: orangotango.info [03.09.2018].
- Lo Presti, Laura Lo (2019): Terraqueous necropolitics: Unfolding the low-operational, forensic, and evocative mapping of mediterranean sea crossings in the age of lethal borders. In: *ACME* 18 (6). 1347–1367.
- Majcher, Izabella (2021): Creeping crimmigration in CEAS reform: detention of asylum-seekers and restrictions on their movement under EU law. In: *Refugee Survey Quarterly* 40 (1). 82–105.
- Manek, Julia (2025): No Camp is a »Good Camp«: The Closed Controlled Access Centre on Samos as a Torturing Environment and Necropolitical Space of Uncare. In: *Antipode* 57 (1). 324–349.
- Manek, Julia / Fernández de la Reguera Ahedo, Alethia (2022): Mapping Migration Detention: Ein psycho-geographisches Countermapping von opaken Institutionen am Beispiel der »Estaciones Migratorias« in Mexiko. In: Michel, Boris / Dammann, Finn (Hg.): Handbuch Kritisches Kartieren. Bielefeld. 55–70.
- Manek, Julia / Bird, Gemma / Galán-Santamarina, Andrea (2023): Closed. Confining. Torturing? The Construction of Torturing Environments in Samos' Hotspot Camps. URL: blogs.law.ox.ac.uk [08.05.2023].
- Manek, Julia / Nethery, Amy / Esposito, Francesca / Pérez-Sales, Pau / Horz, Holger (2023): Mapping migration detention: Mixed methods, grounded theory, transdisciplinary encounters. In: *Methods in Psychology* 9. DOI: doi.org/10.1016/j.metip.2023.100129.
- Massey, Doreen (1984): Introduction: Geography matters. In: Massey, Doreen / Allen, John (Hrsg.): *Geography Matters!* Cambridge. 1–11.
- Mbembe, Achille (2016): *Necropolitics*. Durham.
- Médecins Sans Frontières (2021): Constructing Crisis at Europe's Borders. The EU plan to intensify its dangerous hotspot approach on Greek islands. URL: msf.org.br [19.01.2025]
- Minca, Claudio (2015): Geographies of the camp. In: *Political Geography* 49. 74–83.
- Moria Corona Awareness Team / Moria White Helmets (2020): Offener Brief – Weihnachtsgruß aus Moria II. URL: medico.de [22.06.2024].
- Musarò, Pierluigi (2017): Mare Nostrum: the visual politics of a military-humanitarian operation in the Mediterranean Sea. In: *Media, Culture & Society* 39 (1). 11–28.
- Musioli, Hanna (2020): Cartographic storytelling, migration, and reception environments. In: *Environment Space Place* 12. 1–30.

- No more Morias! EU Commissioner Johansson on refugee crisis. EU Migration Pact (2020): No more Morias! EU Commissioner Johansson on refugee crisis. EU Migration Pact: No More Lies. URL: [youtube.com](https://www.youtube.com) [19.01.2025].
- Pérez-Sales, Pau (2016): *Psychological torture: Definition, evaluation and measurement*. Illustrated Edition. London.
- Pérez-Sales, Pau / Galán-Santamarina, Andrea / Zunzunegui, María Victoria / López-Martin, Sara (2022): Refugee camps as torturing environments. An analysis of the conditions in the Moria Reception Center (Greece) based on the Torturing Environment Scale. In: *International Journal of Environmental Research and Public Health* 19 (16). 1–15.
- Pérez-Sales, Pau / González-Rubio, Raquel / Mellor-Marsá, Blanca / Martínez-Alés, Gonzalo (2021): Beyond torture checklists: an exploratory study of the reliability and construct validity of the Torturing Environment Scale (TES). In: *BMC Public Health* 21 (1). 1–10.
- Pérez-Sales, Pau / Petersen, Hans D. (2023): Forensic assessment of psychological torture. In: *Encyclopedia of Forensic Sciences* 3 (2). 493–502.
- Pro Asyl (2024): GEAS-Reform im EU-Parlament: Historischer Tiefpunkt für den Flüchtlingsschutz in Europa. proasyl.de [22.06.2024].
- Rothe, Dawn L. / Kramer, Ronald C. / Mullins, Christopher W. (2009): Torture, impunity, and open legal spaces: Abu Ghraib and international controls. In: *Contemporary Justice Review* 12 (1). 27–43.
- Samos Advocacy Collective (2021): *Mental health in Samos: the invisible emergency*. URL: reliefweb.int [19.01.2025]
- Samos Advocacy Collective, Europe Must Act (2022a): »A Life Without Freedom Is Not A Life«. Life in the Closed Controlled Access Centre in Samos. europemustact.org vom 20.6.2022. URL: europemustact.org [16.08.2022].
- Samos Advocacy Collective, Europe Must Act (2022b): »All I Want is to Be Free and Leave« Life in the Samos Closed Controlled Access Centre – Greece. [Reliefweb.int](https://reliefweb.int) vom 18.12.2021. URL: reliefweb.int [02.05.2022].
- Schayani, Kilian / Maydell, Max (2023): Inhuman and degrading ›hotspots‹ at the EU Borders: An analysis of how the ECtHR rejects the attempt to push asylum seekers into de facto legal vacuums at the borders of the EU. [Voelkerrechtsblog](https://voelkerrechtsblog.org) vom 27.04.2023. URL: voelkerrechtsblog.org [19.01.2025]
- Valencia, Sayak / Falcón, Liliana (2021): From Gore Capitalism to snuff politics: Necropolitics in the USA-Mexican border. In: Estévez, Ariadna (Hg.): *Necropower in North America: The Legal Spatialization Of Disposability And Lucrative Death*. Cham. 35–59.
- Weizman, Eyal (2017): *Forensic architecture: Violence at the threshold of detectability*. New York.
- Wilson, Brenda K. / Burnstan, Alexis / Calderon, Cristina / Csordas, Thomas J. (2023): »Letting die« by design: Asylum seekers' lived experience of postcolonial necropolitics. In: *Social Science & Medicine* 320. DOI: doi.org/10.1016/j.socscimed.2023.115714.

Rezensionen

Die umkämpfte Bedeutung der Fluchtursachenbekämpfung

Fluchtursachenbekämpfung als Lösungsstrategie der Krise des Migrationsregimes 2015

NEVA LÖW

Keywords: causes of flight, development policy, migration policy, externalization, imperial mode of living

Rezension: Kopp, Judith (2023): Fluchtursachenbekämpfung. Umkämpfte Migrationspolitik im Sommer der Migration 2015. transcript: Bielefeld. 297 Seiten.

Was stand hinter den Forderungen nach einer Fluchtursachenbekämpfung in den Jahren nach 2015? Dem Sommer der Migration 2015 folgten chaotische Versuche, die europäische Migrationspolitik neu zu gestalten. Dabei drehte sich eine relevante Debatte um die Bekämpfung von Fluchtursachen als Lösung des ›Migrationsproblems‹. Sowohl NGOs, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig waren, als auch Vertreter:innen der CDU forderten eine effektive Fluchtursachenbekämpfung. Was allerdings genau darunter verstanden wurde, war umkämpft. Judith Kopp, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Kassel, beschreibt in ihrem Buch »Fluchtursachenbekämpfung. Umkämpfte Migrationspolitik im Sommer der Migration 2015«, wie die Debatten um Fluchtursachenbekämpfung von einem Ringen um deren Interpretationshoheit begleitet wurden. Auf knapp 300 Seiten analysiert sie die diskursiven Strategien verschiedener Akteur:innen der Migrationspolitik in Deutschland und auf EU-Ebene. Sie zeigt, dass sich im Kontext der Krise des Grenzregimes 2015 eine »Intensivierung des Diskurses um Fluchtursachenbekämpfung« (S. 13) feststellen lässt. Kopp integriert die Debatte in gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnisse, indem sie die Methodologie der historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA) verwendet. Das Buch bietet dem:der Leser:in eine gut strukturierte und theoretisch fundierte Analyse der Krise des Grenzregimes nach 2015 sowie der sich daraus ergebenden Auseinandersetzungen im politischen Feld der Fluchtursachenbekämpfung.

FLUCHTURSACHENBEKÄMPFUNG ALS UMKÄMPFTES FELD

Als »Herzstück« (S. 10) ihrer Arbeit geht Kopp dem Diskurs um Fluchtursachenbekämpfung aus verschiedenen Perspektiven nach. Dabei wird deutlich, dass sich verschiedene Akteur:innen mit unterschiedlichen Motiven an diesem Diskurs beteiligen. Durch den Sommer der Migration erfuhr der Diskurs der Fluchtursachenbekämpfung sowie daran geknüpfte politische Maßnahmen »eine Hochkonjunktur« (S. 111), sowohl auf europäischer Ebene wie auch in der Bundesrepublik Deutschland. So setzten die Exekutive Deutschlands und europäische Akteur:innen auf entwicklungspolitische Maßnahmen und auf privatwirtschaftliche Investitionen. Diese »Externalisierungspolitiken« (S. 116) waren ein zentraler Versuch, das Migrationsregime nach 2015 zu stabilisieren. Zwar weisen die ergriffenen Maßnahmen nach 2015 eine gewisse Kontinuität der europäischen Externalisierungsstrategien« (S. 122) auf, jedoch stellt die Autorin fest, dass sie sich zugleich auch radikalisiert haben. Judith Kopp geht in großem Detail den verschiedenen Akteur:innen nach, die sich in dieses Feld der Auseinandersetzungen begeben und versucht haben, ihre Strategien durchzusetzen.

Theoretisch nimmt sie bei ihrer Analyse Rekurs auf die Konzepte der imperialen Lebensweise (Brand/Wissen 2017) und der Externalisierungsgesellschaft (Lessenich 2016), um Migration als Regulierungsversuch der Nord-Süd-Verhältnisse zu fassen. Sie schreibt: »[E]inerseits verstehe ich das Nord-Süd-Verhältnis als wesentlichen Widerspruch, der Migrationspolitiken prägt. Und andererseits wird im Fluchtursachen-Diskurs genau dieser Widerspruch verhandelt« (S. 63). So gelingt es Kopp, Migrationspolitiken im Kontext von globalen Machtverhältnissen zu verstehen. Mit Bezug auf den Begriff des »Alltagsverstands« (Gramsci 1995, H.11, § 12, 1375) zeigt die Autorin zudem, wie die »imperiale Produktions- und Lebensweise« (S. 68) gerade durch ihre Verankerung im Alltagsverstand eine robuste Stabilität aufweist.

ANALYSE DER KRÄFTEVERHÄLTNISSE

Judith Kopp wählt als Vorgehensweise die historisch-materialistische Politikanalyse (HMPA). Angelehnt an die von Ulrich Brand entworfene Methodologie (vgl. Brand 2013) und das von der Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (vgl. Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014) verfeinerte Analysemodell, entwickelt die Autorin ihre eigene Adaptation der HMPA. Sie ergänzt die vorgesehenen Analyseschritte durch eine »Tiefendimension Hegemonie«, in der die »Verankerung des hegemonialen Verständnisses von Fluchtursachen in den Alltagspraxen und dem Alltagsver-

stand« (S. 50) hervorgeht. Die Brücke zu ihrem empirischen Material, das Interviews, Dokumentenanalyse und eine kritische Diskursanalyse umfasst, wird durch die Critical Grounded Theory (CGT) geschlagen. Im Vergleich zu anderen Arbeiten der HMPA sticht dieses Buch durch eine hegemonietheoretisch fundierte Diskursanalyse hervor. Daher erweitert die Autorin die Methodologie der HMPA um wesentliche Aspekte. Durch ihre Fokussierung auf die Diskursebene kann die sogenannte »Akteursanalyse« in einer besonderen Tiefe dargestellt werden. Judith Kopp schafft es so aufzuzeigen, welche politischen Akteur:innen ein Interesse an welchen Aspekten dieses Diskurses hatten. So bietet ihre Vorgehensweise Anschlusspunkte an weitere Arbeiten, die mit der HMPA Kräfteverhältnisse in politischen Diskursen aufzeigen möchten.

Judith Kopp resümiert, dass das Verständnis von Fluchtursachenbekämpfung nach dem Sommer der Migration 2015 als ein neues politisches Projekt gelesen werden kann, das von den drei Hegemonieprojekten, dem konservativen, dem links-liberalen und dem neoliberalen, in Stellung gebracht wurde (S. 225, 228ff.). Dabei seien ein »internalistisches Verständnis« sowie ein »Verhinderungsbias« von Migration die beiden wesentlichen Eckpfeiler des Projekts (S. 228ff.). In ihrer Untersuchung stellt Judith Kopp fest, dass der Grund, weshalb das Konzept der Fluchtursachenbekämpfung nach 2015 so erfolgreich war, an seiner Anschlussfähigkeit an unterschiedliche Hegemonieprojekte lag. Folglich konnten verschiedene Kräfte mit dem Diskurs ihre Strategien im Feld der Migrationspolitik vertreten (S. 146ff.). Beispielsweise gelang es Akteur:innen des konservativen Hegemonieprojekts, entwicklungspolitische Gelder und Projekte für Maßnahmen zur Migrationskontrolle zu nutzen. Sicherheitspolitische Projekte wurden mit Geldern aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) und dem EU-Treuhandfonds für Afrika gefördert (S. 151). Kräfte des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts hingegen nutzten den Aufwind der Fluchtursachen-debatte, um entwicklungspolitische (Staats-)Apparate aufzuwerten. So gewann das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Generaldirektion Entwicklung und internationale Zusammenarbeit der EU-Kommission an Relevanz und Finanzierung (S. 171ff.). Allerdings führte das auch zu internen Auseinandersetzungen dieses Hegemonieprojekts, da der linke Flügel die „Zweckentfremdung“ (S. 178) entwicklungspolitischer Gelder für sicherheitspolitische Maßnahmen kritisierte. Dem neoliberalen Hegemonieprojekt gelang es wiederum, Apparate, die ihnen zugeordnet sind, wie die Europäische Investitionsbank, im Feld der Migrationspolitik zu etablieren (S. 193ff.). Kopp macht deutlich, dass sich beim Fluchtursachen-Diskurs die Widersprüche und die Krisenhaftigkeit des Migrationsregimes zeigen. Sie schreibt: »Der Fluchtursachen-Diskurs zeigt außerdem, wie die Krise eine Auseinan-

dersetzung mit Flucht und Migration im globalen Kontext hat aufscheinen lassen. Als diffuse Ahnung, Irritation oder Unbehagen, aber auch in offensiven Spuren im politischen und medialen Diskurs« (S. 252).

Das Buch von Judith Kopp bietet etliche Anknüpfungspunkte für Wissenschaftler:innen und Praktiker:innen der kritischen Migrationsforschung, der Politikwissenschaften und Soziologie. Sie leistet mit ihrer Analyse einen unverzichtbaren Beitrag zur Literatur zur Krise des Grenzregimes nach dem Sommer der Migration 2015. Zu empfehlen ist ihr Buch zudem für all jene, die mit der Methodologie der HMPA arbeiten und die Analyse politischer Maßnahmen in gesellschaftliche Kräfteverhältnisse einbetten möchten.

LITERATUR

- Brand, Ulrich (2013): State, context and correspondence. Contours of a historical-materialist policy analysis. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 42 (4). 425–442.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2019): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München.
- Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.) (2014): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld.
- Gramsci, Antonio (1995): Philosophie der Praxis: Gefängnishefte 10 und 11. Hamburg.
- Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sinnflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin.

»73 war zu viel«

Zur zeitgenössischen und erinnerungspolitischen Bedeutung der ›wilden‹ Streiks

TIM ZUMLOH

Keywords: labour migration, guest work, migration history, wildcat strike, trade union

Rezension: Cafaro, Nuria / Hüttner, Bernd / Tekin, Caner (Hg. für die Rosa-Luxemburg-Stiftung) (2023): Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973. Berlin. 111 Seiten.

Im Sommer 1973 streikten in Westdeutschland mindestens 185.000 Arbeiter:innen ›wild‹, das heißt ohne Unterstützung durch eine Gewerkschaft. Überwiegend wurden die Streiks von Arbeitsmigrant:innen geführt. Insbesondere der Ford-Streik in Köln und der Streik bei dem Automobilzulieferer Pierburg in Neuss gewannen sowohl zeitgenössisch als auch erinnerungspolitisch eine »geradezu ikonische Bedeutung« (S. 3) für die antirassistische Bewegung und die politische Linke insgesamt. Für sozial- und geschichtswissenschaftliche Forschung zur ›Gastarbeit‹ bietet die Streikwelle Gelegenheit, die Arbeitsmigration über Anwerbeabkommen nicht nur als Geschichte passiver ›Gerufener‹ zu verstehen. Vielmehr zeigen die ›wilden‹ Streiks: In der ›Gastarbeit‹ gab es auch Widerstand – mithin eine spezifisch migrantische politische Subjektwerdung. Diesen Prozess nachvollziehbar zu machen, ist erkennbar ein erstes Anliegen dieses Bandes. Daran anschließend wird die Frage diskutiert, wie sich diese neuen Subjektpositionen des migrantischen Arbeiters und der migrantischen Arbeiterin in eine Arbeiter:innenbewegung fügten, deren Anliegen und Mobilisierungsprinzip traditionell die Einheit der Arbeiter:innenklasse im Klassenkampf war. Denn wenn nicht alle Arbeiter:innen Ausbeutung und Ausgrenzung in gleichem Ausmaß erfahren, (wie) lassen sie sich dann noch geschlossen mobilisieren? Wie geht »Solidarity across and despite differences« (S. 5–6)? Die Herausgeber:innen suchen nach den Bedingungen, in denen Solidarisierungen bei Anerkennung der Unterschiede erreicht werden können. Köln und Neuss stehen auf den ersten Blick für einen Gegensatz: In der Niederlage von Köln misslang der Schulterschluss zwischen ein-

heimischen (Fach-)Arbeitern und den – in der Regel ungelernt beschäftigten – Migrant:innen; im Erfolg von Neuss gelang er. Doch der Band zeigt eindrucksvoll, dass es so einfach nicht ist.

Es handelt sich um eine Sammlung unterschiedlicher Beitragsformate. Drei im engeren Sinne wissenschaftliche, zwei eher literarische Texte und ein geschichtsjournalistischer Bericht liegen vor. Ergänzt werden die Beiträge durch zwei Interviews.

Die wissenschaftlichen Beiträge beginnen mit Sophia Friedels und Jana Lena Jüngers Aufsatz zu den ›wilden‹ Septemberstreiks 1969. Diese wurden von Stahlarbeitern in Dortmund begonnen. Es folgte eine Streikwelle in der gesamten Bundesrepublik. Friedel und Jünger führen die Streiks darauf zurück, dass die Gewerkschaften in der ›konzertierten Aktion‹ das Vertrauen der Arbeiter:innenschaft verloren hatten. In der konzertierten Aktion stellten die Gewerkschaften seit 1967 im Sinne einer sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Politik und den Arbeitgebern zugunsten der (erhofften) wirtschaftlichen Stabilität kämpferische Ambitionen zurück. Um die kurze Phase der Rezession im ›Wirtschaftswunder‹ 1966/67 zu bewältigen, ließen sie sich zu tarifpolitischen Mäbigungen bewegen. Viele Arbeitende fühlten sich nicht mehr vertreten und streikten ›wild‹. Sie forderten mehr Mitbestimmung und Lohn-erhöhungen. Zunächst sahen sich die Gewerkschaften zur Distanzierung gezwungen. Langfristig jedoch setzte eine »Lernerfahrung« (S. 31) ein. Die Distanz zwischen Basis und Spitze war bedrohlich geworden. Es folgte eine »Reaktivierung der Gewerkschaftsbewegung« (ebd.).

So lesenswert dieser kenntnisreiche Beitrag ist: Inwiefern diese Reaktivierung zu den ›wilden‹ Streiks 1973 geführt hat, inwiefern die beiden Wellen ›wilder‹ Streiks 1969 und 1973 (»um 1973«, wie es im Titel des Bandes heißt) überhaupt zusammenhängen, wird nicht deutlich. Vielmehr führt der Text selbst aus, dass eine »Diskrepanz« (S. 30) bestand: 1969 streikten Facharbeiter:innen dafür, dass ihre Löhne mit dem wieder in Gang gekommenen ›Wirtschaftswunder‹ Schritt hielten; 1973 war von wesentlich umfangreicheren Forderungen einer fundamental schlechter gestellten Gruppe geprägt. Einblicke in diese Schlechterstellung finden sich weiter hinten im Band. Es wäre lohnenswert gewesen, diese Frage nach Kontinuitäten und Unterschieden in den Arbeitskämpfen in der Einleitung oder in einem Fazit zu vertiefen. Stattdessen setzen die Herausgeber:innen und teilweise auch die Autor:innen einfach voraus, dass es *einen* Streikzyklus 1969–1973 gegeben hat. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, dass der Beitrag Friedels und Jüngers mit Fotografien aus dem Ford-Streik bebildert ist – irritierend, da die Autorinnen eigentlich vermerken, dass 1969 »migrantische Perspektiven [...] kaum ihren Raum« (S. 30) fanden. Diese Streikwelle war daher nicht der Auftakt zur gesuchten »Solidarity across and despite differences« – was deutlicher hätte herausgearbeitet werden können.

Dass durch die von Dortmund ausgehende Welle ›wilder‹ Streiks 1969 im Hinblick auf diese Solidarität bei Anerkennung der Unterschiede noch nicht viel erreicht war, zeigt sich auch im folgenden Beitrag. Selbst im erfolgreichen Streik bei Pierburg vier Jahre später erfolgte die Solidarisierung der deutschen Facharbeiter nur schleppend am dritten Streiktag. Doch für Simon Goeke ist der Streik ohnehin nicht ›nur‹ im Zusammenhang von Arbeiter:innen- und Gewerkschaftsbewegung interessant. Für ihn ist es »das erfolgreiche Zusammenspiel von feministischer und antirassistischer Bewegung und dem in den Gewerkschaften [...] verbreiteten Anspruch einer universalistischen Interessenvertretung, das den Pierburg-Streik [...] unvergesslich macht« (S. 46). Damit öffnet Goeke den Blick für den Einfluss emanzipativer Ansprüche, die eher von außen auf die etablierten Arbeiter:innen und Gewerkschaften einwirkten. Zur Selbstermächtigung der Pierburg-Arbeiterinnen im ›wilden‹ Streik kamen die ›neuen sozialen Bewegungen‹ jener Jahre – allen voran die Frauenbewegung, aber auch bereits Anfänge einer antirassistischen Bewegung. Schon die Dissertation Goekes (Goeke 2020) zeichnete sich dadurch aus, dieses Wechselspiel aus eigen-sinnigen Migrant:innen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in den Blick zu nehmen. Daher ist für ihn die Periodisierung 1969–1973 auch naheliegend; er schließt an die ›Proletarische Wende‹ in der zeitgenössischen Linken an. Eine perspektivische Erweiterung, doch ist Goeke für diese Sichtweise auf besonders progressive Fälle wie jenen in Neuss angewiesen. In vielen anderen Betrieben war ein solches Zusammenspiel in diesem Ausmaß nicht zu beobachten. Beim ›wilden‹ Streik 1975 in der Fürther Munitionsfabrik Dynamit-Nobel etwa – so das Fazit des geschichtsjournalistischen Beitrags von Markus Mohr weiter hinten im Band – schienen linke Unterstützer:innen Rassismus als Grundlage der Unterdrückung nicht wahrzunehmen (S. 98). Sie sahen in den Migrant:innen ›nur‹ weitere von Ausbeutung betroffene Arbeiter:innen. So gab es zwar »Solidarity«, aber kein Gespür für die »differences« (S. 5f.). Goekes Deutung des Neusser Streiks als Aufbruch antirassistischer Bewegung sowie als Umbruch im feministischen Denken verweist anhand des besonderen Falls also eher auf den Trend zur Erweiterung linker Theorie um die Kategorien Geschlechterverhältnisse und Rassismus; weniger lässt sich mit Goeke die Streikwelle als Ganze verstehen. Wichtig bleibt jedoch: Hier ging es um deutlich mehr als ›nur‹ um Löhne. Die ›wilden‹ Streiks ab 1973 berührten viel größere Fragen.

Bisher sind in den Aufsätzen eine arbeits- und eine bewegungsgeschichtliche Perspektive eingenommen worden. Caner Tekin wählt einen transnational-institutionengeschichtlichen Zugang. Er zeigt, wie im und nach dem Ford-Streik sowohl die sozialistischen als auch die verschiedenen nationalistischen türkischen Migrant:innenorganisationen versuchten, Druck auf den DGB aufzubauen. Die Europäische Föderation Türkischer Sozialisten (ATTF) forderte die Solidarisierung und sogar die türki-

schen Arbeiter:innen zum Eintritt in die deutschen Gewerkschaften auf. Die nationalistischen Organisationen – deutlich mächtiger als die ATTF – warnten den DGB vor kommunistischer Unterwanderung. Einig waren sich die Migrant:innenorganisationen nur darin, dass ungleiche Arbeitsbedingungen den Streik verursacht hatten. Davon ausgehend führte die Frage, ob und wie die Streikenden durch deutsche Gewerkschaften unterstützt werden sollten, zur Frage nach der Zukunft türkischer Arbeiter:innen in Westdeutschland. Die Sozialist:innen forderten von den Gewerkschaften die entschiedene Zurückweisung rassistischer Hetze. Eine Unterstützung, die den Weg gebahnt hätte in Richtung eines (längeren) Bleibens in der Bundesrepublik. Für die nationalistischen Organisationen sollte die Unterstützung über den türkischen Staat und durch nationale und religiöse Rückbesinnung erfolgen. 1973 stand der DGB noch an der Schwelle zur Solidarisierung – wirklich berücksichtigt wurden die Anliegen der Arbeitsmigrant:innen erst später.

Beitragsübergreifend wird der Begriff des »wilden« Streiks diskutiert. Transportiert er »reaktionäre Deutungsmuster« (S. 4) zur Markierung der Streiks als unrechtmäßig? Ist er im Zusammenhang migrantischer Streiks gar rassistisch (S. 5, 20, 41)? Die Autor:innen sprechen sich in der Tendenz dafür aus, den Begriff abzulegen. Im Bandtitel ist von »spontanen« Streiks die Rede. Ist diese Bezeichnung besser geeignet? Drei Gedanken dazu: Erstens ginge mit dem Begriff des »wilden« Streiks eine gewisse historische Anschlussfähigkeit verloren. »Wilde« Streiks spielen eine wichtige Rolle in der Geschichte des Operaismus. Der Band selbst stellt – wenn auch nicht überzeugend beziehungsweise nicht ausreichend reflektiert – die 1969er und 1973er Streikwellen in eine Kontinuität, allein aufgrund der Tatsache, dass in beiden Fällen »wild« gestreikt wurde. Zweitens – auch dies geht aus dem Band hervor – waren die Streiks 1973 alles andere als »spontan«. Goeke beschreibt ausführlich, wie der Arbeitskampf in Neuss nicht nur auf eine lange Vorgeschichte zurückgeht, sondern vor Ort strategisch geführt wurde (S. 40–44). Bei Tekin ist zwar zu lesen, dass der Begriff »spontan« in Köln als Selbstbezeichnung genutzt wurde, dies scheint jedoch eher aus einem Moment der Schwäche heraus geschehen zu sein: die drohende Abschiebung des Streikspechers Baha Targün sowie der Druck der genannten nationalistischen Migrant:innenorganisationen (S. 55–56). Drittens weisen die Autor:innen nichtsdestotrotz auf eine rassistische Dynamik hin, zu der der Begriff des »wilden« Streiks sein Übriges tat. Wenn dennoch die Bezeichnung »spontane« Streiks nicht gelungen erscheint, so erkennt der Band hier zu Recht einen Handlungsbedarf. Womöglich könnten die Streiks als »antirassistische (>wilde«) Streiks« oder ähnlich bezeichnet werden, um ihrer Bedeutung gerecht zu werden.

Dieser Bedeutung verleihen insbesondere die literarischen Texte und die Interviews Ausdruck. »Es sind die Kämpfe der Arbeitsmigrantinnen der ersten Genera-

tion, die meine Wut aufatmen lassen, den Widerstand sehen und mich [...] Kraft spüren lassen« (Gün Tank, S. 15). »73 war zu viel. In alle Richtungen. [...] Für mich war die ganze Aktion, der ganze Streik ein Wendepunkt. Für vieles« (Mitat Özdemir, S. 66). »Wir waren Menschen, und zwar eine kraftvolle Masse, und davor hatten sie Angst. Und dadurch war nicht alles perfekt, aber die Sicht auf diese Personen änderte sich. Du warst nicht einfach nur eine auszubeutende Kraft« (Kutlu Yurtseven, S. 74). »Mein Vater und seine Arbeitskollegen haben sich gegen eine Ungerechtigkeit aufgelehnt. [...] Ja, der Streik endete mit einer Niederlage, aber sie hatten für ihre Rechte gekämpft« (Orhan Çalıŝır, S. 87). Zitate wie diese verdeutlichen, wie wichtig die Streikwelle in der politischen Subjektwerdung vieler Migrant:innen und ihrer Nachfahren war und ist. Selbst dort, wo sie ohne unmittelbaren Erfolg blieben, werden die Streiks eher als Selbstermächtigung denn als Niederlage – mithin als ein Wendepunkt in der bundesdeutschen Migrationsgeschichte – erkennbar. Aus diesem Grund ist auch die Kontinuität problematisch, die der Band durch die Hinzunahme eines Beitrags zu den 1969er Streiks konstruiert. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass ab 1973 deutlich mehr verhandelt wurde. Die Streikwelle erscheint als migrantischer Befreiungsschlag. Die Forderungen betrafen neben den Löhnen auch Urlaubsregelungen, die Wohnverhältnisse oder vorherige Kündigungen, dann auch die Zurückweisung der rassistischen Hetze gegen die Streiks – mithin Anliegen, die sich aus der Perspektive der migrantischen Arbeiter:innen ganz anders darstellten als für die etablierten Beschäftigten.

Wenn dieser schmale Jubiläumsband hier also nicht vollends überzeugend zusammengestellt ist, so wird er seinen eingangs geschilderten Zielen unterm Strich gerecht: Die Selbstermächtigung der Migrant:innen ab 1973 wird eindrucksvoll verständlich. Und zur hochaktuellen Notwendigkeit der »Solidarity across and despite differences« hat er im besten Sinne viele Fragen aufgeworfen. Vor allem verschafft der Band einer Reihe bedeutender Streiks Aufmerksamkeit, die in der westdeutschen Migrationsgeschichte als Wendepunkte gelten können und als diese nicht die nötige Beachtung erfahren. Letzteres gilt insbesondere für die vielen weiteren »wilden« Streiks, die neben den mittlerweile ausgiebig untersuchten und diskutierten Streiks in Köln und Neuss stattfanden. Ausgehend von den bestehenden Deutungsangeboten sollten auch diese Streiks weitergehend zu ihren (lokal spezifischen) Hintergründen, Verläufen und Folgen befragt werden. Forschungen zu diesen Fragen könnten die Selbstermächtigung der Migrant:innen – wie in diesem Band in beeindruckender Weise geschehen – in eine echte Migrationsgeschichtsschreibung von unten übertragen.

LITERATUR

Goeke, Simon (2020): »Wir sind alle Fremdarbeiter!« Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er und 1970er Jahre. Paderborn.

Gespräche

Angriffe auf die Migrationsgesellschaft

Deniz Göktürk im Gespräch über Archive der Migration und Fallstricke deutscher Erinnerungskultur

DENIZ GÖKTÜRK, JASMIN DEGELING, HILDE W. HOFFMANN

Keywords: postmigration, cinema, memory, archive, radical right-wing

Deniz Göktürk, Professorin am Department of German an der University of California, Berkeley, arbeitet seit 35 Jahren zu Theorien und Kulturgeschichte(n) der Migration – vernetzt und transdisziplinär in den USA, in Deutschland und in der Türkei. Mit ihren Texten und Projekten hat Göktürk über Jahrzehnte wichtige Debatten zu Migration und Migrationsgeschichte, zu filmischen und ästhetischen Erfahrungen jenseits von ethno-nationalistischen Eingrenzungen und zur Bedeutung von Archiven angestoßen. Wir haben dieses Gespräch mit Deniz zu Beginn des Jahres 2024 im Rahmen eines medienwissenschaftlichen Projektseminars zu Medien und Postmigration in einer Lehrkooperation zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Paderborn geführt, um die aktuellen rechten Angriffe auf die Migrationsgesellschaft und die kritische Problematisierung von Erinnerungskultur zueinander in Beziehung zu setzen.

Jasmin und Hilde: Wir stehen derzeit vor großen Herausforderungen was die Verteidigung von Demokratie, Migrationsgesellschaft und gesellschaftlichem Zusammenhalt betrifft. Wie beurteilst du im Moment, aus deiner eigenen Geschichte und Perspektive, die Debatten um Migration?

Deniz: Ich würde sagen, es läuft nicht besonders gut... Ich habe mehrfach den Ort und den Rahmen gewechselt und lebe jetzt im vierten Land. Über die Jahrzehnte habe ich Interventionen gegen zugeschriebene, fixierte Identitäten formuliert. Auf Englisch spreche ich von »assigned and assumed identities«, von zugeschriebenen und angenommenen Identitäten. Die Beschäftigung mit Grenzverkehr, transnationalen Verstrickungen und mehrsprachigen Identifikationen diene der Infragestellung von Stereotypisierungen, Schubladendenken und Nabelschau. Die Entwicklungen des letzten

Jahrzehnts sind gegenläufig zu diesem Projekt. Nationalismus hat weltweit Aufwind, nicht nur in Deutschland. Grenzkontrollen werden zunehmend verschärft. Die Mauern werden wieder höher gebaut, an Landesgrenzen und in Alltagssituationen, wo immer man hinblickt, in Europa, der Türkei, den USA, Indien. Die Zeichen der Zeit stehen nicht auf Öffnung, sondern auf Schließung und Abschottung.

Als ich in den 1980er Jahren anfang, mich mit diesen Themen zu beschäftigen, galt in Deutschland die Losung: »Wir sind kein Einwanderungsland!« Selbst die liberale Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin, Barbara John, betonte, »wir« seien »kein Einwanderungsland«, im Gegensatz zu klassischen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada oder Australien. Dieses Bild eines durch Abstammung geschlossen definierten Volkes, das Migration nur als temporäres Phänomen wahrnimmt, hat sich verändert. Wenn man sich die Statistiken anschaut, so sieht man, dass der Prozentsatz der nicht im Land geborenen, aber ansässigen Bevölkerung, in Deutschland inzwischen höher ist als in den USA. Das 2024 reformierte Staatsangehörigkeitsgesetz räumt sogar Hürden im Hinblick auf Mehrstaatlichkeit aus dem Weg. Der »Doppelpass« war ja lange Zeit ein Streitpunkt. Ich erinnere mich an eine Tagung zum Thema »Recht auf zwei: Integration durch doppelte Staatsbürgerschaft?« an der Evangelischen Akademie in Tutzing im Sommer 1995, wo man mir entgegenhielt: »Frau Göktürk, bei Ihrer Familiengeschichte, da ist das kein Wunder, dass Sie so denken, aber die meisten Menschen wissen doch noch, wo sie hingehören«. Die Demographie und die Gesetze zum Erwerb von Staatsangehörigkeit haben sich verändert, aber dadurch ist die weitverbreitete Ablehnung und Skandalisierung von Migration und Migrant*innen nicht aus der Welt. Mit den aktuellen Kriegen hat sich die Lage weiter verschärft.

Jasmin und Hilde: Die AfD tritt seit einiger Zeit für die doppelte Staatsbürgerschaft ein, weil ihre Abgeordneten und Anhänger*innen hoffen, dass sie das, was sie »Remigration« nennen, also die Deportation von Staatsbürger*innen, so juristisch durchsetzen können.

Deniz: »Remigration« ist zum Unwort des Jahres 2023 gekürt worden. Tatsächlich hat sich die Debatte um Migration von der vielbeschworenen Integration auf Deportation verschoben: Ungewollte Migrant*innen sollen um jeden Preis draußen bleiben. Nationalstaaten entwickeln eine komplexe Bürokratie, um Reisefreiheit und Aufenthalt zu reglementieren. »Remigration« ist kein neuer Gedanke: Da lohnt sich der Blick ins Archiv, um zu sehen, wie sich bestimmte Muster wiederholen. Bei der Rede von der Remigration denke ich sogleich an Helmut Kohl und das »Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern«, das bereits 1983 versuchte,

die Gastarbeiter*innen zur Rückkehr in ihr Heimatland zu motivieren. Sie bekamen eine »Rückkehrprämie« von ungefähr 10.000 D-Mark, mussten dafür aber ihren Pass »töten«, d.h. ihre Aufenthalts- und Einreiseberechtigung für Deutschland abgeben. Daher heißt das schöne Buch von Barbara Wolbert *Der getötete Pass* (1995). Im Zuge der sogenannten »Asyldebatten« Anfang der 1980er Jahre war ausländerfeindliche Stimmungsmache unter dem Motto »Ausländer raus« in der BRD verbreitet; es kam auch zu gewalttätigen Angriffen. 2024 ist der Slogan so populär, wie 40 Jahre zuvor. Inzwischen ist das Modell der Einreisebeschränkung, Ausweisung und Deportation zum Grundprinzip des Grenzregimes auf europäischer Ebene – und darüber hinaus – geworden. Die AfD korrespondiert mit rechtsnationalen Bewegungen in anderen Ländern, wo Migration als externalisierter Sündenbock für alle sozialen Probleme herhalten muss.

KINO UND MIGRATION

Jasmin und Hilde: In einem deiner Texte zu Migration und Kino in Deutschland schreibst du: »Die Filmgeschichte ist bevölkert von Ein- und Auswanderern.« (Gök-türk 2007: 329). Du beschreibst Migration als zentrales Thema der Filmgeschichte und zugleich die Normalität von Mobilität und Migration als Teil aller Bereiche von Filmschaffen. Über viele Texte zur Geschichte des deutschen Migrationskinos hinweg zeigst du einerseits Entwicklungen und wiederkehrende Themen im Film und zeitgleich stattfindende Debatten der Migrationsgesellschaft auf. Wie lässt sich dieses Verhältnis von Kino-Diskursen und gesellschaftlichen Debatten beschreiben? Warum ist gerade Film für die gesellschaftlichen Debatten um Migration so zentral?

Deniz: Bei dem Zitat ging es darum, dass man Migration nicht immer nur am Rande betrachten, sondern ins Zentrum rücken und auch darauf hinweisen sollte, dass gerade im Kino natürlich immer viel Mobilität geherrscht hat und immer noch herrscht. Von multinationalen Koproduktionen bis hin zu reisenden Regisseur*innen, Schauspieler*innen und Techniker*innen gab es immer viel Bewegung. In diesem Sinn war es immer problematisch, das Migrationskino als Randphänomen zu beschreiben. Man sollte die Migrationsgeschichten mit der Filmgeschichte vernetzen und Verbindungen zum Zentrum der Gesellschaft aufzeigen.

Gesellschaft und Kino stehen dabei nicht in einem Widerspiegelungsverhältnis. Die filmische Realität ist immer inszeniert, selbst der Dokumentarfilm ist geformt und konstruiert. Das Kino ist kein mimetisches, sondern ein performatives Medium, in dem Geschichten erzählt, Repräsentationen durchgespielt und gesellschaftliche Ver-

hältnisse verhandelt werden. Seit den 1970er Jahren richtete sich das Augenmerk auf die Alltagsgeschichte, und ab den 1990er Jahren ist das populäre europäische Kino als Forschungsgegenstand entdeckt worden. Anfang der 1990er Jahre habe ich angefangen, über Migrationskino zu schreiben, um es aus dem Abseits herauszuholen. Um diese Zeit gab es langsam mehr Sichtbarkeit auf Festivals. Auf der Berlinale 1999, als im Wettbewerb Yeşim Ustaoglus *Güneşe Yolculuk / Reise zur Sonne* (D 1999) lief, wurde im Rahmen des Filmmarktes eine ganze Reihe von neuen türkisch-deutschen Filmen gezeigt. Das Kleine Fernsehspiel beim ZDF hat bei der Förderung junger Autor*innen eine wichtige Rolle gespielt. Die ersten Filme von Hussi Kutlucan, Thomas Arslan, Yüksel Yavuz, Ayşe Polat etwa waren allesamt Koproduktionen des Kleinen Fernsehspiels. Im ZDF/3sat gab es im Jahr 2000 einen Programmschwerpunkt »Jung, deutsch und türkisch«. Nach und nach erreichten Regisseur*innen und Schauspieler*innen mit Migrationsgeschichten mehr Sichtbarkeit. Die Filme brachten neue Perspektiven, Erzählungen und Rollenmuster auf die Leinwand, und auch beim Publikum entwickelte sich ein neues Selbstbewusstsein. Dabei sind Migrationsdebatten immer auch von Amnesien geprägt, denn es gab schon in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren großartige Experimente, etwa an der Deutschen Film- und Fernsehakademie (DFFB) in Berlin. Wir zeigen hier am *Pacific Film Archive* gerade eine Retrospektive von Skip Norman, einem afroamerikanischen Regisseur, der in der ersten Kohorte an der DFFB dabei war und mit seinen Kommiliton*innen Harun Farocki, Helke Sander und Holger Meins an 27 experimentellen Filmproduktionen mitgearbeitet hat. Diese Arbeiten waren weitgehend vergessen und wurden durch Online-Streaming auf den Webseiten der DFFB und des Harun Farocki Instituts wieder zugänglich. Die beiden sehr schönen Filme, die Friedrich Zimmermann und Aras Ören am Sender Freies Berlin (SFB) gemacht haben, *Frau Kutzer und andere Bewohner der Naunynstraße* (BRD 1973) und *Kazım Akkaya und die Bewohner der Naunynstraße* (BRD 1978), waren auch eine Wiederentdeckung aus der Zeit, als das Fernsehen noch experimentierfreudig war. Obwohl ich drei Romane von Aras übersetzt und über Medienreflexion in seinen Texten nachgedacht habe, hatte ich damals diese Filme nicht auf dem Radar. Anlässlich des Festivals *Almanca! 50 Jahre Scheinhe* 2011 hat eine Retrospektive am Ballhaus Naunynstraße diese beiden Filme wieder ausgegraben und gezeigt. Es gab also schon früher innovative Filme, aber die sind nicht unbedingt präsent im kulturellen Gedächtnis; man muss diese Sachen aus dem Archiv herausholen, um eventuelle Kontinuitäten zu sehen – oder vielleicht sogar rückläufige Entwicklungen.

LEBENDIGE ARCHIVE SCHAFFEN

Jasmin und Hilde: Ist dieses Verhältnis von Vergessen und Anerkennung im Bereich Migration dem der feministischen Geschichte ähnlich, indem es wiederkehrende Wellen von Anerkennungs- und Widerstandskämpfen gibt? Sind die Filme oder die Filmmachenden gleichermaßen von Amnesie gezeichnet oder gibt es auch Kontinuitäten und Möglichkeiten, eine eigene Archiv- und Erinnerungskultur fortzuschreiben?

Deniz: Es gibt keine direkten Kontinuitäten, sondern Wellen der Wiederentdeckung und auch Zufallsfunde, insbesondere dann, wenn es keine offiziellen Archive gibt, sondern nur Sammlungen hier und da. Bei der erwähnten Retrospektive im Ballhaus Naunynstraße waren viele der gezeigten Filme in der Tat nicht mehr präsent und sind in einem Videoverleih an der Hasenheide in Berlin, der in Auflösung begriffen war, aufgetaucht; diese alten VHS- oder Betamax-Kassetten waren die Quelle. Es gab also kein Archiv, was schon geordnet irgendwo vorhanden gewesen wäre, mit Metadaten, gut gepflegt und leicht durchsuchbar. Unter den Veranstaltern waren auch junge Autoren, wie etwa Deniz Utlu, der inzwischen berühmt geworden ist, die über die Archivarbeit und das Fehlen eines offiziellen Archivs der Migration nachgedacht haben.

Es ist nicht so, dass diese neuere Vergangenheit direkt zugänglich wäre, daran muss man arbeiten. Zum Teil haben wir eine bessere Dokumentation und Archivlage zum Weimarer Kino als zu diesen Produktionen aus den 1970er, 1980er Jahren und der Videokultur. In den letzten Jahren gibt es ein erneutes Interesse an der Medienarchäologie, z.B. ein Film wie *Aşk, Mark ve Ölüm / Liebe, D-Mark und Tod* (Cem Kaya, D 2022) inszeniert das Archiv türkischer Musik in Deutschland. Der Titel stammt übrigens aus einem Song von 1982, dessen Text Aras Ören für die Band Ideal geschrieben hatte. Dieser türkische Anteil an der Neuen Deutschen Welle ist heute auch weitgehend vergessen. Es gibt einige Filme, die versuchen, Alltagsgeschichte oder eine Geschichte der Populärkultur über Archivmaterialien zu erzählen. Aber die Vergangenheit ist nicht einfach oder direkt zugänglich. Man muss immer rekonstruieren, suchen, finden und zusammensetzen.

GESCHICHTE(N) SCHREIBEN: DOMID UND PROJEKT MIGRATION

Jasmin und Hilde: Das Archivieren oder Dokumentieren einer bisher nicht dokumentierten, nicht sicht- oder hörbaren Geschichte der Migration oder Geschichte der

Mobilität ist auch Teil deiner Praxis. Deine Texte sind über Jahrzehnte hinweg selbst ein solches Archiv, in dem man Medien und Ereignisse, die man nicht kennt, findet und davon ausgehend, anschauen, hören und Muster erkennen kann.

In einem Text von 2022 beschreibst du, dass in der offiziellen Erinnerungskultur in Deutschland vielfältige Erfahrungen und Erinnerungen vor allem von Migrant*innen nicht sicht- oder hörbar werden und keinen Ort haben. Sie finden sich u.a. auf privaten Filmen, auf VHS und Musikkassetten aufbewahrt. Wie wichtig für die Sichtbarkeit oder Reflektierbarkeit von Migrationsgeschichte in Deutschland war und ist das in Köln ansässige *Dokumentationszentrum über die Migration in Deutschland* (DOMiD)? Und wie ist die Spannung zwischen den im DOMiD gesammelten Objekten von Migrant*innen und deren künstlerischen Überformung im Rahmen von dort gezeigten Ausstellungen wie *Projekt Migration* (2005) zu bewerten?

Deniz: DOMiD ist Anfang der 1990er Jahre entstanden, aus privaten Sammlungen heraus. Also das, was die Leute im Keller oder im Speicher hatten, graue Literatur wie Broschüren und Flugblätter von Arbeitskämpfen, aber auch private Materialien wie Fotos, Filme und Dokumente etc. So ist diese Sammlung nach und nach gewachsen. Etwas später entstand auch die Internetseite *angekommen.com* zur Geschichte der Migration in Nordrhein-Westfalen. Ich habe DOMiD besucht, als wir den Transit-Band gemacht haben, also die englische Version *Germany in Transit* (Göktürk/Gramling/Kaes 2007). Wir haben Dokumente ins Englische übertragen, damit auch englischsprachige Leser*innen die Debatten verfolgen können. Die Fotos für den Band habe ich dort ausgesucht.

Inzwischen ist ein großes Migrationsmuseum im Entstehen. Es war eine lange Debatte, ob es ein Migrationsmuseum geben soll oder nicht. Die Meinungen sind geteilt. Die Musealisierung ist auch immer eine Fixierung. Und ob das Museum der richtige Rahmen für Migration ist, ist daher fraglich. Gut war die Projektausstellung in Köln, *Projekt Migration* (2005), die Migration in ihrer Offenheit an verschiedenen Spielorten über die ganze Stadt inszeniert hat, u.a. mit Materialien von DOMiD. Auch der Kölner Kunstverein und die Transit Migration Forschungsgruppe aus Frankfurt waren daran beteiligt. Die unterschiedlichen Orte im städtischen Raum und die Multiperspektivität waren wichtige Strukturmerkmale dieser Ausstellung. Realität sollte hier nicht ethnographisch-dokumentarisch festgesetzt werden, sondern künstlerisch überformt Alternativen bieten zu medialen Repräsentationen, die gemeinhin als Realität wahrgenommen werden. Es ging um die Bedingungen der Sichtbarkeit.

Es wurden viele Archivmaterialien ausgegraben und ausgestellt, aber eben auch künstlerische Projekte, von Filmen und Videos bis hin zu Installationen. Dabei entstanden Spannungen zwischen alltäglichen Objekten aus der DOMiD-Sammlung

(Kochtöpfen etc.) und künstlerischen Inszenierungen wie etwa der Installation von Vassilis Canaris aus den 1980er Jahren. Ich habe immer bedauert, dass die reiche Auswahl an Archivmaterialien nach der Ausstellung nicht als virtuelle Sammlung online für Forschung und Lehre zugänglich gemacht werden konnte.

Migration hat per se immer mehrere Orte und lässt sich schlecht festsetzen, und daher auch schwer musealisieren. Es gibt verschiedene Konzepte, auch in den USA. Dort wurde 1990 auf der ehemaligen Quarantäne-Insel im Hafen von New York, Ellis Island, das *National Immigration Museum* eröffnet. Einen anderen Schwerpunkt setzt das *Tenement Museum* der Stadt New York, wo Wohnverhältnisse und Alltagsgeschichte der Einwanderer gezeigt werden. Es gibt nicht *den einen* Ort. Welcher wäre das auch? Wir müssen uns auch immer fragen, für wen und zu welchem Zweck Migrationsgeschichte erzählt wird. Soll das Museum identitätsstiftend für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe sein? Soll es der politischen Bildung der Gesamtbevölkerung dienen? Die Vergangenheit vergegenwärtigen, um den Blick auf die Gegenwart zu schärfen? Oder ein Forum schaffen für kreative Interventionen und Diskussion?

DOMiD ist eine wichtige Sammlung, es freut mich, dass sie jetzt prominenter wird. Ich hoffe jedoch, dass Impulse der Ausstellung *Projekt Migration* in ihrer offenen, prozesshaften Konzeption mit künstlerischen Installationen im neuen Migrationsmuseum fortleben können. Nur ein offenes, lebendes Archiv in Bewegung kann Migration gerecht werden.

POLITIKEN DES ERINNERNS

Jasmin und Hilde: Wie verändern sich mit den medialen Bedingungen gleichermaßen die Bedingungen von Musealisierung und Archivierung? Wie verändern sich Politiken der Sichtbarmachung und Unsichtbarmachung – nicht nur in Bezug auf neuere, digitale Medien, sondern gleichermaßen auf die älteren Medien, in die die Arbeit an einem Archiv der Migrationsgesellschaft eingegangen ist?

Um nur ein kleines Beispiel zu skizzieren, über das wir begonnen haben, nachzudenken: #SayTheirNames ist in Deutschland seit den Morden in Hanau am 19. Februar 2020 durch eine Initiative der Angehörigen und Überlebenden mit dem erinnerungspolitischen Widerstand gegen rechten Terror verknüpft. Der Hashtag kommt ursprünglich, wie du weißt, aus dem Schwarz-feministischen Kämpfen aus den USA. In Deutschland wird #SayTheirNames genutzt, um der Opfer und Überlebenden von rechter Gewalt und Terror zu gedenken, kann aber mittels der Logik sozialer Medien ebenso für Täter*innenlogiken wieder vereinnahmt werden. Somit besteht das Risiko, dass der Diskurs nach rechts verschoben wird, für eine digitalfaschistische Erin-

nerungskultur. Diese Komplexität und Hybridität problematisiert die stetige und prozessuale Produktion von Un/Sichtbarkeiten und zeigt, dass Erinnerungen multidirektional medialisiert werden: #SayTheirNames kann etwa durch #Breitscheidplatz rassistisch remedialisiert werden, indem der Hashtag gedenkpolitisch in islamistischen Terror eingeschrieben wird. Wenn die bekannte Logik der Schuldumkehr einsetzt, um die Perspektive von den Betroffenen wieder wegzulenken und die Perspektiven der Täter*innen zirkulierbar zu machen – dann haben Medien an der Faszisierung aktiv teil. Uns interessiert eine medientheoretische Kritik dieser Bedingungen verbunden mit der Frage danach, inwiefern die migrantischen Archive in dieser Perspektive auf dem Spiel stehen.

Deniz: Die Sichtbarkeit ist ein zweiseitiges Schwert: Wer sichtbar ist, kann auch zur Zielscheibe werden. Die Debatte um Wokeness im amerikanischen Kontext ist ja gewissermaßen der Gegenschlag zum Kampf um Sichtbarkeit und Anerkennung. Bei #SayTheirNames ging es vor allem um die Menschen, die in Polizeigewahrsam umgekommen sind. Ihre Namen zu nennen, schafft Aufmerksamkeit für strukturellen Rassismus und macht deutlich, dass es sich bei den Toten um Personen handelte. Das hat etwas Performatives, und es ist klar, dass die Nennung der Namen nur ein Anfang sein kann. Das ist im Hanauer Kontext übernommen worden. Die Vereinnahmung durch rechte Medienpraktiken ist nicht erstaunlich im Zeitalter der Hashtags, wo auf den sogenannten sozialen Medien jede Äußerung sich in Windeseile verbreiten kann, häufig losgelöst vom ursprünglichen Kontext. Sichtbarkeit entsteht immer in einem Rahmen unter bestimmten Vorzeichen. In der Debatte um Geflüchtete wird deutlich, dass Sichtbarkeit durch Registrierung auch Risiken mit sich bringt, weshalb Migrant*innen nicht unbedingt bürokratisch erfasst werden wollen, um Deportationen zu vermeiden. Also Sichtbarkeit ist immer auch mit Fixierung verbunden, die im Rahmen von ungleichen Machtverhältnissen für bestimmte Interessen in Anschlag gebracht werden kann. Gegendokumentationen wie das *Missing Migrants Project* oder das *Tribunal NSU-Komplex auflösen* sind in diesem Zusammenhang wichtig.

Das heißt, dass jede Konjunktion von Sichtbarkeit mit Sicherheit riskant ist. Ich glaube, das ist eine wichtige Erkenntnis, dass Gewissheiten darüber, wer in welche Schublade gehört, mit Vorsicht zu genießen sind. Im Zuge der Medialisierung, in der alles so hyperschnell zirkuliert, gehören voreilige Zuordnungen zur Tagesordnung. Diese Festschreibungen sind ein Kernproblem der gesellschaftlichen Polarisierung. Gerade in unserer akademischen Arbeit müssen wir diese immer wieder in Frage stellen und über die Rahmenbedingungen nachdenken, unter denen sich Sichtbarmachungen abspielen.

AKTUELLE KONJUNKTUR: IN VERTEIDIGUNG DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT

Jasmin und Hilde: Aktuell wird mit dem Begriff »Postmigration« darauf bestanden, dass Migration und Mobilität immer schon stattgefunden haben, weiterhin stattfinden und uns alle prägt. Die Leistung der Debatte um Postmigration ist auch verständlich zu machen, dass Migration in postwohlfahrtsstaatlichen westlichen Gesellschaften zu einem hegemonialen Diskurs gemacht wird, durch den jede soziale Frage besprochen und Identitätslogiken des Nationalen immer wieder durchdekliniert und stabilisiert werden können. Diese Skandalisierung und Instrumentalisierung von Migration wird entschieden zurückgewiesen. Gleichzeitig sind wir in den letzten Monaten besonders herausgefordert: Es gibt konkrete Gesetzesverschärfungen auf vielen nationalstaatlichen und EU-Ebenen, wie etwa die 2024 verabschiedeten Reformen des »Gemeinsamen Europäischen Asylsystems« (GEAS), darunter eine Überarbeitung der Dublin-Vereinbarung, die auf Kooperation im Bereich Grenzschutz und Abschiebung ausgerichtet ist. Das steht im Zusammenhang damit, dass Migration wieder einmal zum Sündenbock wird für die Polykrise: Klimawandel und die Zerstörung von Lebensräumen, geopolitische Krisen und Kriege und das Ende des Wohlfahrtsstaats, der soziale Sicherheit garantieren wollte, tragen zur unsicheren Zukunft der Weltbevölkerung bei.

In diesem Kontext erscheint die Berliner Erklärung *Zur Verteidigung der Migrationsgesellschaft* (Transforming Solidarities 2023)¹ vier Tage nach dem Angriff der Hamas auf Israel. Seitdem sind die Verhältnisse radikal zugespitzt.

Deniz: Über den Postwohlfahrtsstaat können wir gerne reden. Das ist interessanter als die Postmigration: Das Prefix »post« setzt ein Vorher und Nachher fest. Zwar hebt die Rede von der postmigrantischen Gesellschaft darauf ab, dass Gesellschaft insgesamt von Migration geprägt ist. Zugleich wird eine Ansässigkeit behauptet: Man gehört nun dazu und will nicht immer im Abseits verortet werden. Allerdings beruht der

¹ | Die Berliner Erklärung wurde initiiert durch Transforming Solidarities auf der Konferenz »Solidarität in der Migrationsgesellschaft« 9.–11. Oktober 2023. Ungefähr 4000 Personen unterstützen diese.

»Transforming Solidarities. Praktiken und Infrastrukturen in der Migrationsgesellschaft« ist eine interdisziplinäre Forscher*innengruppe, die Berlin als »Labor« der Migrationsgesellschaft versteht und analysiert. In den Feldern Arbeit, Wohnen und Gesundheit untersuchen sie die Bedingungen von Solidarität sowie die Praktiken und Infrastrukturen, in denen sie ausgehandelt, ermöglicht oder verhindert wird.

Begriff der Postmigration auch auf einer Schließung, die sich doch wieder aus den Parametern des Nationalstaats herleitet, indem aufgrund von territorialer Souveränität Zugehörigkeit verwaltet wird. Mir scheint, dass mit dem Begriff Postmigration ein territorialer Anspruch behauptet wird, der jetzt endlich mal anerkannt werden soll. Dabei gilt es zu beachten, dass die Logik der Migration von Einschluss-Ausschluss-Mechanismen in dem Sinne geprägt ist, dass die, die schon länger da sind, sich berechtigt fühlen, auf Neuankömmlinge herunterzuspucken. Denn mit Neuankömmlingen verschieben sich die Berechtigungsverhältnisse je nach ökonomischer und politischer Lage. Diese Grenzverhandlungen hören nicht auf. Man muss die zeitliche Dimension mitdenken, um Migration als fortwährenden Prozess zu begreifen.

Damit wird die Frage nach dem Wohlfahrtsstaat zum entscheidenden politischen Problem: Der Wohlfahrtsstaat ist überall im Abbau. Das, was wir auf Englisch als »common good« bezeichnen – Gesundheitswesen, Bildung, Sozialleistungen – sind von Einsparungen oder Privatisierung betroffen. Diese Entwicklung ist unter dem Stichwort Neoliberalismus bekannt. Der Staat kann nicht mehr gewährleisten, dass die Bevölkerung über bestimmte Rechte und Grundvoraussetzungen des Lebens verfügt. Aber hat der Staat das je für alle Bürger*innen gewährleistet? Die Frage stellt sich, wenn man etwa an die Weimarer Republik denkt und daran, was danach kam. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine gewisse Zeit der Stabilität, wo dieser Wohlfahrtsstaat einigermaßen funktioniert hat, zumindest in den Ländern, in denen wir uns jetzt gerade aufhalten. Das scheint vorbei zu sein. Viele der sozialen Spannungen, die wir beobachten, haben mit dem Kampf um Ressourcen zu tun. Migration wird da gerne als Sündenbock aufgerufen. Das ist in den USA nicht anders. Die einwanderungsfeindliche Politik hat es immer gegeben, aber sie ist unter der Regierung Trump mit Strategen wie Stephen Miller auf neue Art gesellschaftsfähig geworden. Die Aufrüstung der Grenzsicherheit dauert an. Es gab Deportationen in den USA unter einer Reihe von Präsidenten, Bush, Obama, Trump und auch Biden. Die *detention centers* operieren übrigens, ebenso wie die Gefängnisse, privatwirtschaftlich und profitorientiert, das heißt, sie müssen immer gut belegt sein.

In Europa hat sich das Modell Deportation ebenfalls durchgesetzt. Der EU-Türkei-Deal von 2016 beruhte bereits auf dem Prinzip, Asylsuchende um jeden Preis daran zu hindern, europäischen Boden zu betreten, was dazu führte, dass die Türkei eines der Länder geworden ist, das die meisten Geflüchteten beherbergt.

SAKRALISIERUNG DEUTSCHER ERINNERUNGSKULTUR

Jasmin und Hilde: Wie ist es zu erklären, dass progressiver Widerstand gegen Rassismus und Widerstand gegen einen verstärkten Antisemitismus in Deutschland gegeneinander ausgespielt werden? Wieso wendet sich die Debatte nicht gegen die radikale Rechte Deutschlands, sondern produziert eine Spaltung progressiver Kräfte und leistet der Diffamierung von linken und antirassistischen Kräften Vorschub?

Deniz: Das ist die Frage, die uns umtreibt. Wie ist es dazu gekommen? Ich erinnere mich, dass Harald Welzer vor mindestens 15 Jahren schon mal einen Essay geschrieben hat im *Gedenkstättenbrief* über die Sakralisierung der deutschen Erinnerungskultur. Seine Kritik war, dass die Gedenkkultur nicht anschlussfähig gemacht wurde, sondern immer ausschließlich auf den Holocaust hin ausgerichtet war, mit monumentalen Denkmälern, Gedenkstättenbesuchen und Bildungsangeboten. Eine Analyse der sozialen Muster, die zu Verrohung, Stigmatisierung und Gewalt führen können, blieb aus. Da müsste man ansetzen. Wie kann ein Museum eine spezifische Geschichte der Vernichtung exemplarisch präsentieren und sich gleichzeitig für andere Erfahrungen von Krieg, Flucht und Vertreibung öffnen? Ich erinnere mich, dass das Jüdische Museum in Berlin-Kreuzberg, als es im Jahr 2001 eröffnet wurde, am Ende der Ausstellung einen Raum hatte, wo auf die jüngere Geschichte und die Pogrome in Solingen, Hoyerswerda und Rostock eingegangen, also eine Verbindung zur Gegenwart aufgezeigt wurde. Dieser Aspekt ist aber verschwunden aus dem Narrativ, also aus dem Museum. Als ich die Ausstellung zuletzt gesehen habe, endete sie mit einer Dokumentation über jüdisches Leben in Berlin heute. So wird kollektivierende Erinnerungskultur betrieben, die Gruppenidentität stiftet, aber eben nicht multidirektional anschlussfähig ist. Man muss die Geschichte immer wieder öffnen, Verbindungen zur Gegenwart herstellen und auch andere Geschichten zu Wort kommen lassen.

In Deutschland sehen wir eine besondere Spielart der gegenwärtigen Debatten, die in Verbindung mit der deutschen Gedenkkultur steht. Es gab dazu einen guten Essay von Masha Gessen, *In the Shadow of the Holocaust*. Auch die Interventionen von Michael Rothberg zur multidirektionalen Erinnerungsarbeit und Dirk Moses zum Thema Genozid sind interessant in diesem Zusammenhang. Im Zuge der aktuellen Antisemitismus-Debatten ergibt sich eine Konstellation, dass die Gedenkkultur an die Verbrechen des Naziregimes und an den Holocaust funktionalisiert wird, um gesellschaftliche Probleme auszublenden und Privilegien zu verteidigen. Dabei scheint jedes Mittel recht, etwa Muslim*innen weiter zu stigmatisieren oder Kritik an Europa und an der Politik Israels als Antisemitismus zu diffamieren. Man denke an die Aus-

einandersetzungen um die Jerusalem-Ausstellung am jüdischen Museum oder auch an die Debatte um die Documenta XV.

EINE FASCHISMUSKRITISCHE PERSPEKTIVE HEUTE

Jasmin und Hilde: Eine Sakralisierung von Gedenkpolitik liegt im Wesentlichen daran, dass sie versucht hat, diese Gedenkkultur zu erhalten, ohne gleichzeitig zur Kenntnis zu nehmen, dass es eine Faschisierung gibt. Die Erinnerungskultur wurde von der Realität der Verhältnisse abgeschnitten. In Deutschland ist 30 Jahre lang wenig zum postnationalsozialistischen Faschismus geforscht worden. Dass Rassismus und Antisemitismus so gegeneinander ausgespielt werden können, liegt möglicherweise daran, dass es keine kritische Faschismus-Analyse gibt, die der Gegenwart standhält.

So motiviert sich unsere Frage nach Solidarisierung: Eine faschismuskritische Perspektive muss immer anerkennen, dass es Intersektionen systemischer Gewalt gilt, dass Rassismus und Antisemitismus, Sexismus, Misogynie und Queer-, Trans- ebenso wie Be_hindertenfeindlichkeit verschränkt auftauchen. Deshalb ist die Frage nach der Solidarisierung von der Erfahrung getragen, dass die Betroffenen differenziell sind und keiner Identitätslogik gehorchen.

Deniz: Rassismus und Faschismus sind ja nicht nur deutsche Phänomene. Es gibt bestimmte deutsche Spielarten, die mit der Geschichte und Gedenkkultur zu tun haben. Aber dieser Hang zum Totalitarismus, das Erstarken der neuen rechten Bewegungen und der nationalistischen Rhetorik bis in die Mitte der Gesellschaft ist weltweit zu beobachten.

Was ich beispielsweise in einigen Dokumenten aus den 1970ern finde, ist ein Bewusstsein internationaler Solidarität, das verloren gegangen ist. Man kann jetzt nicht mehr zum alten Klassenkampf zurückkehren, das ist auch nicht der richtige Ansatz für Solidarität. Aber da gab es stellenweise ein Engagement für transethnische Solidarität, das vielleicht noch einmal bedenkenswert wäre, um die Kollektivierung in verschiedenen Identitätsschubladen zu überwinden. Überlegungen zum Schwinden des Wohlfahrtsstaats im Zeichen eines global vernetzten und in vieler Hinsicht postnationalen Weltmarktes wären zukunftsweisend. Gibt es Instanzen, die Gemeinwohl jenseits von ethnonationalistischen Eingrenzungen vorstellbar machen und realisieren können? Können Begegnungen mit anderen Wissenssystemen den Horizont öffnen? Kann ästhetische Erfahrung durch Literatur und Kunst Umdenken und Neuorientierung bewirken? In diese Richtungen weiterzudenken, wäre fruchtbar, um die Depres-

sion angesichts der täglichen Nachrichtenflut zu überwinden. Eine Besinnung auf die transitorische und häufig zerstörerische menschliche Präsenz auf unserem Planeten scheint mir unabdingbar. Wir sitzen letztlich alle im sinkenden Schiff.

WEITERFÜHRENDE HINWEISE

- Almancı – 50 Jahre Scheinehe, Theaterfestival im Ballhaus Naunynstraße, Berlin (2011). URL: issuu.com [29.09.2024].
- Angekommen.com (2015). URL: angekommen.com [29.09.2024].
- DOMiD – Dokumentationszentrum über die Migration in Deutschland. URL: domid.org [29.09.2024].
- Missing Migrants Project. URL: missingmigrants.iom.int [29.09.2024].
- Multicultural Germany Project (2009–2020), URL: mgp.berkeley.edu [29.09.2024].
- Projekt Migration (2005). URL: diversity-arts-culture.berlin [29.09.2024].
- TRANSIT Journal, (2005–). URL: transit.berkeley.edu [29.09.2024].
- Ver/Sammeln antirassistischer Kämpfe (2021–), URL: versammeln-antirassismus.org [29.09.2024].

LITERATUR

- Degeling, Jasmin / Horn, Sarah (2023): #SayTheirNames. Widerständige Medien der Erinnerung rechter Gewalt. In: *Feministische Studien* 41 (1). 14–30.
- Göktürk, Deniz (2007): Migration und Kino. Subnationale Mitleidskultur oder Transnationale Rollenspiele. In: Carmine Chiellino (Hg.) *Interkulturelle Literatur in Deutschland. Ein Handbuch*. Stuttgart. 329–347.
- Göktürk, Deniz (2020): Intermedial Solidarity. Drawing Inspiration from the 1970s. In: *Monatshefte* 112 (4). 606–631.
- Göktürk, Deniz (2022): The Secret Life of Waste. Recycling Dreams of Migrations. In: Bayrakdar, Deniz. / Burgoyne, Robert (Hg.): *Refugees and Migrants in Contemporary Film, Art, Media*. Amsterdam. 151–176.
- Göktürk, Deniz / Gramling, David / Kaes, Anton (Hg.) (2007): *Germany in Transit: Nation and Migration, 1955–2005*. Oakland.
- Göktürk, Deniz / Gramling, David / Kaes, Anton / Langenohl, Andreas (Hg.) (2011): *Transit Deutschland. Debatten zu Nation und Migration – Eine Dokumentation*. Stuttgart.
- Transforming Solidarities (2023): *Berliner Erklärung – in Verteidigung der Migrationsgesellschaft*. URL: transformingsolidarities.net [29.09.2024]

Border Internalization as a Gendered Process

A Conversation among Feminist Scholars

MAREIKE GEBHARDT, LESLIE GROSS-WYRTZEN, LEVKE HARDERS,
ELISSA HELMS, SABINE HESS

Abstract: This text summarizes a conversation among feminist scholars examining the gendered dimensions of the European border regime, particularly in relation to the underexplored concept of internalization, i.e. how border policies reshape social, political, and normative frameworks. The discussion highlights how borders are gendered, e.g. how discourses and practices around borders often frame migrant men as threats and women as victims. The scholars explore the intersection of gender with race and class, showing how border policies produce gendered as well as racialized subjects. These dynamics extend beyond the border itself, affecting broader societal structures and contributing to the internalization of exclusionary practices within European societies. Against this background, the conversation addresses the lasting effects of colonialism and racialized politics that perpetuate dehumanization and marginalization. Highlighting also questions of methodology and ethical responsibility entailed in researching border regimes, the authors stress the crucial importance of using gender as a critical lens to understand the complex and often violent processes of border internalization.

Keywords: gender, borders, internalization, intersectionality, racialization

In 2023–2024, twenty international border and migration scholars assembled at the University of Bielefeld's Center for Interdisciplinary Research (ZiF) to discuss the social and normative effects of the European Border Regime on societies on either side of the EU's external borders, under the heading of »Internalizing Borders«. While »externalization« illuminates the extent to which states impose border logics, discourses, and practices upon societies and geographies beyond their national territories (Bialasiewicz 2012), »internalization« conceptualizes the discursive, social, and political processes that border regimes unleash »at home«. Even among studies that theorize the border as a political technology of citizenship or an ordering mechanism for the labor market, few analyze how the border regime eats into the social and political fabric. A key question of our research group was: How does the EU border regime affect the moral and normative matrix of European societies, eroding basic rights and endangering the democratic system (Cohen 2020)? Whereas our discus-

sions identified race and racialization as central to internalization, gender seemed to recede from view.

The following conversation emerged from a roundtable discussion among five feminist scholars on borders, gender, and internalization convened at ZiF's »Internalizing Borders« workshop in June 2024. Leslie Gross-Wyrzten works on race and mobility between Africa and Europe, Sabine Hess has published extensively on the genesis of the EU border regime, and Elissa Helms' research focuses on social transformations just outside the eastern borders of the EU. Mareike Gebhardt brought in her perspective as a political theorist interested in the nexus between border regimes and the production of ›Others‹. Levke Harders is a historian working on gender, migration, and bordering in the nineteenth century.

THE GENDER-BORDER NEXUS

Elissa Helms (EH): Political scientist Cynthia Enloe (2014 [1990]) once showed how vast areas of otherwise ignored histories, relations, and dynamics of international politics were illuminated by simply asking »where are the women«? This made sense in the male dominated arena of international politics because gender is relational—finding the women in a system where the gender of men goes unmarked revealed many invisible relations of power that »made the world go round« as Enloe put it (ibid.: 1–18). Although there are more complex understandings of gender than this simple binary, organizing social life around men and women in a heterosexual frame remains prominent both materially and symbolically. Research, including critical migration and border studies, always runs the risk of reproducing an essentialized vision of gender if the heteronormative gender order is not reflected on analytically.

If we ask questions about how gender structures something like borders, we start to see more than static categories of nationality, race, religion, or reason for moving. Gender shapes all of these classifications, leading to different sorts of judgements about the legitimacy of people's aims to cross borders, to ask for asylum or the right to work, or to be granted assistance along the route or upon arrival. The reasons for the existence of borders, what levels of control and surveillance they need, and what sorts of threats are imagined that need to be kept out, controlled, allowed in, or protected are also filtered through normative assumptions about gender and sexuality. And gendered metaphors often extend to borders themselves—they can be cast as feminized objects of protection, symbolized by female figures of the nation characterized as noble mothers or chaste maidens, or framed as aggressive and protective male soldiers armed with surveillance technology meant to protect the (feminized)

nation/land/culture from external threats assaulting the border. My research and that of others has shown that the rhetoric and practices around the current EU border regime are no exception: both within the EU and in places outside it, border discourses promote a militarized masculinity whereby European women—imagined as white and vulnerable—must be protected from young male migrants seen as threats based on certain representations of racialized maleness. In this framing, migrant women become objects of pity or simply invisible.

Levke Harders (LH): As a historian, I am interested in how borders and migration control came into being, how they affected mobile and sedentary people alike, and how the gendered order of European societies relates to border and migration regimes. Borders and their functions have changed throughout history. Historical approaches often connect current borders in Europe to the construction of European nation-states after the Peace of Westphalia in 1648 and the French Revolution in 1789. These studies often reproduce forms of methodological nationalism and do not take gendered orders of (historical or present) societies into account. They also overlook fundamental power asymmetries in these processes: based on imperial and colonial exploitation, European nation-state building (re)produced highly unequal societal structures that excluded different groups, e.g., mobile people, racialized residents, impoverished people, or women in general. The nation-state and its borders, thus, have always been intertwined with gendered, racialized, and class-based exclusion policies that have to be studied critically (Boatcă/Roth 2016). Borders have had severe impacts not only on marginalized groups but on society at large. This is what the concept internalization of borders is about (Heins 2024): how the current European border regime changes societies within its reach in regard to legislation, politics, normative concepts, emotional registers, and so on. How is exclusion of and violence against certain people legitimized and practiced and what does this violence also do to groups not directly affected by it?

Present processes of border internalization in and beyond Europe are different from the nineteenth or early twentieth century, but there are also continuities particularly in regards to gendered processes of border internalization. For example, the notion of ›migrant masculinity‹ as deviant and opposed to hegemonic masculinities imagined as white, Christian, middle-class, and heterosexual can be traced back to earlier discourses and practices. In my research on European migrants who settled in France in the nineteenth century, I came across letters in which migrant men used and reproduced norms of hegemonic masculinity: writing to state authorities to apply for citizenship, they emphasized their financial solidity, profession, and families to legitimize their belonging to a strictly gendered bourgeois society in France (Surkis 2018,

3; Aprile, et al. 2022). At the same time, movement itself is rather not mentioned explicitly, i.e., the narrative of successful migration is only an implicit argument of belonging. The same is true for race or stereotypes of national or ethnic identities as these migrants within Europe were (seen as) white and Christian. Interestingly—and this is related to border internalization—local and regional authorities, family members, and other social or professional networks supported these gendered and classed arguments for belonging. Central authorities, on the contrary, were less willing to accept these migrants' claims. Gendered ideas of migration, thus, not only influenced a migrant's position and ability to act, but the constant negotiation of exactly who belonged or not changed administrative practices of border and migration control. They also shaped normative ideas of mobility in relation to gender.

What this shows is how gender operates as a transmission belt for border internalization, as Sabine Hess framed it. Gender is not only deeply embedded in and a driving force of policies and practices of border regimes, but it is also an intrinsic part of the broader context of biopolitics and necropolitics, coloniality, and violence—closely connected, of course, to race, class, ability, sexuality, and so on. Gender structures borders. And at the same time, borders affect gender and the gendered order of society.

Sabine Hess (SH): The gender-migration-border nexus certainly has a long history, but the EU border regime gives it a new twist. There is an enormous amount of literature showing how gender helped to organize the nation in a patriarchal, racialized, and nationalized way and that the national claim to protect its ›own women‹ was an invitation to the ›nation's women‹ to integrate into the national project. This nationalized gender in as much as it gendered the nation. Gender was also a transmission belt for the colonial project as it was portrayed and actively enacted as a ›white women's burden‹ to emancipate ›Brown women‹, to paraphrase an insight from postcolonial theory. Both dimensions can be found in the EU migration regime, especially in its early construction phase in 2000. Gender was the ideological glue for constructing the EU border regime with its characterizing mix of securitarian and humanitarian ideologies and policies. Gender—as Miriam Ticktin put it—became the »language of border control« (2008). That means gender was not only the ›subject matter‹ of the European border and migration regime in the sense of how it impacts gendered subjects—analyzed in a vast amount of migration and border studies research on gender- and sex-based violence and discrimination (Freedmann 2016; Shekhawat/Del Re 2017). Rather, as I have argued, the border regime itself is based on the articulation of gender and sexuality, using a lot of ›gender expertise‹ e.g., in the context of the

broad field of anti-trafficking politics. In other words, gender is strategically invoked and performed by the border regime (Hess 2012; Hess et al. 2022).

One of the first policy papers in the EU that worked explicitly with a strong gendered narrative was »Secure borders. Safe Haven« by UK Prime Minister Tony Blair in 2002. It demanded and pushed for externalization based on the narrative of protecting passive and helpless women forced into migration by human traffickers, and it called on the EU to securitize migration routes and to enforce the border regime to combat trafficking (FitzGerald 2012). In a similar way, asylum was used to legitimize a selective, highly securitized system to protect those in need (Hess/Karakayali 2007). This offered the possibility of connecting the border regime with the wider field of international feminist struggles against trafficking in women at the turn of the millennium in the context of the ratification of the so-called Palermo Protocol (Askola 2007; Doezema 2002). Thus, the EU border regime from its onset was built around gendered narratives and politics. Strange alliances emerged between state agents and some factions of the women's movement, especially western, European, state-centered ones, which recognized that aligning with states' punitive functions provided an opportunity to advance their own agendas (Schwenken 2006; Aradau 2004), resulting in what Janet Halley et al. (2018) have called »governance feminism«.

In the aftermath of 2015, we have seen a similar development. We saw an increasing awareness of gender in the field of asylum and reception policies, dominantly framed as ›vulnerability‹ concerns whereas several studies have shown how vulnerability discourses rather victimize refugees and silence them (Elle/Hess 2020). Gender was also used in anti-migration campaigns framing migration more firmly as a security threat. The discourses following the events in Cologne on New Year's Eve 2015 have been symptomatic of a new articulation of racism and gender (see Dietze 2017): on the one hand these discourses invoked the trope of a foreign »toxic masculinity«, and on the other hand, they promoted the idea that gender equality is integral to western Europe's DNA and must be defended against the »newcomers« (Keskinen 2018). This post-liberal racism in the name of ›anti-sexism‹ is an ideological cornerstone of the radicalization of some sections of the center-left, now demanding a strong state to protect the liberalism of the middle classes by further securitizing migration (Gutekunst/Hess 2023).

And in fact, we have seen a new surge in ›sexual panic‹ politics related to refugees that has been a vital resource to widely promote racist agendas. Tudor and Ticktin describe this convergence of gender, race and migration as a central characteristic of the contemporary political conjuncture (2021). These »right wing times«, they argue, can be understood as a regime that forces migration, race and gender into the same

frame of reference. This enables right-wing parties like the German AFD to claim that they are fighting for women's rights by demanding to stop »mass migration from archaic cultures« (Gutekunst/Hess 2023: 1). Such narratives orientalize sexualized violence and patriarchal structures and use them as key tropes against migrant communities. They are found not only in the context of far-right parties but across a much wider political spectrum. They also inform recent gender equality measures for refugee women and anti-violence policies in refugee camps where gender equality measures become a disciplining technology, teaching refugee women to bring their male relatives in line with imposed equality standards (Elle/Hess 2023).

BORDER SUBJECTIVATION: GENDER, RACE, INTERSECTIONALITY

Leslie Gross-Wyrzten (LGW): Despite the different locations and temporalities of their research, my colleagues have shown us how gender facilitates the internationalization of securitized border regimes and legitimizes racialized distinctions between ›us and them‹ and ›inside and outside‹. The construction of feminine subjects as vulnerable also enables the production of two hyper-masculine, racialized figures: first, the white, militarized protector who appears as border guard, police officer, or politician who is tough on immigration. And second, the non-white (or Muslim) refugee or migrant aggressor who appears as potential terrorist, sexual predator, or bearer of foreign culture that threatens not only to violate individual women but disrupt the family structure and, by extension, the nation itself.

But there are contradictions within anti-immigrant, ›strong borders‹ discourses. As Sabine Hess noted, even as they reinforce normative conceptions of citizen-masculinity, they also locate traditional patriarchy or hegemonic masculinity outside of Europe—we see this in Gayatri C. Spivak's (1988) classic formulation of coloniality: »white men saving brown women from brown men,« which Lila Abu Lughod (2002) notes often expresses itself through militarization. In this sense, the militarized border is articulated as a way to preserve the liberal, progressive values of Europe even as many migrant and refugee women are victimized by European police, border guards, asylum judges, employers, and condescending aid workers. The border also mobilizes sexuality for its own ends, especially through discourses about migrant men harboring ›regressive‹ ideas that put not only women at risk but queer people as well—what might be formulated as straight white men saving queer brown men from straight brown men (Jung 2015; Puar 2007).

What these examples illustrate is border-work as a process of subjectivation. In other words, the border actively produces gendered subjects who then circulate beyond ›the border‹ to other spaces in and beyond Europe. As a lens, gender illuminates how we are all being produced as gendered (and racialized) subjects through the politics of immigration and practices of bordering, whether we are internal to Europe or not. And that means that society itself is being reworked.

Of course, a gender lens also prompts us to see how gender intersects with other axes of difference, especially race. Stuart Hall famously said of the United Kingdom that race is the modality in which class is lived, meaning that race indexes a particular class position and set of relations—we read class through race, and class struggle plays out through racism and racial politics (1978: 394). I think gender is the modality in which race is lived, especially in the context of internalization. We can agree that immigration is racialized today in Europe, but it is gendered and sexualized subjects who experience this racialization. Black women, women wearing hijab, or women bearing some other marker of non-normative European culture or race, are subjected to the paternalist state that tells them how to raise their children, get an education, which domains are appropriate for them to work (i.e., low-paid care work or other reproductive labor), or that they have false consciousness in believing that they are choosing to dress modestly or live according to a particular set of values read as non-liberal or non-European (Hess and Nagel 2021). Dark-skinned men, brown men with beards, those who pray at a mosque or wear dress associated with a cultural or racial group (from traditional Muslim dress to hip-hop styles) are subject to surveillance and over-policing, or marginalized from the public sphere.

Mareike Gebhardt (MG): Borders (re)produce power. Gender, as an analytical lens, helps us to unpack the violence and inequality inherent to border power. It also draws our attention to how borders reinforce normative and binary orders of sexuality. Heteronormativity is a powerful tool in the hand of border work because it strengthens naturalized visions of the state, the nation, and the family. Furthermore, liberal democratic borders rework and incorporate counter-hegemonic knowledge on gender, sexuality, and, increasingly, queerness. Through so-called vulnerability screenings or asylum interview procedures of LGBTIQ+ refugees, liberal democratic discourse produces tropes, narratives, and understandings that define how people are supposed to look and behave to be evaluated as ›truly vulnerable‹ or ›properly queer subjects‹ (Puar 2017: xxi; Bonjour/Westra/Evaldsson Mellström n.d.). Homonationalism offers another way that EU borders draw lines within liberal European society between those citizens and residents deemed internal to Europe and those who are not (ibid).

To deconstruct the power mechanisms within gendered societies and sexualized orders, feminist epistemologies develop tools that excavate their deep layers. For instance, Enloe's notion of »womenandchildren« shows how femininity and youth are deployed as indicators of victimization to legitimize a hierarchy of rescue (2014 [1990]). In our collaborative research on civil Search and Rescue in the Mediterranean (ZivDem), my colleagues and I find reiterations of this trope regularly. Prioritizing the rescue of women and children presumes them to be normatively more valuable than the rescue of (racialized) men. This knowledge is deeply embedded in the gendered order of European societies. But the hierarchy of rescue is not only known but felt; it activates affective economies in which different affects adhere to different genders. Complicit with the affective economies of bordering are visual representations. Combining knowledge, feeling, and visualization, media outlets often only moralize the deaths of people on the move. Consequently, the European *politics* of letting die are rendered invisible (Gebhardt 2020). Media outlets thus reduce gendered and racialized people to mere victims and deny them political agency. For instance, the media coverage of the Lampedusa shipwrecks in October 2013 and the death of Alan Kurdi in 2015 predominantly focused on the putative tragedy, not on the politics and policies that directly led to these deaths. Meanwhile, images of shipwrecks and unseaworthy boats were so routinely shown to European audiences that people drowning in the Mediterranean became normalized. On the flip side of this politics of visualization are the images of migrant boats full of able-bodied Black and Brown men. Not only in far-right or conservative but also in center-left, white, bourgeois feminist debates, these boats have been (re-)inscribed to a colonial and racist symbolic order that depicts racialized men as hypersexualized predators that threaten seemingly progressive ›Western‹ gender orders and women's liberation. In contrast to representations of women and children as at-risk, migrant men were demonized as risks. The gendered victimization and demonization of ›the Other‹ affirms and thus fortifies the internalization of borders within European societies.

SH: If we think of internalization as the process by which border enforcement policies ›talk back‹, or have effects on the societies that enact them on Others and themselves, I would say that in view of the current conjunctures of the EU border regime, we have to focus on violence as it has been normalized as a legitimate practice against ›rightless‹ Others. Violence and rightlessness are gendered just as they are racialized: European feminist movements have had some success in enlarging rights and repressing violence for *some* women—but never for all. Thereby, racism always also functions as an avenue for *some* women to be integrated into the national project. Currently we see how white women are increasingly active in right-wing women's

movements or in border vigilantism in places like Bulgaria or the US. We also observe in testimonies of pushback victims that border guards and non-state actors conducting pushbacks think of themselves as gate keepers and modern crusaders who are defending Europe as a white Christian project against the barbarian rest. In this, they draw on narratives of absolute otherness marked by fantasies and imaginations of race, ethnicity, regional origin, religion, and gender.

EH: That project of being the »bulwark of Christendom« is especially strong in Central and Southeastern Europe where imperial conflicts between expansionary empires took place historically and have survived in national myths. Heroic stories of fending off the Muslim Ottomans are made to fit contemporary narratives of threats to a white, Christian Europe posed by local Muslim populations or migrants and refugees glossed as Muslim (Baker 2024; Rexhepi 2022). The well-established gendering of nations and of military conflict harking back to Ottoman invasions re-entrenches the notion of Islam as an external military threat, thus making it easy to understand young Brown or Black men crossing borders as battle-capable soldiers, invaders bringing an alien way of life, and sexual threats to ›our‹ (European, white) women – whether they are at the border or within countries affected by it.

Border internalization can also be seen in how racism shapes gender and sexuality in discourses and policies around reproduction (Siddiqui 2021). As immigration and refugee advocates point to European countries' need to reproduce the labor force, some advocate instead for increased reproduction of the (white, middle-class) ›home‹ population (while discouraging births among racialized groups such as migrants or Roma). Hungary has been a stark example of this—virulent and violent measures against irregular (Black and Brown) migrants and refugees have been accompanied by incentives for white (non-Roma) Hungarian women, middle class and educated, to increase births. This is then also tied to the Hungarian government's »anti-gender« campaigns against LGBTQ+ people that works to prop up a white, Christian, heterosexual family order all in the name of resisting »Brussels« and its demands for Hungary to take refugees (Fodor 2022; Hanebrink 2024). There are several layers here of internalization directly connected to border policies: laws and tax codes, labor participation, access to social welfare benefits, care work, family structures and marriage, relations of sexuality, race, and class are all affected.

MG: When we look at borders, different logics unfold for different groups. These groups are already embedded in a structure and a discourse—the social reality in which they survive—that not *only* genders, racializes, ›straightens‹ or ›class‹-es them in a putatively neat and orderly way. Instead, they are subjected to the intersections

of these different forms of discrimination. To emphasize how »multiple identities can be constantly and simultaneously present within one person's body«, Black, lesbian activists of the Combahee River Collective introduced the idea of intersectional oppression (Taylor 2020; see also Crenshaw 1991). An example of intersectional analysis at the crossroads of activism and scholarship is found in Sylvia Wynter's 1992 open letter to her colleagues following the Los Angeles riots where she exposes the discursive mechanisms of dehumanization that materialize as Black, young, jobless men are subsumed under the category of »N.H.I.«—»no humans involved«. At the intersection of race, gender, class, and age, Black people are not ›only‹ dehumanized but do not count as human at all. Historically, torture, rape, and murder of racialized men, women, and queers were not sanctioned because, as »non-humans«, they did not qualify for protection under the law (Mbembe 2003, Emejulu 2022).

The *long durée* of colonialism, where racialized people were perceived as animals, still haunts Euro-Atlantic societies and Euro-African landscapes and their migration and border regimes (Gutiérrez Rodríguez 2018; The Black Mediterranean 2021). Colonial racialized politics reproduce a binary gender order that echoes through the work of border internalization, for instance, in the racial profiling of Black and Brown men under constant suspicion of drug-dealing, or in the image that outlines Black and Brown women as available sexual objects of white male desire.

LGW: Black feminist thought is also very much interested in the long historical arc—internalization processes are in some sense specific to contemporary borders, and yet Black feminist thought situates them in a longer arc of anti-blackness and what Hortense Spillers (1987) called the »ungendering« of Black women through violence, through policies that fracture kinship, and through pathologizing narratives. What I have learned from Black feminists is to tell histories of the present in their entirety—what Black Radical thinker Cedric Robinson called the »ontological totality« (2000). That means that we look at the way that the past has given rise to certain conditions of possibility for the production or reproduction of racial regimes in the present *and also* the conditions of possibility for counter-racial projects: the making of (fictive) kin in the face of violent natal alienation, the creation of distinctive cultures and diasporic sensibilities in the face of cultural erasures, the imagining of a more-than-national political geography held together not by violent borders but through shared encounters with these violent borders.

GENDERING INTERNALIZATION RESEARCH

SH: Although gender is a transversal question and cross-cutting issue, I see the need for research with a specific focus on how gender narratives and gender knowledges are applied or taken up by various actors of the border regime—how ›doing‹ the border intersects with ›doing‹ gender and race. In this sense, I definitely see the need for nuanced empirical-ethnographic driven analyses of politics and policies as a *mélange* of discourses and practices. However, we know that feminist movements and ›gender‹-knowledge have not always been on the ›good‹, progressive side of history. My aim is to understand how questions of gender have been part and parcel of racialized and classed European-hegemonic projects, producing contradictions, ambivalences and paradoxes within feminist politics and struggles—as I have touched upon when referring to the feminist contributions to the formation of post-liberal racism, which promotes racist agendas and a disciplining of the migrant subject in the name of anti-sexism as Esra Erdem has vividly shown already in 2009.

EH: In my work in Bihać at the Bosnian-Croatian border, which became a bottleneck for people aiming to cross into the EU, I see similar gendered expectations of migrants as those applied during the Bosnian war: men as (potential) soldiers and protectors of women/nations, women as vulnerable to rape or agents of reproduction of social groups like nations (Helms 2013). Those questioning the legitimacy of young migrant men seeking asylum in the EU did so through a number of contradictory gendered assumptions: they were Islamic terrorists and would-be soldiers coming to attack Europe, or cowards dishonorably fleeing their duties as men to defend their women and children at home, they were »economic migrants« just after higher wages in the west, or lazy non-workers aiming to feed off of EU welfare schemes. They were not seen as connected to homes and destination countries by ties of family or as potentially vulnerable young people—just aggressive lone actors or members of criminal networks. In contrast, many of the young men and teenage boys I met had been sent abroad by parents or older brothers with the task of sending money back once they secured work in the EU. In these cases, they had not had much of a choice and were also dependent on family to finance their journeys. Migrant women were represented as vulnerable, more passive, whether traveling or waiting at home. Both the humanitarian-migration management system and fellow migrants considered them more vulnerable, seeing their place as in »family camps« and channeling them into more expensive but not always safer migration routes (cf. Tyszler 2019). However, as racialized migrants, women were not necessarily treated differ-

ently by the border regime—they were also beaten, robbed, pushed back, subject to humiliation, and separated from their children or partners.

Within the local Bosnian community, it was the (sexual) safety of people's daughters that was first mentioned when they talked about the dangers posed by migrants. National and ethnic belonging were also evoked in accusations of betrayal against young local women who dated or worked on behalf of migrants. Bodies cast as ›our‹ women and girls then seem to rightly ›belong‹ to men of their (ethnic, national) group, again just as in discourses of nationalism, war violence, and real and imagined atrocities committed by enemy groups that have circulated in relation to the Bosnian war and the breakup of Yugoslavia (Helms 2013; Žarkov 2007).

LGW: My work also takes place largely in the »externalized border«, where the militarization of the border produces militarized and patriarchal masculinities. By border militarization I am not only signifying the involvement of defense agencies or military technology but bordering as a process of subjectivation—police, border guards, and other agents are trained to inhabit or perform militarized subjectivities. And when they return home from the external border, in much the way that soldiers returning from war do, they bring their experiences, mentalities, traumas, and ties of ›brotherhood‹ with them into their homes, relationships, work, and so on. The border's masculinities circulate along with migrants and other agents of the border.

In places like Morocco, the border is encountered quite differently by the West African and Central African women and men I work with: as the border hardens, migrant men become »soldiers«: they set out across militarized and dangerous landscapes as though going into battle; they organize according to military hierarchies in which leaders are called »generals« or »captains«; and they celebrate their successes as »warriors«, »lions«, »adventurers«. Though some migrant women also claim warrior status, few are able to »*frappe*« (attack) the border fences in Melilla and Ceuta. Instead, many women are forced to indenture themselves to afford the boat crossing—a mode of migration that does not produce a strong, triumphalist gendered subject and confirms dominant narratives of feminine vulnerability. The bifurcation of gendered migrants' paths and experiences celebrate (and vilify) migrant men's hypermasculinity and exploit migrant women's vulnerable or sexualized femininity.

But there are also disruptions: I have observed migrant men caring for children who are not their own, sometimes even as the primary care-giver, belying colonial narratives of African patriarchy. West and Central African migrants in Morocco often use a language of kinship and care to describe their relationships with other people—even those who might be in a position of authority over them or actively exploiting them. And many women refuse the label of victim, even after having experienced tremen-

dous violence, because they understand the journey through the border as a test they are determined to pass, or because they refuse to narrate the lives of their children as having an origin in sexual coercion or violence.

FEMINIST ETHICS AND PRAXIS

LH: Historical research benefits from these different perspectives on gender coming from border and migration studies. I have already described how I use recent studies on masculinity to analyze historical sources from this perspective. Nevertheless, as a historian I work with different and much more limited material, even more so in migration history. To analyze historical migration regimes and border internalization, historians mostly rely on archival material originating in administrative processes, legislation, or media; research on more recent phenomena can also make use of oral history. To make marginalized groups ›seen‹ or their voices ›heard‹, to reconstruct the ›doing‹ of border, gender, race, as Sabine Hess framed it earlier, means to search extensively for sources—and to analyze them from different angles. It also implies that we always have to critically reflect on what we cannot see, hear, or ›reconstruct‹. In relation to gender, for example, it has to be taken into account that women—be they residents or migrants—for a long time were not seen as legal subjects. In nineteenth-century Europe, many bourgeois societies (like Prussia and France) established a patriarchal and strictly binary gender order in which women were mainly imagined as powerless, without civil and political rights. When women migrated and settled or even tried to acquire citizenship, they faced more and different obstacles than migrant men, and even more as widows of binational marriages. Gendered (and racialized) concepts of who was able to act as a legal subject not only structured bordering, but also the archive and, as a result, historical narratives. Therefore, working empirically on gender and borders has, in my view, two implications for history: firstly, the need for close reading of archival material to make visible the agency of women and other marginalized groups as well as the gendered power structures at play—a perspective that is still far from being taken for granted in historical research. And secondly, an intersectional lens implies a critical intervention into historiography. This is why, in my opinion, migration history needs a broader conversation on methods with scholars from different fields. Critical approaches in ethnography, for example, made me rethink how to write about nineteenth-century-migrants (Harders 2019).

MG: My work is not empirical in a strict sense; I am a political theorist. However, I ›do‹ political theory as part of the world (Arendt 1998 [1958]), and I am positioned

within this world that I try to work through and make sense of—and this matters. Contrary to a common misconception—even among political theorists—political theorists do not observe the world from a putatively neutral or objective point of view. We are entangled with the messiness of the world: its gendered, racialized, classed, and ableist power structures. As a feminist political theorist interested in the complexities of democracy, migration, coloniality, gender, and race, my work relates to concepts, notions, and ideas that help unpack power processes and to identify and eventually fight against social injustices. My experiences and conversations—within and beyond academia—shape this work. Therefore, it is indebted to those who work with me and to those things that surround me whether texts or people. Consequently, to me interdisciplinary research and collaborations with colleagues from critical social sciences or cultural studies such as ethnographers are crucial. A constant, collegial, supportive, and understanding conversation between theory and praxis is the very atmosphere that I aim to be part of.

EH: My work is ethnographic, carried out over as long a period of time as I am able to live in a place and make visits afterwards. This entails engaged participant observation: in my recent research on the border, it meant taking part as a volunteer in camps, distributing aid, attending protests against migrants, participating in everyday life and neighborly relations, and so on, along with ethnographic interviews, analysis of media and social media discourses and interactions (Helms 2023). Following principles laid out by feminist ethnographers—which I feel should guide all social research—I aim to uphold an ethics of care towards the people I do research among, to be in dialogue with local debates and scholarship, and to transparently reflect on my positionality and the research process (Davis/Craven 2022). This is not always straightforward or even fully possible. In Bihać, there were challenges in navigating relationships I built with autonomous aid givers under pressure of de facto criminalization of aid, in volunteering in official camps while also witnessing their appalling conditions (cf. Rozakou 2019), and in understanding the motivations of those who supported the expulsion and dehumanization of migrants. As these dilemmas continue to present themselves during the writing process, they push me to think through, among other things, how people's lives and the broader social and institutional context in which they live have been shaped by the »migration crisis« and the workings of the nearby EU border. In other words, the entanglements of ethnography, while challenging, can be powerful tools for unpacking exactly how border internalization works, even »externally« from the EU.

LGW: Ethnography has brought me into relationships and spaces of intimacy and vulnerability and with this has come obligations and commitments. Feminist anthropologists have long argued that ethnography is intersubjective—the researcher and her interlocutors are engaged in the co-production of knowledge across uneven terrains of power and how they go about this has impacts on this terrain. For me and my interlocutors, our entanglements of obligation and affection means that ›the field‹ is now a shared space in which we all have a stake even as we are differentially positioned in terms of our relative power. This reality inflects my understanding of internalization as the recognition that I, as a white, minority world researcher, am implicated in bordering and in the lives and outcomes of my interlocutors. But within this recognition of our entanglements—the fact of belonging to each other—are possibilities to collectively counter the border’s exclusions.

MG: We have talked about the production of power through racist, classist, heterosexist, cis-patriarchal, and nationalist discourse, tropes, and narratives. However, power, seen as productive, also entails emancipatory struggles. When we look into the archives, read texts, or talk to people, what is astonishing to me are the many sites of resistance we encounter in these different places, spaces, and times. When we decenter our view to hidden knowledges, forgotten archives, and lost repertoires, we find populations fraught with hi/stories and experiences of liberation. In the exposure to (a long history of) intersectional violence and oppression, we salvage solidarities in ›impossible‹ places or alliances we never thought possible. Feminist activism and research are part of the recovery of these counter-cultures and emancipatory struggles. Despite the reoccurring complicity with power, feminist projects can amplify and ally these (hi-)stories of resistance that, sometimes loudly, sometimes silently, shape the present and enable us to keep striving for feminist futures beyond borders.

LITERATURE

- Abu-Lughod, Lila (2002): Do Muslim women really need saving? Anthropological reflections on cultural relativism and its Others. In: *American Anthropologist* 104 (3). 783–790.
- Aprile, Sylvie / Diaz, Delphine / Dupont, Alexandre / Durand, Antonin (2022): Gender and exile. In: Diaz, Delphine / Aprile, Sylvie (Eds.): *Banished. Traveling the Roads of Exile in Nineteenth-Century Europe*. Berlin, Boston. 175–204.
- Aradau, Claudia (2004): The Perverse Politics of Four-Letter Words. Risk and Pity in the Securitisation of Human Trafficking. In: *Millennium* 33 (2). 251–277.
- Arendt, Hannah (1998 [1958]): *The Human Condition*. Chicago.

- Askola, Heli (2007): Violence against Women, Trafficking, and Migration in the European Union. In: *European Law Journal* 13 (2). 204–217.
- Baker, Catherine (2024): Through the Balkans to Christchurch: Southeast Europe and Global White Nationalist Historical Mythology. In: Baker, Catherine / Iakob, Bogdan C. / Imre, Anikó / Mark, James (Eds.): *Off White*. Manchester. 328–47.
- Bialasiewicz, Luiza (2012): Off-Shoring and Out-Sourcing the Borders of Europe: Libya and EU Border Work in the Mediterranean. In: *Geopolitics* 17 (4). 843–866.
- Boatcă, Manuela / Roth, Julia (2016): Unequal and Gendered. Notes on the Coloniality of Citizenship. In: *Current Sociology* 64 (2). 191–212.
- Bonjour, Saskia / Westra, Eline / Evaldsson Mellström, Sonja (n.d.): Strange[r] Families Project. strangerfamiliesproject.com [14.10.2024].
- Crenshaw, Kimberlé (1991): Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color. In: *Stanford Law Review* 43 (6). 1241–99.
- Davis, Dána-Ain / Craven, Christa (2022): *Feminist Ethnography: Thinking through Methodologies, Challenges, and Possibilities*. London. Second Edition.
- Dietze, Gabriele (2017): *Sexualpolitik. Verflechtungen von Race und Gender*. Frankfurt a.M./New York.
- Doezema, Jo (2002): The Ideology of Trafficking. Paper presented at Work Conference »Human Trafficking« on November 15, 2002. URL: nswp.org [30.5.2012].
- Enloe, Cynthia (2014 [1990]): *Bananas, Beaches and Bases: Making Feminist Sense of International Politics*. Berkeley, CA.
- Elle, Johanna / Hess, Sabine (2020): Asyl und Geschlecht. Dynamiken und Fallstricke des Vulnerabilitätsparadigmas. In: Harbou, Frederik / Markow, Jekaterina (Eds.): *Philosophie des Migrationsrecht*. Tübingen. 317–342.
- Emejulu, Akwugo (2022): *Fugitive Feminism*. London.
- Erdem, Esra (2009): In der Falle einer Politik des Ressentiments. Feminismus und die Integrationsdebatte. In: Binder, Jana / Hess, Sabine / Moser, Johannes (Eds.): *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld. 187–203.
- FitzGerald, Sharron A. (2012): Vulnerable Bodies, Vulnerable Borders. Extraterritoriality and Human Trafficking. In: *Feminist Legal Studies* 20. 227–244.
- Fodor, Eva (2022): *The Gender Regime of Anti-Liberal Hungary*. Palgrave Pivot. Cham.
- Freedman, Jane (2016): Sexual and gender-based violence against refugee women: a hidden aspect of the refugee »crisis«. In: *Reproductive Health Matters* 24 (47). 18–26.
- Gebhardt, Mareike (2020): To Make Live and Let Die: On Sovereignty and Vulnerability in the EU Migration Regime. In: *Redescriptions* 23 (2). 120–137.
- Gutekunst, Miriam / Hess, Sabine (2024): Politics of reversal: Dangerous convergences of gender and race in migration and feminist politics. In: *Berliner Blätter* 88. 59–77.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2018): The Coloniality of Migration and the »Refugee Crisis«: On the Asylum-Migration Nexus, the Transatlantic White European Settler Colonialism-Migration and Racial Capitalism. In: *Refuge: Canada's Journal on Refugees* 34 (1). 16–28.
- Hall, Stuart / Critcher, Chas / Jefferson, Tony / Clarke, John N. / Roberts, Brian (1978): *Policing the Crisis: Mugging, the State, and Law and Order*. London.

- Halley, Janet / Prabha Kotiswaran / Rachel Rebouché / Hila Shamir (Eds.) (2018): *Governance Feminism: Notes from the Field*. Minneapolis.
- Hanebrink, Paul (2024): The Whiteness of ›Christian Europe‹: The Case of Hungary. In Baker, Catherine / Iakob, Bogdan C. / Imre, Anikó / Mark, James (Eds.): *Off White*. Manchester. 215–35.
- Harders, Levke (2019): Lieschen Müller, Jean Dupont, Jan Kowalski und Jane Doe. Zur Anonymisierung historischer Akteur*innen. In: *Migration and Belonging* (blog). URL: belonging.hypotheses.org [25.01.2025].
- Heins, Volker M. (2024): Internalization of Borders: The Concept and Its Applications. In: *Society*.
- Helms, Elissa (2013): *Innocence and Victimhood: Gender, Nation, and Women's Activism in Postwar Bosnia-Herzegovina*. Madison, WI.
- Helms, Elissa (2023): Social Boundaries at the EU Border: Engaged Ethnography and Migrant Solidarity in Bihać, Bosnia-Herzegovina. In: *Journal of Borderlands Studies* 38 (2). 283–301.
- Hess, Sabine / Hänsel, Valeria (2022): Dangerous Men and Suffering Women? Entanglements and Articulations of Gender in the European Border Regime. In: Heyer, Karl / Schmidt-Sembdner, Matthias / Schwarz, Nina V. / Hänsel, Valeria (Eds.): *Von Moria bis Hanau. Brutalisierung und Widerstand. Grenzregime IV*. Berlin/Hamburg. 360–383.
- Hess, Sabine (2012): How gendered is the European Migration Policy. A feminist analysis of the ›anti-trafficking-dispostif‹. In: *Ethnologia Europaea*. Special Issue. *Imagined Families in Mobile Worlds* 42 (2). 51–68.
- Hess, Sabine / Serhat Karakayali (2007): New Governance oder die imperiale Kunst des Regierens. In: *Transit Migration Forschungsgruppe* (Eds.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld. 39–56.
- Jung, Mariska (2015): Logics of citizenship and violence of rights: The queer migrant body and the asylum system. In: *Birkbeck Law Review* 3. 305–335.
- Keskinen, Suvi (2018): The ›crisis‹ of white hegemony, neonationalist femininities and antiracist feminism. In: *Women's Studies International Forum* 68. 157–163.
- Mbembe, Achille (2003): Necropolitics. In: *Public Culture* 15 (1). 11–40.
- Mole, Richard C.M. (2021): *Queer Migration and Asylum in Europe*. London.
- Puar, Jasbir K. (2007): *Terrorist Assemblage: Homonationalism in Queer Times*. Durham, NC.
- Rexhepi, Piro (2022): *White Enclosures: Racial Capitalism and Coloniality along the Balkan Route*. Durham, NC.
- Robinson, Cedric (2000): *Black Marxism: The Making of the Black Radical Tradition*. Chapel Hill, NC.
- Rozakou, Katerina (2019): ›How Did You Get in?‹ Research Access and Sovereign Power during the ›Migration Crisis‹ in Greece. In: *Social Anthropology/Anthropologie Sociale* 27 (S1). 68–83.
- Schwenken, Helen (2006): *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union*. Bielefeld.

- Shekhawat, Seema / Del Re, Emanuela C. (Eds.) (2017): *Women and Borders. Refugees, Migrants and Communities*. London.
- Siddiqui, Sophia (2021): *Racing the Nation: Towards a Theory of Reproductive Racism*. In: *Race & Class* 63 (2). 3–20.
- Spillers, Hortense (1987): *Mama's Baby, Papa's Maybe: An American Grammar Book*. In: *Diacritics: A Review of Contemporary Criticism* 17 (2). 64–81.
- Spivak, Gayatri C. (1988): *Can the Subaltern Speak?* In: Nelson, Cary / Grossberg, Lawrence (Eds.): *Marxism and the Interpretation of Culture*. Basingstoke. 271–313.
- Surkis, Judith (2018): *Sexing the Citizen. Morality and Masculinity in France, 1870–1920*. Ithaca.
- The Black Mediterranean Collective (Ed.) (2021). *The Black Mediterranean: Bodies, Borders, and Citizenship*. Basingstoke.
- Taylor, Keeanga-Yamahatta (2020): *Until Black Women Are Free, None of Us Will Be Free: Barbara Smith and the Black feminist visionaries of the Combahee River Collective*. *The New Yorker*, 20 July 2020. URL: [newyorker.com](https://www.newyorker.com) [11.08.2024].
- Ticktin, Miriam (2008): *Sexual Violence as the Language of Border Control. Where French Feminist and Anti-immigrant Rhetoric Meet*. In: *Journal of Women in Culture and Society* 33 (4). 863–889.
- Tudor, Alyosxa / Ticktin, Miriam (2021): *Sexuality and borders in right wing times: a conversation*. In: *Ethnic and Racial Studies* 44 (9). 1648–67.
- Tyszler, Elsa (2019): *From Controlling Mobilities to Control over Women's Bodies: Gendered Effects of EU Border Externalization in Morocco*. In: *Comparative Migration Studies* 7 (1).
- Wynter, Sylvia (1994 [1992]): *›No Humans Involved‹: An Open Letter to My Colleagues*. In: *Forum N.H.I Knowledge for the 21st Century* 1 (1). 42–73.
- Žarkov, Dubravka (2007): *The Body of War: Media, Ethnicity, and Gender in the Break-up of Yugoslavia*. Durham, NC.

Autor_innen

Jonathan Buchmann studierte im Bachelorstudium Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Kiel und ist derzeit Student der Soziologie an der Universität Jena. Er ist als wissenschaftliche Hilfskraft am Sonderforschungsbereich „Strukturwandel des Eigentums“ an der Universität Jena tätig, wo er sich insbesondere mit Commons und Eigentum an Infrastrukturen auseinandersetzt. Seine weiteren Themenschwerpunkte sind kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, Arbeitssoziologie und Transformationskonflikte.

Jasmin Degeling ist Medienwissenschaftler*in und Geschlechterforscher*in und arbeitet als Juniorprofessor*in für Medienanthropologie an der Bauhaus-Universität Weimar. Forschungsschwerpunkte sind (Digitaler) Faschismus und rechte Gewalt, Medien der Sorge, Affect Studies sowie medienwissenschaftliche Gender und Queer Studies.

Mareike Gebhardt works as interim assistant professor (Universitätsassistentin) at the Center for Interdisciplinary Gender Studies at Innsbruck University. She is Principal Investigator of ZivDem, an interdisciplinary research group on civil Search and Rescue in the Mediterranean, based at the universities of Bonn and Münster and funded by the Gerda Henkel Foundation. Mareike has a background in political theory and works at the intersections of critical theory, postcolonial studies, and feminist theory. She is especially interested in the production of (racialized-gendered) otherness in liberal democracies of the Global North and the European migration and border regime.

Fabian Georgi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kassel und Geschäftsführer der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG).

Deniz Gokturk is a professor at the Department of German, University of California, Berkeley, and has worked for 35 years on theories and cultural histories of migration, focusing on Germany, Turkey, and the United States. Gokturk has initiated important

debates on the intersection of migration, archives, and aesthetics in film and literature across nationalist boundaries. She is co-founder and concept coordinator of the electronic journal *Transit* and the *Multicultural Germany Project*, a collaborative research project and continuously updated archive of migration. Her research interests include: cultural and media studies, with a focus on moving images, multilingual literature, and theories of migration, social interaction, and aesthetic intervention in a global horizon.

Leslie Gross-Wyrtzen is a Senior Lecturer at the MacMillan Center for International and Area Studies at Yale University in New Haven, Connecticut. Her work focuses on the geopolitics and economics of race, especially as they relate to mobility and migration in the Global South.

Levke Harders is Professor of Gender History at Innsbruck University, Austria. She is currently working on a book project entitled *Narratives of Foreignness and Belonging*. Dr Harders studied German Literature, History, and Gender Studies. She is working on migration history, gender history, the history of higher education, and the theory of biography.

Elissa Helms is a socio-cultural anthropologist and Associate Professor at the Department of Gender Studies at the Central European University, Vienna. Her work has focused on nationalism, gender, NGOs, and women's activism in Bosnia-Herzegovina and the rest of former Yugoslavia, and more recently on borders, race, and European belonging in a Bosnian border town experiencing an influx of Balkan Route migrants to the EU.

Sabine Hess is Professor of Cultural Anthropology/European Ethnology at the University of Göttingen since 2011. She specializes in migration and border studies with a specific interest in the external border region in South-Eastern Europe and gender related perspectives. She is a founding member of the European interdisciplinary *Network on Critical Migration and Border Regime Studies* (kritnet) and directs the interdisciplinary *Laboratory on migration and border regime studies*. Since 2018 she is directing as well the *Center for Global Migration Studies* (CeMig) at the University of Göttingen.

Hilde Hoffmann ist Film- und Medienwissenschaftler*in. Sie lehrt und forscht am Institut für Medienwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum. Forschungsschwerpunkte sind Film- und Mediengeschichte; Medien, Erinnerung und Gedächtnis; Medien und Migration; Rassismus, Antiziganismus und Postkoloniale Medienwissenschaft.

Rebekka Hölzle is a researcher, activist, creative practitioner, and community organiser in the migrant justice sector and has worked in various campaigning, community art and engagement projects in London and Athens, especially with migrant women. As part of her PhD in psychosocial studies at Birkbeck, University of London, she creatively explores the everyday resistance practices of migrant women with precarious immigration status. Her work applies feminist, decolonial theories alongside participatory, creative methodologies to re-imagine beyond Europe's necropolitical border regimes.

Antonia Jordan is doing her PhD on transcontinental migration from African and Asian countries to the Americas at the Institute of Cultural Anthropology/European Ethnology at the Georg-August-University Göttingen. Her research focuses on the effects of EU migration policy and the current dynamics of U.S. migration policy on migration to the American continent.

Anna Kasten, Professorin für Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Gender und Diversity an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena, forscht u.a. zu repressiven Praktiken in Polen nach 1989, Geflüchtetenhilfe in Ostdeutschland und intersektionalen Feminismen in professionellen Kontexten.

Stefanie Kron ist Professorin für Soziale Arbeit und Empirische Sozialforschung an der Evangelischen Hochschule Berlin (ehb).

Neva Löw ist Politikwissenschaftlerin und forscht international zu Arbeitsbeziehungen, Gewerkschaften und Migration. Sie promovierte an der Universität Kassel und studierte in Wien, Bordeaux und Campinas Politikwissenschaften und Arbeitsökonomie. Beruflich ist sie am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung tätig.

Julia Manek ist klinische Psychologin (MSc), feministische Geografin (MA) und Doktorandin an der Goethe Universität Frankfurt. Ein Ausgangspunkt ihrer transdisziplinären und transnationalen Unternehmungen ist das immer wieder neu zu erkämpfende Recht, Rechte zu haben.

Giuseppe Platania is a PhD student at the Scuola Normale Superiore, Italy, specialising in migration and border regime studies. His research examines the intersection of state policies, neoliberal governance, and acts of resistance, drawing on sociology, geography, and anthropology to reveal how marginalised communities assert their agency. He is also a founding member of Mem.Med Memoria Mediterranea, supporting the identification of individuals lost at sea.

Lisa Riedner leitet die Emmy Noether-Nachwuchsgruppe »Contestations of ›the Social‹ – Hin zu einer bewegungsbasierten ethnografischen Sozial(staats)regimeanalyse« am Institut für Empirische Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie der LMU München (DFG Projektnummer 490697580).

Hannah Sommer is a member of the Munich Refugee Council. From 2021–2024, she worked at the University of Vienna within the SOLiDi (Solidarity in Diversity) project. She is a member of Network on Critical Migration and Border Regime Studies (kritnet).

Tim Zumloh ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte in Münster